

Kriegstagung des preussischen Abgeordneten-
hauses.

Der Treubruch Italiens.

Berlin, 1. Juni.

Das Abgeordnetenhaus trat heute wieder zusammen. Präsident Graf Schwerin-Löwis eröffnete die Sitzung mit folgender Ansprache:

„In den wenigen Monaten seit der letzten kurzen Tagung ist in dem Weltkrieg, in welchem wir stehen, eine neue Wendung eingetreten. Nicht nur unsere offenen und versteckten Feinde, auch der bisherige Bundesgenosse, das uns seit dreißig Jahren verbündete Italien, griff gegen uns und das ihm gleichfalls verbündete Oesterreich-Ungarn zum Schwert. Es hat ein zu gegenseitiger Verteidigung in der Stunde der Gefahr geschlossenes, von uns auch während der schweren Kriegsnot Italiens mit unverbrüchlicher Treue gehaltenes Bündnis heute, wo es uns in Gefahr glaubt, freventlich gebrochen (Rufe: Pfui!), ein Vertragsbruch so himmelschreiend, ein Treubruch so schmachvoll, wie ihn die Geschichte aller Zeiten noch nicht zu verzeichnen hatte, aber auch eine Schuld, von der man schon heute, schon bei ihrer Begehung mit seltener Sicherheit voraussehen konnte, wie sie sich unter allen Umständen an ihren Urhebern rächen wird. (Lebhafte Zustimmung.) Denn was nun auch kommen möge, selbst wenn, was Gott verhüte, unsere Feinde, mit ihnen Italien, aus diesem Kriege als Sieger hervorgehen sollten (Rufe: Ausgeschlossen), auch dann, ja dann vielleicht erst recht, wird das italienische Volk den wahren Wert des elenden Judaslohnnes erkennen, den es für den Treubruch in Gestalt leerer Versprechungen von den jetzigen Verbündeten erhalten hat. (Zustimmung.) Es wird erkennen, wie wenig diese geneigt sein werden, ihm nach allen Opfern des Krieges auch nur die Machterweiterung und nationale Entfaltung zu gönnen, welche es bis vor kurzem noch friedlich, ohne Schwertstreich, ohne Treubruch erlangen konnte. (Lebhafte Zustimmung.) Aber vorher will denn auch ein Volk, welches unter solchen Umständen, mit einem solchen der großen Mehrheit vollbewußten Vertragsbruch, noch dazu ohne alle Not, ohne von irgend jemand bedroht oder angegriffen zu sein, aus reinster Eroberungslust zum Schwerte greift, woher will es denn die Kraft, die ungeheuerere moralische Kraft schöpfen, wie sie die siegreiche Durchführung eines solchen Krieges doch fordert? Nein, so lange die Welt steht, ist ein Volk, welches so frevelhaft zum Schwerte griff, noch niemals siegreich gewesen und wird auch niemals siegreich sein können. Wie ganz anders auf unserer Seite.

Der Präsident weist in einem geschichtlichen Rückblick darauf hin, wie aus der kleinen Mark Brandenburg inzwischen ein neues deutsches Reich erwachsen sei, so mächtig, daß es heute einer Welt von Feinden siegreich die Stirne bietet (lebhafter Beifall), ein Reich, welches in diesem gewaltigsten aller Weltkriege bisher siegreich war und siegreich bleiben wird (lebhafter Beifall), weil es sich dabei nicht bloß auf die äußere militärische und wirtschaftliche, sondern zugleich auf die schier unüberwindliche innere moralische Kraft zu stützen vermag (Beifall), vor allem auf die einmütigste Ueberzeugung des ganzen Volkes von der vollen Gerechtigkeit unserer Sache, auf das Bewußtsein, diesen ruchlos aufgezwungenen Kampf zwar nur zur Verteidigung begonnen zu haben, ihn nun aber allerdings, nachdem dieser Krieg aus Haß, Neid und Mißgunst uns aufgezwungen worden ist, auch bis zur vollen Sicherung gegen eine Wiederholung gleich ruchloser Ueberfälle durchzuführen, das heißt, wie der Reichskanzler vor wenigen Tagen aussprach, bis wir uns alle nur möglichen realen Garantien und Sicherheiten dafür geschaffen und erkämpft haben, daß keiner unserer Feinde, nicht vereinzelt und nicht vereint, wieder einen Waffengang mit uns wagen wird. (Lebhafte Beifall.)

Nun, in diesem Bewußtsein, mit diesem unbeugbaren Willen werden wir auch weiter wie bisher der Entwicklung der Dinge nicht nur mit vollster Ruhe, sondern auch mit ungebeugter Zuversicht entgegensehen. Wir täuschen uns nicht darüber, wie große neue Opfer, welche erhöhte weitere Anspannung aller unserer Kräfte, vielleicht auch ein längeres Ausharren in diesem schweren Kampfe, solche neue Wendungen wie die jetzige von uns erfordern können. Aber wir verzagen deshalb nicht, ja, wir lassen uns dadurch nicht einmal erschüttern in der festen Zuversicht auf den endlichen vollen Sieg über alle Feinde. (Lebhafte Beifall.)

Gott und Herr! Schütze unser geliebtes Vaterland und unser herrliches Heer sowie unseren siegreichen Kriegsherrn, Se. Majestät den allergnädigsten Kaiser und König! (Allseitiger lebhafter Beifall.)

Das Haus nahm sodann einen Antrag an, die Staatsregierung um Mitteilungen in der Budgetkommission über die wirtschaftlichen Kriegsmaßnahmen zu ersuchen worauf die Sitzung geschlossen wurde.

Berlin, 1. Juni.

Der Seniorenkonvent des Abgeordnetenhauses trat vor der Plenarsitzung zu einer Besprechung zusammen. Dieselbe war veranlaßt durch eine Mitteilung des Ministers des Innern, wonach die Regierung die Session nicht zu vertagen, sondern zu schließen gedenke. Die Absicht der Staatsregierung stieß bei allen Parteien auf entschiedenen Widerspruch. Der Präsident wurde eruchet, sich mit dem Ministerpräsidenten wegen Aenderung dieses Beschlusses ins Einbernehmen zu setzen.

Berlin, 1. Juni.

In der heutigen Abendsitzung des Seniorenkonvents des Abgeordnetenhauses teilte der Präsident mit, daß der Minister des Innern morgen nochmals die Frage der Vertagung oder Schließung des Landtages mit den Führern der Fraktionen besprechen und die Gründe darlegen wird, weshalb die Session geschlossen werden soll.

20

Der Attentatsplan gegen unsere Missionen in Persien.

Der „Frankf. Ztg.“ wurde, wie wir berichteten, aus Konstantinopel gemeldet, daß Anfang Mai die Mitglieder der deutschen und der österreichisch-ungarischen Gesandtschaft unter Führung des Prinzen Reuß und des Grafen Logothetti zwei Tagesmärsche vor Teheran niedergemerkelt werden sollten. Es sei daran erinnert, daß auch die „Pol. Korr.“ im vorigen Monat eine Teheraner Mitteilung über die Rückkehr der genannten Diplomaten auf ihre Posten brachte, in welcher gesagt wurde: Ein von russischer Seite gegen den Einzug der beiden Gesandten in die persische Hauptstadt unternommener Anschlag wurde von der Polizei vereitelt, da persische Offiziere der russischen Kosakenbrigade vor demselben Wind erhalten und beim persischen Ministerium die Anzeige erstattet hatten.

Die Italiener Dalmatiens über den Treubruch Italiens.

Das Organ der Italiener Dalmatiens „Il Dalmata“ (Zara) schreibt: Italien hat — wie bekannt — das Bündnis mit unsrer Monarchie und mit dem Deutschen Reich gebrochen und hiemit von der klugen Richtung abgesehen, die ihm durch mehr als dreißig Jahre die Vorteile des größtmöglichen Schutzes und des höchsten wirtschaftlichen Aufschwunges sicherte; es hat nach Abbruch aller Verhandlungen zur Erzielung einer friedlichen Verständigung mit der Monarchie dieser den Krieg erklärt. Wie sehr dies die Völker der Monarchie verletzt und gekränkt hat, ist leicht zu begreifen. Es ist sehr schmerzlich, daß die Stimme der Vernunft und die Verpflichtungen eines alten und festen Bündnisses gegenüber einer übermütigen kriegerischen Hehe nicht die Oberhand behalten konnten. Da ist nun die Geißel eines neuen Krieges entfesselt, die für die Ehre und die Integrität unsrer Monarchie noch viele Opfer aller Art erfordern wird. Die Dalmatiner italienischer Junge, die eine Waffenbrüderchaft Italiens mit den Centralmächten und eine Glück und Frieden bringende Festigung des Dreibundes und mithin eine Besserung ihrer kulturellen Stellung an den östlichen Gehaden der Adria mit Begeisterung begrüßt hätten, die Dalmatiner, die mit uns stehen und fühlen, versichern durch uns in dieser feierlichen Stunde, daß sie sämtliche noch kommenden Opfer mit Festigkeit, Bereitwilligkeit und Gelassenheit ertragen wollen und in dieser Beziehung hinter keinem andern Volke des Reiches zurückstehen werden. Schon haben unsre Söhne ihr edles Blut vergossen; schon haben wir mit spontanem Schwung unsre Gaben ebenso wie alle andern Völker des Staates für Kriegsfürsorgezwecke geleistet; daher werden wir auch in dieser neuen Kraftprobe in mustergültiger Weise nochmals unsre Pflicht solange erfüllen, bis ein ehrenvoller Friede den

Sieg unsrer und des Verbündeten Truppen gekrönt haben wird. Traditionell ist die Treue der Dalmatiner. Wir haben sie von unsern Vätern geerbt, und wir werden sie halten unerschütterlich in dem Programm der loyalsten und tiefsten Anhänglichkeit an Seine Majestät unsern erhabenen Kaiser und an die Einrichtungen dieses Staates, dem wir als treuergebene Untertanen angehören.

Kriegskalender.

13. Mai. Unter Einwirkung des Vordringens der Heeresgruppe des Generalobersten v. Mackensen weichen die Russen auch aus ihren Stellungen nördlich der Weichsel; die dort den Feind verfolgenden Truppen des Generalobersten v. Bohrsch gelangen bis in die Gegend südlich und nordwestlich von Kielce. In den Karpathen erkämpfen die verbündeten Truppen die Höhen östlich des oberen Strnj. Aus den Maikämpfen bisher 143.000 Russen gefangen, 100 Geschütze und 350 Maschinengewehre erbeutet. — Starke französische Angriffe an der Front Ablain—Renville werden unter schwersten Verlusten für den Feind abgeschlagen. Carency und der Westteil von Ablain von den Deutschen geräumt; zwischen Maas und Mosel gelangen starke französische Angriffe bis in die deutschen Stellungen, worauf der Feind nach erbitterten Nahkämpfen geworfen wird. — Im Hafen von Porto wird ein englischer Panzerkreuzer von türkischen Fahrzeugen angegriffen und zum Sinken gebracht. — Ministerrat in Rom; Demission des Kabinetts Salandra; Volkskundgebungen in italienischen Städten.

Frankfurt, 1. Juni.

Mit dem Eintritt Italiens in den großen Krieg ist eine Macht in besonders schwierige Lage gekommen: das Papsttum. Seine Stellung ist nach dem Verschwinden des Kirchenstaats durch das sogenannte Garantiegesez vom 13. Mai 1871 geregelt worden. Bei der Beratung dieses Gesezes in der italienischen Kammer hat am 2. Februar 1871 der Ministerpräsident Lanza den Geist desselben mit folgenden Worten gekennzeichnet: „Das Ministerium betrachtet den Papst als eine Person, auf welche in keiner Weise irgend eine Bestimmung unseres inneren Rechtes angewendet werden kann, als ein internationales Wesen, das von keinem Staat abhängen darf und folglich keiner Jurisdiktion unterstellt werden kann.“ Nach diesem Geiste suchten Regierung und Kammer das Gesez zu gestalten, was aber nicht gehindert hat, daß es schwere Mängel enthält. Ein wesentlicher Mangel besteht darin, daß es die Stellung einer Macht, deren Internationalität von Regierung und Kammer einstimmig anerkannt wurde, durch eine nationale Maßnahme regeln wollte. Die Folge davon ist, daß der Zustand, der durch ein nationales Gesez geschaffen worden ist, durch ein ebensolches Gesez verändert, verschlechtert oder gar aufgehoben werden kann. Tatsächlich ist in der Kammer der Antrag auf Abschaffung des Garantiegesezes wiederholt gestellt worden; die Kammer hat ihn stets abgelehnt, aber man kann nicht wissen, was eine andere Kammer in Zukunft einmal beschließen wird. Dem Mangel wäre nur dadurch abzuhelfen, daß das italienische Gesez unter internationale Garantie gestellt würde, daß also alle Staaten, unter deren Angehörigen sich Katholiken befinden, das Gesez anerkennen, und so für dessen Ausrechthaltung und Durchführung sich verbürgen würden; das würde verhindern, daß das Gesez einseitig durch Italien verändert oder abgeschafft werden kann. Das liberale Italien ist begreiflicherweise nicht für diesen Ausweg denn es widerstrebt ihm, die Behandlung einer Sache, deren internationale Charakter es zwar anerkennt, deren Regelung jedoch es als eine nationale Angelegenheit betrachtet, dem Dreireden des Auslandes zu unterstellen. Dagegen gibt es hier Kreise, die sich mit der internationalen Garantie begnügen und im Besitz einer solchen auf das Streben nach Wiederherstellung der weltlichen Macht des Papsttums verzichten würden. Heute ist es allerdings fraglich geworden, ob auch die internationale Garantie ein genügender Schutz für die Freiheit und Unabhängigkeit des Papsttums wäre.

Das nämlich ist der zweite und größte Mangel des Garantiegesezes, daß es Bestimmungen nur für den Frieden, nicht aber für den Krieg trifft. Bei der Beratung des Gesezes beantragte der Abgeordnete Corte einen Zusatz, wonach im Falle eines Krieges alle diplomatischen Vorrechte des Papstes aufgehoben sein sollen. Der einschlägige Artikel 11 des Gesezes lautet: „Die Gesandten fremder Mächte beim Heiligen Stuhl genießen in dem Königreiche alle Vorrechte und Immunitäten, die nach dem Völkerrechte den diplomatischen Agenten gebühren. Beleidigungen gegen dieselben werden ebenso bestraft wie Beleidigungen der bei der italienischen Regierung beglaubigten Gesandten. Den Gesandten Sr. Heiligkeit bei fremden Regierungen werden dieselben Vorrechte und Immunitäten zugesichert, wie sie nach dem Gebrauch auf der Hinreise, am Aufenthaltsorte und bei der Rückkehr den staatlichen Diplomaten zukommen.“ Die Kammer fand sich jedoch nicht veranlaßt, den Antrag Corte anzunehmen; sie war der Meinung, das Gesez werde auch für den Fall eines Krieges ausreichen, oder sie dachte, wenn ein Krieg ausbreche, werde man schon die nötigen Aenderungen vornehmen oder neue Maßregeln treffen können. Letzteres scheint auch die Ansicht der Regierung gewesen zu sein. Wie die gegenwärtige Regierung über die Frage denkt, weiß man nicht; der Nachricht, daß sie mit dem Vatikan darüber verhandle, wie für den Kriegsfall die Stellung der päpstlichen Diplomatie zu gestalten sei, ist vom Vatikan selbst entschieden widersprochen worden. Nach einer Zeitungsmeldung soll die Regierung erklärt haben, sie werde die Rechte der vatikanischen Diplomatie schützen, aber eine amtliche Bestätigung liegt nicht vor. Daß die Lage der Gesandten beim Vatikan durch

den Eintritt Italiens in den Krieg verändert worden ist, geht schon aus der Tatsache hervor, daß die Gesandten Preußens, Bayerns und Oesterreich-Ungarns Rom verlassen haben; sie haben sich nach Lugano begeben. um von dort aus ihres Amtes nach Möglichkeit zu walten. Die Meldung, der Papst selbst habe die Gesandten zur Abreise veranlaßt, ist vom Amtsblatt des Vatikans für unrichtig erklärt worden; die Abreise sei aus eigenem Antrieb der Gesandten erfolgt, da sie wahrscheinlich geglaubt hätten, ihre Anwesenheit sei unter den gegenwärtigen Umständen unmöglich, nicht etwa, weil ihre persönliche Sicherheit hätte Gefahr laufen können, sondern weil ihre Lage moralisch unhaltbar und unannehmbar gewesen sei. Einen weiteren Grund für die Abreise der Gesandten hat der österreichische Votschafter beim Vatikan, Prinz Schönburg angegeben: auf das Garantiegesez kann sich die päpstliche Diplomatie nicht berufen und nicht verlassen, da dasselbe vom Vatikan niemals anerkannt, vielmehr ausdrücklich abgelehnt und verworfen worden ist, und zwar durch die Enzyklika Pius' IX. vom 15. Mai 1871. Es ist allerdings nicht gut gängig, ein Gesez anzurufen, das man selbst als gänzlich ungerecht und unwirksam gebrandmarkt hat.

Auch in Bezug auf das kirchliche Vermögen hat das Garantiegesez für den Kriegsfall keine Vorsorge getroffen. Artikel 13 des Gesezes bestimmt: „Die Seminarien, Akademien, Kollegien und andere für die Erziehung und Ausbildung der Geistlichen in Rom und in den sechs suburbicarischen Sizen gegründete Anstalten werden auch in Zukunft ausschließlich vom Heiligen Stuhle abhängen, ohne jede Einmischung der Schulbehörden des Königreiches.“ Aber diese Bestimmung gilt nur für die rein päpstlichen, nicht auch für die anderen kirchlichen Anstalten. Die Zahl dieser Anstalten ist groß, ihr Vermögen beträchtlich. In einem Aufsatze, den die „Neue Zürcher Zeitung“ veröffentlicht hat, führt Graf Voltolini aus, daß es sich dabei um viele Millionen handelt. In Rom hat jede Nation eine Reihe alter, teilweise aus dem Mittelalter herrührender Stiftungen, die zum größten Teil Grundbesitz haben. Während nun Italien nach der Besetzung Roms hinsichtlich der Stiftungen italienischen Charakters die allgemeine Landesgesetze anwandte, die dem Staate eine weitgehende Einmischung in deren Verwaltung gestatten, blieben die Verhältnisse der ausländischen Stiftungen völlig unberührt; sie behielten ihr Vermögen in eigener, vom Staat in keiner Weise beeinflusster Verwaltung. Welche Werte hier in Betracht kommen, ergibt sich am besten aus dem Umfange, den die deutschen und österreich-ungarischen Stiftungen in Rom einnehmen. Gemeinsamer deutscher und österreichischer Besitz sind die Nationalkirche Santa Maria dell'Anima mit dem Priesterhaus sowie der deutsche Campo Santo mit seinem Priesterkollegium. Die Nationalkirche Santa Maria dell'Anima besitzt ein riesiges in Grundbesitz angelegtes Vermögen; nicht weniger als siebenundzwanzig Häuser, darunter mehrere sehr große historisch merkwürdige Paläste, sind Eigentum der „Anima“, wie man sie kurzweg bezeichnet. Auch das Campo Santo-Stift, dessen Gründung auf Karl den Großen zurückgeht, hat einen bedeutenden Immobilienbesitz, zu dem auch das Vermögen der uralten deutschen Bäderinnung zu St. Elisabeth und des böhmischen Pilgerhauses gehört. Gemeinsamer deutscher und österreichisch-ungarischer Besitz ist das von Ignaz von Loyola gegründete Collegium Germanicum-Hungaricum, ein weitläufiger Gebäudelomplex, in welchem neben dem Kollegium auch der Jesuitengeneral residiert. Das „Germanicum“, wie man es in Rom kurz nennt, besitzt ebenfalls zahlreiche Häuser, darunter die Gebäude des Grand Hotel und des Hotel Campidoglio in Rom. Kein österreichischer oder österreichisch-ungarischer Besitz sind das böhmische, das ruthenische, das polnische Kolleg, ferner das Vermögen der österreichisch-ungarischen Erzbruderschaft vom Namen Maria. So ergibt sich allein für Deutschland und Oesterreich-Ungarn ein in Rom lagerndes gewaltiges Vermögen; dazu kommt noch das Vermögen der in Rom residierenden Orden und Kongregationen. Ueber alle diese Werte ist für den Kriegsfall keine Vorsorge getroffen; sie stehen außerhalb jedes gesetzlichen Schutzes. Oesterreich-Ungarn hat den Schutz seines kirchlichen Vermögens an Spanien übertragen; es fragt sich aber, ob Italien gewillt ist, dieses Schutzrecht anzuerkennen und zu achten, und ob es auch, gegenüber

der sich ausbreitenden Böbelherrschaft, die Macht hat, den Schutz des kirchlichen Vermögens wirksam zu gestalten.

Unter diesen Umständen ist es begreiflich, daß der Papst selbst sich in Rom nicht mehr ganz sicher fühlt und daß die vatikanischen Kreise ernsthaft überlegen, ob sie nicht für die Dauer des Krieges sich anderswo niederlassen sollen. Die Verlegung des Papsttums wäre freilich ein viel schwierigeres Werk als die Abwanderung der päpstlichen Diplomatie.

3./VI. 1915

Eine Erklärung des Schweizer Bundespräsidenten.

Bern, 2. Juni. Bundespräsident Motta empfing Dienstag eine Abordnung Frauen, die ihm die Begründung der Beschlüsse des Internationalen Friedenskongresses der Frauen vom April 1915 überbrachte. Der Bundespräsident sagte, eine Vermittlung erscheine jetzt noch nicht angezeigt. Die Schweiz werde aber im richtigen Zeitpunkt gern bereit sein, in Verbindung mit andern neutralen Staaten Schritte für den Frieden zu tun.

Kriegskalender.

14. Mai. Die von der Pilicafront schleunigst abziehenden Russen werden von den verbündeten Armeen Bohrsch und Dankl verfolgt. Unsere Truppen erreichen unter Nachhüttkämpfen die Höhen südwestlich Dobromil und Starh Sambor; die Armeen Linsingen dringt über Turka und Skole vor; in Südostgalizien gelingt es starken russischen Kräften, über Oberyth bis nördlich Sniatyn und bis Bahala vorzudringen. Bei Szawle sowie westlich Praszynsz fortgesetzte, aber erfolglose russische Angriffe. — Bei Operu scheitern starke englische Gegenangriffe; französische Angriffe bei Berrh-au-Bac abgewiesen. — Das Linienschiff „Goliath“ in den Dardanellen torpediert. — Kämpfe in Lihven. Heftige Zusammenstöße in Mailand zwischen Interventionisten und Neutralisten.

15. Mai. Fortgesetzter Rückzug der russischen Armeen in Polen und in Westgalizien; Jaroslau, Rudnik, Lezajsk, Dobromil, Starh-Sambor und Borhslaw von den Verbündeten besetzt. Heftige russische Angriffe bei Kolomea von kärntnerischer und steirischer Infanterie blutig zurückgeschlagen. Bei Szawle wird der Vormarsch starker russischer Kräfte zum Stehen gebracht; bei Augustow und Skalwarja vergebliche feindliche Angriffe. — Weitere Erfolge der Deutschen bei St. Julien-Operu; französische Angriffe bei Eijeh-Flireh abgewiesen. — Marcora und Carcano lehnen die ihnen übertragene Mission der Kabinettsbildung ab. — Deutschenheke in Johannesburg.

16. Mai. Weiterer Vormarsch der verbündeten Armeen zwischen Pilica und oberer Weichsel, sowie auf der Front Sambor—Strhj—Stanislaw; am unteren San, von Przemysl abwärts, heftige Kämpfe. In der Gegend von Szawle wird ein russischer Vorstoß abgewiesen; an der Dubica weichen deutsche Abteilungen vor starken russischen Kräften; bei Augustow und beiderseits des Dmulew scheitern heftige russische Nachtangriffe. — Nördlich von Operu greifen englische Kolonialtruppen, südwestlich Lille englische Territorialtruppen, ferner beiderseits des Loretohöhenrückens, bei Souchez, sowie nördlich von Arras bei Neuville starke französische Kräfte ohne jede Rücksicht auf eigene Verluste an; alle diese Angriffe werden von den Deutschen blutigst abgewehrt; westlich der Argonnen ein erfolgreicher deutscher Angriff. — Die Demission des Ministeriums Calandra wird vom König nicht angenommen; militärische Konferenzen in Rom; Demonstrationen gegen Giolitti. — Aufstand in Portugal.

17. Mai. Weiteres Vorbringen der Verbündeten in Westgalizien und Südpolen auf der Front gegen Sambor—Strhj—Stanislaw; bei Jaroslau an mehreren Stellen der San überschritten. An der Dubica sowie bei Mariampol und Lubwinow feindliche Angriffe abgewiesen. — Zurücknahme der deutschen Stellungen bei Steensirate und Het Sas; nördlich von Arras, bei Ablain und Neuville, werden französische Angriffe unter großen Verlusten des Gegners abgewiesen; Luftschiffangriff auf Dover und Calais. Englische Angriffe bei Ari Burnu auf Gallipoli abgewiesen; bisher 35.000 Mann Verluste der Alliierten an den Dardanellen. — Erklärungen des Grafen Tisza im ungarischen Reichstag über das Verhältnis der Monarchie zu Italien; Demonstrationen für den Krieg in Rom. — Note Amerikas über den „Lusitania“-Fall. — Attentat auf den neuen Ministerpräsidenten Chapas in Lissabon.

18. Mai. Nach vergeblichen Gegenangriffen werden die Russen nördlich Przemysl bis Jaroslau am Ostufer des Sanflusses geworfen; zwischen Pilica und oberer Weichsel, südöstlich Przemysl sowie in der Gegend von Strhj heftige Kämpfe; in den Mailkämpfen bisher 174.000 Russen gefangen, 128 Geschütze und 368 Maschinengewehre erbeutet. Russische Angriffe auf Mariampol und an der Dubica werden abgewiesen; gegen südlich des Njemen herangeführte russische Kräfte gehen deutsche Truppen zum Angriffe vor. — Erneute französische Angriffe an der Loretohöhe, bei Ablain und westlich Souchez scheitern. — Bethmann-Hollweg über Italien und den Dreibund. — Straßentumulte in Rom und Mailand. Streik in Turin; Giolitti verläßt inkognito Rom.

3./IV. 1915

Eine Abordnung des Haager Internationalen Frauentongresses in Wien.

Ueberreichung einer Resolution an Minister des Aeußern Baron Burian.

Stürzlich ist eine Frauendeputation des Internationalen Frauentongresses im Haag in Wien angekommen, die beabsichtigte, dem Minister des Aeußern Freiherrn v. Burian eine Resolution zu überreichen, die anlässlich des vom 28. April bis 1. Mai d. Z. stattgehabten Internationalen Frauentongresses im Haag gegen den Krieg gefasst und dort einstimmig angenommen worden ist. Die Delegation besteht aus den Damen Jane Adams und Alice Hamilton aus Chicago und Frau Doktor Metta Jacobs und Frau v. Wulften-Baltke aus Amsterdam und führte den Beschluß des Frauentongresses durch, „die in den Resolutionen niedergelegte Botschaft den Oberhäuptern der kriegsführenden und neutralen Staaten Europas und dem Präsidenten der Vereinigten Staaten Nordamerikas zu überbringen“.

Die Damen, die sich, wie erwähnt, in Wien ihrer Mission entledigten, waren bereits in Holland, wo sie bei dem Kanzler Curt von der Linden und dem Minister des Auswärtigen Amtes Lambdon vorsprachen. Am 13. und 14. Mai wurden sie in London von Edward Grey und Asquith empfangen. Dann reisten sie über Amsterdam nach Berlin, wo sie bei dem Reichskanzler v. Bethmann Hollweg und dem Staatssekretär v. Jagow vorstellig wurden. In Wien wurden nun Miss Jane Adams und Frau Dr. Metta Jacobs vom Minister des Aeußern Baron Burian und vom Ministerpräsidenten Grafen Stürgkh in Audienz empfangen. Der amerikanische Botschafter hatte ihnen die Unterredung vermittelt.

Von Wien aus gedenkt die Delegation sich nach Budapest zu begeben, um bei dem Ministerpräsidenten Grafen Tizza vorzusprechen. Hierauf wollen die delegierten Damen ihre Aufgabe in Rom, Paris und Haag erfüllen, um dann die Resolution in Amerika dem Präsidenten der Vereinigten Staaten persönlich zu überreichen.

Eine zweite Deputation, bestehend aus Damen aus Amerika, England, Holland und Ungarn, hat die Reiseroute Christiania-Stockholm-Kopenhagen-Petersburg zur Erledigung ihrer Aufgabe gewählt. Ueber den Verbleib und Erfolg dieser Abordnung ist infolge der schlechten Postverbindung während des Weltkrieges den in Wien weilenden Vertreterinnen des Frauentongresses nichts bekannt. Die Damen betonen, daß es ihnen ferne liegt, die unmögliche Aufgabe von Friedens-

vermittlerinnen übernehmen zu wollen, sie beabsichtigten nur, den Friedensgedanken das erstmal anklingen zu lassen, um mitzuhelfen, die allgemeine Zugänglichkeit für einen späteren Zeitpunkt vorzubereiten.

Nochmals die Kriegsziele.

N Berlin, 2. Juni. (Priv.-Tel.) Es ist der Presse verboten, die sogenannten Kriegsziele zu erörtern, das heißt zu besprechen, was beim Ende des Krieges, das wir uns natürlich nur ehrenvoll und siegreich denken können, zu Deutschlands Bestem und zu seiner Sicherung und zur Erfüllung seiner weltpolitischen Aufgaben geschehen soll. Diese sehr schwierigen Erörterungen, für die ja einmal der Zeitpunkt kommen wird, werden seit geraumer Zeit von ein paar, man möchte fast sagen privilegierten Journalisten, von denen einige wieder unter dem Schutze eines parlamentarischen Mandats handeln, vorweggenommen und meist auf die plumpe Frage zugespielt, was wir annectieren sollen. Die große Presse fügt sich nicht nur dem übrigens in Form eines Wunsches ausgesprochenen Verbote, sondern sie handelt aus eigener Einsicht, wenn sie bis zum geeigneten Zeitpunkt darauf verzichtet, öffentlich für oder gegen Annexionsgelfüste oder Annexionsnotwendigkeiten zu sprechen. Sie unterläßt das, weil sie die bei einiger Kenntnis der internationalen Lage und bei einigem Nachdenken leicht zu gewinnende Einsicht hat, daß mit solchen öffentlichen Erörterungen gar nicht genügt, wohl aber geschadet werden kann, indem durch sie die Stimmung nicht nur in den Ländern unserer Feinde, sondern auch in neutralen Ländern in einer so gegenteiligen Weise beeinflusst werden kann und zwar ganz gleich, ob man sich für oder gegen Annexion ausspricht. Es bedarf keines besonderen Scharfsinnes und keiner besonderen Eingeweihtheit, um zu wissen, daß die Aufgaben, vor denen die verantwortlichen Leiter unserer Politik in allen Phasen dieses Krieges stehen und auch gegenwärtig stehen, erschwert werden, wenn von Unverantwortlichen, mögen sie auch noch so starke patriotische Gefühle haben, über eine Kriegsbeute bereits öffentlich verfügt wird, deren, wir wollen sagen, Umfang doch noch nicht feststeht und auch nicht mit absoluter Sicherheit vorausgesehen ist. Von nationalliberaler Seite und einigen ihrer Führer wird in der Behandlung dieser Kriegsziele und namentlich in der Frage, was mit den Ländern des westlichen Kriegsschauplatzes geschehen solle, seit längerer Zeit das Stärkste geleistet, wobei stark zutage tritt, daß die nationalliberale Partei sich auf bestimmte industrielle Kreise stützt. So hat der Geschäftsführende Ausschuß der nationalliberalen Partei und die Vorsitzenden der Landes- und Provinzialverbände wieder einmal die gegenwärtige politische Lage, wie sie behaupten, beraten, und haben daraufhin einmütig der Forderung Ausdruck gegeben, daß die Erfolge unserer unvergleichlichen Armee restlos ausgenutzt werden müssen und daß kurz gesagt im Westen dem Deutschen Reiche alles angegliedert werden müsse, was es politisch, wirtschaftlich und militärisch zur Verstärkung seiner Machtstellung zu Wasser und zu Lande brauche.

Damit ist nichts Neues gesagt. Man weiß, daß die nationalliberale Partei, wenn auch nicht in ihrer ganzen Mehrheit — man denke nur an einzelne ihrer Redner im Reichstag — auf diesem Standpunkt steht, und man weiß auch, daß sie, dem dringenden Wunsche der Reichsregierung entgegen, die öffentliche Kundgebung dieses Standpunktes notwendig für ihre Partei und, wie sie glaubt, auch notwendig für das Reich halte. Was damit dem Reich genutzt werden soll, wird anderen Leuten unverständlich sein. Was dadurch geschehet werden kann, läßt sich leicht nachweisen. Wir werden den Eindruck nicht los, daß die Herren, die derartige Dinge beschließen und veröffentlichen, kein Verständnis für die politische Situation und ganz bestimmte Notwendigkeiten haben.

4./v. 1915

Eine Rede Salandras.

Lugano, 3. Juni.

Auf dem Kapitol hielt ein römisches Komitee für die sogenannte bürgerliche Mobilmachung eine Sitzung ab, die das Ministerium zu einer theatralischen Wiederholung seiner Kriegsgründe gegenüber den Manifesten des Kaisers Franz Joseph und dem Armeebefehle des Erzherzogs Friedrich sowie den Reden des Grafen Tisza und des deutschen Reichskanzlers ausnutzte. Zahlreiche Senatoren und Deputierte waren als Zuhörer bestellt. Auch die bekannten Neutralisten wie Grassi, Beano, Schanzer, Bruno und Belmonte waren erschienen.

Ministerpräsident Salandra begann seine lange, angeblich von lauten Beifallskundgebungen vielfach unterbrochene Rede, mit den üblichen rhetorischen Gemeinplätzen und Ermahnungen wie „Vertrauen auf den Sieg, aber auf alles vorbereitet sein, Italiens Sache sei gerecht, Italiens Krieg sei ein heiliger Krieg.“ „Ich wende mich“, sagte Salandra, „an die Kulturwelt, um nicht mit heftigen Worten, sondern mit präzisen und dokumentierten Tatsachen zu beweisen, wie die feindliche Wut vergebens versucht hat, die hohe sittliche und politische Würde der Sache, die unsere Waffen zum Triumph führen werden, herabzusetzen. Die mittelmäßigen Staatsmänner, die mit verwegendem Leichtsinne, in allen ihren Voraussetzungen irrend, im vergangenen Juli ganz Europa und ihre eigenen Häuser in Brand gesetzt haben, lassen jetzt, da sie eines neuen kolossalen Irrtums gewahr werden, in den Parlamenten von Budapest und Berlin ihre Wut in brutalen Worten gegen Italien und seine Regierung aus, offenbar zu dem Zwecke, von ihren Mitbürgern Verzeihung zu erlangen, indem sie sie mit wüsten Visionen von Haß und Blut trunken machen. Der deutsche Reichskanzler

sagte, daß ihn der Zorn erfülle. Es mag wahr sein, denn seine Gründe waren schlecht. Ich kann, selbst wenn ich wollte, sein Beispiel nicht nachmachen. Die atavistische Rückkehr zum ursprünglichen Barbarentum ist für uns schwieriger, da wir zwanzig Jahrhunderte entfernter von ihm sind.“

Hierauf wurde Salandra sozusagen sachlich. Der Vorwurf des Verrates und der Ueberrumpelung lehnte der Ministerpräsident ab mit dem Hinweise darauf, daß Deutschland den Grundsatz: „Not kennt kein Gebot“ ausgesprochen und auf dem Meeresgrunde alle Urkunden und Gewohnheiten des Völkerrechtes begraben habe und berief sich auf das Grünbuch, das die Vergeblichkeit der Verständigungsversuche dartue. Die Linie des Verhaltens der italienischen Regierung sei seit dem Angriff Oesterreich-Ungarns auf Serbien un verändert geblieben. Zum Beweise verlas Salandra das Telegramm des Marchese di San Giuliano an den Herzog von Avarna vom 25. Juli 1914, das über seine und Salandras Unterredung mit dem Botschafter v. Flotow Nachricht gibt. Hieraus erhellt jedoch nur, Italiens sofortiger Vorbehalt, daß Oesterreich-Ungarn mit einem von Italien nicht im voraus genehmigten Angriff auf Serbien, Italien nicht zur Einhaltung positiver Bündnispflicht im Hinblick auf Rußland zwingen könnte.

Am 27. und 28. Juli habe Italien, so erzählte Salandra des weiteren, in Berlin und Wien die Frage nach Zession der italienischen Provinzen Oesterreich-Ungarns gestellt und erklärt, daß ohne angemessene Kompensierung Italiens der Dreibund unwiderruflich gebrochen sein dürfte. Der Ministerpräsident erwähnte dann, daß Graf Berchtold keine Verpflichtung eingehen wollte, eventuell auf die Besitznahme serbischen Territoriums zu verzichten, nannte den Mord von Sarajevo nur einen Vorwand zum Krieg und sagte, Oesterreich-Ungarn und Deutschland hätten geglaubt, mit einem Lärmenden, aber un kriegerischen Italien zu tun zu haben, das eine Erpressung versuche, aber sein gutes Recht nicht mit den Waffen verteidige, mit einem Italien, das durch ein paar Millionen Frank und durch Intriguen zwischen der Regierung und dem Volke paralysiert werden könnte.

Dann ging Salandra von neuem zur Bewertung des Dreibundes über, zu den unbefriedigenden Momenten des Bundesverhältnisses und zu den Verhandlungen über die Kompensation, und wiederholt die aus dem Grünbuch und sonstigen amtlichen und halbamtlichen Äußerungen bekannten Momente, ohne etwas neues hinzuzufügen. Dieser Teil der Ausführungen Salandras und seine Behauptungen, Oesterreich-Ungarns letzte Zusage einer kurzen bestimmten Zeitbemessung für die Durchführung der territorialen Zugeständnisse ebenso wie Deutschlands Garantie seien unverläßlich gewesen, fanden bei der Zuhörerschaft murrende Kommentare, desgleichen Salandras Bekenntnis, daß eine Vereinbarung mit Oesterreich-Ungarn und Deutschland den Dreibund hätte fortbestehen lassen, daß aber Italien dies nicht gewollt habe, weil Deutschland ein zu großes Uebergewicht geben und Italien später in ein Vasallenverhältnis gebracht hätte. Deutschland dürfe nicht Herr anderer Staaten, sondern müsse den anderen gleich sein. Nochmals auf die Rede des deutschen Reichskanzlers von Bethmann Hollweg zurückkommend, der die italienischen Politiker zu Unrecht beleidigt habe, hob Salandra hervor, daß Fürst Bülow eine wirkliche Sympathie für Italien gehegt und das Möglichste für eine Verständigung getan, jedoch durch seine Irrtümer bei der Einflußnahme auf die Italiener das Gegenteil seiner Absichten erreicht habe. Die Entrüstung in Italien wäre ausgebrochen, als man wahrgenommen habe, daß ein fremder Botschafter sich zwischen die Regierung, das Parlament und das Volk einmischen wollte.

Nach diesen langen, unorganischen Ausführungen, die abermals kein einziges Moment anführen konnten, das den Verrat und die Ueberrumpelung wirklich hätte entschuldigen können, schloß Salandra mit dem Appell an das heilige Feuer des italienischen Volkes und seine Königstreue.

Salandra lügt weiter.

WTB Rom, 3. Juni. (Telegr.) Über Lugano. Die Sitzung des römischen Ausschusses für die sogenannte bürgerliche Mobilmachung hat das italienische Ministerium zu einer theatralischen Wiederholung seiner Kriegsgründe gegenüber den Rundmachungen des Kaisers Franz Josephs und des Erzherzogs Friedrich sowie den Reden des Grafen Tisza und des deutschen Reichskanzlers benutzt. Zahlreiche Senatoren und Deputierte waren als Zuhörer anwesend. Auch bekannte Neutralisten wie Grassi, Busano, Schanzer und Bruno Belmonte waren erschienen. Die Rede des Ministerpräsidenten Salandra hatte folgenden Wortlaut:

Ich ergreife gern das Wort in dieser Versammlung, weil die Regierung dem nationalen solidarischen Wirken des Ausschusses großen Wert beilegt. Um die ältesten, höchsten Wünsche und die vitalsten Interessen des Vaterlandes zu wahren, sind wir in den großen Krieg, welchen die Geschichte kennt, eingetreten, in den Krieg, welcher nicht nur die Kämpfer, sondern auch die Daheimgebliebenen erfassen muß. Niemand kann sich ihm entziehen. Wer dem Vaterlande nicht seine Arme gibt, muß ihm seinen Geist, sein Herz und seine Güter zum Opfer geben. Die daheim bleiben, müssen bemüht sein, daß das nationale Leben nicht unterbrochen wird. Unsere Herzen müssen hochgemut bleiben, weil unsere Sache gerecht und unser Krieg ein heiliger Krieg ist. (Beifall.) Die Italiener aller Schichten müssen nicht nur die spontane, instinktive Tiefs, sondern auch die wohlüberlegte Überzeugung von der Gerechtigkeit unserer Sache und der Heiligkeit dieses Krieges haben. Die ganze zivilisierte Welt muß davon überzeugt sein. Ich wende mich an Italien und an die zivilisierte Welt, um ihnen nicht mit heftigen Worten (Zustimmung), sondern durch Tatsachen und genaue Dokumente zu zeigen, wie der Zorn unserer Feinde die hohe moralische und politische Würde der Sache, welche unsere Waffen geltend machen werden, vergeblich herabzusehen versuchte. Ich werde mit der heitern Ungetrübtheit sprechen, für welche uns unser König das Beispiel gab, als er seine Soldaten und Matrosen zu den Waffen rief. Es lebe der König! Ich werde sprechen, indem ich meinem Range und dem Orte, wo ich spreche, die schuldige Achtung wahre. Man kann die in den kaiserlichen und königlichen sowie den erzhertzoglichen Proklamationen niedergeschriebenen Beleidigungen nicht übergehen. Da ich auf dem Kapitol spreche und in dieser feierlichen Stunde das italienische Volk und die italienische Regierung repräsentiere, so habe ich als ein bescheidener Bürger das Gefühl, viel vornehmer zu sein als das Haupt des Hauses Habsburg-Lothringen und als die mittelmäßigen Staatsmänner, welche im vergangenen Juli in leichtsinniger Waghalsigkeit und indem sie sich in allen Berechnungen täuschten, ganz Europa und seine friedlichen Stätten in Brand steckten. Da sie jetzt ihren neuen kolossalen Fehler entdecken, drücken sie sich in den Parlamenten von Budapest und Berlin in brutalen Worten gegen Italien und seine Regierung aus, mit dem offensichtlichen Zweck, sich die Verzeihung ihrer Landsleute zu erkaufen, indem sie sich mit grausamen Biffionen von Haß und Blut beraufchen. (Lebhafte Beifall.)

Der deutsche Reichskanzler sagte, er sei nicht von Haß, doch von Zorn erfüllt. Er sprach die Wahrheit, weil er schlecht räsonnierte, wie man dies in einem Wutanfall tut. (Heiterkeit.) Selbst wenn ich wollte, könnte ich seine Sprache uns gegenüber nicht nachahmen, uns gegenüber, die wir 20 Jahrhunderte weiter vorgeschritten sind. Die fundamentale These der Staatsmänner Mitteleuropas ist in den Worten „der Verrat und Überfall Italiens gegenüber seinen treuen Bundesgenossen“ enthalten. Man kann sich fragen, ob die, welche mit viel weniger Genie, aber um so größerer moralischer Gleichgültigkeit die Tradition Friedrichs des Großen und Bismarcks repräsentieren, welche verkündeten, daß „Not kein Gebot kennt“, welche zugaben, daß sie im Widerspruch mit dem Völkerrecht, alle Verträge und Entscheidungen der Zivilisation mit Füßen traten, verbrannten und in die Tiefen des Ozeans versenkten, das Recht besitzen, von einem Bündnis und Achtung der Verträge zu sprechen. Aber dies wäre ein sehr leichter, nur präjudizieller Beweis. Prüfen wir im Gegenteil eingehend und mit Ruhe, ob unsere einstigen Verbündeten das Recht besitzen, sich von uns verraten und überfallen zu nennen. Unsere Wünsche sowie unser Urteil über die Handlungen unserer ehemaligen Verbündeten waren seit langem bekannt. Diese Wünsche und unser Urteil nahmen dem Bündnisse seine innere Daseinsberechtigung. Das Grünbuch zeigt, daß im Dezember und Mai lange mühselige Unterhandlungen stattfanden, die ergebnislos blieben. Es ist nicht wahr, wie man fälschlicherweise glauben machen will, daß das im letzten November gebildete Ministerium die Richtlinien unserer internationalen Politik verändert. Die italienische Regierung, deren Richtlinie immer unverändert blieb, urteilte streng. Von dem Augenblick an, wo sie Kenntnis von dem Angriff Österreich-Ungarns auf Serbien hatte, sagte sie die Folgen des Angriffs voraus, welche die nicht voraussehen vermochten, welche jenen Schlag mit so großer Gewissenlosigkeit vordacht hatten. Als Beweis diene folgendes Telegramm di San Giulianos an den italienischen Botschafter in Wien, Herzog Noarna, Rom, 25. Juli 1914: Salandra, Flotow und ich hatten eine lange Unterredung. Salandra und ich machten Flotow besonders darauf aufmerksam, daß Österreich gemäß dem Sinne des Dreibundes nicht das Recht habe, ohne vorherige Abmachung mit seinen Verbündeten einen ähnlichen Schritt zu unternehmen, wie es ihn in Belgrad unternommen hat. Tatsächlich beweist Österreich-Ungarn klar durch den in der Note angeschlagenen Ton und durch die Art der Forderungen, welche übrigens gegen die panzerbüchse Gefahr wenig wirksam, dagegen für Serbien und indirekt für Rußland tief beleidigend waren, daß es den Krieg provozieren wollte. Wir haben ferner dem Botschafter von Flotow erklärt, daß Italien infolge der Handlungsweise Österreich-Ungarns und angesichts des defensiven Charakters des Dreibundvertrages sich nicht verpflichtet fühle, Österreich-Ungarn zu Hilfe zu kommen, falls es sich infolge dieses Vorgehens mit Rußland im Kriege befinden sollte. Der

ganze europäische Krieg ist tatsächlich eine Folge der herausfordernden Handlung Österreich-Ungarns. Die italienische Regierung warf am 27. und 28. Juli in Berlin und Wien klar die Frage einer Abtretung der österreichisch-italienischen Provinzen auf. Wir erklärten damals, daß der Dreibund unweigerlich gebrochen werde, falls wir nicht gerechte Kompensationen erhielten. (Anmerkung der Redaktion: Eine derartige Erklärung ist in Berlin weder am 27. noch am 28. Juli v. J. abgegeben worden, dahingegen hat der tgl. italienische Botschafter, Herr Bollaui, am 24. Juli den Standpunkt der italienischen Regierung dahin gekennzeichnet, daß Italien unter Wahrung seiner Interessen auf Grund des Artikels 7 des Dreibundvertrages eine möglichst wohlwollende und freundschaftliche Haltung für Österreich-Ungarn einnehmen und ihm keine

Schwierigkeiten bereiten würde. Italien wolle in allen Balkanfragen eine mit seinen Verbündeten übereinstimmende Politik machen. Auch müßte es über die Interpretation des Artikels 7 Gewißheit erhalten. Über die Interpretation war in der Folge eine Einigung und zwar im Sinne der italienischen Wünsche herbeigeführt worden.) Die unparteiliche Geschichte wird sagen, daß Österreich-Ungarn, ohne von Juni bis Oktober 1913 Italien seinen aggressiven Absichten gegen Serbien feindselig gesinnt zu finden, im vergangenen Sommer in Übereinstimmung mit Deutschland versuchte, uns durch Überraschung vor eine vollzogene Tatsache zu stellen. Das Verbrechen von Serajewo wurde als Vorwand ausgenutzt. Nach der Weigerung Österreich-Ungarns, die sehr weitgehenden Angebote Serbiens anzunehmen, erklärte am 31. Juli Graf Berchtold dem Herzog von Noarna, daß die Mediation, falls sie erfolgen sollte, die bereits begonnenen Feindseligkeiten gegen Serbien nicht unterbrechen sollte. Wenn die Mediation, woran England und Italien arbeiteten, sich fühlbar machen sollte, so war Graf Berchtold trotzdem jedenfalls nicht gewillt, die in der österreichisch-ungarischen Note angelegenen Bedingungen zu ildern. Diese Bedingungen hätten bei Beendigung des Krieges natürlich verschärft werden können. Wenn andererseits Serbien sich entschlossen hätte, die österreichisch-ungarische Note vollständig anzunehmen, und sich bereit erklärt hätte, die Bedingungen, welche man ihm auferlegte, zu erfüllen, so hätte dies Österreich-Ungarn nicht bewogen, die Feindseligkeiten einzustellen. Es ist nicht wahr, wie Graf Tisza behauptete, daß Österreich-Ungarn sich verpflichtet hätte, seine territorialen Erwerbungen auf Kosten Serbiens zu machen. Der österreichisch-ungarische Botschafter Merez erklärte am 30. Juli San Giuliano, daß Österreich-Ungarn in dieser Hinsicht keine verpflichtende Erklärungen abgeben könne, weil man nicht voraussehen könne, ob es nicht während des Krieges gegen seinen Willen genötigt wäre, serbische Gebiete zu behalten. Graf Berchtold erklärte am 29. Juli dem Herzog v. Noarna, er sei nicht gewillt, Verpflichtungen bezüglich der etwaigen Haltung Österreich-Ungarns im Falle eines Konfliktes mit Serbien einzugehen. Wo ist denn ein Berrat oder ein ungerechter Überfall, wenn man nach 9 Monaten vergeblicher Bemühungen zu einer ehrbaren Verständigung zu gelangen, die in gerechtem Maße unsere Rechte und Interessen anerkennt, unsere Handlungsfreiheit begrenzen will? Die Wahrheit ist, daß Österreich-Ungarn und Deutschland es bis zu diesen letzten Tagen mit schwachen Intriganten, aber nicht mit einem handelnden Italien, mit einem der Erpressung fähigen, aber zur Geltendmachung seines guten Rechtes durch die Waffen unfähigen Italien zu tun zu haben glaubte, mit einem Italien, das leicht lahmzulegen sei, indem man einige Millionen ausgeben, und indem man sich durch nicht einzugestehende Treibereien zwischen das Land und seine Regierung stelle. (Sehr lebhafter Beifall.) (Schluß folgt.)

Die Rede Salandras.

(Schluß aus Nr. 557 der Kölnischen Zeitung.)

WTB Rom, 3. Juni. (Telegr.) Salandra fuhr fort:

Ihre (nämlich der Mittelmächte) Herrscher und Minister für auswärtige Angelegenheiten sprachen von dem Bündnis, das wir gekündigt haben, nachdem sie es tatsächlich gebrochen hatten, diesem Bündnis, in dem Italien so lange Jahre gelebt habe und das Italien gestattet habe, sich wirtschaftlich zu entwickeln und sein Gebiet zu vergrößern. Ich will die Wohltaten dieses Bündnisses nicht leugnen, doch waren die Vorteile nicht einseitig, alle Vertragsschließenden hatten ihren Teil daran, wir vielleicht nicht mehr als andere. Wäre dies nicht der Fall gewesen, so hätten die Mittelmächte das Bündnis nicht gewollt und nicht erneuert. War Fürst Bismarck vielleicht eine empfindsame, für Italien schwärmende Natur? Waren die Prinzen und Minister Österreich-Ungarns immer zärtlich zu uns? Man muß wissen, wie wir zu unserer einzigen Gebietsvergrößerung gelangt sind, um zu beurteilen, wie offensichtlich die Angriffsabsichten Österreich-Ungarns gegen Italien gewesen sind. Wir haben hierfür unanfechtbare Beweise. Der Generalstabschef Conrad v. Höhendorf hegte immer den Gedanken, daß ein Krieg gegen Italien unvermeidlich sei. Sei es bezüglich der unerlösten Provinzen, sei es wegen der Eifersucht Italiens auf das, was Österreich auf dem Balkan und im östlichen Mittelmeer unternähme. Höhendorf erklärte, daß Italien sich zu vergrößern beabsichtige, sobald es bereit sein werde, aber daß es sich allem widersetze, was Österreich-Ungarn auf dem Balkan unternehmen wolle. Man müsse es also niederschlagen, um die Hände frei zu haben. Höhendorf beklagte, daß Österreich im Jahre 1907 Italien nicht angegriffen habe. Der österreichisch-ungarische Minister des Außern erkannte selber an, daß in der Militärpartei die Meinung verbreitet sei, man müsse das Königreich Italien durch einen Krieg zerschmettern, weil aus diesem Königreiche die Anziehungskraft für die italienischen Provinzen der Doppelmonarchie herrühre. Durch einen Sieg über das Königreich Italien und durch seine politische Vernichtung würden sich die Irredentisten jeder Hoffnung beraubt sehen. Indem man den Augenblick des Kriegsausbruches abwartete, dessen Eintreten man mit allen Mitteln beschleunigen sollte, müßte man die italienischen Provinzen durch strafrechtliche schärfste Maßnahmen und durch Widerstand gegen jeden ihrer Wünsche bezüglich der Kulturfragen unterdrücken. Sehen wir jetzt auf Grund der amtlichen Aktenstücke, wie die Bundesgenossen uns in der Unternehmung gegen Libyen geholfen haben. Die vom Herzog der Abruzzen gegen türkische Torpedoboote

bei Preveza begonnenen Secunternehmungen wurden auf eine schroffe und unduldsame Weise von Österreich-Ungarn aufgehalten. Arentthal benachrichtigte am 1. Oktober unsern Botschafter in Wien, daß unsere Handlungen auf ihn einen peinlichen Eindruck gemacht hätten, daß er ihre Fortsetzung nicht zulassen könne, und daß es dringend erforderlich sei, ihnen ein Ende zu machen und die nötigen Befehle zu erteilen, damit verhindert werde, daß sich diese Kriegshandlungen in den Gewässern der Adria und im Ionischen Meere erneuerten. Tags darauf benachrichtigte der deutsche Botschafter in Wien vertraulich unsern Botschafter in noch drohenderen Ausdrücken, daß Arentthal ihn gebeten habe, seiner Regierung zu telegraphieren, sie möge der italienischen Regierung zu verstehen geben, daß diese unmittelbar mit Österreich-Ungarn zu tun gehabt hätte, wenn sie ihre Secunternehmungen in der Adria und im Ionischen Meere fortgesetzt hätten. (Unruhe.) Österreich-Ungarn lähmte nicht nur unsere Tätigkeit in den adriatischen und ionischen Gewässern, sondern Arentthal benachrichtigte auch am 5. November den Herzog von Loarna davon, daß er erfahren habe, daß italienische Kriegsschiffe in der Nähe von Sallum gesehen worden seien, wo sie Operationen mit elektrischen Scheinwerfern vorgenommen hätten. (Heiterkeit.) Arentthal erklärte ferner, daß unser Vorgehen an den Küsten der europäischen Türkei und an den Inseln des Ägäischen Meeres weder von Österreich-Ungarn noch von Deutschland zugelassen werden könne und daß es dem Vertrage des Dreibundes entgegengehe. Im März 1912 erklärte Graf Berchtold, der inzwischen Nachfolger Arentthals geworden war, dem deutschen Botschafter in Wien, daß er bezüglich unserer Kriegshandlungen gegen die Küsten der europäischen Türkei und die Inseln des Ägäischen Meeres dem Standpunkt Arentthals treu bleibe, wonach diese Handlungen von der österreichisch-ungarischen Regierung als den von uns im Artikel 7 des Dreibundvertrages übernommenen Verpflichtungen zuwiderlaufend erachtet würden. Unser Vorgehen gegen die Dardanellen betrachtete er als im Widerspruch stehend erstens mit unserm Versprechen, keinerlei Handlung vorzunehmen, die den Zustand auf dem Balkan gefährden könnte, und zweitens mit dem Sinne des Vertrages, der sich auf die Erhaltung des bestehenden Zustandes gründete, als später unser Geschwader vor den Dardanellen beschossen wurde, das Feuer erwiderte und das feuernde Fort beschädigte, beschwerte sich Graf Berchtold über das, was geschehen war, da er es im Widerspruch mit den gemachten Versprechungen stehend fand. Er erklärte, wenn die italienische Regierung ihre Handlungsfreiheit wiederzugewinnen beschlösse, so hätte die österreichisch-ungarische Regierung dasselbe tun können. (Unruhe.) Er fügte hinzu, er habe nicht zulassen können, daß wir künftig derartige gewissermaßen in seinem Gesichtspunkt im Widerspruch stehende Kriegshandlungen unternehmen würden. Ebenso wurde uns die geplante Besetzung von Chios verboten. Es ist überflüssig, darauf hinzuweisen, wie viele Leben italienischer Soldaten, wie viele Millionen uns dieses Verbot gekostet hat, das unser ganzes Vorgehen gegen die Türkei lahm legte, die sich durch unsere Bundesgenossen vor jedem gegen ihre wichtigsten Teile gerichteten Angriffe geschützt wußte. Man hat uns bitter vorgeworfen, daß wir die in den letzten Zeiten gemachten Angebote nicht angenommen haben, aber waren diese Angebote in gutem Glauben gemacht? (Heiterkeit, Zustimmung.) Gewisse Urkunden lassen vermuten, daß dem nicht so war. Kaiser Franz Joseph erklärte, daß Italien gierige Blicke auf das Erbeil seines Hauses werfe; Bethmann Hollweg sagte, daß man durch diese Zugeständnisse unsere Neutralität zu erkaufen beabsichtigt habe. Jetzt, meine Herren, klatscht uns doch Beifall, daß wir sie nicht angenommen haben. (Sehr lebhafter Beifall.) Übrigens entsprachen diese Zugeständnisse in ihrer letzten und verspäteten Form keineswegs den sachlichen Zielen der italienischen Politik, nämlich erstens der Verteidigung der italienischen Nationalität, welche die höchste unserer Pflichten ist, zweitens der Sicherung militärischer Grenzen, welche diejenigen ersetzen sollen, die uns 1866 aufgezwungen worden sind, und durch welche alle Türen Italiens unsern Gegnern offen stehen, drittens der Erzielung einer minder gefährlichen strategischen Lage in der Adria, als es die augenblickliche Lage ist, deren Wirkung Sie in diesen Tagen noch gesehen haben. Alle diese hauptsächlichsten Vorteile wurden uns in aller Form verweigert. Im Grünbuch findet sich eine österreichische Urkunde, die eine gewisse Naivität bezeugt, indem sie ungefähr besagt: Dies können wir nicht geben, weil es die strategische Grenze verändern würde. Aber es handelte sich nicht um eine Verteidigungsgrenze für Österreich, sondern um eine Angriffsgrenze gegen Italien. Auf unser Mindestansuchen, Triest die Unabhängigkeit zu geben, erwiderte man mit dem Angebot der Selbstverwaltung für Triest. (Protestrufe.) Die Frage der Ausführung dieser Versprechungen war gleichfalls sehr wichtig. Man sagte uns, daß wir an der Ausführung dieser Versprechungen nicht zweifeln dürften, weil wir die Bürgschaft Deutschlands hätten. Aber welches wäre unsere Lage gewesen, wenn Deutschland am Ende des Krieges nicht imstande gewesen wäre, das gegebene Wort zu halten? Nach diesem Abkommen hätte es jedenfalls einen erneuerten Dreibund gegeben, aber zu bedeutend ungünstigern Bedingungen, da es einen Herrscherstaat und zwei untergegebene Staaten gegeben hätte. (Unruhe.)

Verfügungen der italienischen Regierung.

R. Lugano, 4. Juni. Die italienische Regierung hat eine Reihe Maßnahmen getroffen. Eine derselben besagt: Da wegen des Kriegszustandes der Handelsvertrag mit Oesterreich-Ungarn außer Kraft getreten ist, aber die Handelsbeziehungen mit den neutralen und befreundeten Staaten den Konsequenzen dieses Außerkrafttretens entzogen werden sollen, wird bestimmt, daß die Festsetzungen dieses Handelsvertrages noch bis auf weiteres Anwendung finden auf Beziehungen mit Nationen, welche zur Meistbegünstigung zugelassen sind. Die gleiche Behandlung wird Waren österreichisch-ungarischer Herkunft zuteil, welche sich am 3. Juni in italienischen Zolldepots, Freihäfen oder Magazinen befanden, vorausgesetzt, daß sie nicht Eigentum österreichischer oder ungarischer Untertanen geblieben sind.

Durch eine zweite Verfügung wird den Waffenhändlern in Italien nur der Besitz und der Verkauf kleiner Waffensmengen gemäß dem Gutachten der Polizei gestattet.

Weiters werden Mietzahlungen in Städten gestundet und für Kriegerfamilien um die Hälfte ermäßigt.

Eine Polizeiverfügung warnt vor der in großem Umfange wahrgenommenen Propaganda zur Förderung der Desertion vom Heeresdienste.

Die Fahnen der Bundesgenossen.

Eine Anregung der „Nordb. Allg. Ztg.“

Berlin, 4. Juni. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt unter der Überschrift „Mehr Fahnen unsrer Bundesgenossen“ folgendes:

Die Wiedereroberung Przemyßls durch die verbündeten Heere legt eine Anregung für alle Fälle nahe, bei welchen wir die freudige Teilnahme an wichtigen Kriegereignissen durch Flaggen ausdrücken, gleichviel, ob sich die Ereignisse auf dem westlichen oder östlichen Schauplatz, in den türkischen oder italienischen Gebieten abspielen. Vielfach kam es schon in Übung, neben den deutschen Fahnen solche unsrer Bundesgenossen zu hissen. Der Brauch verdient eine größere Verbreitung. Die treue Waffengemeinschaft und Gemeinbürgerschaft Deutschlands, Oesterreich-Ungarns und der Türkei, auf welche wir mit hoher Wertschätzung blicken, würden dadurch mehr als bisher im festlichen Gewande des Straßenbildes ihren Ausdruck finden. Deshalb wäre es wünschenswert, daß bei Begehung von Siegestagen in größerer Zahl österreichische, ungarische und türkische Fahnen ausgehängt werden.

5./n. 1915

Die völkerrechtswidrige Kriegsführung in Kamerun.

Der Kameruner Gouverneur Ebermaier hat dem Oberbefehlshaber der vereinigten englisch-französischen Streitkräfte in Kamerun eine kleine Auslese der zahllosen Rechtsbrüche zugehen lassen, die sich England und Frankreich fortgesetzt bei der Kriegsführung in der Kolonie zuschulden kommen lassen. Die Juni-Nummer des „Deutschen Kolonialblattes“ berichtet darüber folgendermaßen:

1) In Viktoria hat am 3. Oktober 1914 der Kapitän Hughes der „Ton“ in der Woermann-Faktorei eigenhändig verschlossene Behälter erbrochen und daraus Zigarren, Zigaretten und Schaumwein ohne Bezahlung entnommen. Der erste Offizier Hughes der „Ton“ hat zur selben Zeit aus Privatwohnungen Uhren und silberne Becher mitgenommen.

2) Das Privatvermögen der katholischen Mission in Deido ist Mitte Oktober 1914 beschlagnahmt worden. Den Vätern und Brüdern dieser Mission wurde an Bord der „Kamerun“ ihr persönliches Eigentum weggenommen.

3) Bei der Besetzung Edeas haben die Truppen der Verbündeten verschlossene Koffer und Schränke aufgebrochen und ihres Inhaltes beraubt. Nicht einmal das Eigentum der Kultusgemeinschaften wurde geschont: so wurden in der Kirche der katholischen Mission die Tabernakelstüren und die Altartische zertrümmert, die Marmorstatuen zerbrochen und seidene Tücher zerschnitten. Die Oberin der katholischen Mission wurde von einem farbigen Soldaten in Gegenwart eines weißen Vorgesetzten, der lachend zusah, in rohester Weise am Schleier gerissen und mit dem Messer bedroht.

4) Der bei Nsanalang in Kriegsgefangenschaft geratene Leutnant Stretton hat während der vorübergehenden englischen Besetzung Nsanalangs zwei in einem verschlossenen Koffer vermauerte goldene Ringe des Zollbeamten Steiner von Nsanalang an sich genommen, hat sie getragen und hat sie nach seinem eigenen Eingeständnis noch heute in seinem Besitz, obschon der Eigentümer nach dem Befehl von Stretton die Herausgabe der Ringe verlangte.

5) Am 21. Oktober 1914 setzten die Engländer bei Jadibo am linken Ufer des Kwakwakriets unter einem Offizier etwa 25 farbige Soldaten und ebenso viele Dualas an Land. Soldaten und Dualas plünderten die Faktorei von John Holt und steckten sie in Brand.

6) Am 30. Dezember 1914 landeten Truppen der verbündeten Streitkräfte in Bongji, erbrachen und plünderten die Faktoreien und schifften sich nach kurzem Feuergefecht unter Mitnahme der aus den Faktoreien entnommenen Gegenstände wieder ein, um nach Kribi zurückzukehren. Bezahlung ist nicht erfolgt, auch nicht angeboten. Der Kenntnis der europäischen Führer kann dieses Vorgehen nicht entgangen sein.

7) In der Nacht vom 29. auf 30. September wurden die friedlichen Europäer in Bojongo durch farbige englische Soldaten ohne Europäerführung gefangen weggeholt. Ihr schutzlos zurückgeliebenes Eigentum wurde von den mit den englischen Soldaten gekommenen Dualaleuten geplündert.

8) In Meanja wurden in der Nacht vom 14. auf den 15. November die friedlichen Pflanzer Schulz und Wilhelm von farbigen Soldaten aus den Betten geholt und gebunden abgeführt, ohne daß ihnen Zeit zum Ankleiden gelassen wäre. Als Schulz, der nur einen Schlafanzug trug, nach seinen Kleidern rief, und sein Koch ihm die Kleider bringen wollte, schlugen die Soldaten den Koch und nahmen die Kleider weg.

9) Anfang Oktober wurden Dualaleute mit Booten betroffen, die mit geplünderten, aus Dualafaktoreien stammenden Waren angefüllt waren.

10) Auf Anordnung des französischen Befehlshabers in Edea sind die Waren der deutschen Faktoreien in Edea an Häuptlinge und andere Eingeborene verteilt, um sie auf seine Seite zu ziehen.

11) Vor der Räumung von Dshang haben die englischen Truppen den Ort planmäßig verwüstet und ausgebrannt und die Mission geplündert. Im Wohnhause des Bezirksamtmannes wurde selbst der Nachlaß des bei Nsanalang gefallenen Hauptmannes Rausch, der am 2. Januar, als deutscherseits Dshang geräumt wurde, in einem besonderen Zimmer des Bezirksamtmannes untergebracht, äußerlich deutlich gekennzeichnet und dem Schutze des englischen Befehlshabers besonders empfohlen war, trotzdem von den englischen Truppen geplündert und verbrannt.

12) Missionar Loewe der amerikanischen Mission in Groß-Batanga wurde am 22. Dezember 1914 auf eine völlig hasidose Beschuldigung Eingeborener hin vom Kommandanten eines französischen Schiffes im Auftrage des französischen Befehlshabers in Kribi mit Festnahme bedroht und ihm bei Todesstrafe das Verlassen des Missionsgrundstückes verboten.

13) Am 22. Oktober 1914 wurde der Posten Bonepupa vom Gegner mit bewaffneten Dualas angegriffen. Das Weib des deutschen farbigen Sergeanten Susa wurde dabei durch Haumeffer schwer verletzt.

14) Am 26. Oktober verstümmelten französische Soldaten vor ihrem Abzuge aus Putu die Leiche eines im Kampfe gefallenen deutschen Soldaten in schändlicher Weise.

15) Der Leiche eines am 5. Januar vor Kribi gefallenen deutschen Soldaten wurde von französischen Soldaten ein Ohr abgeschnitten.

16) Nach dem Gefecht bei Nsanalang am 8. September 1914 wurden in den englischen Verteidigungsstellungen und bei den verbündeten englischen Soldaten zahlreiche Dumdumgeschosse gefunden, die sich zum Teil noch in der ursprünglichen Verpackung befanden. Die Patronen sind fabrikmäßig an der Spitze abgeschnitten, so daß der Bleiern nicht völlig vom Stahlmantel umhüllt wird. Der dünne Mantel enthält vier fabrikmäßig hergestellte Längsschlitze.

17) Auch in den Gefechten bei Garua am 29. und 30. August 1914 haben die englischen Truppen Dumdumgeschosse verwendet, und zwar neben der auch in Nsanalang gefundenen Art eine zweite Art, bei der nur die Spitze fabrikmäßig abgeschnitten ist, die Längsschlitze im Mantel dagegen fehlen.

18) Die dem Arde Hanoua von Mugulbu gegebenen Patronen sind an der Spitze ausgehöhlt.

Auf eine Beschwerde, die der französische Oberkommandierende in Kamerun, Brigade-General Dobbell, wegen angeblicher Ausschreitungen der deutschen Schütztruppe an den Kameruner Gouverneur Ebermaier gerichtet, hat dieser dem amerikanischen „Deutschen Kolonialblatt“ zufolge mit einem ausführlichen Schreiben geantwortet, in dem es heißt:

Ich bestreite entschieden, daß von deutschen Truppen in Gegenwart ihrer europäischen Führer Grausamkeiten verübt worden seien. Die Ihnen in dieser Hinsicht zugegangenen Berichte muß ich als haltlose Verdächtigungen zurückweisen. Auch dafür ist kein Beweis erbracht, daß unsere farbigen Truppen in Abwesenheit von europäischen Vorgesetzten Ausschreitungen begangen haben. Den Truppen ist die strengste Manneszucht anbefohlen, und jede zur Kenntnis der Truppenführung kommende Straftat wird schärfstens geahndet. Wenn sich trotzdem nicht alle Uebergriffe vermeiden lassen, da nicht jeder farbigen Patrouille ein europäischer Führer beigegeben werden kann, so trifft die Verantwortung hierfür England und Frankreich, die es mit ihrer Stellung als europäische Kulturnationen glaubten vereinigen zu können, den europäischen Krieg auch in das Innere Afrikas zu tragen. Daß, nachdem die blutgierige Bestie im Schwarzen geweckt und auf den europäischen Gegner losgelassen ist, Ausschreitungen sich nicht ganz vermeiden lassen, war jedem Einsichtigen von vornherein klar. Ebenso klar mußte jedem Einsichtigen aber auch sein, daß es völlig nutzlos sein wird, den Krieg nach Afrika herüberzuspielen, da der Verlauf der kriegerischen Aktionen hier in Afrika für die Hauptentscheidung doch völlig wertlos ist. Diese Entscheidung fällt auf dem europäischen Kampfplatze, und was hier jetzt brutal zerstört wird, bauen wir nach Friedensschluß mit dem Gelde unserer Gegner wieder auf.

5./II. 1915

Eine deutsch-italienische Vereinbarung.

Der Verner Bund teilt folgende Verständigung zwischen Deutschland und Italien betreffend Behandlung der beiderseitigen Staatsangehörigen und ihres Eigentums während des Kriegszustandes mit. Zwischen Deutschland und Italien ist eine Vereinbarung getroffen worden, in der im wesentlichen folgendes bestimmt wird: Den Deutschen in Italien und den Italienern in Deutschland wird der Schutz ihrer Person und ihres Eigentums nach Maßgabe der in beiden Staaten bestehenden Gesetze und Rechtsgrundsätze gewährleistet. Sie dürfen sich weiterhin im Lande frei aufhalten, ausgenommen in den von den zuständigen Behörden bezeichneten Gebieten und Ortschaften, sowie vorbehaltlich der Beschränkung von Polizeimaßnahmen, die ihnen gegenüber im Interesse der Staatsicherheit und öffentlichen Ordnung und im Interesse ihrer persönlichen Sicherheit etwa zur Anwendung gebracht werden. Sie erhalten die Erlaubnis, das Land innerhalb der gegebenen Frist und auf den Wegen, die von den zuständigen Behörden nach ihrem Ermessen bestimmt werden, zu verlassen, ausgenommen sind nur aktive und verabschiedete Offiziere sowie Personen, die wegen gemeiner Verbrechen verfolgt oder verurteilt sind. Die Abreisenden haben das Recht, ihr persönliches Eigentum mit sich zu nehmen, soweit die Ausfuhr nicht nach allgemeinen Bestimmungen verboten ist. Die Deutschen in Italien und die Italiener in Deutschland unterliegen auch weiterhin einem Genuße ihrer Privatrechte sowie der Befugnis, ihre Rechte gerichtlich geltend zu machen. Ihr Privatunternehmen wird daher keiner Art von Sequestration oder Liquidation unterworfen, außer den durch die bestehenden Gesetze vorgesehenen Fällen. Auch sollten sie nicht gezwungen werden, ihr Grundeigentum zu verändern. Patente oder sonstige Schutzrechte, die Deutschen in Italien oder Italienern in Deutschland zustehen, werden nicht als wichtig erklärt werden.

Italienische Freimaurerei, Krieg und Vatikan.

Nach der Kriegserklärung Italiens hat der deutsche Großlogenbund die Beziehungen zur französischen und italienischen Freimaurerei abgebrochen und diesen Entschluß damit begründet, daß sich die beiden Verbände in politische Parteikämpfe eingelassen haben, die zum Krieg führten, und damit gegen das freimaurerische Grundgesetz verstoßen haben. Wir kennen weder die Gesetze der Freimaurerei noch die Art ihrer internationalen Beziehungen und beabsichtigen daher nicht, an dem Beschluß des deutschen Großlogenbundes irgendwelche Kritik zu üben. Aber den Außenstehenden befremdet es doch, daß die Erkenntnis, die den Bruch veranlaßt hat, so spät gekommen ist. Wer länger in Italien gelebt oder wenigstens die Geschichte dieses Landes während der letzten Jahrzehnte aufmerksam verfolgt hat, dem konnte es — trotz dem Geheimnis, womit sich die Massoneria in Italien umgibt — nicht verborgen bleiben, daß sie eine unterirdische politische Arbeit im weitesten Umfang geübt und zeitweilig auf die italienische Politik stark, wenn nicht entscheidend, eingewirkt hat. Während im vorigen Jahrhundert Italien um seine nationale Selbständigkeit kämpfte, haben die Freimaurer des Landes ausgiebig an den Verschwörungen gegen die Fremdherrschaft teilgenommen, und diese Art der Betätigung im Dunkeln ist ihnen so zur lieben Gewohnheit geworden, daß sie auch nach der Erlangung der italienischen Einheit nicht davon abgelassen haben. Der französischen Großloge ist es seit Jahrzehnten gelungen, ihre italienischen Brüder mehr und mehr ins Schlepptau zu nehmen und für Zwecke der französischen Republik einzuspannen. Als z. B. Crispi Ministerpräsident war und den Anschluß Italiens an die Mittelmächte stärker betonte, nahmen die Massoni sogar erhebliche Summen von den französischen Brüdern an, um damit bei den Neuwahlen 1890 der radikal-republikanischen Opposition Erfolge zu erkaufen. Seit Barrère Botschafter der französischen Republik ist, machte die politische Hand-in-Hand-Arbeit der Logen der beiden Schwesternationen rasche Fortschritte in dreibundfeindlichem Sinne, und seit dem Ausbruch des Weltkriegs ist es offenkundig, daß unter den italienischen Hehern zum Treubruch und Krieg gegen Deutschland-Osterreich die Massoneria in der vordersten Reihe stand. Eine Überraschung für Kenner Italiens war dieses Verhalten nicht, überraschend war nur, daß sie so leicht den Sieg davongetragen hat, da man doch auch weiß, daß andere Regierungen, wie z. B. Giolitti, sich der freimaurerischen Nebenherrschaft zu erwehren verstanden hatten, und daß gegen die mehr oder minder versteckte politische Arbeit der Logen in den letzten Jahren eine starke öffentliche Gegnerschaft erwachsen war. Außer den Klerikalen, deren Abneigung gegen die Massoneria althergebracht und wohl begründet ist, haben die Sozialisten wie die Nationalisten gelegentlich mit entschiedenem Nachdruck gegen die Massoneria und ihre Herrschaftsbestrebungen angeköpft, und es klingt heute wie ein schlechter Witz der Geschichte, wenn man hört, daß das Giornale d'Italia und andere nationalistische Blätter, die seit vorigen Spätsommer Arm in Arm mit der Freimaurerei in den Krieg ziehen, noch kurz zuvor öffentlich diesen Bundesgenossen erbittert angegriffen und als das schwarze Tier bezeichnet haben.

Die Idea Nazionale hatte sogar, nicht lange vor dem Krieg, eine Umfrage bei hervorragenden Italienern angestellt, um deren Urteil über die Massoneria zu erfahren. Die damalige Hoffnung dieses nationalistischen Blattes, eine Art Volksgericht gegen die Freimaurer und ihre Wirksamkeit zu erlangen, hat sich reichlich erfüllt, und es bereitet heute unter völlig veränderten Verhältnissen einen eigenartigen und lehrreichen Genuß, die Blütenlese von scharfen Verdammungsurteilen zu durchblättern, die dort niedergelegt sind. Vor allem springt dabei in die Augen die große Zahl bedeutender Offiziere des Heeres und der Marine, die der Massoneria das übelste Zeugnis ausstellen, und wir deutsche Beobachter können ein Lächeln nicht unterdrücken, wenn wir nach Ausbruch des Krieges, den die Freimaurer zu entfachen eifrig bemüht waren, schwarz auf weiß lesen, wie abfällig die Leiter des Heeres über die Urheber dieses Kampfes urteilen. Boran der Generalstabschef General Cadorna, dann der Generalleutnant Bava Beccaris, der Bezwinger des Mailänder Aufstands 1898, Generalleutnant und ehemaliger Inspektor der Kavallerie Berta, die Generale Mazza, Pistoja und Barbieri, General und ehemaliger Kriegsminister Majnoni, der ehemalige Botschafter General Morra di Lavriano und Konteradmiral Cagni, der getreue Begleiter des Herzogs der Abruzzen auf seiner Nordpolfahrt, alle sind darin einig, die italienische Freimaurerei als eine äußerst schädliche Einrichtung anzusehen. Den Obscurantismus bekämpfen, wie die Massoneria vorgibt, und sich selbst ins Dunkel flüchten, wird von allen als ein bedenklicher Widerspruch angesehen, und sie stehen nicht an, darum die Tätigkeit dieses Geheimbundes als „sehr schädlich für das öffentliche Leben, insbesondere für die Heeresrichtungen“ zu erklären, „in denen die hierarchische Ordnung oft

untergraben werde zum schweren Schaden der Mannszucht, und wo die Ehrlichkeit und der Freimut, die daselbst unumschränkt herrschen sollten, im vollkommenen Gegensatz zu dem Geheimnis stehen, worin sich das Treiben der Sekte hüllt.“ Die schädliche Wirkung des italienischen Freimaurertreibens wird von andern Schärfer dahin ausgedrückt, daß es „die Kraft der verschiedenen Staatsorgane schwächt und verwirrt und dahin führt, einen Staat im Staate zu schaffen, welcher letzterer, anstatt über jene Sekte nach Recht und Pflicht zu wachen, vielmehr von ihr überwacht wird.“ Am schärfsten ist wohl folgendes Urteil: „Wenn ich die Massoneria nennen höre, ist es mir, als hörte ich die Teppa (Mailänder Bezeichnung für den verbrecherischen Abschaum des Pöbels) oder besser noch — wegen des Geheimnisses, worin sie sich hüllt — die Schwarze Hand nennen.“

Solche Urteile fällten außer den obengenannten höhern Offizieren auch viele angesehenen Gelehrte, Künstler und Schriftsteller Italiens wie Gnoli, Cian, Parodi, De Viti de Marco, Marco Praga, Roberto Bracco und andere, über die Tätigkeit der Massoneria vor dem Kriegsausbruch. Wie mögen diese Männer jetzt denken, nachdem es der von ihnen gebrandmarkten Sekte gelungen ist, Italien in den Treubruch und in den Krieg hineinzuzerren? Vorläufig schweigen sie in schwerer Erfüllung vaterländischer Gehorsamspflicht, aber die Stunde wird gewiß kommen, in der sie ihre Stimmen zu neuer schwerer Anklage gegen die Verschwörer erheben können, die im Dienste des Auslandes das eigene Vaterland leichtfertig an den Rand des Abgrundes gebracht haben.

Niemand kann ja heute mit einiger Sicherheit den Ausgang des Krieges voraussagen, aber schon regen sich an vielen Punkten der Erde drohende Stimmen, drohend für Italiens Einheit und Staatsgebiet. Die Katholiken der ganzen Welt sehen durch die Beteiligung Italiens am Krieg bereits die Möglichkeit nähergerückt, daß sich langgehegte und nie ausgegebene Wünsche des Vatikans und seiner Anhänger endlich erfüllen können, und mit aller Deutlichkeit wird seit dieser Wendung das Verlangen gestellt, daß bei dem künftigen Friedensschluß die alten Forderungen der Kurie und der katholischen Welt befriedigt und dem Papsttum das volle Maß der souveränen Unabhängigkeit und internationalen

Bewegungsfreiheit wiedergegeben werde, die es seit 1870 verloren und in dem von Italien geschaffenen Garantiegesetz nicht gefunden habe. Je nach dem Ausgang des Krieges werden diese Forderungen größere oder geringere Aussicht auf Erfüllung haben, und es könnte der italienischen Freimaurerei, die immerfort erbittert gegen das Papsttum und die katholische Kirche angeköpft hat, begegnen, daß sie durch den ruhmlos herausgeschworenen Krieg gerade ihrem Feinde einen neuen Aufstieg zu Macht und Glanz, dem seit 1870 geinteten Italien dagegen einen demütigenden Rückfall in seine frühere Ohnmacht und Zerspaltung herbeigeführt hätte. Es reifen auf den blutigen Schlachtfeldern des Jahres 1915 Umwandlungen des Weltgeschicks, deren Tragweite heute nur geahnt werden kann. Vielleicht können die Katholiken einmal in ihrem Sinne von der italienischen Massoneria sagen, sie sei ein Teil von jener Kraft, die stets das Böse will und nur das Gute schafft.

Die Rede Salandras.

(Schluß aus Nr. 558.)

An dem Tage, da eine der Vertragsklauseln nicht ausgeführt worden wäre, an dem Tage, da die städtische Selbstverwaltung von Triest durch irgend einen Erlaß oder durch irgend einen Statthalter aufgehoben worden wäre, — an wen hätten wir uns da wenden können? An den gemeinsamen Oberherrn, an Deutschland? (Heiterkeit.) Ich will nicht von Deutschland ohne Achtung und ohne Respekt sprechen, ich bin italienischer Ministerpräsident und nicht deutscher Reichskanzler und verliere nicht den Verstand (lebhafter Beifall), aber bei allem Respekt für die Macht und Größe Deutschlands, das ein bewundernswertes Beispiel von Organisation und Widerstand bietet, erkläre ich im Namen Italiens: wir wollen niemand unterjochen noch über irgend jemand eine Schutzherrschaft ausüben. (Gebhafter Beifall.) Der Traum von Welt-herrschaft ist gebrochen, die ganze Welt ist aufgestanden, der Friede und die Zivilisation der zukünftigen Menschheit müssen auf der Achtung der nationalen Selbständigkeit begründet sein. Unter den selbständigen Völkern wird Deutschland als mit den andern gleichgestellt, aber nicht als Herr der andern angesehen werden müssen. (Gebhafter Beifall, Zustimmung.) Aber eines der bemerkenswertesten Beispiele des maßlosen Stolzes, mit dem die Führer der deutschen Politik die andern Völker betrachten, liegt in dem Bilde, das sich Herr v. Bethmann Hollweg von der politischen Welt Italiens gemacht hat. (Salandra verliest sodann den Absatz der Rede Bethmann Hollwegs, auf den er anspielt, und fährt fort): Ich weiß nicht, ob in diesem vom Zorn verblendeten Mann die Absicht lag, meine Kollegen und mich persönlich zu beleidigen. Wenn dem so wäre, so würde ich den Fehdehandschuh nicht aufheben. Wir, deren Leben ihr kennt, sind Männer, die dem Staate bis zum vorgerücktesten Alter gebient haben, Männer von makellosem Ruf, Männer, die ihrem Lande das Leben ihrer Kinder geben. (Gebhafter Zustimmung und Beifall.) Aber denkt nicht an uns, denkt im Gegenteil an die schreckliche Beleidigung, welche dieses Stück Prosa gegen den König, gegen das italienische Volk, die Kammer, den Senat und selbst gegen Politiker schleudert, die eine von unserer politischen Anschauung verschiedene politische Meinung haben. Salandra hebt sodann hervor, daß die Quellen, auf die sich das Urteil des Reichskanzlers Bethmann Hollweg stütze, von dem Reichskanzler demjenigen Manne zugeschrieben würden, den er den besten Kenner der italienischen Dinge nenne, und sagt weiter: Das kann nur eine Anspielung auf den Fürsten Bülow sein, mit dem brüderlichen Wunsche, einen Teil der Verantwortlichkeit auf ihn abzuwälzen. Ich möchte jedoch nicht, daß Sie die Absichten des Fürsten Bülow falsch beurteilen. Ich glaube, daß er Sympathien für Italien hatte und daß er das Menschenmögliche tat, um zu einer Verständigung zu gelangen. Aber, wie viele Fehler beging er nicht, indem er seine guten Absichten verwirklichen wollte! Er vermutete, Italien könne um einiger falsch ausgegebener Millionen willen und unter dem Einfluß einiger Personen, welche jede Fühlung mit der Seele der Nation verloren hatten, und durch heimliche Verständigungen, welche er bei Politikern versuchte, aber die, wie ich hoffe und glaube, nicht zum Abschluß kamen, von seinem Wege abirren. Die gegenteilige Wirkung wurde erzielt, ein ungeheurer Entrüstungsschrei verbreitete sich in ganz Italien und nicht nur im biedern Volke, sondern auch in den wirklich höher stehenden Schichten, in allen edeln Herzen, bei allen denen, welche für die Landesverteidigung begeistert sind, und in der ganzen Jugend, welche bereit ist, ihr Blut für das Vaterland hinzugeben. Dieser Entrüstungsturm entsandte sich infolge des Verdachtes, daß ein fremder Botschafter sich zwischen die Regierung und das Parlament des Landes stelle. In kurzer Zeit verschwand der Zwiespalt, die ganze Nation schloß sich in wunderbarer

moraliſcher Einigkeit zusammen, welche unsere größte Stärke in dem harten Kampfe sein wird, und welche uns durch unsere Tapferkeit und nicht durch wohlwollende Zugeständnisse anderer zur Erfüllung der höchsten Geschichte des Vaterlandes führen soll. Salandra hob sodann die in die Augen fallenden Anzeichen der moraliſchen Einigkeit des Landes hervor, welche sich in den Werken des Friedens wie denen des Krieges, bei denen, die kämpfen, wie bei denen, die daheimbleiben, offenbarten. Da wir in die große Krisis eingetreten sind, fuhr Salandra fort, dürfen wir nicht unter den Verbündeten feindlichen Völkern stehen. Vom König, der als Dolmetscher der Gefühle des Volkes und der nationalen Wünsche an der Front weilt, (lebhafter Beifall, Rufe: „Es lebe der König“), bis zum einfachsten Arbeiter und bis zu den Frauen und jungen Leuten haben wir alle das Vertrauen, daß wir durch diese höchste Anstrengung den künftigen Geschlechtern ein vollständigeres, ehrenvolleres und stärkeres Italien geben werden, welches im europäischen Konzert nicht als unterworfenenes oder geduldetes Land, sondern, unter Sicherheit seiner natürlichen Grenzen, seinen Platz finden wird und welches zu fruchtbareren Friedensarbeiten zurückkehren wird, indem es, wie es bisher immer tat, die Freiheit und Gerechtigkeit in der Welt hochhält. (Sehr lebhafter Beifall.) Da das Schicksal unserm Geschlecht die fruchtbarste und hohe Aufgabe zugeteilt hat, das Ideal eines Großitaliens zu verwirklichen, dessen Erfüllung die Helden des Risorgimento nicht erblicken konnten, wollen wir diese Aufgabe mit unerschütterlicher Festigkeit und mit der Bereitwilligkeit annehmen, unserm Vaterlande alles zu geben, was wir sind, und alles, was wir haben. Vor den drei Farben, die am Lager und in der Nähe der heiligen Person des Königs flattern, sollen alle Fahnen sich neigen, und alle Stimmen der Eintracht sollen in unserm Geiste sich vereinigen. Dann werden wir siegen. (Rufe: „Es lebe Italien, es lebe der König! Langanhaltender Beifallssturm.“)

WTB Berlin, 4. Juni. (Telegr.) Die Norddeutsche Allgemeine Zeitung schreibt zu der Rede Salandras: Einem Bericht der Frankfurter Zeitung und des Berliner Lokal-Anzeigers aus Lugano entnehmen wir folgendes: „Salandra verlas den Teil der Rede des Reichskanzlers, welchen die Blätter bisher verschwiegen, und darin eine Stelle, die angeblich behauptete, daß das italienische Kabinett durch ausländisches Geld bestochen worden sei, und diese kleine Fälschung gab ihm Veranlassung, den Reichskanzler als einen vor But um seinen Verstand gekommenen Mann zu bezeichnen. Der Reichskanzler hat einen solchen Vorwurf gegen das Kabinett natürlich nie erhoben, sondern nur gesagt, die Strafe sei mit dem Gelde des Dreiverbands bearbeitet worden, eine Tatsache, welche die Späßen von allen Dächern piffen. Ob ein Übersetzungsfehler oder eine Fälschung zugrunde liegt, wissen wir nicht. Jedenfalls hat der Reichskanzler an der betreffenden Stelle seiner Rede in Wirklichkeit gesagt: „Die Vernunft kam nicht mehr zum Wort. Es herrschte allein die Strafe, und die Strafe war unter der wohlwollenden Duldung und Förderung der leitenden Männer des italienischen Kabinetts (Sehr richtig!), bearbeitet von dem Gelde der Tripliceente (erneute Zustimmung) und unter Führung gewissenloser Kriegsbeher in einen Blutausch verkehrt worden, der dem Könige Revolution und allen Gemäßigten, die sich noch ein nüchternes Urteil bewahrt hatten, Überfall und Mord androhte, wenn sie nicht in die Kriegstrompete mit stoßen wollten.“ [Vergl. die Kanzlerrede in Nr. 536 der Kölnischen Zeitung.]

Rumäniens Bündnis mit den Zentralmächten.

Von besonderer Seite gehen uns aus Bukarest die nachstehenden Mitteilungen über die gegenwärtig in der rumänischen Hauptstadt sich abspielenden Vorgänge und über einen seit mehr als dreißig Jahren bestehenden Bündnisvertrag Rumäniens mit Deutschland und Oesterreich-Ungarn zu:

Bukarest, Anfang Juni.

Die Politiker der Straße wenden eine ungeheure Lungenkraft auf, um die Stimmen der Besonnenen und Aufrechtstehenden im Lande zu übertäuben. Es wäre indes ein schwerer Fehler, wenn man die politische Prognose für die Haltung Rumäniens lediglich und ausschließlich nach den lärmenden Kundgebungen der Kaffeehaus-Politiker und Catalinarien Bukarests stellen wollte. Man darf nicht übersehen, daß die Provinz sich im vollen Gegensatz zur Straßen-Politik der Hauptstadt befindet. Und in Bukarest selbst gibt es eine Reihe besonnener und hochstehender Männer, welche sich mit Widerwillen von der Desperado-Politik der Late Ionescu, Filipescu, Istrati und Genossen abwenden.

Eine unerhörte Taktlosigkeit des italienischen Gesandten in Bukarest, Fasciotti, hat nicht wenig dazu beigetragen, die ruhigen Elemente den Abgrund erkennen zu lassen, an dessen Rand das Land steht. Am Sonntag fand eine große Demonstration der Straßen-Politiker vor dem Hause Fasciottis statt, an welcher die entschiedenen Interventionisten teilnahmen und wobei Dr. G. J. Istrati und der ungarisch-rumänische Ueberläufer B. Lucaci fanatisierende Ansprachen hielten. Darauf antwortete der italienische Gesandte vom Balkon aus mit den üblichen Hochrufen auf den König und die schöne Königin, dann aber fuhr er am Schlusse seiner Rede fort: Sein besonderes Hoch gelte dem jungen Kronprinzen, der schon auf rumänischer Erde geboren und mit dem Gefühl des Rumänen verwurzelt sei.

Dieses Ausspielen des Thronfolgers gegen den eigenen Vater und gegen den unvergeßlichen König Carol empfanden die patriotisch gesinnten Rumänen wie eine schallende Ohrfeige. Daß ein fremder Gesandter es wagt, dem jungen Thronfolger ein höheres Maß von Zugehörigkeit zum Rumänentum zuzusprechen als dem regierenden König, hat den führenden Männern innerhalb der noch schwankenden Kreise der Hauptstadt den Staar gestochen und sie mit Widerwillen gegen den Anarchismus der Straße erfüllt.

Es ist kein Zufall, daß am Montag, also einen Tag nach dieser Demonstration, die konservative Partei, welche in Bukarest tagte, Marghiloman, den erklärten Neutralisten, mit großer Mehrheit als ihren Führer wiederwählte; die konservativen Staatsmänner mußten sich sagen: Wohin steuert Rumänien, wenn es nach dem Vorbilde Italiens dem Treubruch anheimfällt, um bei der inneren Revolution Zuflucht zu finden? Auch der Triumph der Straße von Mailand und Rom war ein Warnungssignal, das vielen Konservativen ans Herz griff.

Die eingeweihten Politiker wissen es ja längst, daß seit dem Jahre 1883 ein Bündnis zwischen Rumänien, Oesterreich-Ungarn und Deutschland besteht, das schriftlich niedergelegt und wiederholt erneuert worden ist. Dieses Bündnis ist und bleibt in Kraft, wenn es nicht vertragsgemäß mindestens ein Jahr vor Ablauf gekündigt wird. Die jüngste Erneuerung des Bündnis-Vertrages aber läuft bis zum Jahre 1920. Dieser Vertrag ist bis auf den heutigen Tag nicht gekündigt worden, in ihm ist auch kein so dehnbarer Rantschul-Paragraph, wie der Paragraph VII des Dreibund-Vertrages, enthalten. Die Neutralisten in Rumänien haben damit gegen die Straßen-Politiker einen starken Trumpf in der Hand, den sie hoffentlich mit Erfolg ausspielen werden, wenn es hart auf hart kommt.

Ihre Ausichten haben sich gerade in den letzten Tagen dank dem siegreichen Fortgang der deutschen Offensive in Galizien ohnehin sehr gebessert, der Fall von Przemyśl wird auf viele Unruhegeister wie ein Menetekel wirken.

6./VI. 1915

Internationale Lage.**Auch Holland rüstet.**

RB Amsterdam, 4. Juni.

Ein Gesetzentwurf, betreffend die **Ausdehnung** des Landsturmdienstes der niederländischen Armee wurde veröffentlicht. Er ermöglicht es, den Teil des Volkes für den Kriegsdienst zu verpflichten, der obwohl tauglich, bisher nicht unter die Waffen gerufen werden konnte.

RB Haag, 5. Juni.

Das Blatt „Vaterland“ meldet, daß der Marineminister sehr bald eine Gesetzworlage einbringen werde, worin der Bau von zwei Kreuzern und vier U-Booten vorgesehen sei.

6./10. 1915

Kriegskalender.

30. Mai: Die Italiener beginnen mit der Beschießung unserer Werke bei Polaaria-Labarone und rücken in Cortina ein.

— In Galizien beschließen die verbündeten Truppen Medyka und setzen die Einschließung Przemyßls fort. — Westlich des Dnerkanals scheidet ein großer französischer Angriff. — Die deutsche Regierung beantwortet die amerikanische Note wegen der Versenkung der „Lusitania“. — Der portugiesische Nationalkongreß wählt Theophil Braga zum Präsidenten.

31. Mai: Bei Labarone wird ein italienischer Angriff unter schweren Verlusten der Gegner abgewiesen. Im Küstengebiet greift unser schweres Geschütz in den Kampf ein. — Die italienische Regierung hebt die Blockade der Küste des Norddepirus auf. — Infolge neuer Unruhen wird über die Cyrenaica der Belagerungszustand verhängt. — Der Schweizer Gesandte in Rom erhebt namens der durch die Ereignisse in Mailand geschädigten Deutschen Schadenersatzansprüche. — Graf Stürgkh erklärt den Vertretern der italienischen Gebiete gegenüber, daß durch die Kriegserklärung die Angebote unserer Regierung Italien gegenüber nichtig wurden.

1. Juni: An der italienischen Grenze dauern die Gefechte an. — In Galizien erobern die verbündeten Truppen drei Forts von Przemyßl und erstürmen Struj, wobei mehr als 9000 Russen gefangen werden. An der untern Lubaczowka scheidet ein heftiger russischer Gegenangriff. — Die Beurlaubung Greß und seine Vertretung durch Lord Crewe wird amtlich verlautbart. — Der Kaiser empfängt als ersten Vertreter der ungarischen Opposition den Grafen Andrássy in Audienz. — Baron Koszner wird zum Minister a latere ernannt. — Deutsche Luftschiffe bewerfen die Werften und Docks von London mit Bomben.

2. Juni: Ein österreichisch-ungarisches Flugzeug belegt Molfetta mit Bomben. — San Marino erklärt Oesterreich-Ungarn und

Deutschland den Krieg. — Unsere Truppen erstürmen zwei weitere Forts von Przemyßl und nehmen die feindlichen Stellungen zwischen Struj und Drohobycz. Die Zahl der im Mai in Galizien gefangengenommenen russischen Truppen ist auf 863 Offiziere und 268.869 Mann gestiegen. — Ein französischer Kreuzer beschießt das deutsche Konsulat in Kaifa. — Eine türkische Abteilung erbeutet im Suezkanal ein englisches Schiff.

3. Juni: Deutsche und österreichisch-ungarische Truppen erstürmen Przemyßl. Nordöstlich von Struj dringt die Armee Linsingen erfolgreich vor. — Italienische Truppen werden aus Gradiska vertrieben. — Salandra sucht in einer Rede die Kritik, die Graf Tisza und Reichskanzler v. Bethmann Hollweg an Italiens Treubruch übten, zu widerlegen. — Bei Arras erleiden die Franzosen große Verluste. — In London brechen wegen der letzten Zeppelin-Angriffe deutschfeindliche Unruhen aus.

4. Juni: Przemyßl wird vom Feinde gesäubert. Die Armee Böhm-Ermolli durchbricht die russische Verteidigungsstellung und dringt gegen Moseiska vor. Die Armee Linsingen überschreitet den San. — Kaiser Wilhelm besucht im Armeeeoberkommando den Feldmarschall Erzherzog Friedrich. — An der Tiroler und Kärntner Grenze und im Küstenland dauern die Gefechte an. — Vor den Dardanellen versenkt ein deutsches Tauchboot zwei englische Kriegsschiffe. — Der Kaiser empfängt als zweiten Vertreter der ungarischen Opposition den Grafen Apponyi in Audienz.

5. Juni: In Galizien dringen die Verbündeten weiter gegen Moseiska vor. Am Pruth wurden russische Angriffe zurückgeschlagen. — Im Gebiet des Stillfer Joches und bei Tolmein im Küstenland werden die Italiener geschlagen. — Französische Flieger bombardieren das Hauptquartier des deutschen Kronprinzen. — Der Kaiser empfängt als dritten Vertreter der ungarischen Opposition den Grafen Madar Bichy in Audienz.

6./V. 1915

Kriegskalender.

19. Mai. Nordöstlich Jaroslau die Russen über die Zubazowka zurückgeworfen; Sieniawa erobert, der Uebergang über den San auch dort erobert, hierbei 7000 Gefangene gemacht und 8 Geschütze erbeutet; Fortdauer der Kämpfe am oberen Dniestr und in der Gegend von Stryj; nördlich Sambor mehrere Höhenstellungen der Russen erstürmt. Zwischen Pilica und oberer Weichsel fortgesetzte Kämpfe; der deutsche Kaiser bei den Kämpfen am San. Nördlich und südlich des Njemen dauern die Kämpfe weiter an. — Starke Angriffe der Engländer südlich Neube Chapelle abgewiesen; ein starker französischer Angriff gegen den Südteil von Neubille bricht im deutschen Feuer zusammen; Erfolge der Deutschen auf der Lorettoböhe. — Ministerrat in Rom. — Krise in der englischen Admiralität.

20. Mai. Westlich Jaroslau und bei Sieniawa werden starke russische Angriffe unter schweren Verlusten des Feindes zurückgeschlagen; nördlich Sambor werden die Russen aus ihrer Hauptverteidigungsstellung geworfen. Russische Niederlage südlich des Njemen; an der Dubissa russische Angriffe abgeschlagen. — Westlich Wilyj wird ein französischer Vorstoß, dem ein heftiger Artilleriekampf voranging, in erbittertem Handgemenge abgewiesen. — Die englischen Dampfer „Dumfries“ und „Drumcra“ von deutschen U-Booten torpediert. — Die italienische Kammer erteilt der Regierung Salandra die von dieser angesprochenen außerordentlichen Vollmachten für den Kriegsfall.

6./VI. 1915

Kriegschronik.

29. Mai.

Vier englische Dampfer durch U-Boote versenkt.
Die Italiener erreichen Ala und das Primoer. Bei
Karrreit, Plava, Görz italienische Vorstöße abgewiesen.
Theophile Braga zum Präsidenten von Portugal
gewählt.

30. Mai.

Französischer Angriff bei D'Houdt-Ferme abge-
schlagen.
Deutsche Erfolge bei Illoky und Samdyniky.
Die Antwortnote Deutschlands an Amerika in
der „Lusitania“-Angelegenheit.
Die Italiener besetzen den Tre-Croci-Paß und
Cortina d'Ampezzo. — Panzerfort Cuserna hißt
die weiße Flagge.
Die Italiener besetzen Balona und Saseno.

31. Mai.

Niederlage der Franzosen bei Neuville—Roclin-
court.
Der englische Dampfer „Tullochmoor“ durch U-Boot ver-
senkt.
Abweisung eines italienischen Angriffs auf dem Plateau
von Lavarone und an den Hängen des Arn.
Die Türken erstürmen bei Ari Burnu Teile von der
Mitte der englischen Stellung und rücken bei Seddul
Bahar gegen die Küste vor.
Absetzung und Maßregelung von Mailänder Behörden
wegen der Böbelauschreitungen.
Sir Edward Grey zieht sich wegen eines Augenleidens
von den Geschäften des Auswärtigen Amtes zeitweilig
zurück.

1. Juni.

Bei Souchez—Béthune und Carency—Bach
Zusammenbruch französischer Durchbruchversuche.
Wersten und Docks von London mit Bomben belegt.
Sieg deutscher Kavallerie bei Amboten.
Drei Forts an der Nordfront von Przemysl durch
Bayern erstürmt.
Gardetruppen, Ostpreußen und Pommern erstürmen
Stryj. 10 000 Gefangene, 8 Geschütze, 15 Maschin-
gewehre erbeutet.
Vierte Kriegssitzung des preußischen Abgeordnetenhauses.
Der Großherzog von Sachsen-Altenburg auf
seinen Wunsch vom Kommando der 8. Division ent-
hoben.

2. Juni.

Zwei weitere Werke von Przemysl erstürmt. — Die
russischen Stellungen zwischen Stryj und Droho-
bycz genommen.
Maitheute in Galizien: 863 russische Offiziere, 268 869
Mann gefangen, 251 Geschütze, 576 Maschinengewehre
erbeutet.
Der englische Dampfer „Saidieh“ durch U-Boot versenkt.

3. Juni.

Wiedereroberung von Przemysl.
Armee v. Einsingen bei Zydaczow und am Dnjestr-
abschnitt westlich Mikolajow. Bei Stryj 60 russische
Offiziere, 12 175 Mann gefangen, 14 Geschütze, 35 Ma-
schinengewehre erbeutet.
Vorrücken der Italiener im Giudicariatal und Besetzung
von Storo. Zurückgehen italienischer Abteilungen auf
dem Plateau von Folgaria, bei Misurina und
Gradisca.
Note Frankreichs an die Mächte wegen Anwendung
brennender Flüssigkeiten durch die Deutschen.
Note Italiens an die Pforte wegen Tripolis.
Salandra hält im römischen Ausschuß für Kriegs-
organisation der Bürger eine Rede gegen den deutschen
Reichskanzler.

4. Juni.

Erstürmung von Hooge, 6 Km. östlich Ypern.
Deftlich Givenchy und bei Neuville feindliche An-
griffe abgeschlagen. Zuckersfabrik Souchez besetzt.
Im Priesterwald der größte Teil unserer verlorenen
Gräben wieder gewonnen.
Vordringen deutscher Kavallerie bei Lenen und
Schründen, 60 Km. östlich Libau.
Kämpfe östlich von Przemysl und bei Bolestraznyce
—Lorki—Podziacs—Starzawa. Die Höhen von
Myslatycze erstürmt.
Vorstoß der Armee Böhm-Ermolli auf Mosciska.
Meldung von der abermaligen Versenkung eines englischen
Linienfahrers bei den Inseln Strato und Torpe-
dierung eines weiteren durch deutsche U-Boote.

5. Juni.

Weiterkampf um die von den Franzosen zurückeroberte
Zuckersfabrik Souchez.
Räumung des Brückentopfes Samdyniki durch die
Russen.
Vordringen v. Einsingens auf Kalusz und Jurawno.
Italienische Abteilungen am Stiffler Joch und bei Tol-
meia abgewiesen.
Deutschland sagt für den amerikanischen Dampfer
„Gulfight“ Schadenersatz zu.
Anzeichen für den Untergang des kleinen englischen
Kreuzers „Patrol“ aufgefunden.

Z. W. 1915

Eine bedeutsame Rede König Ludwigs von Bayern.

Ankündigung der Ausdehnung von Deutsch- lands Grenzen.

(Telegramm der „Neuen Freien Presse“.)

München, 7. Juni.

Der Verein zur Hebung der Fluß- und Kanalschiffahrt in Bayern hielt Sonntag in Fürth unter Teilnahme des Königs Ludwig seine 25. Hauptversammlung ab. Der Verein fand es mit Recht trotz der Fortdauer des

Krieges für angebracht, seine Versammlung nicht zu verschieben, sondern sie abzuhalten, um auch hiedurch das Vertrauen in die Zukunft zu befestigen. Er fand hierbei auch die Zustimmung seines Protectors, der seit Jahrzehnten als Prinz und dann als König der eifrigste Freund und Förderer des Flußschiffahrtswesens war und ist und zu dessen idealen und realen Wünschen die Hebung des Wasserverkehrs in und nach Bayern und die Schiffsverbindungen Bayerns mit der See gehört. Der Verein hat mit seinen Anregungen bei der Staatsregierung schon viel erreicht. Man denke zum Beispiel an die Mainkanalisierung bis Aschaffenburg, deren baldige Fortführung nach Würzburg und Bamberg in bestimmter Aussicht genommen ist, an die Förderung der Schiffsahrt auf der Donau unterhalb und, wie bestimmt geplant ist, auch oberhalb Regensburg bis Ulm, ferner an die Hafenhauten in Ludwigshafen, Bamberg, Passau und anderes.

Der Staatsminister des Innern Freiherr v. Soden, der als Gast der Tagung anwohnte, beleuchtete vom Standpunkt der Staatsregierung diese verdienstlichen Anregungen des Kanalvereines und sagte:

„Ich bitte, überzeugt zu sein, daß die Staatsregierung auch künftig ihr Augenmerk auf die Förderung der Bestrebungen richtet, denen die Tätigkeit Ihres Vereines gilt. Ich darf dies um so mehr versichern, als gerade die Erfahrungen des gegenwärtigen Völkerkrieges für die Bewertung der Wasserstraßen neue wichtige Gesichtspunkte ergaben, deren nähere Erörterung mich heute freilich zu weit führen würde. Nur auf die erhöhte Bedeutung möchte ich hinweisen, die aus den Kriegserfahrungen heraus für Bayern, das Deutsche Reich und den Donaustaat Oesterreich-Ungarn der Ausbau der Wasserstraßen von Ost nach West, von der Donau zum Rhein, gewonnen hat und in Zukunft noch mehr erlangen wird.“

Ich denke hierbei an die mehrfach erörterte Frage eines engeren wirtschaftlichen Zusammenhanges mit dem verbündeten Nachbarlande. Es eröffnet sich auch hienach für die Tätigkeit des Vereines in Zukunft noch weiter ins Feld.“

Auf die Durchführung der geschäftlichen Verhandlungen folgte ein Festmahl, bei dem König Ludwig eine bedeutsame Rede hielt, die nach dem Bericht der „Münchener Neuesten Nachrichten“ folgenden Wortlaut hat:

Die Rede des Königs Ludwig.

„Im vorigen Jahr war der Kanaltag in Regensburg. Da war tiefer Friede und Ruhe, und kein Mensch dachte an die großen Ereignisse, die sich kurz darauf eingestellt haben, und wenn wir jetzt mitten in diesem schwersten und größten Krieg, denn keinen größeren hat es je gegeben, uns hier in der ausblühenden Stadt Fürth, deren Entwicklung mich immer erfreut, versammelt haben, so denken wir kaum daran, daß jetzt Krieg ist.“

Wir verdanken das in erster Linie der Tüchtigkeit des ganzen deutschen Volkes und seiner Verbündeten. Das deutsche Volk, das kann man mit gutem Gewissen sagen, ist in dem Heer mit seinen besten Elementen vertreten, und das deutsche Heer ist unüberwunden, wo immer es kämpft, im Osten und Westen und Norden und — so Gott will, woran ich nicht zweifle — wird es auch im Süden unüberwunden bleiben. (Stürmischer Beifall.)

Als der Krieg ausbrach, da dachten wir, es werde ein Krieg auf kurze Zeit sein, aber die Dinge gestalteten sich anders. Auf die Kriegserklärung Rußlands folgte die Frankreichs und als dann auch noch die Eng-

länder über uns herfielen, da habe ich gesagt, ich freue mich darüber, und ich freue mich deswegen, weil wir jetzt mit unseren Feinden Abrechnung halten können und weil wir jetzt endlich — und das geht den Kanalverein besonders an — einen direkten Ausgang vom Rhein zum Meer bekommen. (Stürmischer Beifall.)

Zehn Monate sind seit der Zeit verfloßen. Viel kostbares Blut ist vergossen worden, es soll aber nicht umsonst vergossen worden sein. (Beifall.)

Eine Stärkung des Deutschen Reiches und eine Ausdehnung über seine Grenzen hinaus, soweit dies notwendig ist, damit wir gegen künftige Angriffe gesichert sind, das soll die Frucht dieses Krieges sein. (Stürmischer Beifall.)

Wer mit uns geht und treu zu uns steht, ich meine Oesterreich-Ungarn und die Türkei, soll sich auch des Sieges mit uns erfreuen, nie aber die falschen Freunde, die hinter unserem Rücken Freundschaft heuchelten und dann zum Feinde übergingen.

Wahrhaftig, wir sind unbefiegt, und unser letzter Feind, der so viel von sich sprechen machte, hat noch immer keinen ernstesten Angriff gewagt, obwohl er Zeit genug zur Vorbereitung hatte. (Stürmischer Beifall.)

Wir sind hier mitten im Kriege, um friedliche Zwecke zu verfolgen. Sie alle arbeiten seit Dezennien treu mit mir, Bayern den Anschluß an die großen Wasserstraßen zu verschaffen; unser Bestreben hat anfangs große Schwierigkeiten gehabt, in letzter Zeit ist es anders geworden. Die Beschlüsse des letzten Landtages, es war das letzte Referat von mir, das ich in der Ersten Kammer erstatten durfte, bezogen sich auf die Kanalisierung des Mains bis Aschaffenburg. Der Landtag hat nicht nur dieses Stück Kanal gutgeheißen, sondern beide Kammern haben gleichzeitig den Wunsch ausgedrückt, es möge der Main von Aschaffenburg bis Bamberg kanalisiert werden. Das ist ein riesiger Fortschritt gegenüber der früheren Zeit.

Ihnen, meine Herren, die Sie immer fest mit mir zusammengestanden sind, danke ich und freue ich mich mit Ihnen dieser Fortschritte. Jetzt, da ich die Regierung angetreten habe, können Sie sicher sein, daß ich diesen Plan nicht fallen lassen werde, und meine Regierung hat Ihnen ja heute die Versicherung gegeben, daß die Kanalisierung bis Bamberg ausgeführt werden soll, sobald der Kanal bis Aschaffenburg vollendet ist. Vorausgesetzt ist selbstverständlich, daß der Landtag die Mittel dazu bewilligt.

Es ist heute des 70. Geburtstages unseres Schatzmeisters gedacht worden. Ich bin schon über Siebzig, aber die Vollendung des Baues bis Aschaffenburg hoffe ich doch noch zu erleben. Bis Bamberg wird es ja noch einige Zeit dauern, aber freuen würde es mich, wenn ich auch diesen Erfolg noch sehen könnte.“

Der König schloß seine Rede mit Hochrufen auf die Stadt Fürth und den Kanalverein.

Er begab sich sodann im Automobil nach Nürnberg, wo er mehrfache Besichtigungen vornahm und mit dem Verein an einer von der Stadtgemeinde Nürnberg gegebenen Abendtafel teilnahm. Hierauf erfolgte mit Sonderzug die Rückfahrt des Königs nach München, wo er abends eintraf.

Eine französisch-keritale Herausforderung.

Ein katholischer Geistlicher sandte der „Köln. Ztg.“ vor einigen Tagen folgende Zuschrift:

Der Weltkrieg hat bei unsern Feinden auch auf geistigem Gebiete des Abstoßenden genug an die Oberfläche geworfen, Ausgebirten nationalen Hasses und kalter Verleumdung. Zu dem Abstoßendsten gehört aber der Versuch, der von den höchsten Kreisen des französischen Katholizismus ausgeht, den Krieg zu einem Religionskrieg zu stempeln. Ein Comité Catholique de propagande française à l'étranger hat die Sache in die Hand genommen. Gallischer Exaltiertheit ist man gewohnt, manches zuzutrauen, aber man ist doch überrascht, an der Spitze dieses Komitees die Kardinalerzbischöfe von Paris und Reims nebst neun andern Bischöfen zu finden. Man liest die Namen von acht katholischen Mitgliedern der Akademie, der höchsten wissenschaftlichen Korporation des Landes: von Gelehrten wie Graf d'Haussenville und Marquis de Vogüé, von Dichtern wie Paul Bourget und René Bazin. Es folgen 24 hochangesehene Vertreter der Wissenschaft, der Publizistik, des Senats, der Deputiertenkammer usw. Unter ihrem Schilde hat der Rektor der sogenannten katholischen Universität Paris, Monsignore Alfred Baudrillart, selbst ein verdienstvoller Historiker, ein Buch veröffentlicht mit dem Titel: La guerre allemande et le catholicisme nebst einem Album Documents photographiques illustrant la conduite respective des armées allemande et française à l'égard de l'Eglise catholique. Es erscheint zugleich in französischer, englischer, italienischer, spanischer, portugiesischer und deutscher Sprache. Die Katholiken der ganzen Welt sollen also gegen das deutsche Volk aufgepeitscht werden. Dazu war den Machern das verwerflichste aller Mittel recht, die Erregung der religiösen Leidenschaften. Um die gewissenlosen Behauptungen zu decken und ihnen den Schein der Glaubwürdigkeit zu geben, müssen die Autoritäten des hierarchischen und Laien-

katholizismus erhalten. Bei der durch den Krieg geschaffenen Lage, die fast alle Verbindungen mit dem ausländischen Buchhandel abgeschnitten hat, ist es schwer, solcher Publikationen habhaft zu werden. Aber wir konnten wenigstens in das erwähnte Album Einsicht nehmen, das mit einem erläuternden Text Bilder aus dem angeblichen Vernichtungsfeldzug der deutschen Truppen gegen alles Katholische bieten will. Der uns noch unzugängliche Textband kann Schlimmeres nicht enthalten.

Natürlich wird dem erschauernden Leser vor allem eine ganze Galerie von zerstörten Kirchen, profanierten Altären, zerklüfteten Kreuzen und beschädigten gottesdienstlichen Geräten vorgeführt. Ob Granaten aus deutschen oder französischen Geschützen das Unheil geschaffen haben, wird dem ahnungslosen Auslande verschwiegen; für alles ist allein „die deutsche Armee verantwortlich“. Sie hat „systematisch“ gearbeitet, „fast alle Kirchen zerstört“, nachdem sie dieselben „ausgeraubt“, „durch Trinkgelage, Tänze und unbeschreibliche Orgien“ entweiht hatte. Sämiß und böshaft wird hinzugefügt, die deutschen Truppen „würden viel eher gezoget haben, das eine oder andre glänzende Café auf den großen Boulevards von Brüssel zu vernichten“. Selbstverständlich fehlen die „mit fanatischem Haß“ hingeschlachteten oder der schändlichsten

Behandlung unterworfenen Priester, Nonnen und Mönche nicht. Das alles ist hingestellt als Ausfluß des nackten Katholikenhasses der Deutschen, desselben Hasses, der ehemals ihre Vorfahren von den Altären der heidnischen Götter gegen Christus und seine Missionäre trieb. Das Schändlichste ist, daß dieser verrückt gewordene Fanatismus sich auch an die Person unfres Kaisers heranwagt, der die „Zerstörung des römischen Aberglaubens für die Aufgabe seines Lebens“ erklärt habe und von „katholikenfeindlicher Wut“ erfaßt sei. Deshalb wären auch gerade protestantische Regimenter in das arme katholische Belgien geführt worden. Dem tritt das Lichtbild der Soldaten Frankreichs und seiner Alliierten gegenüber. Sie kennen nur „Recht und Gerechtigkeit und die christliche Moral“. Im französischen Heer kämpfen 20.000 Priester, gibt es Feldgeistliche, wird gebetet und hält man Gottesdienst. Von der Pflege der Religiosität in der deutschen Armee verrät dieses Pamphlet natürlich kein Wort, so daß der unkundige Ausländer den Eindruck erhält, hier herrsche Religionslosigkeit oder gar Heidentum. Und nun erwäge man, welche Wirkung solche erbärmliche Gezeren und Lügen in der katholischen Welt hervorbringen müssen, wenn Kirchenfürsten und die Elite der französischen Katholiken dafür öffentlich mit ihrem Namen eintreten! Was man will, ist klar gesagt mit der Schlußfrage: „Katholiken der ganzen Welt, fühlt eure Seele sich nicht in vollkommener Einheit mit (Frankreich) diesem Soldaten für euern schmähtlich beleidigten Glauben, diesem Kämpfer für das Recht gegen jenen (den Kaiser), der den Namen Gottes lästert, indem er den Anspruch erhebt, denselben mit seinem infamen Unternehmen in Verbindung zu bringen?“

Man würde einen schweren Fehler begehen, wollte man Verleumdungen dieser Art unbeachtet lassen oder die durch sie hervorgerufene Stimmung in ihrer Bedeutung gering einschätzen. Das gilt namentlich hinsichtlich Italiens und Irlands, wo das katholische Volksempfinden mächtig gegen uns in Wallung gebracht werden könnte. Darauf rechnet man offenbar in Paris. Widerlegungen gegen die übrigens meist ohne den Versuch eines Beweises und in feiger Allgemeinheit erhobenen Anklagen drängen dort nicht hin. Hier kann nur ein scharfer, entrüsteter Protest helfen, ausgesprochen von deutschen Katholiken, deren amtliche Stellung und deren Namen dem Auslande die Wahrheit verbürgen. Wenn er kurz und schlagend gehalten ist, hat er Aussicht, daß man doch auch draußen von ihm Notiz nimmt. Unfre Feinde haben den Weg gezeigt, indem sie sich mit den Namen von Kardinalen, Bischöfen, Gelehrten und Schriftstellern umgaben. Es darf nicht gezoget werden, diesen die entsprechende Antwort und von der richtigen Seite her zu erteilen.

Inzwischen veröffentlicht die keritale „Kölnische Volkszeitung“ folgendes: Das unter dem Titel „La guerre allemande et le

*Ein französisch-Plurikula-Juventus-
forderung!*

catholicisme" soeben in Paris erschienene Werk ist, wie auf dem Titelblatt ausdrücklich angeführt wird, erschienen „sous le haut Patronage du Comité Catholique de propagande française à l'étranger". Zu diesem Komitee gehören zwei französische Kardinäle, sieben französische Bischöfe, eine Reihe von französischen Welt- und Ordensgeistlichen und eine Reihe weiterer Mitglieder der französischen Intelligenz aus dem Laienstande. Es ist richtig, daß dieses Buch seitens der deutschen Katholiken nicht unbeachtet und unbeantwortet bleiben darf. Doch entspricht es nicht dem deutschen Empfinden, zu diesem Zweck sich an die deutschen Bischöfe zu wenden, um so der katholischen Welt das Schauspiel zu ersparen, daß deutsche Bischöfe gegen französische Bischöfe streiten. Was von deutscher Seite gegen dieses Werk zu sagen ist, wird genügend durch seinen eigenen sachlichen Inhalt wirken können. Auch entspricht es einem Wunsche des Heiligen Vaters, daß eine solche Erwiderung, wenn und so weit die deutschen Katholiken sie für notwendig erachten sollten, von angesehenen katholischen Laien ausgehen möchte. Wir begrüßen es deshalb mit Freuden, daß unter Führung des Abg. Erzb. Berger sofort wieder ein Ausschuß deutscher Katholiken zusammengetreten ist, welche eine Gegen-schrift veranlaßt, um auf Grund authentischen Materials die falschen Behauptungen und Anschuldigungen der französischen Schrift zu widerlegen und die ganze Bedeutung dieser Schrift ins richtige Licht zu setzen. Es ist für unsre deutsche Auffassung selbstverständlich, daß diese Widerlegung in peinlichster Weise der Wahrheit entsprechen und dabei allen wissenschaftlichen Anforderungen Genüge leisten muß. Die Wahl des Bearbeiters läßt mit Sicherheit annehmen, daß seine Arbeit allen berechtigten Erwartungen entsprechen wird. Sie wird sofort nach dem Erscheinen in nachdrücklichster Weise den Katholiken aller andern, insbesondere der neutralen Länder, nahegebracht werden.

Die Zuversicht / Von Houston Stewart Chamberlain in Schw...

Dem Kriegs- oder Schwertsamt muß man mit männlichen Augen zusehen; so wird sich's selbst beweisen, daß es ein Amt ist, an ihm selbst göttlich und der Welt nötig und nützlich.
Luther.

Andern mag es, so hoffe ich, wie mir ergehen: je verwickelter und bedrohlicher die Lage wird, um so üppiger schießt meine Zuversicht empor; den leichtfertigen, hirnlosen, ehrvergessenen Italienern danke ich einen guten Tag. Immer deutlicher kommt's ans Licht, mit wem Deutschland es eigentlich zu tun hat. Als der Krieg ausbrach, standen wir alle vor einer recht undurchsichtigen politischen Lage: wer von uns kannte sich aus hinsichtlich der Beziehungen zwischen Serbien und Oesterreich? Wer von uns maßte sich ein Urteil darüber an, ob Graf Berchtold einer guten Eingebung gefolgt war, als er ein so schroffes und kurzfristiges Ultimatum an Serbien stellte? Wer konnte mit Sicherheit ergründen, welche Ursachen Rußland dazu veranlaßten, sich der Mörder mit so bestimmungsloser Leidenschaft anzunehmen? Wer konnte es erklären, daß kluge Franzosen für wildfremde Angelegenheiten ihre geliebte Heimat dem sicheren Ruin entgegenführten? Wo wir hinschauen mochten, Frage über Frage tat sich vor uns auf. Waren nicht England und Deutschland zwei Völker, geschaffen, sich zu verstehen, geschaffen, Hand in Hand zu wandeln, beiden Völkern, ja, der ganzen Welt zu Glück und Vorteil? Der Rasse nach vielfach verwandt, der Geschichte nach ohne trübende Erinnerungen, den Interessen nach ohne unüberbrückbaren Widerstreit? In Deutschland glaubte man es und tat das Mögliche, den guten Willen zu bewahren. Deswegen erscholl bei der englischen Kriegserklärung ein Schrei der entrüsteten Ueberraschung durch's ganze Land, wie ihn ein friedlich Wandelnder austößt, der, nächstlings angefallen, tapfer um sich schlägt, doch sich des verwirrenden Staunens nicht erwehren kann, seine Nachbarn plötzlich zu Meuchelmördern umgewandelt zu sehen. Und was für Meuchelmörder! Nicht bloß an die Kehle gingen sie ihm, auch an die Seele. Ein wohlvorbereiteter Feldzug organisierter Lüge umspannte sofort mit der Blitzeschnelle elektrischer Wellen die gesamte Erdoberfläche; jenseits der Grenzen Deutschlands war fortan jedes wahre Wort Banngut, einzig die Lüge durfte laufen. Auch andere Kriege haben Uebertreibungen, Erfindungen, Verleumdungen mit sich gebracht; so etwas aber, wie jetzt geschah, hat die Welt noch nie erlebt; ohne die überseeische Telegraphie und ohne den ungeheuer angewachsenen Einfluß der Presse war es unmöglich, diese Teufelslist überhaupt zu erfinden; nunmehr arbeitete sie tadellos und mordete den guten Ruf des verehrungswürdigsten Heeres, das je die Welt gesehen hat, und des gebildetsten, besonnensten, best disziplinierten aller Völker. Kein Wunder, wenn der Angefallene im Kopfe verwirrt wurde. In allen bösen Händeln befindet sich der anständige Mensch zunächst im Nachteil, und hier ward der Deutsche die Beute der abgefeimtesten, ruchlosesten Lüge; so heldenhaft er sich gegen überlegene Feinde an allen Grenzen wehrte, diesem Kampf gegen die Lüge war er zunächst nicht gewachsen. Das alte Sprichwort: Qui s'excuse s'accuse — Selbstentschuldigung gleicht Selbstbeschuldigung — behält recht; jeder von uns — als einzelner und als Gesamterscheinung — besitzt gegen Verleumdung keine andere Waffe als schweigen und recht tun; mit der Zeit gruppieren sich tüchtige und edle Taten zu einer Sprache, die beredter wirkt als alle Worte, und, wie die Nacht dem Tage weicht, so entschwindet die Lüge — ohne Argumente, ohne Gerichtspruch . . . Doch gleichviel, auf diesem Wege erfuhren wir allmählich, wer es eigentlich ist, der allerorten gegen Deutschland schürt und die Völker in den Krieg treibt. Goethe hat diesem Höllengeist ein eigenes Gedicht gewidmet, dessen erste Strophe lautet:

Ueber's Niederträchtige
Niemand sich beklage;
Denn es ist das Mächtige,
Was man dir auch sage.

Das nun ist die erste Klarheit, die in wachsender „Kläre“ (wie Goethe zu sagen liebte) uns jetzt zuteil wird: recht eigentlich gesprochen, führen nicht das russische Volk,

das englische Volk, das französische Volk, das italienische Volk usw. Krieg gegen Deutschland, sondern „das Niederträchtige“ ist es — alles Niederträchtige in der ganzen Menschheit —, das auferstanden ist, um einen Kampf auf Leben und Tod gegen das Redliche, das Ernste, das nach Beredlung Strebende, das Hochgemute, das Heiligernste aufzunehmen. Die Niederträchtigen in den an edlen deutschgesinnten Elementen reichen Vereinigten Staaten von Nordamerika kämpfen nicht minder wild und ehelos als ihre Kumpane an der Themse und Seine. Nicht etwa, daß ich alle jene Völker hierdurch von ihrer Verantwortlichkeit freizusprechen gesonnen wäre: die in ihrer Mitte vorhandenen hoch- und reingefinnten Menschen haben sich von dem Dämon der Niedertracht überrumpeln und knechten lassen, auch sie sind mitgerissen in den Wirbelwind und Strudelstrom der Lüge, der Blindheit, des teufelstollen Wahnsinns, und nunmehr haftet ihnen dieser Sünde Mangel für alle Zeiten unauslöschlich an. Ebenjowenig kommt es mir bei, allen Einwohnern deutscher Länder die obengenannten, der Niedertracht entgegengesetzten Eigenschaften und Gemütsrichtungen zuzuschreiben; mir genügt es vorläufig, wenn sie nur in einem wahrnehmbaren Maße die beiden Eigenschaften besitzen, die Goethe als unerläßlich vom Deutschen forderte: Ernst und Liebe.

Freunde, treibet nur alles mit Ernst und Liebe; die beiden Stehen dem Deutschen so schön, den ach! so vieles entstellt. Deutschland wimmelt von grotesken „Entstellungen“ des echten deutschen Wesens, das heißt also desjenigen Wesens, das — gelebt von edlen Frauen und Männern — in tausend und abertausend deutlichen Beispielen uns vor Augen steht: Wechselbälge, Fehlgeburten, Verkümmerte, Aufgeblähte, Verdrossene, Wahnwitzige . . . kurz, alle erdenklichen Zerrbilder und Fragen. Doch, ich gestehe es, auch dies nehme ich in meine Liebe auf; denn, bricht ein entscheidender Tag an, so werfen sie entweder die Schrüllen von sich und benehmen sich großartig, oder sie schlüpfen wie die Schnecken ins fensterlose Gehäuse zurück und lassen die handelnde Gesamtheit ungeschoren. Auf die Handelnden kommt es an, sobald von Politik die Rede ist. Und auf der einen Seite sind die handelnden Führer edelgesinnt und höchstens allzu human, auf der andren rücksichtslos niederträchtig, grausam, gemein.

Wer glaubt denn, die Engländer gleichen alle den Schilderungen, die wir jetzt in deutschen Zeitungen lesen? Man könnte England „das Land der Freundlichkeit“ nennen; so schwer der Engländer seine Freundschaft schenkt, so schnell, unaufgefordert, tatkräftig reicht er dem Hilfsbedürftigen die Hand; nirgendwo habe ich ähnliches gesehen; jeder Deutsche, der in England gereist ist, wird es bestätigen; es scheint sich irgendwie aus dem starken individualistischen Zug von selbst zu ergeben; unsere Menschennatur ist ja voll derartiger Wunderlichkeiten: das Gesetz des „Jeder für sich“ zeugt ein zweites, „Jeder für jeden anderen, der in Not gerät“. Auch andere hohe Eigenschaften findet man dort stark entwickelt, so z. B. Zurückhaltung und Feingefühl im Umgang; wer mit Engländern aus gebildeten Kreisen verkehrt hat, weiß, was Partinn in den Beziehungen zwischen Mensch und Mensch ist. Mir schrieb vor wenigen Tagen ein hoher deutscher Offizier, der vor dem Feinde steht, nichts sei einem deutschen Manne nützlicher zur Vervollkommnung seines Wesens als ein Aufenthalt in England. Schwerer fällt es, die besonderen Vorzüge des französischen Wesens in Worte zu fassen, sie sind aber groß und wurzeln tief; Frankreich ist das einzige Land, das wahre Gleichheit kennt, und zwar nicht allein eine gesetzlich verordnete, sondern eine echte, in den Sitten der Nation zur Entfaltung gelangte; darum findet in seinem Land echtes Talent schneller Anerkennung und Förderung; Fleiß, Einfachheit, Genügsamkeit bilden dort die Regel; dazu die höchst angenehmen Zugaben: Geschmaç, Geschick, Anmut. Im Gegensatz zum Engländer und zum Deutschen, die ohne Frage ihr Bestes in der Absonderung und Vertiefung leisten, entsteht der Franzose überhaupt erst in der Gegenwirkung, wogegen er in der Einsamkeit entschwindet wie Wasser im leeren Raume, so daß überhaupt nichts mehr vorhanden ist; im Stoß und Gegenstoß lebt er erst auf und ist darum der unerreichte Meister wahrer Geselligkeit, in welcher Mensch

in Frankfurt.

sich am Menschen bildet — wogegen der Italiener z. B. nur redet und nicht zuhört, überhaupt, im Gegensatz zum Franzosen, alles auf Bombast und Schein anlegt.

Dieses Wenige sei nur im Vorübergehen angedeutet, damit das Bekenntnis zu der Sache, die Deutschland vertritt, nicht als eine hirnlose Verblendung, als die grundsätzliche Beugung der Vorzüge anderer Völker gedeutet werde, geboren aus den Eindrücken des flüchtigen Augenblicks. Heute z. B. führt mir ein Zufall die „Jugend“ vom 28. Mai 1900 in die Hand mit einem Aufsatz von mir, in dem ich lese: „Keine Ueberzeugung hege ich fester und heiliger als die, daß die höhere Kultur der Menschheit an die Verbreitung der deutschen Sprache geknüpft ist.“ Des weiteren wird da ausgeführt, diese Sprache sei eben die unumgängliche Vermittlerin des deutschen Wesens, auf welches es mir ankommt, und zur Erreichung dieser Verbreitung sei es unerlässlich, das Deutsche Reich zum führenden Weltstaat zu entwickeln. Es handelt sich bei mir um Ueberzeugungen, die im Laufe eines schon langen Lebens geworden und gewachsen sind, bis sie dahin gelangten, einen bedeutenden Teil des Inhalts dieses Lebens auszumachen. Nie aber vergaß ich des Dankes, den ich den großen Söhnen Frankreichs und Englands, dieser herrlich begabten und — jedes in seiner Art — unvergleichlichen Völker, schulde. Ich halte die Aufforderung, hinsürder England zu hassen, Frankreich zu hassen, Rußland zu hassen, für eine freile und namentlich ganz und gar undeutsche Zumutung; mögen drüben die Niederträchtigen und die von diesen Irreführten das edle deutsche Wesen verleumden und hassen, wenn sie danach gelüstet, sie verleihen damit ihrer Niedertracht die letzte Vollendung und zeigen sich als ganz verloren in bodenlose Schlechtigkeit; so hat sich z. B. in England eine „Anti-German League“ gebildet, um auch nach dem Kriege jede Spur geistiger Beeinflussung durch Deutschland fernzuhalten — und zwar charakteristischerweise unter der Führung frisch getaufter und frisch umgetaufter „Angelsachsen“ von den Ufern des schönen deutschen Mains: wohl bekomme's! Der echte Deutsche steht auf viel zu hoher Kulturstufe, um hier Gleiches mit Gleichem zu vergelten. „Liebe und Ernst“ empfiehlt ihm Goethe — derselbe Goethe, der ihn hundertmal eindringlich warnt, nie auf Verneinung mit Verneinung zu antworten; in der Liebe wurzelt des Deutschen Kraft, und der Ernst soll sich in diesem Falle in dem zornentflammten und auch haßerfüllten Kampf gegen das Niederträchtige bewähren, das allerorten gegen ihn sich erhoben hat. Daß er hierbei die Völker überwinden muß, die dem Frondienst des Niederträchtigen verfallen sind, liegt auf der Hand; doch wir gelangen auf eine ganz andere Höhe, aus Nacht und Nebel zu strahlend hell beleuchtetem Waffengefüße, sobald wir an Stelle des öden politischen Wirrwarrs die gegenwärtige Weltenschlacht als das erblicken, was sie am letzten Ende ist: der Kampf auf Leben und Tod zwischen dem Niederträchtigen und dem Edelgesinnten. Gewiß sieht Deutschland für sein Recht aufs Dasein; seine Feinde machen kein Geheimnis daraus, daß sie das Reich zerstören, aufteilen, aus der Weltkarte austilgen wollen; doch die höhere und eigentliche Weihe erhält der Kampf erst aus der Einsicht, daß Deutschland nicht allein für seine eigene Existenz kämpft, sondern damit zugleich für das Dasein und die Sicherheit auf unserm Gestirne überhaupt des Anstands, der Rechlichkeit, der Menschenwürde, der wahren edlen Geistesfreiheit, für die allmähliche Hinaufführung unseres Geschlechtes auf eine höhere Stufe des Gemeinwohls, der geistigen und sittlichen Entwicklung. Deutschlands Feind ist nicht dieses und jenes Volk, sondern ein Ring von völlig seelenlosen, herzlosen, ehrlosen Geschäftsjobbern, welche die Unterjochung der ganzen Menschheit unter den einen Mammon beschlossen haben; Deutschland steht ihnen im Wege; um Deutschland wegzuräumen, haben sie von langer Hand alles angelegt und jetzt unter gewissenloser Ausnutzung der ungeheueren, ihnen zur Verfügung stehenden Mittel heillose Begriffsverwirrung angestiftet und fast alle Völker der Erde in Wahnsinn gejagt. Diesem Teufelsgezücht gegenüber steht Deutschland als Gottes Streiter: Siegfried wider den Wurm, Sankt Georg, der Drachenbezwinger.

Hier aber geht uns eine weitere Klarheit auf.

(Fortsetzung folgt.)

8.7.1915

Der König von Bayern über das Kriegsziel.

(Drahtmeldung unseres Sonderberichterstatters.)

In der Rede, die König Ludwig von Bayern in Fürth gelegentlich der Jubiläumstagung des Bayerischen Kanaltages hielt, führte er, wie unser Münchener Vertreter uns drahtet, u. a. aus:

Im vorigen Jahre tagte der Kanal-Verein in Regensburg. Da war tiefer Friede und Ruhe, und kein Mensch dachte an die großen Ereignisse, die sich kurz darauf einstellten, und wenn wir jetzt mitten im schwersten und größten Krieg — denn keinen größeren hat es je gegeben — uns hier in der aufblühenden Stadt Fürth versammelt haben, so denken wir kaum daran, daß jetzt Krieg ist. Wir verdanken das in erster Linie der Tüchtigkeit des ganzen deutschen Volkes und seiner Verbündeten. Das deutsche Volk, das kann man mit gutem Gewissen sagen, ist in dem Heer mit seinen besten Elementen vertreten, und das deutsche Heer ist unüberwunden, wo immer es kämpfte im Osten, Westen und Norden, und so Gott will — daran ist nicht zu zweifeln — wird es auch im Süden unüberwunden bleiben. (Stürmischer Beifall.)

Als der Krieg ausbrach, da sagten wir, es werde ein Krieg auf kurze Zeit sein; aber die Dinge gestalteten sich anders. Auf die Kriegserklärung Russlands folgte die Frankreichs, und als dann auch noch die Engländer über uns herfielen, da habe ich gesagt: Ich freue mich darüber, und ich freue mich deswegen, weil wir jetzt mit unseren Feinden Abrechnung halten können, und weil wir jetzt endlich — und das geht den Kanalverein besonders an — hoffen dürfen, daß wir für Süd- und Westdeutschland günstigere Verbindungen zum Meere bekommen werden. (Lebhafter Beifall.) Zehn Monate sind seither verstrichen, viel kostbares Blut ist vergossen worden; es soll aber nicht umsonst vergossen worden sein. (Beifall.) Eine Stärkung des Deutschen Reiches und eine Ausdehnung über seine Grenzen hinaus, soweit dies notwendig ist, damit wir gesichert sind gegen künftige Angriffe, das soll die Frucht dieses Krieges sein. (Stürmischer Beifall.) Wer mit uns geht und treu zu uns steht, ich meine Oesterreich-Ungarn und die Türkei, soll sich mit uns erfreuen; nie aber die falschen Freunde, die hinter unserem Rücken Freundschaft heuchelten und dann zum Feinde übergingen. Wahrhaftig, wir sind unbefiegt, und der letzte Feind, der so viel von sich sprechen machte, hat noch immer keinen ersten Angriff gewagt, obwohl er Zeit genug zur Vorbereitung hatte. (Stürmischer Beifall.)

Wir sind hier mitten im Kriege, um friedliche Zwecke zu verfolgen. Sie alle arbeiten seit Dezennien treu mit mir, Bayern den Anschluß an die großen Wasserstraßen zu verschaffen. Unsere Bestrebungen haben anfangs große Schwierigkeiten gehabt; in letzter Zeit ist es anders geworden. Die Beschlüsse des letzten Landtages — es war das letzte Referat von mir, das ich in der Ersten Kammer erstatten durfte — bezogen sich auf die Kanalisation des Mains bis Aschaffenburg. Der Landtag hat nicht nur dieses Stück Kanal gutgeheißen, sondern beide Kammern haben gleichzeitig den Wunsch ausgedrückt, es möge der Main von Aschaffenburg bis Bamberg kanalisiert werden. Das ist ein riesiger

Fortschritt gegenüber der früheren Zeit. Ihnen, meine Herren, die Sie immer fest mit mir zusammengestanden sind, danke ich, und ich freue mich mit Ihnen dieser Fortschritte. Jetzt, da ich die Regierung angetreten habe, können Sie sicher sein, daß ich diesen Plan nicht fallen lassen werde, und meine Regierung hat Ihnen ja heute die Versicherung gegeben, daß die Kanalisation bis Bamberg ausgeführt werden soll, sobald der Kanal bis Aschaffenburg vollendet ist, vorausgesetzt selbstverständlich, daß der Landtag die Mittel dazu bewilligt. Es ist heute des 70. Geburtstages unseres Schatzmeisters gedacht worden. Ich bin schon über siebenzig, aber die Vollendung des Baues bis Aschaffenburg hoffe ich doch noch zu erleben. Bis Bamberg wird es ja noch einige Zeit dauern, aber freuen würde es mich, wenn ich diesen Erfolg noch sehen könnte.

8/VI. 1915

Die französischen Kriegsfinanzen.

in Zürich, 5. Juni.

Der französische Finanzminister hat, wie schon kurz gemeldet wurde, einen Gesetz-Entwurf eingebracht, betreffend die Erteilung provisorischer Kredite für die National-Verteidigung sowie für den Verwaltungsdienst des Landes für die Monate Juli, August und September 1915. Diese Kredite belaufen sich auf Frs. 5605 Millionen im ordentlichen und 334 Millionen im außerordentlichen Budget. Die beigelegte Begründung erteilt Aufschluß über den Einfluß der Kriegslage auf die Finanzen Frankreichs seit Eröffnung der Feindseligkeiten. Die Vorschläge für die künftigen Kriegs-Bedürfnisse erfolgten auf Grundlage der seit 1. Januar gemachten Erfahrungen mit besonderer Berücksichtigung der Ausgaben für die Artillerie, die Genietruppe und die Intendantur. Für die Zivil-Verwaltung ist das Budget von 1914 mit unwesentlichen Veränderungen wieder aufgestellt worden. Die Mehr-Forderungen belaufen sich auf 1193 Millionen, wovon auf Heer und Marine 1178,67 Millionen entfallen. Diese Erhöhung ist bedingt durch die Verwaltung der vermehrten Truppenzahl, des wachsenden Bedarfs an Kriegs-Material und schließlich durch die Ausdehnung der Operationen auf den Orient; für die ablaufenden sechs Monate waren bereits Zuschlags-Kredite in Höhe von 996 Millionen erforderlich. Die erhöhten Bedürfnisse der übrigen Verwaltungen belaufen sich auf den relativ geringen Betrag von 14,32 Millionen für das kommende Trimester, wobei allerdings für eine Reihe wesentlicher Ausgaben in einem besonderen Finanzgesetz Kredite später nachgeholt werden. Einstweilen ist nur Rechnung getragen im Budget des Finanzministeriums dem Zinsendienst der National-Verteidigungs-Wechsel und -Obligationen, in der Abrechnung des Ministeriums des Innern, den Kosten für die Unterhaltung der immer zahlreicheren Flüchtlinge und Ewakuirten, im Budget des Kolonial-Ministeriums den Kosten der Kamerun-Expedition, der Mobilisation der überseeischen Kolonien, die Rekrutierung und Ausstattung neuer Truppen aus Senegal, in der Post- und Telegraphenverwaltung den Mehrkosten für die Militär-Korrespondenz und die Ausbesserung des Telegraphennetzes in der Militärzone, ferner bei allen Ministerien dem Ersatz der einberufenen Beamten und die Entschädigung für ewakuirte Beamte. Schließlich ist zu bemerken, daß die bereits bewilligten Kredite für Kriegs-Entschädigungen einstweilen ausreichen, die Zinsen-Garantie für die Eisenbahn-Gesellschaften in minder hohen Beträgen in Anspruch genommen werden, ferner die Zuwendungen für Arbeitslose infolge der Abnahme der Arbeitslosigkeit sich ermäßigt haben, endlich verminderten sich die Ausgaben durch Ersparnisse. Die folgende Aufstellung gibt klaren Aufschluß über die Staats-Verhältnisse seit Beginn des Krieges; sie ist in fünf Rubriken geteilt: 1. Kriegskosten für Armees, Flotte und Kolonien, die Verwaltungskosten inbegriffen, 2. Zinsendienst der Staatsschuld, 3. Unterstützungsgelder für die Angehörigen der mobilisierten Truppen, für Arbeitslose, Arbeitsunfähige und Heimatlose, 4. Ernährung der Zivil-Bevölkerung, 5. allgemeine Ausgaben für den inneren Verwaltungsdienst:

Kriegs- kosten	Staats- schuld	Unter- stützung.	Ernäh- rung	Zivil- Verwaltg.	Gesamt summe
in Millionen Franken					
August bis Dezember 1914					
5815.32	59.72	405.54	20.00	178.80	6479.38
Januar bis September 1915					
10 422.69	1367.53	1913.27	166.80	1745.32	15 615.41
Gesamt-Betrag seit Kriegsbeginn					
16 238.01	1427.05	2318.81	186.80	1924.12	22 094.79

Die gesamten Kredite seit Kriegsbeginn belaufen sich somit auf 22 Milliarden Francs, welcher Betrag sich um weitere zwei Milliarden erhöht, wenn man für August bis Dezember 1914 fünf Zwölftel der im Budget für 1914 bewilligten Kredite in Berücksichtigung zieht. Die Ausgaben, auf die einzelnen Monate verteilt, ergeben folgendes Bild: je 1340 Millionen für die fünf ersten Kriegsmonate von August bis Dezember 1914, wobei die Mobilisations- und Requisitionsausgaben nicht inbegriffen sind, je 1665 Millionen für jeden Monat des ersten Semesters 1915, die oben erwähnten Zuschlagskredite inbegriffen, je 1870 Millionen für jeden Monat des kommenden Trimesters ohne Zuschlagskredite, deren Höhe sich einstweilen nicht abschätzen läßt. Es entfallen hierauf auf Kriegsbedürfnisse je 850 Millionen, Mobilisationskosten nicht inbegriffen, auf die Monate August bis Dezember 1914, je 1100 Millionen auf die Monate des ersten Semesters 1915, je 1300 Millionen auf die kommenden drei Monate. Während das Mehr-Erfordernis für den Schuldendienst ungefähr 60 Millionen im Jahre 1914 erforderte, sind für das kommende Trimester weitere 300 Millionen eingestellt, mit welchen die Rückstände aus dem ersten Semester gleichzeitig beglichen werden.

Die Ausgaben für die soziale Fürsorge haben sich stark vermehrt. Folgende Aufstellung enthält die beiden hauptsächlichsten Posten in Millionen Franken:

5 Monate 1914	erstes Semester 1915	3 Trimester 1915	Gesamt- Betrag	
Unterstützungen an die Familien der mobilisierten Soldaten	340.74	764.83	460.35	1565.92
Unterstützungen an Flüchtlinge und Ewakuirte	40.85	91.—	52.64	184.49

Die Ausgaben für Anschaffungen zur Ernährung der Zivilbevölkerung sind teilweise vorschussweise erfolgt; sie enthalten u. a. die großen Kohlenkäufe des Staates, die Ernährung der feindlichen Zivilgefangenen, die Vorschüsse an die Handelskammern. Die letzte Kategorie von Ausgaben, diejenigen der Zivilverwaltung, hat sich erhöht durch die

Erhöhung der mobilisierten Beamten, durch die Verteuerung aller Anschaffungen, durch Minder-Einnahmen der Eisenbahnen; sie wurden größtenteils ausgeglichen durch Vergrößerung der Ausführung öffentlicher Arbeiten und Ersparnisse in den verschiedenen Dienstzweigen. Die budgetmäßigen Einnahmen beliefen sich vom 1. August 1914 bis 30. April 1915 auf 2249,50 Millionen, wovon 1188 Millionen auf das Budgetjahr 1914, 1061,50 Millionen auf 1915 entfallen; die durchschnittliche monatliche Zunahme der Einnahmen beträgt seit Kriegsbeginn 30 Millionen.

Vom 1. August 1914 bis 15. Mai 1915 hat das Schatzamt folgende Beträge verausgabt: Mehrbetrag der Ausgaben über die budgetmäßigen Einnahmen 11.831 Mill., Vorschüsse an die Handelskammern zum Einkauf von Getreide 48 Mill., Vorschüsse an verbündete Regierungen unter Ausschluß der bei der Bank von Frankreich diskontierten Schatzwechsel 348 Mill., Entnahmen der General-Steuer-Einnahmen in laufenden Berechnungen 61 Mill., Zurückzahlungen auf vor Kriegsbeginn ausgegebene, nicht erneuerte Schatzwechsel 322 Mill. Zusammen 12 610 Mill. Während der gleichen Periode vereinnahmte das Schatzamt: Unterbringung von National-Verteidigungs-Wechsel im In- und Auslande 5243 Mill., Unterbringung von National-Verteidigungs-Obligationen gegen Barzahlung oder in Umtausch von National-Verteidigungs-Wechsel 1104 Mill., Einzahlungen auf 3 1/2proz. Anleihe 449 Mill., Vorschüsse seitens der Banken von Frankreich und Algerien 5525 Mill., zusammen: 12 321 Mill. Die fehlende Differenz ist den Kassenbeständen des Schatzamtes entnommen worden, die sich auf 143 Millionen ermäßigten.

Im Gegensatz zu der rhetorischen Manzeleistung im Monat März, deren Anschlag in allen Gemeinden Frankreichs beschlossen wurde, hat Herr Ribot die Einbringung des Budgets für das dritte Trimester 1915 auf jede mündliche Erörterung einstweilen verzichtet und sich mit einem gedruckten Motivenbericht begnügt. Vor drei Wochen stellte er noch in seiner letzten Finanzrede baldige entscheidende Ereignisse in Aussicht, heute zieht er es vor zu schweigen. Die Budgetziffern sprechen übrigens eine eindringliche Sprache. Auf 24 Milliarden werden vorerst die Ausgaben für eine Kriegsbauer von dreizehn Monaten geschätzt; auf eine starke Ueberschreitung dieser Summe wird das Land bereits jetzt vorbereitet. Die Kriegskosten für Heer und Flotte haben sich von 28 auf 43 Millionen täglich erhöht; eine weitere Zunahme steht in sicherer Aussicht. Das Defizit beträgt bis zum 15. Mai 12 1/2 Milliarden, wovon wenige 1100 Millionen in zehnjährigen Obligationen fundiert, der Rest zur Hälfte in kurzfristigen Schatzwechseln, zur anderen Hälfte mit Hilfe Notenpresse gedeckt wurden. Man liest deutlich die ernste Sorge des Ministers zwischen den Zeilen: täglich wachsende Ausgaben, die lediglich durch Promessen gedeckt werden! Die Entwertung der Valuta hat bereits eingesetzt, die Kaufkraft des Franken ist erschüttert; was bedeuten die von England unter erschwerten Bedingungen zugesagten 1 1/2 Milliarden Francs, nachdem mindestens der achtsache Betrag bis zum Spätherbst flüssig zu machen ist. Der Minister ist es sich wohl bewußt, daß Frankreich vor einem finanziellen Abgrund steht; es hat seine wirtschaftlichen Kräfte ebenso sehr überschätzt wie es diejenigen seines Gegners unterschätzte.

Kriegskalender.

21. Mai. Die Kämpfe in Mittelgalizien nehmen einen für die Verbündeten erfolgreichen Fortgang; bis 194.000 Gefangene; die russische Gegenoffensive in Ostgalizien ist zum Stehen gebracht; russische Durchbruchversuche bei Kolomea gescheitert; erfolgreiche Angriffe der Verbündeten im Bergland von Kielce. Südlich des Njemen wird der geschlagene Feind von den Deutschen verfolgt; an der Dubissa gelangt ein deutscher Gegenangriff bis Bethgola. — Nördlich Ptern fortdauernde Kämpfe mit französischen Kolonialtruppen; französische Angriffe im Allswalde abgewiesen. — Torpedierung des russischen Panzers „Pantaleimon“ im Schwarzen Meere. — Der italienische Senat erteilt der Regierung mit 262 gegen 2 Stimmen die Kriegsvollmachten. — In einer Note der I. u. I. Regierung an die italienische Regierung wird die Kündigung des Dreibundvertrages nicht zur Kenntnis genommen.

22. Mai. In Mittelgalizien wird das von den verbündeten Truppen bisher erstrittene Terrain gegen alle russischen Gegenangriffe behauptet; im Berglande von Kielce weicht der Feind nach hartnäckigen Kämpfen erneuert in nordöstlicher Richtung zurück; bei Wozan östlich Czernowitz scheitert ein feindlicher Vorstoß unter starken Verlusten für den Feind. Bei Szawle und an der Dubissa werden russische Nachtangriffe abgewiesen; in heftigen Reiterkämpfen westlich Windau in der Gegend Schawdinh wird ein Regiment der russischen Ussuri-Reiterbrigade aufgerieben. — Südwestlich Neuve Chapelle werden mehrere englische Teilangriffe abgewiesen. nördlich Ablain erbitterter nächtlicher Nahkampf. — Der englische Segler „Glenholm“ torpediert. — Votschasterkonferenz in Rom.

23. Mai. Kriegserklärung Italiens an Oesterreich-Ungarn; Manifest des Kaisers Franz Joseph. Fürst Bülow und die diplomatischen Vertreter Preußens und Bayerns verlassen Rom. — Ostlich Jaroslau und am oberen Dnjestr werden russische Angriffe unter großen Verlusten für den Feind abgewiesen; ein neuer Versuch der Russen, östlich Czernowitz den Pruth zu überschreiten, scheitert; bei einem Gefecht im Berglande von Kielce werden 1800 Russen gefangen. In der Gegend Szawle wird der russische Nordflügel von den Deutschen angegriffen und geschlagen; an der Dubissa und auch südlich des Njemen scheitern neuerliche feindliche Nachtangriffe. — Eindringen der Franzosen in die vordersten deutschen Gräben bei Ablain; französische Angriffe an der Straße Bethune—Lens und auf dem Rücken der Lorettöhöhe abgewiesen; zwischen Maas und Mosel wiederum heftige Artilleriekämpfe. — Niederlage der englisch-französischen Truppen bei Sedbil-Bahr; die „Emden“-Mannschaft in Konstantinopel.

24. Mai. Erfolgreiche Beschießung militärischer Objekte zwischen Venedig und Barletta durch die I. u. I. Flotte; Bombenwürfe unserer Flieger auf Chiaravalle, Ancona und Venedig; kleinere Scharmügel an der Tiroler Grenze. — Fortdauer der Kämpfe in Mittelgalizien. — Mehrere nächtliche englische Vorstöße zwischen Neuve Chapelle und Givenchy sowie französische Angriffe am Nordhang der Lorettöhöhe bei Ablain und nördlich und südlich von Neuville werden unter schwersten Verlusten für den Feind abgeschlagen; zwischen Maas und Mosel dauern die Artilleriekämpfe an; auf Paris werden deutsche Fliegerbomben abgeworfen.

25. Mai. Neuerliche erfolgreiche Offensiv der verbündeten Armeen in Mittelgalizien an der Front von Sieniawa bis zum oberen Dnjestr (Sieg der Armee Mackensen bei Radymno; hier 21.000 Gefangene, 39 Geschütze und 40 Maschinengewehre erbeutet; südöstlich Przemysl die Russen von den Armeen Buhallo und Böhm-Ermolli gegen die Bloianiederung zurückgeworfen). — Ostlich Koffenie werden die Russen über die Dubissa zurückgeworfen. — Vorgehen kleinerer italienischer Abteilungen über die Tiroler und Kärntner Grenze. — In Flandern die Blaminghe- und Bellewaarde-Ferne erstürmt; Vorrücken der Deutschen auf Hooge; südlich Armentieres, zwischen Neuve Chapelle und Givenchy, und nördlich der Lorettöhöhe werden feindliche Teilangriffe blutig abgewiesen. — Versenkung des englischen Schlachtschiffes „Triumph“ durch ein deutsches Unterseeboot vor Arr Burnu. — Unterzeichnung des japanisch-chinesischen Vertrages.

9./VI. 1915

**Demission des Staatssekretärs
Bryan.**

W. Washington, 9. Juni. (Neuter-Meldung.)
Staatssekretär Bryan hat demissioniert.

Windthorst über Mephisto Italien.

Es ist nach Italiens Treubruch von besonderem Interesse, zu lesen, wie Windthorst schon vor mehr als vierzig Jahren über unser Bündnis mit Italien geurteilt hat. Es war am 17. Januar 1873, als, wie die „Germania“ erinnert, der Zentrumsführer im preussischen Abgeordnetenhaus bei der ersten Beratung des Gesetzentwurfs über die Vorbildung und Anstellung der katholischen Geistlichen eine Rede hielt, und dabei auch die von anderer Seite nachdrücklich empfohlene „Allianz“ mit Italien (die Vorläuferin des späteren Dreibundes) kritisch beleuchtete. Dabei sagte er über dieses Bündnis folgendes:

„In der Tat, meine Herren, das ist nicht zweifelhaft, die italienische Allianz ist der Ursprung alles Unglücks, welches über Deutschland kommt. Sie nennen es Glück — ich nenne es Unglück, und die Zukunft wird mir recht geben. Es ist eine Allianz wie zwischen Faust und Mephisto, und wir in Deutschland spielen die Rolle des Faust... Ich bin allerdings der Meinung, daß, solange diese italienische Allianz dauert, wir zur Ruhe nicht kommen, und Europa auch nicht.“ (Ausgewählte Reden von Dr. Windthorst, Osnabrück 1903, 1. Band S. 108 f.)

Diese scharfsinnige Beurteilung unseres Bündnisses mit Italien ist gewiß ein Beweis für den politischen Weitblick des genialen Staatsmannes und Parlamentariers.

Auch der vor Jahresfrist ermordete österreichische Thronfolger Erzherzog Franz Ferdinand hegte gegenüber der Festigkeit und Zuverlässigkeit unseres Bündnisses mit Italien stets ernste Zweifel. Als er im Sommer 1913 mit einem reichsdeutschen Geistlichen in einem Jagdschloßchen am Prager Wildsee weilte und sein Blick auf das dort in einem Zimmer hängende Bild des jetzigen Königs von Italien fiel, sagte er, der „Köln. Volksztg.“ zufolge, mit bezeichnender Geste zu dem Geistlichen:

„Das ist unser Freund! Wenn nur nicht einmal in der Stunde der Gefahr Deutschland und Oesterreich-Ungarn von Italien im Stich gelassen werden!“

Die welsche Lücke des „italienischen Mephisto“ ist von dem „Advokaten der Camorra“ *Salandra* nun in die Tat umgesetzt worden.

Ausnahmsmassregeln in der Türkei.

(Telegramm des I. L. Telegraphen-Korrespondenzbureaus.)

Konstantinopel, 7. Juni.

Das Amtsblatt veröffentlicht eine Gesetzesverordnung, wonach die Armee-, Armeekorps- und Divisionskommandanten oder deren Vertreter ermächtigt werden, während der Kriegszeit im Falle einer Auflehnung oder eines bewaffneten Widerstandes gegen die Regierungsbefehle oder gegen Massnahmen, welche sich auf die Landesverteidigung oder die Wahrung der Ordnung beziehen, unter Anwendung der bewaffneten Macht strengstens vorzugehen und wegen Spionagedachtes die Bevölkerung von Städten oder Dörfern gänzlich oder einzeln nach einem anderen Ort zu verlegen.

Kriegskalender.

26. Mai. Die Armee des Generalobersten v. Mackensen bringt im Angriff beiderseits des San in südöstlicher Richtung erfolgreich vor; östlich Radymno, wo das I. u. I. 6. Korps den Brückenkopf Zagrodz erstürmt, der Uebergang über den San erkämpft; südlich und südöstlich Przemysl langsam fortschreitender Angriff unserer Truppen gegen die stark besetzten Stellungen des Feindes. — In Tirol rückt eine italienische Abteilung in Sondino ein; an der kärntnerischen Grenze weisen die I. u. I. Truppen mehrere Angriffe unter bedeutenden Verlusten für die Italiener ab. — Bei Givens Einbringen der Engländer in die deutschen vordersten Gräben; französische Angriffe zwischen Sievin und Lorettohöhe, Souchez—Bethune und südlich Souchez verlustreich gescheitert. — Bildung eines englischen Konzentrationsministeriums.

27. Mai. Nienowice und die Höhe Horodhsko östlich Przemysl von den Verbündeten erstürmt; südöstlich Przemysl in der Gegend bei Husakow der Feind aus seiner Hauptverteidigungsstellung geworfen; südöstlich Drohobycz und bei Strzj nach schweren Kämpfen die besetzte feindliche Frontlinie durchbrochen und die Russen zum Rückzug gezwungen. — Beschließung österreichischer Grenzwerte südöstlich Trient durch italienische Artillerie; Vernichtung zweier italienischer Kompagnien bei Caprile; im Küstenlande überschreiten die Italiener an mehreren Stellen die Grenze, Abteilungen, die bis an unsere Stellungen vordringen, werden zurückgeworfen; der König von Italien reißt ins Große Hauptquartier ab. — Neuerlicher erfolgloser Durchbruchversuch der Franzosen zwischen Vermelles und der Lorettohöhe; fortdauernde Kämpfe an der Linie Souchez—Newville, wo die Franzosen deutsche Gefangene als Deckung verwenden; deutscher Luftangriff auf Southend. — Der englische Dampfer „Norvenne“ durch ein U-Boot versenkt; die Torpedierung des amerikanischen Dampfers „Nebraska“ und des dänischen Dampfers „Betty“ von „Reuter“ gemeldet. — Versenkung des englischen Linien Schiffes „Majestic“ durch ein deutsches U-Boot vor Sedbil-Bahr.

28. Mai. Vom Norden herangeführte russische Verstärkungen, die an mehreren Frontabschnitten östlich des San das Vordringen der Verbündeten zum Stehen zu bringen trachten, werden zurückgewiesen, nur bei Sieniawa gehen deutsche Abteilungen vor stark überlegenem Feinde auf das westliche Sanufer zurück; in den heftigen Kämpfen bei Drohobycz und Strzj Fortschreiten des Angriffes der Verbündeten. An der Dubissa nehmen die deutschen Truppen neuerdings die Offensive auf und nehmen bei Rossenie-Criagola 3120 Gefangene. — An der Tiroler und Kärntner Grenze nur kleinere Scharmützel. — Südöstlich des Loretto-Höhenrückens werden abermals französische Teilangriffe abgeschlagen; im Priesterwalde erleiden die Franzosen nach erbitterten nächtlichen Kämpfen eine schwere Niederlage. Angriff von 18 französischen Fliegern auf Ludwigshafen a. Rh., das gepanzerte Führerflugzeug östlich Neustadt a. d. S. zur Landung gezwungen. — Der englische Hilfskreuzer „Prinzeß Irene“ bei Sheerneck durch Unfall vernichtet. Der englische Hilfskreuzer „Cadeby“ durch ein deutsches U-Boot versenkt. — Erklärungen des Reichskanzler im Reichstage über Italiens Verrat. — Der portugiesische Präsident de Arriaga kündigt seinen Rücktritt an. — Jackson als Nachfolger Fishers Erster Seelord.

29. Mai. An der Lubaczowka und östlich Radymno werden heftige russische Nachtangriffe unter schweren Verlusten des Feindes abgewiesen; am Ostufer des San, am oberen Dnjepr sowie bei Drohobycz und Strzj dringen die Verbündeten unter fortbauenden Kämpfen vor; Deutsche dringen näher gegen die Nordfront von Przemysl heran. An der unteren Dubissa werden die Russen an vielen Stellen über den Fluß geworfen. — Erfolgreicher Angriff mehrerer I. u. I. Marineflieger auf das Arsenal in Venedig; im Küstenlande kleinere Kämpfe; bei Karfreit wird ein italienisches Bataillon zersprengt; italienische Abteilungen erreichen den Grenzort Ma und das Primör. — Bei Bethune-Souchez wird ein starker französischer Angriff abgewiesen. Die deutsche schwache Besatzung räumt den Ostteil von Ablain; deutsche Fliegerbomben auf Gravelines, Dünkirchen, St. Omer und auf den Flugplatz Fismes abgeworfen. — Türkische Erfolge bei Ari-Burnu; vor Sedbil-Bahr ein englisches Linien Schiff der „Agamemnon“-Klasse torpediert.

30. Mai. Uebergangversuche der Russen über den San bei und abwärts Sieniawa scheitern; die Bahnlinie Przemysl—Grodz wird bei Medhla von den Verbündeten unter schweren Artilleriefeuer gehalten; am Dnjepr und südlich desselben dauern die Kämpfe fort. An der Dubissa und in der Gegend Szawle fortgesetzte Kämpfe; Erfolge deutscher Kavallerie bei Jlozy (südöstlich Libau). — Die Italiener beginnen mit der Beschließung unserer Werke bei Folgaria-Lavarone und rücken in Cortina ein; Uebergangversuche über den Isonzo bei Monfalcone werden von unseren Patrouillen abgewiesen. — Östlich des Iserkanals wird ein starker Nachtangriff der Franzosen blutig abgewiesen. — Die deutsche Regierung beantwortet die amerikanische Note über die Versenkung der „Lusitania“. — Der portugiesische Nationalkongress wählt Theophil Braga zum Präsidenten.

31. Mai. Fortdauer der Kämpfe an der Nord- und an der Südwestfront von Przemysl sowie am oberen Dnjepr; in der Gegend von Strzj erstürmen verbündete Truppen mehrere Ortschaften und erobern eine russische Batterie. — Der Angriff eines Alpini-Regiments auf dem Plateau von Lavarone wird blutig abgewiesen; in den Geschütz Kampf im küstentländischen Grenzgebiete beginnt unsere schwere Artillerie einzugreifen. — Schwere Niederlage der Franzosen bei Arras; im Priesterwalde gelingt es den Franzosen, in einige vorgeschobene, von den Deutschen schwach besetzte Gräben einzudringen; der von den Franzosen nach monatelanger Arbeit wieder hergestellte Eisenbahnviadukt von Dammerkirch wird von der deutschen Artillerie mit wenigen Schüssen wieder zerstört. — Vor Smyrna geht ein französisches Torpedoboot unter. — Das russische Generalgouvernement in Lemberg wird nach Brody verlegt. — Die italienische Regierung hebt die Blockade der Küste des Nordepirus auf. — Infolge neuer Unruhen wird über die Chreanaica der Belagerungszustand verhängt. — Der Schweizer Gesandte in Rom erhebt namens der durch die Erzeffe in Mailand geschädigten Deutschen Schadenersatzansprüche.

Englisches Unterhaus.

London, 8. Juni. In der gestrigen Sitzung des Unterhauses fragte Johnson Sicks (Unionist) den Kolonialsekretär, ob er über den in Hongkong entdeckten, von der deutschen Regierung unterstützten Plan, den britischen Handel im fernem Osten völlig zu untergraben, Mitteilung machen könnte.

Kolonialminister Bonar Law antwortete, daß solche Gerüchte in Hongkong in Umlauf seien; er stehe mit dem Gouverneur in Verbindung, könne aber jetzt nicht mehr sagen. Bonar Law sagte weiter auf eine Anfrage, das Geschäft einer der größten deutschen

Firmen in Schaffland werde zwangsweise liquidiert; die Angelegenheiten zweier anderer Geschäfte würden gebrüht.

Redford (liberal) fragte den Staatssekretär des Krieges, was er gegen die „Times“ und die „Daily Mail“ zu unternehmen gedenke, die es ablehnten, den Aufruf Kitcheners, worin er 300,000 Rekruten verlangte, zu veröffentlichen.

Parlaments-Unterstaatssekretär Tennant erwiderte, diese Haltung der beiden Blätter habe die Werbung nur gefördert.

Kellaway fragte, ob nichts gegen die beiden Blätter geschehen würde, da die Deutschen deren boshafte Artikel abdruckten, in den neutralen Ländern verbreiteten und dadurch großen Schaden anrichteten.

Tennant erklärte sich bereit, Beweismaterial entgegenzunehmen.

Premierminister Asquith sagte auf eine Anfrage wegen der britischen Titel und Privilegien der Herzöge von Cumberland und Albany, die Frage sei kompliziert; sie werde ermogelt.

Johnson Sicks (Unionist) fragte, ob der Premierminister beabsichtige, eine Erklärung über die Politik der neuen Regierung abzugeben.

Asquith sagte, er habe augenblicklich seinen früheren Erklärungen nichts hinzuzufügen; wenn jedoch ein allgemeiner Wunsch nach einer Debatte bestehe, solle Gelegenheit dazu gegeben werden.

O'Brien (unabhängiger Nationalist) fragte, ob der Premierminister den Wunsch der irischen Vertreter in dieser Sache kenne und ob nicht die Meinung Irlands in der Frage der Unterdrückung einer Debatte hinsichtlich eines der grausamsten Schläge, die Irland jemals erlitten, maßgebend sein müßte.

Asquith sagte, er begünstige nicht die Unterdrückung der Debatte. Eine umfassende Erklärung über die Politik der Regierung werde demnächst abgegeben werden.

Das Ministerium für Kriegsmunition.

Minister des Innern Sir John Simon brachte eine Bill über die Errichtung des Ministeriums für Kriegsmunition ein, dessen Aufgabe die Lieferung von Munition im gegenwärtigen Kriege sein werde. Der betreffende Minister werde die Pflicht haben, sich mit allen Arbeiterfragen, die in Verbindung mit allen Arten der Munition entstehen könnten, zu beschäftigen. Das Ministerium sei ein zeitweiliges Amt und werde zwölf Monate nach Schluß des Krieges aufgehoben werden. Die Beamten des Ministeriums würden teils aus Geschäftsleuten, teils aus abkommandierten Beamten anderer Ministerien bestehen. Eine Kommission, der Vertreter der Admiralität, des Kriegsamtes sowie Industrielle angehören werden, werde dem Minister zur Seite stehen. Der neue Minister werde, sobald er seinen Sitz im Hause einnehmen könne, eine Erklärung über die Organisation und die Politik seines Ministeriums abgeben.

Minister Simon sprach sich gegen die Abführung einer Debatte über die Schaffung dieses Ministeriums aus.

Chaplain (Unionist) und Cornwall (liberal) erklärten ihre Zustimmung zur Bill.

Bringle (liberal) sagte, die Bill übertrage dem neuen Minister eine unbeschränkte Macht; da die Kompetenz des Ministers erst durch eine königliche Verordnung bestimmt werden solle, so werde er die Macht eines Diktators erlangen. Redner kündigte an, er werde bei der Beratung im Ausschuss beantragen, daß die Kompetenz des Ministers nicht durch eine königliche Verordnung, sondern durch ein Gesetz festgestellt werden solle. Wenn ein staatlicher Zwang für die Arbeiter eingeführt werden solle, müsse dies durch ein Gesetz geschehen.

Sheldon (Arbeiterpartei) fragte, ob durch die Annahme der Bill der Minister für Munition ermächtigt werden würde, die in Manchester angekündigte Politik auf Grund einer königlichen Verordnung ohne Kontrolle des Parlaments durchzuführen. Wenn versucht werden sollte, den Arbeitern Arbeitszwang aufzuerlegen, könne er der Re-

gierung eine energische Opposition in Aussicht stellen.

Dillon (Nationalist) verlangt eine offene Erklärung, welche Machtbefugnisse die Regierung dem neuen Minister übertragen wolle. Die Machtbefugnisse könnten offenbar benützt werden, um die Sklaverei einzuführen. Es wäre schrecklich, wenn das Preußentum in diesem Lande eingeführt würde.

Crooks (Arbeiterpartei) sagte, wenn die Bill dazu benützt werden sollte, den staatlichen Zwang für Arbeiter einzuführen, würde es das Land nicht dulden.

Sobhouse (liberal) wandte sich ebenfalls gegen die Einführung des staatlichen Zwanges.

Minister Simon erklärte mit Zustimmung Asquiths, daß die Bill derartiges nicht beabsichtige.

Jones (liberal) verlangte unter Hinweis darauf, daß diese Debatte der Regierung eine gute Lehre gegeben habe, häufigere Debatten.

Duke (Unionist) wandte sich entschieden gegen die Erörterung der Bill.

Lough (liberal) betonte, daß das Haus das Recht habe, die Bill zu erörtern.

Dalziel (liberal) trat ebenfalls für eine Debatte ein und sagte: Wenn in den letzten zehn Monaten mehr Debatten stattgefunden hätten, würden die Verhältnisse jetzt anders liegen und die Notwendigkeit einer solchen Bill niemals hervorgetreten sein. Die letzte Regierung habe an zu viel Vertrauen und zu wenig Kritik gelitten.

Im Laufe der Debatte sprachen noch Thomas (Arbeiterpartei) sowie Terrell und Sanderson (Unionisten) gegen die Einführung des staatlichen Zwanges in den Munitionsfabriken.

10. VI. 1915

Aus dem preußischen Landtage.

Die Verhandlungen der Budgetkommission.

Berlin, 9. Juni. (Telegr.) In den Sitzungen am 7., 8. und 9. d. M. setzte die verstärkte Budgetkommission die Beratung über den Antrag Brütt fort und erledigte die Punkte Gesellschaften (Kriegsgetreidegesellschaft, Zentraleinkaufsgesellschaft, Bezugsvereinigung der deutschen Landwirte, Zentralstelle für Beschaffung der Heeresverpflegung), Organisationsplan für die zukünftige Brotversorgung, Kartoffelversorgung, Wiederaufbau der Landespferdezucht, Erhaltung der übrigen Viehbestände, Beschaffung der Futtermittel, insbesondere der Kleie. Vor jedem Beratungsgegenstande gab der Berichterstatter Abg. Dr. Hösch (Neukirchen) eine eingehende Darlegung des Stoffes. Bei den Gesellschaften und dem Organisationsplan für die zukünftige Brotversorgung wurden folgende Anträge angenommen:

1. Die königliche Staatsregierung zu ersuchen, darauf hinzuwirken, daß die Ernährung des Volkes einschließlich des Heeres und der Marine nach folgenden Grundsätzen geregelt wird: 1. die Kommunalverbände sowie Vereinigungen von solchen sind als Selbstwirtschaftsverbände zuzulassen; es ist ihnen eine weitgehende Bewegungsfreiheit zu lassen; 2. an Stelle der Kriegsgetreidegesellschaft tritt die Reichsgetreidestelle. Sie besteht aus zwei Abteilungen. Der Abteilung 1 werden die öffentlich-rechtlichen Verwaltungsaufgaben, der Abteilung 2 die Beschaffung des für die Ernährung der Bevölkerung einschließlich des Heeres und der Marine erforderlichen Brotgetreides sowie die Verwaltung und Ruhbarmachung der Getreidebestände übertragen; 3. die Reichsgetreidegesellschaft untersteht der Aufsicht des Reichskanzlers; 4. zur beirätlichen Mitwirkung bei Entscheidung grundsätzlicher und sonstiger wichtiger Fragen der Abteilung 2 wird ein Ausschuss eingesetzt, in dem Konumenten und Produzenten gleichmäßig vertreten sind; 5. der preussische Staat wird als Vermittlungsstelle im Sinne des § 46 der Bundesratsverordnung vom 25. Januar 1915 anerkannt. Die Beschlagnahme für den Staat wird in den Landkreisen durch den Landrat, in den kreisfreien Städten durch den Bürgermeister durchgeführt. Die näheren Bestimmungen darüber sind von der königlichen Staatsregierung zu treffen, welche sich insbesondere wegen der Übertragung der geschäftlichen Maßnahmen für Preußen mit der Reichsgetreidestelle gemäß § 46 der Bundesratsverordnung vom 25. Januar d. J. zu verständigen hat.

2. Die königliche Staatsregierung zu ersuchen, dahin zu wirken: 1. daß die Höchstpreise für Getreide, Mehl, Brot, Hülsenfrüchte, Futtermittel, Zucker usw. so bemessen werden, daß ungerechtfertigte Gewinne des Handels, der verarbeitenden Gewerbe, der Bedarfs- und Überschusskommunalverbände sowie der Produzenten vermieden werden; 2. daß die mit der Lebensmittelversorgung betrauten Stellen (Selbstversorgungsverbände, Reichsgetreidestelle, Zentraleinkaufsgesellschaft usw.) keinen Gewinn erzielen. Überschüsse, die sich auf Grund notwendiger vorsichtiger kaufmännischer Geschäftsführung ergeben, sind dem Reiche für Zwecke der Kriegsinvalidentfürsorge zuzuführen.

Die Punkte 1, 1 und 2 wurden einstimmig angenommen; die Punkte 1, 3 und 4 wurden gegen eine Stimme, der Punkt 1, 5 wurde gegen fünf Stimmen angenommen. Bei 2, Ziffer 1 wurde vorweg darüber abgestimmt, ob auch die Hülsenfrüchte unter Höchstpreise zu stellen seien. Nachdem dies gegen fünf Stimmen beschlossen war, wurde auch 2, 1 und 2 einstimmig angenommen. Es wurden über Organisation und Tätigkeit der Zentraleinkaufsgesellschaft, der Bezugsvereinigung der deutschen Landwirte und der Zentralstelle für Beschaffung der Heeresverpflegung von seiten der Regierung vertrauliche Mitteilungen gemacht.

Bei der Besprechung der Kartoffelversorgung führte der Minister des Innern aus, es habe die Entwicklung der Kartoffelfrage einen überraschenden Verlauf genommen. Darauf seien denn die Vorwürfe zurückzuführen, daß die Staatsregierung zu ängstliche und ungerechtfertigte Maßnahmen getroffen habe. Am 1. Mai hätten die Kommunen der Reichsstelle für Kartoffelversorgung eine Voranmeldung ihres Kartoffelbedarfs erstattet. Am 20. Mai sei die endgültige Anmeldung erfolgt. Am 1. Mai habe sich aus den Anmeldungen der Zuschaukommunen ein Fehlbetrag von 6,5 Millionen Zentnern ergeben. Am 20. Mai sei nur ein Drittel dieses Bedarfs angemeldet worden. Der Reichsstelle sei ein Überschuss von 8,75 Millionen Zentnern verblieben gegenüber den Anmeldungen. Hätte die Regierung im März und April die Entwicklung vorausgesehen, so hätte sie wohl von ihren tiefgreifenden Maßnahmen Abstand genommen. Aber man dürfe doch eine Reihe von ausschlaggebenden Faktoren, die die Staatsregierung zu ihren Maßnahmen drängen mußten, nicht übersehen. Als im März die Kartoffelzufuhren an vielen Stellen versagten, trat in der Bevölkerung eine starke und berechtigte Unruhe ein. Nach der Beschlagnahme des Brotgetreides und der Regulierung des Konjums sei die Kartoffel die letzte Reserve gewesen. In den Konferenzen im März seien nicht nur die gelehrten Herren, denen man keinesfalls mangelnde Kenntnis landwirtschaftlicher Verhältnisse vorwerfen könne, sondern auch praktische Landwirte derselben Meinung gewesen, der die Haushaltskommission des Reichstags Ausdruck gegeben habe, daß durchgreifende Maßnahmen zur Sicherung der Kartoffelversorgung notwendig seien. Nach den Erhebungen am 15. März habe sich ergeben, daß für den Kopf der Bevölkerung nur $\frac{1}{2}$ Pfund täglich verfügbar blieben. Gerade gegenüber der verhältnis-

mäßig kleinen Brotration sei es Pflicht gewesen, für die Erhaltung wenigstens dieses scheinbar geringen Kartoffelvorrats alles zu tun. Eine Regierung, der die Erhebungen und Berechnungen vom März zur Verfügung standen, war zu energischen Maßnahmen verpflichtet. Die Landräte seien darum mit den Aufkäufen beauftragt worden. Es sei die Anordnung über die Reichsstelle für Kartoffelversorgung ergangen. Inzwischen seien die vielbesprochenen Schweineschlachtungen eingeleitet worden. Deren Ergebnis sei nun nicht so ängstlich. Der Schweinebestand vom 1. Dezember 1914 von 17 660 000 Schweinen in Preußen sei bis 15. März 1915 gesunken auf 12 500 000 Stück. Nach dem 15. März sei die Anweisung an die Landräte ergangen, auf verstärkte Abschachtungen zu dringen. Es seien dann vom 15. März bis 15. April noch eine Million Schweine geschlachtet worden. Verschlachtet geblieben seien gemäß den Anordnungen alle Zuchtschweine, das Jungvieh, ebenso die nicht mit Kartoffeln aufzuziehenden Schweine und die Einzelschweine in den Haushaltungen. Hier und da sei man in bester Absicht übereifrig gewesen. Aber es sei doch alles geschehen, um unwirtschaftliche Abschachtungen zu verhindern. Die Million seit dem 15. März geschlachteter Schweine sei übrigens nicht verschwunden, sondern zum größten Teil zu Dauerwaren verarbeitet und aufbewahrt worden für künftige knappe Zeiten. Es werden Mittel und Wege gefunden werden, den gegenwärtig vorhandenen Kartoffelüberschuss dem Verbrauch zuzuführen und den Landwirten zu angemessenen Preisen abzunehmen.

In der Besprechung wurde allseitig anerkannt, daß eine allgemeine Beschlagnahme der Kartoffeln ununtunlich sei. Der Vorsitzende der Reichsstelle für Kartoffelversorgung teilte nach längeren Darlegungen über die Tätigkeit der Reichsstelle mit, daß, um die zur Verfügung stehenden sehr großen Mengen Kartoffeln Mensch und Tier zuzuführen, Verhandlungen mit den Stärkefabriken, Kartoffelrodnerien und Flodensfabriken abgeschlossen worden seien über Verarbeitung von drei Millionen Zentnern Kartoffeln. Auch sei anzunehmen, daß eine größere Menge von Kartoffeln für die Spiritusfabrikation Verwendung finden werde. Die Spiritusfabrikation würde eine große Rolle spielen bei der Lösung der Beleuchtungsfrage. Bei den Verhandlungen über die Pferdezucht wurde lebhaft Klage geführt über die von der Militärverwaltung neuerdings im freien Ankauf gebotenen, der jetzigen Marktlage keineswegs entsprechenden Preise. Ebenso wurde dem Gedanken entgegengetreten, wiederum zur Aushebung von Pferden überzugehen. Es wurden ferner aus der Kommission Bedenken gegen die Zusammenziehung der Remontekommission erhoben. Von seiten des Landwirtschaftsministers wurde anerkannt, daß diese Bedenken nicht ungerechtfertigt seien, und eine Einwirkung und möglichst Abhilfe zusagt. Über die Absichten bezüglich des Wiederaufbaues der Pferdezucht nach Friedensschluß wurden von seiten des Landwirtschaftsministers und des Oberlandstallmeisters ausführliche Mitteilungen gemacht.

Bei der Frage der Erhaltung der übrigen Viehbestände und der Beschaffung der Futtermittel, insbesondere der Kleie, erklärte der Landwirtschaftsminister folgendes: Im Gegensatz zu den Schweinebeständen haben sich die heimischen Rinderbestände im allgemeinen auf der früheren Höhe erhalten. Es ist sogar bei der Viehzählung am 1. Dezember 1914 eine Vermehrung gegen das Vorjahr festgestellt worden. Dieses Ergebnis ist mit auf die Wirkung des seinerzeit vielfach angegriffenen Schlachtverbots vom 11. September 1914 zurückzuführen, nach dem das Schlachten von Kälbern unter 75 kg Lebendgewicht und von weiblichen Rindern unter 7 Jahren bis zum 19. Dezember 1914 untersagt war. In der Schweinehaltung wird sich die jetzige Lücke allmählich ergänzen lassen. Bei einer starken Verringerung der Rindviehbestände würde eine Wiederauffüllung wesentlich schwieriger sein. Deshalb muß die Rindviehzucht weiter nach Kräften gefördert werden, zumal bei der bereits eingetretenen Knappheit an Schweinefleisch die Rinderbestände erheblicher als bisher für die Fleischversorgung beansprucht werden. Vor allem bedarf es einer Verstärkung der Futtermittel. Alle hierzu geeigneten Maßnahmen und Unternehmungen sind seit dem Kriegsausbruch von der landwirtschaftlichen Verwaltung auf jede mögliche Weise gefördert worden. Die Benützung von Strohmehl in der Viehhaltung hat einen verhältnismäßig großen Umfang angenommen. Es wird hauptsächlich als Beifutter verwandt. Noch günstigere Erfolge sind von der Ausschließung des Strohs auf chemischem Wege für Fütterungszwecke zu erwarten. Das Ergebnis der bisherigen Versuche läßt ihre Verwirklichung erhoffen. Die Versuche des Geheimen Regierungsrats Delbrück sind abgeschlossen. Es wird möglich sein, aus dem Zucker ein Hefeerzeugnis herzustellen, das erhebliche Mengen Eiweiß enthält. Von seiten der landwirtschaftlichen Verwaltung wird auch künftig alles geschehen, um die Erfindung für die Landwirtschaft nutzbar zu machen.

Aus der Kommission wurde der Antrag gestellt, daß die Kleie auf die einzelnen Kreise nach dem Verhältnis der Viehbestände verteilt werden sollte. Dem Antrage wurde entgegengehalten, daß bei dieser Verteilung dann aber etwaige Gerstevorräte zu berücksichtigen seien. Im übrigen war sich die Kommission darüber einig, daß eine möglichst weitgehende Beschlagnahme aller Futtermittel und eine behördliche Verteilung derselben notwendig sei. Angeregt wurde ferner, es möge durch Reichszuschüsse an die Bezugsvereinigung der deutschen Landwirte dafür gesorgt werden, daß der Landwirtschaft billige Futtermittel zugeführt würden. Nur so könne erreicht werden, daß die landwirtschaftlichen Produkte, besonders Fleisch, der Bevölkerung zu Preisen zugeführt würden, welche sie erschwingen könnte.

Ein Uebereinkommen zwischen Deutschland und Italien.

Nach dem Berner „Bund“ sind zwischen Deutschland und Italien folgende Vereinbarungen getroffen worden: Den Deutschen in Italien und den Italienern in Deutschland wird der Schutz ihrer Person und ihres Eigentums nach Maßgabe der in beiden Staaten bestehenden Gesetze und Rechtsgrundsätze gewährleistet. Sie dürfen sich weiterhin im Lande frei aufhalten, ausgenommen in den von den zuständigen Behörden bezeichneten Gebieten und Ortschaften sowie vorbehaltlich der Beschränkung durch Polizeimaßnahmen, die ihnen gegenüber im Interesse der Staatsicherheit und öffentlichen Ordnung und im Interesse ihrer persönlichen Sicherheit etwa zur Anwendung gebracht werden. Sie erhalten die Erlaubnis, das Land innerhalb der gegebenen Frist und auf den Wegen, die von den zuständigen Behörden nach ihrem Ermessen bestimmt werden, zu verlassen; ausgenommen sind nur aktive und verabschiedete Offiziere sowie Personen, die wegen gemeiner Verbrechen verfolgt oder verurteilt sind. Abreisende haben das Recht, ihr persönliches Eigentum mit sich zu nehmen, soweit die Ausfuhr nicht nach allgemeinen Bestimmungen verboten ist. Die Deutschen in Italien und die Italiener in Deutschland unterliegen auch weiterhin dem Genuß ihrer Privatrechte sowie der Befugnis, ihre Rechte gerichtlich geltend zu machen. Ihr Privatunternehmen wird daher keiner Art von Sequestration oder Liquidation unterworfen, außer den durch die bestehenden Gesetze vorgesehenen Fällen. Auch sollten sie nicht gezwungen werden, ihr Grundeigentum zu verändern. Patente oder sonstige Schutzrechte, die Deutschen in Italien oder Italienern in Deutschland zustehen, werden nicht als nichtig erklärt werden.

Daß zwischen Deutschland und Italien der Kriegszustand noch nicht besteht, geht dabei aus einer Bemerkung hervor, die Berliner Blätter gleichlautend bringen, daß nämlich das vom Berner „Bund“ veröffentlichte Abkommen zwischen dem Deutschen Reiche und Italien zum gegenseitigen Schutze der Personen und des Eigentums für den Kriegsfall getroffen worden ist und gegebenenfalls seinerzeit im „Reichsanzeiger“ veröffentlicht werden wird. Es ist bekannt, daß Fürst Bülow dieses Abkommen kurz vor dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen vereinbart hat.

Budgetkommission des Abgeordnetenhauses.

N Berlin, 10. Juni. (Priv.-Tel.) Die verstärkte Budgetkommission des Abgeordnetenhauses verhandelte heute weiter über den Antrag Brütt. Es wurden die Fragen der Volksernährung beendet und insbesondere über Beschaffung der Düngemittel, Beschaffung der landwirtschaftlichen Arbeitskräfte, statistische Aufnahmen und über den Wildschaden nach eingehender Darstellung der in Betracht kommenden Verhältnisse durch den Berichterstatter Pbg. Dr. Hösch (Neunkirchen) verhandelt. Der Landwirtschaftsminister erklärte zu den Fragen der Statistik, Statistiken auf Grund von Schätzungen müßten immer unzuverlässig sein. Die Schätzung der Ernte sei immer unsicher; bisher habe man erst eine Statistik der Anbaufläche nach Getreidearten vorgenommen, wobei mit sehr verschiedener Sorgfalt verfahren worden sei. An die Ernteschätzung werde auf Grund der Anbauflächen gegangen. Es seien im Preise etwa zehn Schätzer zugezogen worden. Dies Material sei nicht ausreichend gewesen, es sei Anweisung an die Landräte ergangen, bis zum 31. Juli eine Schätzung des Mindestertrags vorzunehmen auf Grund der Anbauflächen, auch in Bezug auf Kartoffeln. Es sollten Kommissionen von Sachverständigen in den Kreisen gebildet und hinzugezogen werden. Auf Anordnung des Bundesrats werde zwischen dem 1. und 15. Juli eine Ernteflächenstatistik vorgenommen werden. Das ganze so gewonnene statistische Material werde für die Regelung der Ernährung für das neue Erntejahr hoffentlich eine brauchbare Grundlage sein.

Bei Besprechung der Arbeiterfrage erwähnte der Minister, daß die bei den Meliorationsarbeiten beschäftigten Gefangenen soweit nötig der Landwirtschaft überwiesen werden sollen und daß Meliorationsarbeiten nach Beendigung des Krieges nur soweit fortgesetzt werden würden, wie es geschehen könne, ohne daß der Landwirtschaft Arbeitskräfte entzogen würden. Wegen ausreichender Beurlaubung von Schülern für landwirtschaftliche Arbeiten sei die landwirtschaftliche Verwaltung bereits mit dem Kultusministerium in Verbindung getreten.

Zur Wildschadenfrage führte der Landwirtschaftsminister aus: Infolge Einberufung zahlreicher Jäger zu den Fahnen seien allerdings in diesem Jahre, wenigstens aus einzelnen Bezirken, zahlreichere Klagen als sonst über Wildschaden zur Kenntnis der Regierung gelangt. Daraufhin seien folgende Maßnahmen getroffen worden: Es sei im Januar die Notverordnung über die Abkürzung der Schonzeit für weibliches Rehwild, Hasen und Fasanenhenken erlassen. Am 6. Februar sei eine allgemeine Verfügung an die Regierungspräsidenten ergangen, durch die sie veranlaßt seien, die Jagdpolizeibehörden anzuweisen, von den ihnen nach den §§ 61 ff. der Jagdordnung zustehenden Befugnissen in einer den Zeitverhältnissen entsprechenden Weise nachdrücklich Gebrauch zu machen. Unter dem 17. Februar seien ferner die Regierungspräsidenten ersucht worden, Maßnahmen zur Verhütung von Kaninchenschäden zu treffen und nötigenfalls die Aufhebung der geltenden Polizeiverordnungen herbeizuführen, durch die das Betreten fremden Grundeigentums zum Kaninchenfange verboten oder beschränkt werde. Gleichzeitig seien die Regierungen angewiesen, für möglichste Verteilung der Kaninchen in den Staatsforsten zu sorgen. Endlich sei bei den Bezirksausschüssen angeregt worden, die Schonzeit für Rehböcke abzukürzen und das Ende der Schonzeit statt auf den 15. Mai schon auf den 1. Mai festzusetzen, was auch in zahlreichen Bezirken geschehen sei. Im übrigen sei darauf hinzuweisen, daß der durch Hasen und Rehwild angerichtete Schaden ein verhältnismäßig geringer sei. Ueber Schaden durch Rotwild und Schwarzwild sei in nicht wesentlich höherem Maße geklagt worden, als in früheren Jahren. Schließlich sei auch nicht zu verkennen, daß die Beschwerden über Wildschaden in manchen Fällen unbegründet und vielfach übertrieben seien, sodas eine jedenfalls angeordnete Prüfung der einzelnen Fälle geboten sei. Mit der Erledigung der Einzelbeschwerden könne er, der Minister, selbst sich nicht befassen, das würde praktisch nicht möglich sein und auch dem Geiste der Jagdordnung nicht entsprechen, die die endgültige Entscheidung in diesen Fällen im § 69 dem Bezirksausschuß übertragen habe, dessen Anrufung den Geschädigten an Stelle der Beschwerden an die Zentralbehörde nur empfohlen werden könne. Entgegen dessen Entscheidungen Anordnungen im Verwaltungswege zu erlassen, halte er weder für zulässig noch auch für angezeigt.

Aus der Kommission wurde von verschiedenen Seiten darauf hingewiesen, daß die Staatsregierung eine Notverordnung in Erwägung ziehen möge dahingehend, daß die Besitzer von Eigenjagdbezirken zwangsweise zum Abschuss angehalten würden.

Schließlich wurden folgende Anträge angenommen:

1. Die Königl. Staatsregierung aufzufordern, überall dort, wo eine erhebliche Schädigung der Ernte durch Wild erfolgt ist, unverzüglich von den Bestimmungen der §§ 61, 62 und 63 der Jagdordnung vom 15. Juli 1907 sachgemäßen Gebrauch zu machen, insbesondere in den dort vorgesehenen Fällen a) die Schonzeit für die schädigende Wildgattung aufzuheben, b) den Grundbesitzern und sonstigen Nutzungsberechtigten das Recht zuzusprechen, das in Frage kommende Wild (Rot-, Eich- und Damwild) auf jede erlaubte Weise zu fangen, namentlich auch mit Anwendung des Schießgewehrs zu erlegen; durch Notverordnung Maßnahmen zu treffen, um Schädigungen durch wilde Kaninchen zu verhüten.

2. Die Königl. Staatsregierung zu ersuchen, dafür Sorge zu tragen, daß die bei der Vermahlung des beschlagnahmten Getreides gewonnene Kleie auf die einzelnen Landesteile nach Maßgabe der in ihnen vorhandenen Viehbestände verteilt wird, daß aber die auf die Viehhalter der einzelnen Kommunalverbände entfallende Kleie von den Mühlen innerhalb dieser Verbände vermahlen wird, und daß den Selbstversorgern die Kleie zu befreien ist, die aus dem ihnen zustehenden Brotgetreide entfällt.

3. Die Königl. Staatsregierung zu ersuchen, dafür Sorge zu tragen, daß den kleinen landwirtschaftlichen Unternehmern, die nicht an landwirtschaftliche Organisationen angeschlossen sind, Düngemittel in angemessener Menge durch Vermittlung der Kommunalverbände zugänglich gemacht werden.

4. Die Königl. Staatsregierung zu ersuchen, dafür Sorge zu tragen, daß Kriegsgefangene zu landwirtschaftlichen Arbeiten in möglichst kleinen Gruppen und unter möglichstster Erleichterung hinsichtlich der Bewachung gestellt werden, damit auf diese Weise namentlich auch den kleinen Besitzern die Möglichkeit gegeben wird, sich der Hilfe der Gefangenen zu bedienen.

5. Die Königl. Staatsregierung zu ersuchen, dafür Sorge zu tragen, daß kleinere Landwirte, Handwerker und landwirtschaftliche Facharbeiter zur Instandsetzung der Maschinen, Wagen und Geräte, die zur Vorbereitung und Durchführung der Ernte dienen, beurlaubt werden, und daß da, wo die Unterbringung von Gefangenen, die zur landwirtschaftlichen Arbeit Verwendung finden sollen, unüberwindliche Schwierigkeiten verursacht, Lokalzüge zum Transport der Gefangenen von den Lagern nach nahegelegenen Arbeitsstellen zeitweise eingerichtet werden.

Eine Reihe von Petitionen wurden der Regierung teilweise zur Berücksichtigung, teilweise als Material überwiesen.

Der Krieg mit Italien.

Der Schutz der Staatsangehörigen.

P. R. Der Schutz der italienischen Staatsangehörigen und Interessen in der österreichisch-ungarischen Monarchie wird von den Vereinigten Staaten von Amerika ausgeübt.

Der Schutz der österreichischen und ungarischen Staatsangehörigen und Interessen in Italien wurde der königlich spanischen Botschaft am königlich italienischen Hofe anvertraut. In den Konsularbezirken von Livorno, Palermo, Turin und Venedig werden die dortigen schweizerischen Konsulate im Rahmen des konsularischen Wirkungskreises unsere Interessen wahrnehmen. In Tripolis wird voraussichtlich den Schutz unserer Interessen das dortige amerikanische Konsularamt übernehmen. Bezüglich Unconas ist die Korrespondenz noch nicht abgeschlossen.

12. VI. 1915

Protest der österreichisch-ungarischen Regierung gegen die Blockade Italiens in der Adria.

Wien, 11. Juni.

Heute abend wurde folgende amtliche Mitteilung ausgegeben:

Die k. u. k. Regierung hat unterm 9. Juni 1915 an die fremden Regierungen eine Verbalnote gerichtet, die in deutscher Uebersetzung wie folgt lautet:

Die königlich italienische Regierung hat unterm 26. Mai l. J. die Küsten Oesterreich-Ungarns sowie den Teil der Küste Albaniens, der sich von der montenegrinischen Grenze bis Kap Kephalı erstreckt, für blockiert erklärt. Mit Deklaration vom 30. Mai l. J. wurde die gegen Albanien gerichtete Blockade auf den zwischen der montenegrinischen Grenze und Aspri Ruga (Strade bianche) gelegenen Teil der Küste eingeschränkt.

Die k. u. k. Regierung stellt fest, daß die Blockade wie sie mittels dieser Deklaration verhängt wurde, den Anforderungen des Völkerrechtes nicht entspricht und als nichtig zu betrachten ist.

Indem die königlich italienische Regierung einen Teil der albanesischen Küsten für blockiert erklärt, verlegt sie zunächst die Rechte eines Staates, dessen Souveränität und Neutralität von Italien ausdrücklich anerkannt und garantiert worden ist, wie dies aus dem von der Londoner Votschafterkonferenz am 29. Juli 1913 angenommenen Organisationsstatut für Albanien hervorgeht.

Da ferner der als blockiert erklärte Teil der albanesischen Küste von österreichisch-ungarischen Land- oder Seestreitkräften keineswegs besetzt ist, widerspricht die besagte Blockade auch dem Artikel 1 der Londoner Deklaration vom 26. Februar 1909, wonach die Blockade auf feindliche oder vom Feinde besetzte Häfen und Küsten beschränkt zu sein hat.

Von einer solchen Besetzung könnte auch dann nicht die Rede sein, wenn — wie in der Blockadedeklaration behauptet wird — einige albanesische Häfen den österreichisch-ungarischen Marinebehörden zur heimlichen Versorgung ihrer leichten Kriegsschiffe dienen würden. Diese jeder Grundlage entbehrende oder, besser gesagt, einfach erdichtete Behauptung hat offenbar nur den Zweck, der Blockade eines Teils der albanesischen Küste und damit der Fixierung der Sperrlinie, welche nach der erwähnten Blockadedeklaration vom Kap Otranto nach Aspri Ruga verläuft, einen Schein von Berechtigung zu geben.

So wie diese Sperrlinie fixiert ist, erscheinen in die blockierte Zone auch nichtblockierte (italienische und montenegrinische) Küstengebiete einbezogen.

Selbst wenn aber des weiteren die Blockade die angegebenen Mängel nicht aufwiese, wäre sie schon deshalb nicht rechtsverbindlich, weil sie — entgegen den Artikeln 8 und 11, Ziffer 2, der Londoner Deklaration — den Lokalbehörden in Oesterreich-Ungarn nicht notifiziert worden ist.

Im Hinblick auf diese Feststellungen legt die k. u. k. Regierung in Ansehung der angeblichen Blockade kategorische Verwahrung ein.

12./VII. 1915

Festhalten Hollands an der Neutralität.

Erklärung der Regierung.

A. Haag, 11. Juni. In der gestrigen Kammer-
sitzung gab der Vorsitzende des Ministerrates folgende
Erklärung ab:

Es gibt Leute, die auf den Krieg hintreiben. Es
gibt Leute in unserem Lande, die tagaus tagein darauf aus
sind, eine künstliche Kriegsstimmung ins Leben
zu rufen. Dieses Spiel wäre sehr gefährlich, wenn
unser Volk einen entzündbareren Charakter hätte, als es ihn
glücklicherweise besitzt. Ich bin überzeugt, daß der ge-
sunde Menschenverstand unserem Volke den Weg
zeigen wird. Die Verantwortung für jenes Treiben fällt
diesen Leuten zu. Aber das Volk geht seinen Weg selbst.
Es wird sich nicht in den Krieg treiben
lassen. Die Niederlande sind zum Kriege
bereit, wollen aber den Frieden! Ich bin
sicher, daß unsere Neutralität fest steht
durch den Willen unseres Volkes. (Beifall.)

13./VI. 1915

Bryans Aufruf.

Drahtbericht.

Washington, 12. Juni.

Der schon kurz im Auszug von den Blättern gemeldete Aufruf Bryans an das amerikanische Volk, den der bisherige Staatssekretär gleichzeitig mit der Veröffentlichung der an Deutschland gerichteten Note Wilsons erließ, lautet ausführlicher, wie folgt:

Sie haben der Wortlaut der Note vor sich, und ich bitte Sie, über meinen Entschluß, lieber zurückzutreten, als die Verantwortung für die Note zu teilen, Ihr Urteil zu fällen. Ich bin sicher, daß Sie mir ehrenhafte Beweggründe zubilligen werden. Aber das ist nicht genug. Gute Absichten allein können in solcher Zeit, bei einem solchen Gegenstand und unter solchen Umständen einen Fehler nicht entschuldigen. Falls Ihr Urteil gegen mich ausfällt, so verlange ich keine Gnade. Der Präsident und ich stimmen in unseren Zielen überein. Wir wünschen eine friedliche Lösung des Streites der Vereinigten Staaten mit Deutschland. Eine solche Lösung ist nicht nur unser beider sehnlicher Wunsch, sondern wir beten sogar darum. Aber über die Mittel, sie zu erreichen, gehen unsere Meinungen unvereinbar auseinander. Wenn wir nur persönliche Meinungsverschiedenheiten hätten, so würde das von keiner Bedeutung sein. Aber es handelt sich hier in Wirklichkeit um die Wahl zwischen zwei Systemen. Unter den Einflüssen, deren sich die Regierungen bei ihren Beziehungen untereinander bedienen, nehmen zwei eine vorherrschende Stellung ein und sind einander entgegengesetzt: nämlich Gewalt und Ueberredung. Gewalt tritt bestimmt auf und handelt

durch Ultimatum. Ueberredung wendet Beweissführungen an, fordert zu Untersuchungen auf und stützt sich auf Verhandlungen. Gewalt stellt das alte System dar, Ueberredung ein neues, das allgemeine Brüderlichkeit zum Ziele hat. Wenn ich die Note an Deutschland richtig auslege, so muß ich sagen, daß sie eher mit den Grundzügen des alten Systems als denen des neuen übereinstimmt. Ich gebe gern zu, daß sie sich damit auf Präzedenzfälle im Ueberfluß stützt. Das alte System ist für alle früheren Kriege verantwortlich. Noch nie zuvor hat sich jedoch die entsetzliche Tollheit dieses unglücklichen Systems so klar enthüllt, als jetzt. Die zivilisierten und erleuchteten christlichen Nationen Europas ringen miteinander, und schon hat der Wunsch nach Krieg auch die Jingo's in unserem eigenen Lande ergriffen. Als demütiger Jünger des Friedensfürsten, als überzeugter Anhänger der Prophezeiung, daß diejenigen, die zum Schwerte greifen, auch durch das Schwert umkommen sollen, bitte ich, mich zu denen zu zählen, die ernstlich darauf dringen, einen Weg einzuschlagen, der keinen Zweifel darüber läßt, daß unsere Regierung gewillt ist, die Verhandlungen mit Deutschland fortzusetzen, bis eine freundschaftliche Verständigung erreicht ist oder wenigstens, bis der Druck des Krieges vorüber ist und wir uns unter Erinnerung an die historische Freundschaft und die zahllosen Bande an Deutschland wenden können, die Deutschland mit den Vereinigten Staaten verknüpfen. Eine Nation muß die Welt aus der dunklen Nacht des Krieges herausführen ins Licht des Tages, wo die Schwerter zu Pflugshareu umgeschmiedet werden. Warum sollen wir uns dieser ehrenvollen Aufgabe nicht eines Tages unterziehen? Und warum nicht gleich jetzt? Die Nationen werden einsehen, daß ein dauernder Friede nicht auf Furcht aufgebaut werden kann. Eines Tages werden die Nationen ihr Vertrauen in die Liebe setzen, die, obwohl sie von den Anbetern des Kriegsgottes als Schwäche verachtet wird, weiterwährt, wenn alles andere versagt.

London, 12. Juni.

Der Washingtoner Berichterstatter der „Times“ meldet, daß die Deutsch-Amerikaner über den Rücktritt Bryans entzückt seien. Die Hearstblätter unterstützten merkwürdigerweise Bryan.

Bryans Aufruf an das amerikanische Volk.

Telegraphische Meldungen.

Washington, 12. Juni.

Der schon kurz im Auszug von den Blättern gemeldete Aufruf Bryans an das amerikanische Volk, den der bisherige Staatssekretär gleichzeitig mit der Veröffentlichung der an Deutschland gerichteten Note erließ, lautet ausführlich wie folgt: „Sie haben den Wortlaut der Note vor sich, und ich bitte Sie, über meinen Entschluß, lieber zurückzutreten als die Verantwortung für die Note zu teilen, Ihr Urteil zu fällen. Ich bin sicher, daß Sie mir ehrenhafte Beweggründe zubilligen werden. Aber das ist nicht genug. Gute Absichten allein könnten in solcher Zeit, bei einem solchen Gegenstand und unter solchen Umständen einen Irrtum nicht entschuldigen. Falls Ihr Urteil gegen mich ausfällt, so verlange ich keine Gnade. Der Präsident und ich stimmen in unseren Zielen überein. Wir wünschen eine friedliche Lösung des Streites der Vereinigten Staaten mit Deutschland. Eine solche Lösung ist nicht nur unser beider sehnlicher Wunsch, sondern wir beten sogar darum. Aber über die Mittel, sie zu erreichen, gehen unsere Meinungen unvereinbar auseinander. Wenn wir nur persönliche Meinungsverschiedenheiten hätten, so würde das von keiner Bedeutung sein. Aber es handelt sich hier in Wirklichkeit um die Wahl zwischen zwei Systemen. Unter den Einflüssen, deren sich die Regierungen bei ihren Beziehungen untereinander bedienen, nehmen zwei eine vorherrschende Stellung ein und sind einander entgegengesetzt: nämlich Gewalt und Ueberredung. Gewalt tritt bestimmt auf und handelt durch Ultimatum. Ueberredung wendet Beweisführungen an, fordert zu Untersuchungen auf und stützt sich auf Verhandlungen. Gewalt stellt das alte System dar, Ueberredung ein neues, das allgemeine Brüderlichkeit zum Ziele hat. Wenn ich die Note an Deutschland richtig auslege, so muß ich sagen, daß sie eher mit den Grundzügen des alten Systems als denen des neuen übereinstimmt. Ich gebe gern zu, daß sie sich damit auf Präzedenzfälle im Ueberfluß stützt. Das alte System ist für alle früheren Kriege verantwortlich. Als demütiger Jünger des Friedensfürsten, als überzeugter Anhänger der Prophezeiung, daß diejenigen, die zum Schwerte greifen, auch durch das Schwert umkommen sollen, bitte ich, mich zu denen zu zählen, die ernstlich darauf dringen, einen Weg einzuschlagen, der keinen Zweifel darüber läßt, daß unsere Regierung gewillt ist, die Verhandlungen mit Deutschland fortzusetzen, bis eine freundschaftliche Verständigung erreicht ist oder wenigstens, bis der Drud des Krieges vorüber ist und wir uns unter Erinnerung an die historische Freundschaft und die zahllosen Bande an Deutschland wenden können, die Deutschland mit den Vereinigten Staaten verknüpfen.“

Kriegschronik.

5. Juni.

3 englische Dampfer und 3 Segler, 1 belgischer Fischereidampfer und der früher norwegische, jetzt englische Dampfer „Cubano“ von U-Booten versenkt.

Die Humbertmündung und Harwich von deutschen Marineluftschiffen mit Bomben belegt.

Ein russischer Minenkreuzer bei Baltischport von einem deutschen U-Boot versenkt.

Versenkung eines feindlichen Schiffes durch ein deutsches U-Boot bei den Stratos-Inseln.

6. Juni.

2 Häufergruppen in Neuville von uns verloren.

Calais und Flughafen St. Clement bei Dunéville mit Bomben belegt.

Fortschritt bei Sawdyniki. Russen bei Ugiang abgewiesen, auf Linie Sapiezyski—Wilki zurückgeworfen.

Gegend von Moscista erreicht, Starzawoc erstickt.

Erstürmung des Brückenkopfes bei Zurawno. — Bisher 10 900 Gefangene, 6 Geschütze, 14 Maschinengewehre erbeutet.

Die Verbündeten in zweitägiger Schlacht bei Seddul Bahr von den Türken geschlagen.

6 Schleppezdampfer und 2 Fischereidampfer versenkt.

7. Juni.

Bei Moulin sous Louvent Abweisung eines französischen Angriffs, Kampf um unsere vordersten Gräben.

Uebergang über die Windau nördlich Kurschanj.

Bei Kurtowianj und Sawdyniki 3310 Gefangene, 10 Maschinengewehre erbeutet.

Bei den Kämpfen um Przemysl 33 805 Gefangene.

Die Russen von Moscista auf die Wisznia zurückgeworfen.

Der Freikofel von den Desterreichern wiedererobert.

Ort Krn von den Italienern geräumt. Vordringen stärkerer italienischer Kräfte an den Isonzo.

Uebergang über den Dnjestr bei Zurawno. Einnahme von Kalusz.

Kämpfe im Raum Kolomea—Delatyn.

3 englische Fischereidampfer versenkt.

Angriff von Marineluftschiffen gegen die Docks von Kingston und Grimshj.

8. Juni.

Kampf bei Hebuterne. Der feindliche Angriff bei Moulin sous Louvent zum Stehen gebracht.

Sieg v. Linsingens bei Nowoszyn nordöstlich Zurawno.

Uebergang über den Lwka-Abschnitt. Fortschritte auf dem linken Dnjestrufer, sowie über Lanczyn und Nadworna. 6200 Gefangene.

Eine Alpini-Abteilung von Monte Piano vertrieben.

Das italienische Luftschiff „Citta di Ferrara“ durch das österreichische Flugzeug „L 48“ in Brand geschossen.

Benedig von Marinesflugzeug „L 47“ mit Bomben belegt.

Mohammedanische Unruhen auf Ceylon.

Der Gouverneur von Angola hat Befehl erhalten, die südlichen Provinzen zu besetzen und gegen Deutsch-Südwestafrika vorzugehen.

9. Juni.

Neuville den Franzosen überlassen.

Sieg an der Dubissa. Straße Betygola—Ilgize erreicht. — Rückzug der Russen auf Kowno nach Kämpfen bei Ruda.

Stanislaw besetzt. 4500 Gefangene.

Vom Pruth her Linie Kulaczkowce—Korszow erreicht; die Höhen von Ottynia besetzt.

Ein Angriff der Italiener auf den Görzer Brückenkopf verlustreich abgeschlagen, ebenso bei Gradisca und Monfalcone.

Ein russischer, zwei englische Dampfer, eine Bark, ein Fischereidampfer durch U-Boote versenkt.

Abschiedsgefuhr des Staatssekretärs Bryan.

10. Juni:

Kleine Erfolge der Franzosen bei der Zuckerfabrik von Souchez.

Feindliche Stellungen bei Souain, Hurlus und Le Mesnil genommen. — Im Priesterwald ein Grabenstück verloren.

Verleihung des Kreuzes der Ehrenlegion an den englischen Unterleutnant Warneford für Zerstörung eines Zeppelin.

Vor Szawle 2250, südlich des Njemen 3020 Russen gefangen. An der Dubissa unser Flügel auf Betygola—Zoginie zurückgenommen.

Auf Linie Ditynia bis zum Dnjestr bei Zurawno Kämpfe mit neuen russischen Kräften.

Vordringen der Desterreicher bis Obertyn und südlich Horodenka, sowie aus der Bukowina bis Kozmann.

Italienische Uebergangversuche über den Isonzo bei Blava, Gradisca und Sagrado abgewiesen.

Besetzung von Monfalcone durch die Italiener.

Versenkung eines englischen Dampfers und von fünf Fischerfahrzeugen durch U-Boote.

Vernichtung eines englischen Kreuzers durch das österreichische Unterseeboot 4 bei San Giovanni di Medua.

Essad Pascha erklärt seinen Anschluß an Italien und Montenegro.

11. Juni:

Nachtkampf in den Gräben bei Ecurie.

Fortschritte der Armee Pflanzler gegen den Dnjestr.

Versenkung der englischen Torpedoboote 10 und 12 durch ein U-Boot.

Artilleriekampf an der Isonzofront. Italienische Angriffe gegen den Görzer Brückenkopf, Ronchi, Freikofel, bei Cortina d'Ampezzo und Landro abgewiesen.

Das italienische Unterseeboot „Medusa“ durch ein österreichisches versenkt.

12. Juni.

Die Franzosen aus unseren Stellungen bei Ecurie zurückgeworfen.

Bei Serre neues Vorgehen aus unseren rückwärtigen Stellungen.

An der Rawka halbwegs Bolimow—Sochaczew Eindringen deutscher Truppen in die russische Stellung.

Zurawno wiedererobert. Die Russen in die Brückenköpfe bei Mlyniska und Zydaczow zurückgeworfen.

Vier englische Schiffe, ein russischer Dampfer, der schwedische Dampfer „Ottago“ durch U-Boote versenkt.

Die Serben besetzen albanische Orte und rücken bis Premesi vor.

Die amerikanische Antwortnote an Deutschland vom 10. Juni veröffentlicht.

Der Aufruf Bryan's.

Washington, 11. Juni. Der auszugsweise von den Blättern gemeldete Aufruf Bryan's an das amerikanische Volk lautet ausführlicher:

„Sie lasen den Wortlaut der Note. Ich bitte, über meinen Entschluß, lieber zurückzutreten, als die Verantwortung für die Note zu teilen, Ihr Urteil zu fällen. Ich bin sicher, daß Sie mir ehrenhafte Beweggründe zubilligen werden. Aber das ist nicht genug. Gute Absichten allein könnten in solcher Zeit, bei einem solchen Gegenstand und unter solchen Umständen einen Irrtum nicht entschuldigen. Falls Ihr Urteil gegen mich ausfällt, verlange ich keine Gnade. Der Präsident und ich stimmen in den Zielen und Wünschen: friedliche Lösung des Streites der Vereinigten Staaten mit Deutschland, überein. Eine solche Lösung ist nicht nur unser beider sehnlicher Wunsch, wir beten sogar darum. Aber über die Mittel, sie zu erreichen, gehen unsre Meinungen unvereinbar auseinander.

Wenn wir nur persönliche Meinungsverschiedenheiten hätten, wäre dies bedeutungslos. Aber es handelt sich hier in Wirklichkeit um die Wahl zwischen zwei Systemen. Unter den Einflüssen, deren sich die Regierungen bei ihren Beziehungen untereinander bedienen, nehmen zwei eine vorherrschende Stellung ein und sind einander entgegengesetzt, nämlich Gewalt und Ueberredung. Gewalt tritt bestimmt auf und handelt mittels Ultimatus. Ueberredung wendet Beweisführung an, fordert zu Untersuchungen auf und stützt sich auf Verhandlungen. Gewalt stellt das alte System dar, Ueberredung das neue, das die allgemeine Brüderlichkeit zum Ziel hat.

Wenn ich die Note an Deutschland richtig auslege, muß ich sagen, daß sie eher mit den Grundzügen des alten als des neuen Systems übereinstimmt. Ich gebe gern zu, daß sie sich auf Präzedenzfälle in Ueberschuß stützt. Das alte System ist für alle früheren Kriege verantwortlich. Niemals zuvor enthielt sich jedoch die entsetzliche Tollheit dieses unglücklichen Systems so klar als jetzt. Die zivilisierten, erleuchteten christlichen Nationen Europas ringen miteinander, und schon ergriff der

Wunsch nach dem Kriege auch die Ningos unsres eigenen Landes.

Als demütiger Jünger des Friedensfürsten und als überzeugter Anhänger der Prophezeiung, daß die, die zum Schwert greifen, durch das Schwert umkommen sollen, bitte ich, mich zu denen zu zählen, die ernstlich darauf dringen, den Weg einzuschlagen, der keinen Zweifel läßt, daß die Regierung gewillt ist, die Verhandlungen mit Deutschland fortzusetzen, bis eine freundschaftliche Verständigung erreicht oder wenigstens bis der Druck des Krieges vorüber ist und wir in Erinnerung an die historische Freundschaft und die zahllosen Bande, die Deutschland mit den Vereinigten Staaten verknüpfen, uns an Deutschland wenden können.

Eine Nation muß die Welt aus der dunklen Kriegsnacht hinausführen ins Licht des Tages, wo die Schwerter zu Pflugscharen umgeschmiedet werden. Warum sollen wir uns dieser ehrenvollen Aufgabe nicht eines Tages unterziehen? Warum nicht gleich jetzt? Die Nationen werden einsehen, daß ein dauernder Friede nicht auf Furcht aufgebaut werden kann. Eines Tages werden die Nationen ihr Vertrauen in die Liebe setzen, die, obwohl von den Anbetern des Kriegsgottes als Schwäche betrachtet, weiter währt, wenn alles andre versagt.

**Wiederaufnahme des Transitverkehrs
durch Rumänien.**

Sofia, 12. Juni. (Tel. d. „Fremdenblatt“.)
Laut Anordnung der rumänischen Staatsbahnen
ist der Transitverkehr durch Rumänien
zwischen Bulgarien und Oesterreich-Ungarn
wieder aufgenommen worden.

Die Jahrhundertfeier der Deutschen Burschenschaft.

Festakt im Zoologischen Garten.

Der Kaiserjaal des Zoologischen Gartens sah gestern abend eine Vereinigung von Akademikern, wie sie so festlich und eigenartig nur diese waffengewaltige Zeit zusammenrufen konnte. Heute kehrt zum hundertsten Male der Tag wieder, an dem zur Bekräftigung dessen, was die Befreiungskriege erstrebt, die Deutsche Burschenschaft gegründet wurde. Große Feste waren überall geplant, auch in Berlin. Nun mußte man sich auch hier mit einem schlichten Kommerz am Vorabend des Jubeltages begnügen. Aber wie spiegelte sich die große Zeit in den Teilnehmern so vielfach wider! Zu Duzenden waren sie aus den Schützengräben, von der Front aus Ost und West herbeigeeilt. Man sah Offiziere und Mannschaften, nicht wenige geschmückt mit dem Eisernen Kreuz, und manchen noch mit verbundenem Arm oder Kopf oder auf den Stock gestützt. Kein Tisch im weiten Saale, an dem das Feldgrau nicht mit zu Gaste saß und herab erzählt, wie im deutschen Volke Athen und Sparta sich verbinden. Und über die selbstgraue Uniform spannten sich die einst so lange verpöhten Farben Schwarz-Weiß-Rot — ein Symbol mehr von dem glücklichen Wandel der Zeiten!

Auf die heutige Stellung der Burschenschaften wies in seiner Begrüßungsansprache auch der dem Kommerz präsidierende Justizrat Wagner hin, zu dessen Rechten der Kultusminister Trott zu Solz und zu dessen Linken als Vertreter des Kriegsministers General von Wandel saßen. Mit berechtigtem Stolz erwähnte er, daß 12.000 Burschenschafter jetzt in der Front stehen und 1000 bereits ihr Leben für die heilige Sache des Vaterlandes gelassen haben. Dann erhob sich

Kultusminister Trott zu Solz

zu folgender Ansprache:

„Diese schlichte Feier paßt sehr wohl in die große und ernste Zeit, denn was die Begründer der Deutschen Burschenschaft vor hundert Jahren als ihre idealsten Ziele bekannnten, was sie mit begeistertsten Worten auf ihre Fahnen schrieben, das ist heute das Kennzeichen der Zeit. Was sie für die akademische Jugend erstreben und woran die Burschenschaft durch alle Wirrungen und Irrungen der Zeit unentwegt festgehalten hat, das ist heute Gemeingut des Volkes in einem Maße geworden, wie es jene hochgemuten Burschen kaum erträumten, und wie wir selbst, die Lebenden, es kaum erwartet haben. Alle deutschen Stämme vom Meere bis zu den Alpen — das ganze deutsche Volk, besetzt von dem Geiste der Einigkeit und Zusammengehörigkeit, steht geschlossen um seinen Kaiser, und ist bereit, alles einzusetzen für das große Erbe der Väter, für deutsches Land und deutsches Wesen. Sie verteidigen dieses unschätzbare Gut gegen eine Welt von Feinden mit einer Kraft, mit einer Zuversicht und einer Entschlossenheit, wie es die Geschichte noch nicht gekannt hat. Wer immer die Waffen tragen kann, steht draußen in heldenmütigem Kampfe gegen den Feind, und hier im Lande sind alle von dem Gedanken erfüllt, dem Vaterland zu dienen und mit beizutragen zu seinem endgültigen Siege. Bei so hochgespanntem vaterländischen Empfinden wird auch diese Feier völlig unter dem vaterländischen Gedanken stehen — das führt uns von selbst zu unserem kaiserlichen Herrn, der dem deutschen Volk das Vaterland verkörpert in diesem gigantischen Kampfe um den Sieg. Mehr denn je schlagen ihm die deutschen Herzen entgegen, und heiße Gebete steigen zum Himmel für ihn empor. Gott schütze, Gott erhalte unseren Kaiser und lasse ihn siegreich an der Spitze seiner heldenmütigen Armee einziehen in seine Hauptstadt, um dann von neuem die in erhöhtem Glanze strahlende Macht des Deutschen Reiches einzusetzen für den Frieden der Welt!“

Die Rede schloß mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf den Kaiser.

Inzwischen war auf ein an den Kaiser gerichtetes Guldigungstelegramm folgender

Kaiserlicher Gruß

eingegangen:

„Den zur Feier des hundertjährigen Bestehens der Deutschen Burschenschaft vereinigten alten und jungen Burschenschaften meinen herzlichsten Dank für das erneute Gelübde unverbrüchlicher Treue zu Kaiser und Reich. Mit besonderer Befriedigung gedenke ich der zahlreichen Männer, die aus der Deutschen Burschenschaft dem deutschen Volke als Führer und Mitkämpfer für seine idealen und realen Güter in Kriegs- und Friedenszeiten erwachsen sind. Meine dankbare Anerkennung gilt auch allen den Tausenden von Burschenschaftern, die gegenwärtig im Verein mit den übrigen Heldenjüngern der deutschen Stämme an den Grenzen des Reiches für „Freiheit, Ehre und Vaterland“ gegen eine Welt von Feinden siegreich kämpfen.

Wilhelm I. R.“

Tief bewegt hatte die Versammlung die vom Präsidium zur Verlesung gebrachte Antwort des Kaisers vernommen, und nun ergriff Schulrat Sakobielski das Wort. In seiner Feitrede ging er den Wurzeln der deutschen Kraft nach, die sich jetzt in dem gigantischen Kampfe so glorreich betätigt. Er schloß mit einem Hoch auf das Deutschland, das im Sinne der Burschenschafter „Ehre, Freiheit und Vaterland“ verkörpert.

Direktor Dönnedars Rede auf unser Heer, auf unsere Flotten zur See und in der Luft, beendete die Reihe der offiziellen Ansprachen.

Jena, 12. Juni, 7 Uhr 45 Minuten abends. (Telegr. unseres w. Korrespondenten.) Anlässlich der Hundertjahrfeier legten die Vertreter der Deutschen Burschenschaften von allen Hochschulen am Burschenschaftsdenkmal auf dem

Eichplatz zu Jena Eichenkränze mit Farbenschleifen nieder. Die Gedenktafeln an den Wohnungen der Burschenschaftsgründer waren mit Eichenlaub umwunden. Bei der Abendfeier der alten Burschenschafter auf dem Burgteller war die Universität Jena offiziell vertreten.

Kriegskalender.

6. Juni: Die Verbündeten erstürmen Sturzawa östlich von Przemysl und schlagen die Russen nördlich von Kalusz. Die Armee Linzinger überschreitet den Dnjestr. — Die Italiener erleiden am Arn erhebliche Verluste und ihre Angriffe werden bei Sagrado abgeschlagen. — Italienische Kriegsschiffe bombardieren ohne Erfolg die Eisenbahn bei Mitonice sowie die Leuchttürme von Lissa, Sagosta und Cazza. — Ein deutsches U-Boot versenkt bei Baltisch-Port einen russischen Minenkreuzer. — Deutsche Marineluftschiffe belegen die Humbermündung und Garwich mit Bomben.

7. Juni: Russische Vorstöße gegen die Linie Kolomea—Delatyn scheitern. Die Verbündeten nehmen Kalusz ein. Die Zahl der Gefangenen bei Przemysl erreicht die Höhe von 33.805 Mann. — Unsere Truppen erobern an der Kärntner Grenze den Kreiskofel zurück. Die Italiener müssen die Ortschaft Arn räumen. — König Ludwig von Bayern verlangt in einer Rede für Deutschland einen direkten Ausgang vom Rhein zum Meer. — Deutsche Marineluftschiffe unternehmen einen erfolgreichen Angriff gegen die Docks von Kingston und Grimshy. — Die Finanzkonferenz zwischen italienischen und englischen Funktionären in Nizza endet ohne Ergebnis. — Die Serben dringen in Albanien ein.

8. Juni: Am Pruth- und Dnjestrgebiet dringen die Verbündeten weiter vor und nehmen 6200 Russen gefangen. — Die Russen beginnen mit der Räumung Lembergs. — Das italienische Luftschiff „Citta di Ferrara“ wirft Bomben auf Fiume ab und wird bei der Rückkehr von unserem Marinesflugzeug „L 48“ vernichtet. — Unser Marineflugzeug „L 47“ belegt Venedig mit Bomben.

9. Juni: Unsere Truppen besetzen Stanislaw und machen 5570 Gefangene. — Der erste größere Angriff der Italiener gegen den Görzer Brückenkopf wurde unter schweren Verlusten für den Feind abgeschlagen. Ebenso wurden italienische Angriffe bei Gradiska und Monsalcone abgewehrt. — Die Deutschen nähern sich Szawle im Kurland und schlagen den russischen Nordflügel an der Dubissa. — Der amerikanische Staatssekretär Bryan tritt wegen einer Differenz mit Wilson in der „Lusitania“-Affäre zurück.

10. Juni: Die verbündeten Truppen drängen in Galizien die Russen weiter zurück. In die Kämpfe griff offensiv auch eine Gruppe unserer Kräfte in der Bukowina ein. — Italienische Angriffe an der Fionzofront werden abgewiesen. — Eines unserer Fliegergeschwader belegt das Arsenal und die pyrotechnische Anstalt in Kragujewaz mit Bomben. — Unser Unterseeboot „U IV“ versenkt bei San Giovanni di Medua einen englischen Kreuzer.

11. Juni: In Galizien setzen die Verbündeten die Verfolgung der Russen erfolgreich fort. — Sämtliche Angriffe der Italiener werden an allen Teilen der Front abgewiesen. — Durch ein deutsches U-Boot werden zwei englische Torpedoboote an der englischen Küste vernichtet. — Italienische Kriegsschiffe bombardieren den Hafen von San Giovanni di Medua. — In der Nordadria versenkt ein österreichisches Tauchboot das italienische Unterseeboot „Medusa“.

12. Juni: In Galizien überschreiten die Verbündeten nordöstlich von Gorodenka den Dnjestr und nehmen Paleszczynski ein. In der Bukowina räumen die Russen die letzte Stellung. — An der italienischen Front schiebt sich der Feind, dessen Angriffe an vielen Punkten abgewiesen werden, näher an unsere Linien heran.

Die Note Amerikas an Deutschland.

(Telegramme des k. k. Telegraphen-Korrespondenz-Bureaus.)

Der Angriff auf die Dampfer „Cushing“ und „Gulflight“.

Berlin, 11. Juni. Die gestern vom hiesigen Botschafter der Vereinigten Staaten von Amerika im Auswärtigen Amt überreichte Mitteilung vom 10. d. M. lautet in der Uebersetzung:

„Eurer Excellenz Ersuchen entsprechend, habe ich nicht verfehlt, meiner Regierung unmittelbar nach Empfang Ihre in Beantwortung meiner Note vom 15. Mai an mich gerichtete Note vom 28. Mai zu übermitteln, desgleichen Ihre ergänzende Note vom 1. Juni, die die Schlussfolgerungen darlegt, wozu die kaiserlich deutsche Regierung bisher in der Frage des Angriffs gegen die amerikanischen Dampfer „Cushing“ und „Gulflight“ gelangt ist. Ich bin jetzt von meiner Regierung beauftragt, als Erwiderung nachstehendes mitzutheilen:

Die Regierung der Vereinigten Staaten vermerkt mit Befriedigung, daß die kaiserlich deutsche Regierung bei Erörterung der Fälle „Cushing“ und „Gulflight“ den Grundsatz voll anerkennt, wonach alle Teile der offenen See für neutrale Schiffe frei sind und daß die kaiserlich deutsche Regierung aufrichtig gewillt ist, ihre Verbindlichkeit anzuerkennen und auszuführen, wenn die Tatsache des Angriffes auf neutrale Schiffe, „die sich keiner feindlichen Handlung schuldig gemacht haben“, durch deutsche Flieger oder Kriegsschiffe genügend nachgewiesen ist.

Die Regierung der Vereinigten Staaten wird der kaiserlich deutschen Regierung ihrem Ersuchen entsprechend seinerzeit das vollständige Material über den Angriff auf den Dampfer „Cushing“ unterbreiten.

Die Versenkung des Dampfers „Galaba“.

Was die Versenkung des Dampfers „Galaba“ betrifft, wodurch amerikanische Bürger ihr Leben verloren, so ist die Regierung der Vereinigten Staaten erst a u n t, von der kaiserlich deutschen

Regierung die Auffassung vertreten zu sehen, daß das Bestreben eines Handelsschiffes, sich der Kaperung zu entziehen und Hilfe herbeizurufen, etwas an der Verpflichtung des die Kaperung antretenden Offiziers in Bezug auf die Sicherheit des Lebens der an Bord befindlichen Passagiere ändern soll, auch wenn das Schiff im Augenblick der Torpedierung seinen Fluchtversuch bereits aufgegeben hat. Dies sind keine neuen Umstände. Die Staatsmänner und die Kenner des internationalen Rechtes hatten sie während der ganzen Entwicklung des Seekriegsrechts vor Augen und die Regierung der Vereinigten Staaten ist nicht der Ansicht, daß diese Umstände jemals so aufgefacht worden seien, als könnten sie etwas an den Grundsätzen der Menschlichkeit ändern, auf denen die amerikanische Regierung von je bestanden hat. Lediglich tatsächlicher gewalttätiger Widerstand oder fortgesetztes Bestreben eines Handelsschiffes zu entfliehen, nachdem der Befehl zum Anhalten zwecks Durchsuchung ergangen ist, hat nach der bisherigen Anschauung das Leben der Passagiere und der Mannschaft verwirkt. Die Regierung der Vereinigten Staaten nimmt jedoch nicht an, daß die kaiserlich deutsche Regierung sich in diesem Falle ihrer Verpflichtung entziehen will, sondern nur die Umstände darzulegen wünscht, die den Kommandanten des Unterseebootes veranlaßten, sich bei seinem Vorgehen ein so eifriges Verfahren zu erlauben.

Der Untergang der „Lusitania“.

Eurer Excellenz Note weist bei Erörterung der Verluste an amerikanischen Menschenleben anlässlich der Versenkung des Dampfers „Lusitania“ mit ziemlicher Ausführlichkeit auf gewisse Nachrichten hin, die der kaiserlich deutschen Regierung hinsichtlich des Charakters und der Ausrüstung dieses Schiffes zugegangen sind, und Eure Excellenz geben der Befürchtung Ausdruck, daß diese Nachrichten nicht zur Kenntnis der Regierung der Vereinigten Staaten gelangt sein könnten. In der Note wird behauptet, daß die „Lusitania“ zweifellos bewaffnet gewesen sei, im besonderen versteckte Geschütze geführt habe, daß sie mit ausgebildeter Bedienungsmannschaft für Geschütze und mit besonderer Munition versehen gewesen sei, Truppen von Kanada befördert, eine Ladung an Bord gehabt habe, die nach den Gesetzen der Vereinigten Staaten für ein Schiff, das auch Passagiere befördert, nicht zulässig gewesen sei, und daß sie ihrem Wesen nach als ein Hilfsschiff der englischen Seestreitkräfte gedient habe.

Amerika behauptet, daß die „Lusitania“ nicht bewaffnet war.

Glücklicherweise sind dies Angelegenheiten, bezüglich deren die Regierung der Vereinigten Staaten in der Lage ist, der kaiserlich deutschen Regierung amtliche Aufklärung zu geben. Falls die in Euler Excellenz Note angeführten Tatsachen zuträfen, wäre die Regierung der Vereinigten Staaten verpflichtet gewesen, davon amtlich Kenntnis zu nehmen. In Ausübung ihrer anerkannten Pflicht als neutrale Macht und in Anwendung ihrer nationalen Gesetze, wäre es ihre Pflicht gewesen, darauf zu achten, daß die „Lusitania“ für ein angriffsweises Vorgehen nicht bewaffnet war, daß sie keine Ladung führte, die durch die Gesetze der Vereinigten Staaten verboten war, und daß sie, wenn sie tatsächlich ein englisches Flottenschiff war, keine Marierungspapiere als Handelsschiff erhalten durfte. Die Regierung der Vereinigten Staaten hat diese Pflicht erfüllt und ihre Gesetze mit gewissenhafter Wachsamkeit durch ihre ordnungsgemäß bestellten Beamten zur Anwendung gebracht. Sie ist deshalb in der Lage, der kaiserlich deutschen Regierung zu versichern, daß diese falsch informiert war. Sollte die kaiserlich deutsche Regierung der Auffassung sein, daß sie überzeugende Beweise besitzt, wonach die Beamten der Regierung der Vereinigten Staaten ihre Pflicht nicht gründlich erfüllt haben, so gibt sich die Regierung der Vereinigten Staaten der aufrichtigen Hoffnung hin, daß die kaiserlich deutsche Regierung dieses Beweismaterial zur Prüfung unterbreiten wird.

Das Verfahren der deutschen Marinebehörde.

Was immer auch die Behauptung der kaiserlich deutschen Regierung hinsichtlich der Beförderung von Kriegskonterbande an Bord der „Lusitania“ oder hinsichtlich der Explosion dieses Materials durch den Torpedoschuß sein möge, so braucht nur gesagt zu werden, daß nach Ansicht der amerikanischen Regierung diese Behauptungen für die Frage der Gesetzmäßigkeit des von den deutschen Marinebehörden bei der Versenkung des Schiffes angewandten Verfahrens unerheblich sind. Allein die Versenkung von Passagierdampfern berührt die Grundsätze der Menschlichkeit, denen gegenüber die besonderen einzelnen Umstände, die in Versenkungsfällen mitsprechen könnten, in den Hintergrund gedrängt werden, Grundzüge, die eine solche Versenkung, wie die kaiserlich deutsche Regierung zweifelsohne ungehämt erkennen und anerkennen wird, aus der Reihe der gewöhnlichen Gegenstände diplomatischer Erörterung oder internationaler Streitfragen herausheben.

Was immer die sonstigen Tatsachen im Falle der „Lusitania“ sein mögen, die Hauptsache bleibt, daß ein großer Dampfer, der in erster

Die Notwendigkeit der Neutralität.

Linie und vorzugsweise als Beförderungsmittel für Passagiere diente und über tausend Menschen beförderte, die keinerlei Anteil an der Kriegführung hatten, torpediert und versenkt wurde ohne geringsten Anruf oder Warnung und daß Männer, Frauen und Kinder unter Umständen, für die es in der modernen Kriegführung kein Beispiel gibt, in den Tod gesandt wurden.

Die Rechte der Menschlichkeit.

Die Tatsache, daß mehr als 100 amerikanische Bürger unter denen waren, die zugrunde gingen, macht es der Regierung der Vereinigten Staaten zur Pflicht, von diesen Dingen zu sprechen und erneut mit feierlichem Nachdruck die Aufmerksamkeit der kaiserlich deutschen Regierung auf die schwere Verantwortung zu lenken, die sie nach Ansicht der Regierung der Vereinigten Staaten bei dieser tragischen Begebenheit auf sich geladen hat, und auf den unanfechtbaren Grundsatz, worauf diese Verantwortung beruht.

Die Regierung der Vereinigten Staaten bemüht sich um etwas Größeres als bloße Eigentumsrechte oder Handelsprivilegien. Sie bemüht sich um nichts weniger Erhabenes und Heiliges als die Rechte der Menschlichkeit, durch deren Achtung sich jede Regierung ehrt und auf die keine Regierung im Interesse der in ihrer Obhut und Gewalt Befindlichen verzichten darf. Nur tatsächlicher Widerstand gegenüber der Kaperung oder die Weigerung, anzuhalten, wenn dies zu Durchsuchungszwecken befohlen war, hätte dem Führer des Unterseebootes die Berechtigung geben können, das Leben der an Bord Befindlichen in Gefahr zu bringen. Die Regierung der Vereinigten Staaten ist der Ansicht, daß die ausdrücklichen, am 3. August 1914 durch die kaiserlich deutsche Admiralität an ihre Seeoffiziere erlassenen Instruktionen diesen Grundsatz anerkannt und zur Geltung gebracht haben, wie dies auch die Preisordnungen aller anderen Nationen tun, und jeder Reisende und Seemann hatte das Recht, sich darauf zu verlassen. Auf diesem Grundsatz der Menschlichkeit sowohl als auf dem Gesetze, das sich darauf gründet, müssen die Vereinigten Staaten bestehen.

Die guten Dienste der Vereinigten Staaten.

Die Regierung der Vereinigten Staaten nimmt mit Vergnügen wahr, daß Eurer Excellenz Note mit der Andeutung schließt, daß die kaiserlich deutsche Regierung jetzt wie vorher geneigt ist, die guten Dienste der Vereinigten Staaten anzunehmen bei dem Versuch, mit der Regierung von Großbritannien zu einer Verständigung über eine Veränderung des Charakters und der Bedingungen des Seekrieges zu gelangen. Die Regierung der Vereinigten Staaten würde es als Vorzug betrachten, auf diese Weise ihren Freunden und der Welt einen Dienst leisten zu können. Sie ist jederzeit bereit, jeder der beiden Regierungen Andeutungen oder Anregungen zu übermitteln, die eine der anderen zu übermitteln wünscht, und ladet die kaiserlich deutsche Regierung herzlich ein, von ihren Diensten in dieser Richtung nach Belieben Gebrauch zu machen.

Die ganze Welt wird mitbetroffen von allem, was auch nur einen teilweisen Ausgleich der Interessen herbeizuführen oder irgendwie die Schrecken des gegenwärtigen unheiligen Konflikts zu mildern geeignet ist. Welche Vereinbarung auch immer zwischen den kriegführenden Parteien glücklich getroffen werden mag und was immer nach Ansicht der kaiserlich deutschen Regierung in der Vergangenheit für die Handlungsweise ihrer Seebefehlshaber als Herausforderung oder verhältnismäßige Rechtfertigung in Betracht kommen mag, die Regierung der Vereinigten Staaten erwartet zuversichtlich, daß die Gerechtigkeit und Menschlichkeit der deutschen Regierung in allen Fällen, wo Amerikaner geschädigt oder ihre Rechte als Neutrale verletzt worden sind, zur Geltung gebracht werden wird.

Die Vorstellungen an die deutsche Regierung.

Die Regierung der Vereinigten Staaten erneuert deshalb ernstlich und feierlich die Vorstellungen, die sie in ihrer Note an die kaiserlich deutsche Regierung vom 15. Mai erhoben hat, und stützt sich bei diesen Vorstellungen auf die Grundsätze der Menschlichkeit, die allgemein anerkannten Anschauungen des internationalen Rechtes und die alte Freundschaft mit dem deutschen Volk. Die Regierung der Vereinigten Staaten kann nicht zugeben, daß die Proklamierung einer Kriegszone, vor der neutrale Schiffe gewarnt sind, irgendwie als Verkürzung von Rechten amerikanischer Schiffseigentümer oder amerikanischer Bürger ausgelegt werden kann, die sich auf erlaubten Reisen als Passagiere an Bord von Handelsschiffen einer kriegsführenden Nation befinden. Sie glaubt nicht, daß die kaiserlich deutsche Regierung diese Rechte in Frage stellt. Sie glaubt auch, daß die kaiserlich deutsche Regierung als außer Zweifel stehend die Grundsätze annimmt, daß das Leben von Nichtkämpfern gesetz- oder rechtmäßig nicht in Gefahr gebracht werden dürfe durch Kaperung oder Zerstörung eines Handelsschiffes, das keinen Widerstand leistet, und daß die kaiserlich deutsche Regierung die Verpflichtung anerkennt, die notwendige Vorsicht anzuwenden bei der Feststellung, ob ein verdächtiges Handelsschiff tatsächlich einer kriegführenden Nation angehört oder tatsächlich Kriegskontrollen unter neutraler Flagge führt.

Die Regierung der Vereinigten Staaten darf deshalb erwarten, daß die kaiserlich deutsche Regierung die notwendigen Maßnahmen ergreifen wird, um diese Grundsätze hinsichtlich der Sicherung amerikanischer Leben und amerikanischer Schiffe zu verwirklichen, und bittet um die Zusicherung, daß dies geschehen wird.

Ich benütze diesen Anlaß, um Eurer Excellenz die Versicherung meiner ausgezeichnetsten Hochachtung zu erneuern.

James W. Gerard.

14./VI. 1915

Zum Sieg vom 6. Juni.

Konstantinopel, 13. Juni.

Aus offizieller Quelle werden folgende ergänzende Einzelheiten über die Kämpfe mitgeteilt, welche vom 4. bis zum 6. d. bei Seddil Bahr und Ari Burnu stattgefunden haben:

Die Engländer und Franzosen gingen am Nachmittag des 4. d. zur Offensive über und bemühten sich, den Angriff durch eine starke Kanonade zu unterstützen. Ihre Artillerie feuerte 6000 Granaten ab, während ihre Schiffe am Kampfe ebenfalls teilnahmen, aber aus Furcht vor Unterseebooten unaufhörlich mit großer Geschwindigkeit fuhren. Die ottomanischen Truppen erwiderten den Angriff kräftig. Der linke türkische Flügel schlug den feindlichen rechten Flügel. An diesem Tage hatten die Engländer und Franzosen keinen Erfolg und ließen fünf Maschinengewehre in den Händen der Türken zurück.

In der folgenden Nacht unternahm der Feind im Abschnitt von Ari Burnu einen Angriff. Der Kampf dauerte bis zum nächsten Mittag. Der Ansturm wurde abgeschlagen. Die Türken nahmen einige Schützengräben des Feindes weg, der 4000 Tote hatte.

Am Samstag fanden auch bei Seddil Bahr Kämpfe statt. Der rechte ottomanische Flügel rückte vor und besetzte einige Schützengräben des Feindes.

Am Sonntag gingen die türkischen Truppen zur Offensive über, die nach einer vierstündigen Schlacht, in welcher die türkischen Soldaten und Offiziere Wunder an Tapferkeit verrichteten, mit einem Erfolge der Türken endete. Der Feind ging in seine früheren Stellungen zurück. Die Türken erbeuteten noch zwölf Maschinengewehre. Die Verluste des Feindes werden auf 15.000 Mann geschätzt. Selbst während des heftigsten Kampfes herrschte in der türkischen Armee musterhafte Ordnung. Die Offiziere erteilten ruhig die Befehle, die getreu ausgeführt wurden. Der Munitions-, Lebensmittel- und Ambulanzdienst wickelte sich tadellos ab. Es wird festgestellt, daß diese Ordnung in der türkischen Armee, die sie den besten Armeen der Welt gleichstellt, von dem Eifer der jungen und der höheren Offiziere Zeugnis gibt. Auch die Dienste der deutschen Offiziere werden dankbar hervorgehoben.

15./VI. 1915

Kriegskalender.

1. Juni: An der unteren Zubaczowka und am unteren San flussabwärts Sieniawa scheitern Gegenangriffe numerisch stark überlegener russischer Kräfte; an der Nordfront von Przemysl erstürmen bairische Truppen drei Werke des Gürtels, machen 1400 Gefangene und erbeuten 28 schwere Geschütze; südlich des Dnjestr dringen die verbündeten Truppen in die feindliche Verteidigungsstellung ein und erobern Strj; hier 9000 Gefangene, 8 Geschütze und 15 Maschinengewehre erbeutet. Bei Amboten östlich Sibau für die Deutschen erfolgreiche Reitergefechte. — Auf dem Plateau

von Folgaria—Lavarone Geschützkampf; an der kärntnerischen Grenze und im Raume bei Starfreit kleinere Gefechte. — Ein neuer Durchbruchversuch der Franzosen zwischen der Straße Souchez—Vethune und Carency—Wach bricht unter großen Verlusten im deutschen Feuer zusammen; erfolgreicher Luftangriff auf die Werften und Docks von London. — Amtliche Verlautbarung der Beurteilung Greys und seiner Vertretung durch Lord Crewe. — Veröffentlichung des deutschen Weißbuches über den Freischärlerkrieg in Belgien. — Zollordnung und Zolltarif für den von unserer Armee okkupierten Teil Polens.

2. Juni: Verzweifelte Angriffe des Feindes auf die östlich des San stehenden verbündeten Truppen werden unter schweren Verlusten der Russen durchwegs abgewiesen; an der Nordfront Przemysls werden zwei weitere Werke erstürmt; in heftigen Kämpfen werden die feindlichen Stellungen zwischen Strj und Dohobycz genommen; in Südbulgarien ziehen sich starke russische Kräfte in der Gegend von Solotwina nach erfolglosen, verlustreichen Angriffen fluchtartig zurück; die Zahl der im Mai in Galizien gefangenen russischen Truppen ist auf 863 Offiziere und 268.869 Mann gestiegen. — In Kurland stellenweise kleinere Gefechte. — Die erfolglose Beschießung der Plateaux von Lavarone—Folgaria und einzelner Kärntner Sperren durch schwere italienische Artillerie wird fortgesetzt; im Küstenlande werden auf dem Kronrücken italienische Angriffe unter schweren Verlusten abgewiesen; ein italienisches Luftschiff wirft, ohne bedeutenden Schaden anzurichten, vier Bomben auf Pola ab. — Bei Neuville wird ein französischer Angriff abgeschlagen; im Priesterwalde stellenweise Nahkämpfe. — Ein französischer Kreuzer beschießt das deutsche Konsulat in Kaifa; eine türkische Abteilung erbeutet im Suezkanal ein englisches Schiff. — Graf Bernstorff von Wilson empfangen.

3. Juni: Przemysl von den verbündeten Truppen erobert; nordöstlich von Strj bringt die Armee Binsingen erfolgreich vor; in den Kämpfen bei Strj bisher 60 Offiziere und 12.175 Mann gefangen, 14 Geschütze und 35 Maschinengewehre erbeutet; russische Gegenangriffe östlich Jaroslaw scheitern. — Fortsetzung der erfolglosen Beschießung unserer Besetzungen an der Kärntner und Tiroler Grenze durch schwere italienische Artillerie. — Erbitterter Kampf um Hooge (Flandern); schwere Verluste der Franzosen bei Arras; in London brechen wegen der letzten Zeppelin-Angriffe deutschfeindliche Unruhen aus. — Neue Note der Vereinigten Staaten zum „Lusitania“-Fall. — Salandra sucht in einer Rede die Kritik, die Graf Tisza und v. Bethmann-Hollweg an Italiens Verrat übten, zu widerlegen.

4. Juni: Przemysl vom Feinde gesäubert; die russischen Nachhut auf den Höhen südwestlich Medyla von den Verbündeten angegriffen. Die Armee Böhm-Ermolli durchbricht die russische Verteidigungsstellung und bringt gegen Moscisla vor; die Armee Binsingen überschreitet den Strj; an der Pruthlinie werden russische Angriffe verlustreich abgewiesen. — An der Kärntner Grenze stellenweise Geschützkampf; Fortdauer der Kämpfe im Raum von Starfreit. — Schloß und Ort Hooge (östlich Ypern) von den Deutschen erstürmt; schwere Verluste der Engländer bei Giverny; bei Neuville scheitern französische Angriffe. — Fliegerangriff auf das Hauptquartier des deutschen Kronprinzen. — Vor den Dardanellen ein englischer Kreuzer torpediert. — Kaiser Wilhelm besucht im Armeekommando den Feldmarschall Erzherzog Friedrich. — Großer Kriegsrat in Petersburg.

15./VI. 1915

Die italienischen Ausfuhrverbote und die Schweiz.

(Tel. des I. L. Telegraphen-Korrespondenzbureaus.)

Rom, 14. Juni. Die italienischen Ausfuhrverbote wurden auf sämtliche frischen und präparierten Lebensmittel und alle Erzeugnisse ausgedehnt, bei denen ganz oder teilweise Rohstoffe oder Derivate von Rohstoffen, deren Ausfuhr verboten ist, verwendet sind.

Der Ausdruck des Wunsches Italiens, daß die Schweiz keine aus Italien stammenden Waren nach Oesterreich-Ungarn und Deutschland gelangen lasse, wird dringlicher.

Bern, 14. Juni. Die italienische Regierung hat das Ausfuhrverbot auf sämtliche Lebensmittel ausgedehnt. Voraussetzlich werden nunmehr auch Lebensmittel, deren Ausfuhr bisher frei war, nur auf Grund einer auf diplomatischem Wege zu erwirkenden Sonderbewilligung der italienischen Regierung nach der Schweiz eingeführt werden können.

Internationale Lage.

Ablehnung der Anträge des Vierverbandes in Bukarest und Sofia.

München, 15. Juni. (Privat.)

Die „Münchn. N. N.“ melden aus Bukarest, den 14. d.: Nach dem Ministerrat hat Ministerpräsident Bratianu dem russischen und dem italienischen Gesandten mitgeteilt, daß er die von Rußland unterbreiteten Vorschläge nicht annehmen könne. Beide Gesandten machten Bratianu auf das Risiko seiner Stellungnahme aufmerksam, worauf dieser lächelnd betonte, er sehe allen Möglichkeiten seiner Stellungnahme ruhig entgegen.

Aus Sofia wird dem Blatte telegraphiert: Der hiesige russische Gesandte besuchte Radoslawow, um dessen Ansicht über die russischen Vorschläge einzuholen. Der Gesandte konferierte etwa zwei Stunden mit dem Ministerpräsidenten. Nach seinem Weggehen empfing Radoslawow den österreich-ungarischen Gesandten, dem er erklärte, daß Bulgarien auch nach dem russischen Antrag seine Politik nicht ändern und seine Neutralität weiter aufrecht-erhalte.

Kriegskalender.

5. Juni: In Galizien bringen die Verbündeten weiter gegen Roscisla vor; die Armee Linsingen wirft den Feind auf Kalusz und Zaratno am Dnjestr zurück; am Pruth werden russische Angriffe zurückgeschlagen. Bei Sawdnyki zwingen die Deutschen den Feind, den Brückenkopf zu räumen, und machen 1970 Gefangene. — Im Gebiete des Stiffter Joches wird ein italienisches Bataillon vertrieben; ein Angriff auf unsere Stellungen nördlich Tolmein wird blutig abgewiesen; in den Judicarien, im Etzhtale, auf den Plateaux von Folgaria-Lavarone und an mehreren Punkten der Kärntner Grenze weiter Geschützkampf. — Französische Angriffe bei Neuville abgewiesen; heftige Kämpfe um die Zuckerrabrik bei Souchez; der Flughafen Domremont bei Nancy von den Deutschen mit Bomben belegt; Angriff deutscher Zeppeline auf Harwich. — Der russische Minenkreuzer „Zenissei“ bei Baltischport versenkt.

6. Juni: Weiteres Vordringen der Verbündeten nördlich Roscisla; die Armee Linsingen faß nach Erstürmung des Brückenkopfes Zaratno auf dem nördlichen Dnjestrufer Fuß. Südlich des Njemen treiben deutsche Truppen feindliche Abteilungen auf die Linie Sapiszchski-Willki zurück; Fortschreiten der deutschen Offensive bei Sawdnyki; weiter südlich bei Ugianh der Angriff einer russischen Division abgewiesen. — In dem fortgesetzten Geschützkampf an der Tiroler und Kärntner Grenze eröffnen unsere schweren Geschütze das Feuer auf die feindlichen Grenzforts; bei Segrado am Nonzo werden italienische Angriffe abgewiesen; italienische Kriegsschiffe bombardieren ohne Erfolg die Eisenbahn bei Milonice sowie die Leuchttürme von Vissa, Sagoja und Cazza. — Schwere Verluste der Franzosen an der Lorettöhöhe; im Dorf Neuville gewinnen die Franzosen zwei Häusergruppen; deutsche Flieger über Calais. — Neuerliche Niederlage der englisch-französischen Truppen bei Sedbil Wahr.

7. Juni: Russische Vorstöße gegen die Linie Kolomea—Delatyn scheitern; die Verbündeten nehmen Kalusz ein; die Zahl der Gefangenen bei Przemysl erreicht 33.805 Mann. Fortschreiten der deutschen Offensive südlich des Njemen sowie östlich Sawdnyki; nördlich Karschanh erzwingt deutsche Kavallerie den Uebergang über die Bindau. — Unsere Truppen erobern an der Kärntner Grenze den Freitofel zurück; die Italiener müssen die Ortischast Arn räumen. — Französische Angriffe bei Hebuterne (östlich Doullins) und Moulin-jous-Louvent (nordw. Soissons) blutig abgewiesen; Zeppelinangriff auf Grimstby und Kingston. — Die Serben bringen in Albanien ein. — Bulgarien lehnt die Auerbietungen des Vierverbandes ab. — Die Finanzkonferenz zwischen italienischen und englischen Funktionären in Nizza endet ohne Ergebnis.

18.7.1915

Kriegskalender.

8. Juni: Im Pruth- und Dnjestr-Gebiete setzen die Verbündeten den Anriff über Lenczyn, Radworna und Kalusz fort und drängen den Feind gegen Stanislaw und Halicz zurück; die Russen beginnen mit der Evakuierung Lembergs. Die Angriffsbewegung der Deutschen in der Gegend von Szawle und östlich der Dubissa nimmt ihren Fortgang. — Das italienische Luftschiff „Città di Ferrara“ wirft Bomben auf Triume ab und wird bei der Rückkehr von unserem Marineflugzeug „L 48“ vernichtet; unser Marineflugzeug „L 47“ belegt Venedig mit Bomben; italienische Vorstöße bei Gradiska und Sagrado werden blutig abgewiesen; an der Kärntner und Tiroler Grenze hält das erfolglose Artilleriefeuer der Italiener an. — Französische Mißerfolge bei Neuville und Berry au Bac. — Erfolgreiche Kämpfe der Türken an den Dardanellen. — Portugiesische Angriffe auf Deutsch-Südwestafrika.

Die deutschen Katholiken gegen französisch-klerikale Verleumdungen.

Eine Reihe namhafter deutscher Katholiken veröffentlicht eine Rundgebung gegen das französische Buch *La Guerre allemande et le Catholicisme*, das unter dem Protektorat französischer Bischöfe in sechs Sprachen und unter Beifügung angeblicher photographischer Beweise die deutsche Kriegsführung als kirchensüchtig und unchristlich darstellen will. Die Rundgebung erinnert an das Friedensgebet des Papstes, dessen katholische Bedeutung man durch eine gekünstelte Auslegung erst national gefärbt habe, ehe man es entgegennahm, und sagt dann, in der Wiedergabe der Kölnischen Volkszeitung, über das obige Buch:

Nationale Leidenschaft hat zur Verletzung der Wahrheit und Gerechtigkeit geführt. Sie dichtet Deutschland einen Kriegs- und Kulturbegriff an, welchen es nicht besitzt, den es vielmehr ablehnt. Sie wirft Deutschland Verbrechen und Greueltaten vor, deren Tatbestand in keiner Weise einwandfrei festgestellt ist; sie führt Zeugen an, welche nur zur Anklage den Mund öffnen dürfen; sie nennt Greuel, was nur berechtigte Abwehr des Freischärlerkrieges war; sie weitet den Einzelfall zur ungerechtfertigten Verallgemeinerung. Aus allem aber geht die Sucht hervor, dem verhassten Gegner Schlag um Schlag zu versetzen, die Phantasie der Völker mit Bildern des Blutes und Grauens, ihr Herz mit Haß zu erfüllen. Besonders schmerzlich ist für uns deutsche Katholiken die Wahrnehmung, daß gerade jene Kreise der französischen Katholiken so haßerfüllt gegen uns auftreten, welche auf Grund ihrer Bildung und Stellung davor gesichert sein müßten, daß nationale Anteilnahme an den Geschicken ihres Landes in den Bahnen des von der Vernunft nicht beratenen Instinkts verläuft. Vor allem aber beklagen wir es, daß selbst Kirchenfürsten diesen Angriffen des leidenschaftlichen Hasses — anders können wir es leider nicht bezeichnen — ihre Autorität geliehen haben.

Dazu erklären nun die Unterzeichner folgendes:

Wir legen deshalb feierlich Verwahrung dagegen ein, daß man es gewagt hat, unsere Krieger und unser ganzes Volk des Bar-

barismus anzuklagen. Wir sind Zeugen der sittlichen und religiösen Erhebung unseres Volkes. Unser Kaiser ging voran, als er seine Rede am 31. Juli schloß mit den Worten: „Und nun empfehle ich euch Gott. Jetzt geht in die Kirche, kniet nieder vor Gott und bittet ihn um Hilfe für unser braves Heer.“ Damit hatte er die Saiten im Herzen der Deutschen voll angeschlagen. Das gesamte Volk fühlte sich eins mit seinem Kaiser, der in der Stunde der größten Not sich ebenso an Gott wandte, wie es selbst Gott anzurufen gestimmt und gewillt war. Mit elementarer Gewalt brach ein neuer religiöser Volksfrühling für das gesamte Deutschland hervor und offenbarte die tiefsten religiösen Kräfte. Mit den Alten sammelte sich die Blüte des Volkes ernst und ergriffen in den Tausenden von Kirchen und flehte innig zu Gott um Hilfe in dem frevelhaft aufgezwungenen, von feindlichen Regierungen seit Jahren mit Lug und Trug vorbereiteten Kampfe. In echter und frommer Andacht gingen Millionen katholischer Krieger vor ihrem Ausmarsch zu den Sakramenten; in zahllosen Pfarreien blieb kaum einer zurück. Das Zeugnis der deutschen Feldgeistlichkeit bestätigt uns, daß der religiöse Eifer unserer Krieger in den Mühsalen und Gefahren des Kampfes nicht erlahmt ist. Solche Krieger sind nicht fähig der Schandtaten, deren man sie bezichtigt. Wer unser Volk in seiner sittlichen und moralischen Kraft nur oberflächlich kennt, wer unsere mit Heldenmut und christlicher Opferfreudigkeit ins Feld gezogene Jungmannschaft gesehen hat, der ist gar nicht fähig, den ungeheuern Gedanken zu fassen, daß „Barbarei“ in deutschen Reihen eine Heimstätte finden kann. Schwerste, unentschuld bare Unkenntnis des deutschen Volkes hat die ganze Anklagechrift diktiert.

Die Rundgebung erklärt es daher für eine katholische und deutsche Pflicht, den Inhalt der französischen Schrift einer wahrheitsgemäßen Prüfung zu unterziehen. Die Abfassung dieser Gegenschrift sei einem Manne anvertraut, welcher seit langen Jahren mit den einschlägigen Verhältnissen genau vertraut sei, sich von jeder Voreingenommenheit gegen Frankreich frei wisse und mit peinlicher Gewissenhaftigkeit und unter Beobachtung der wissenschaftlichen Forderungen nur der Wahrheit dienen werde. Außerdem habe sich für die künftige Abwehr alter und neuer Angriffe ein ständiger Arbeitsausschuß deutscher im öffentlichen Leben stehender Katholiken gebildet, der in Bälde mit einer weiteren Abwehrschrift hervortreten werde. Endlich erklären die Unterzeichner, indem sie sich als Ausschuß deutscher Katholiken bezeichnen, sie hätten im Gegensatz zu dem französischen Vorgehen davon abgesehen, die deutschen Kardinäle, Erzbischöfe und Bischöfe um ihre Beteiligung zu bitten, weil sie der Meinung seien, daß das rein politische Ziel und die Art der Polemik über Katholizismus und Weltkrieg nicht mit der Würde und den Aufgaben des bischöflichen Hirtenamtes vereinbar sind.

Unter den Unterzeichnern finden sich an aktiven Staatsmännern der preussische Landwirtschaftsminister Frhr. v. Schorlemer, der bayrische Ministerpräsident Graf v. Hertling und Minister Frhr. v. Soden, ferner zahlreiche Geistliche in hervorragender Stellung, wie Professor Dr. Franz Hitze, Apostolischer Protonotar, der Domkapitular und Generalvikar des Bistums Culm F. Scharmer, Prälat Dr. Wehrmann, Vorsitzender des Caritasverbandes, endlich viele namhafte Universitätsprofessoren, Abgeordnete und Arbeiterführer.

Was siegt im Kriege?

Nicht leicht ist Deutschland und Oesterreich-Ungarn die Abwehr des russischen Einbruchs geworden: erst nach zehmonatigem zähem Ringen wird die Ueberlegenheit Mitteleuropas über den Osten wirksam und sichtbar, erst in den jetzigen Schlachten Galiziens bricht im Kriegserfolg die tatsächliche Ueberlegenheit durch.

Kriege geben dem Zufall viel Raum und die Entscheidung des Schlachtenglücks erinnert allzusehr an die Gottesurteile des Mittelalters. Sie sind unberechenbar, solange Zufallsheere unter Zufallsführung sich messen. Die kurzen Schläge früherer Kriege, die Ueberwimpelungen kleiner Dynastenheere, die Listen verschlagener Diplomaten und das Gelingen oder Mißlingen von Koalitionen haben oft den Ausgang der Kriege und damit das Schicksal der Staaten entschieden. Dieser ungeheure Krieg, ungeheuer durch seine räumliche und zeitliche Ausdehnung, stellt Volkskraft gegen Volkskraft, Staatsorganisation gegen Staatsorganisation und dehnt den Kampf so in die Länge, daß der Zufall einzelner Fehler wieder gutgemacht, daß Mängel der Organisation überwunden, daß unglückliche Fügung der Umstände durch die Tüchtigkeit wieder in hohem Grade ausgeglichen werden kann. Am Ende der Dinge ringen sich so die Tatsachen durch, welche Sein und Kraft der Völker bestimmen.

Das großrussische Reich, ein Reich von Nicht-Großrussen, diese bisherige Vormacht Europas, die doch im ganzen keine europäische Macht ist, hat die Welt durch die erdrückende Wucht seiner Volkszahl und seiner Heermassen in Bann gehalten. Nichts ist freilich realer als diese Zahl, nichts an sich wirksamer. Seine eigenen Untertanen wie die ganze konservative Welt

hat Rußland bezaubert durch die faszinierende Erscheinung einer Staatsallmacht, welche hundertstebzig Millionen Menschen unter den Befehl eines einzigen Willens stellt, gleichsam wie einen gigantischen Riesenhämmer in eine Faust legt. Und nichts ist freilich realer als diese Organisation der Alleinherrschaft.

Aber weder die Zahl noch diese Alleinheit ist im Leben der Völker und in der Geschichte der Menschheit alles. Jene Zahl überrumpelt, jene Einheit erdrückt den Unvorbereiteten und Unorganisierten, und das nur eine Zeit. Die anderen Kräfte, die aus dem modernen Wirtschaftsleben fließen, die dem einzelnen wie den Völkern aus den Nährstoffen der Kultur zuwachsen und ihren Zahlenwert wie ihre Organisationswirkung gleichsam vervielfältigen, werden zum Schluß doch siegreich.

In diesem Kriege sind in mannigfacher Weise diese anderen Kräfte sichtbar geworden. Am auffälligsten verrät die volkswirtschaftliche Reife der Nationen ihre Uebermacht. Man hat Hindenburgs Siege Eisenbahnsiege genannt und mit Recht: der gute Zustand der Bahnen, Straßen und Wege in einem Lande ist eine Bürgschaft der militärischen Erfolge, er ist jedoch nur ein Anzeichen der höher organisierten Volkswirtschaft. Was jetzt in Galizien vordringt, ist sichtbarlich die Ueberlegenheit der mitteleuropäischen Volkswirtschaft. In tausend Einzelheiten verrät sich das: der Industriestaat, der Geschütze und Geschosse rasch und in unbeschränkten Mengen herstellt, was Rußland nicht kann, der Industriestaat, der die Flugzeuge, den Wagenpark rasch ergänzt, der Industriestaat, der die Mechaniker, Schlosser, Dreher, Zimmerleute und alle anderen geschulten Arbeitskräfte in beinahe unbeschränkter Menge sofort zur Stelle schafft und die zweigleisige Bahn Larnow—Jaroslau—Przemysl beinahe so rasch nachbaut, als Truppen marschieren, und die schwersten Batterien zum neuerlichen Frontdurchbruch sofort an der Stelle hat: dieser Industriestaat bewährt eine Ueberlegenheit der Mittel, die den Mangel der Zahl ausgleicht. Noch näher gesehen: die Heere Rußlands genießen den Vorteil, nicht auf großrussischem Bauernboden, sondern im polnischen Industrieland zu kämpfen. Dort freilich haben sie Städte und Märkte, feste Häuser und weite Höfe genug, ihre Truppenmassen zu bequartieren und immer wieder auszurüsten. Besäßen sie diesen Aufmarschraum nicht, so hätten sie nicht einmal die Möglichkeit, ihre Heermassen ganz auszunützen. Das mitteleuropäische Städtewesen, die dichte Anhäufung vieler voll- und ressourcenreicher Städte gibt unseren Heeren eine Beweglichkeit der Ergänzung, der Heilung Erkrankter und Verwundeter, des Nachschubes, hinter der auf die Länge der Zeit Rußland zurückbleiben muß. Ein Städtevolk ist von einem Dorfvolk ebenso schwer zu besiegen wie ein Industriestaat von einem Ackerbaustaat.

Selbst der Unterschied gilt: Ackerbauer, die auf dem Hektar zwanzig Zentner ernten, werden schwer überwunden von Ackerbauern, die darauf sechs Zentner ernten: denn diese müssen dieselbe Bepflanzung aus der dreifachen Entfernung zuführen und besten meist nur den dritten Teil der Bahnen.

Was singt im Singen?

Die erhöhte Wirtschaftsstufe erzeugt andere Menschen, andere Muskeln und andere Seelen. Der Muschil ist stark, aber ein mitteleuropäischer Städter ist flink — und das ist im heutigen Kriege weitaus mehr! Ein Muschil ist zäh, aber ein Fabriksarbeiter Mitteleuropas ist standhafter. Was sind die Schrecken, die im häuerlichen Dasein auf den Muschil einstürmen? Ein Dorfseuer, ein Gewitter. Der Proletarier des Industriestaates, selbst dessen Bourgeois wandelt täglich unter todbringenden Maschinen (Eisenbahn, Trambahn, alle Kraft- und Werkzeugmaschinen), und ob schon er darum nervöser ist, so behält er — wieder eben darum — in dem Höllenschrecken der Schlacht seine Besinnung und Entschlußkraft und ist, rein physiologisch betrachtet, nicht so leicht demoralisiert.

All das haben wir, haben selbst Berufsmilitärs nicht immer richtig eingeschätzt. Und doch ist es das Wichtigste noch nicht!

Ein Volk von Analphabeten hat es schwer, die Nation zu besiegen, welche die beste und älteste Volksschule der Welt besitzt, welche Analphabetie so gut wie nicht mehr kennt, welche gerade durch die geistige Volksschulung vergleichslos allen anderen großen Nationen gegenübersteht. Es ist nicht die mechanische

Kunst des Lesens und Rechnens allein, es ist die Durchbildung begrifflichen Denkens, was, wie sonderbar es manchem scheinen mag, auch in der Stunde der Schlacht entscheidet. Wenn der deutsche Unteroffizier seinem Posten die Aufgaben, die ein bestimmtes Terrain stellt, in dem Drittel oder Zehntel der Zeit erklärt, die der russische braucht, wenn ein Wink an den Gelehrigen das gesprochene Wort ersetzt, so verleiht dieser Umstand jeder Aktion Schwinger. Wenn die Geistigkeit des gemeinen Soldaten so hoch geworden ist, daß er nicht nur Sinn und Ziel jeder Kampf Bewegung, sondern auch Sinn und Ziel des ganzen Krieges erfasst, so schafft dieses Erfassen eine Disziplin, die vom ersten bis zum letzten Kriegstag vorhält ohne Zwang — wie soll der Drill des Vorgesetzten, der Minuten, Stunden im Tage einwirkt, die geheimnisvolle Feder eigenen Entschlusses, die immer bereite eigene Willenskraft ersetzen, die dem Befehl voraneilt?

Nicht nur besiegen Analphabetenvölker schwer ein Schulvolk — auch haben Völker, die in ihrem Vaterland nichts sind als gefügige Untertanen, es ungeheuer schwer, ein Heer von Staatsbürgern zu besiegen. Und darum kann, welche Rückschläge immer noch kommen mögen, das Heer des großrussischen Zaren die Länder und Völker Mitteleuropas nicht niederwerfen. Zufall und Bündnisse vermögen viel, aber das vermögen sie nicht.

18. VII. 1915

Aufklärung über den Untergang von „U 29“.

Was Admiral Kalau vom Hofe sogleich unter dem unmittelbaren Eindruck der Nachricht vom Untergang des „U. 29“ an dieser Stelle gesagt, hat sich bestätigt: „U. 29“ und sein tapferer Kapitän Otto Weddigen ist nicht in offenem Kampf, sondern einer Hinterlist zum Opfer gefallen:

Das Wolffsche Büro meldet:

Ende März meldete die britische Admiralität, daß das von Otto Weddigen geführte tapfere Unterseeboot 29“ mit der ganzen Besatzung untergegangen sei.

Ueber die Art der Vernichtung von „U 29“ ist, wie wir von maßgebender Stelle hören, jetzt aus besonderer Quelle bekannt geworden, daß das Boot durch einen unter schwedischer Flagge fahrenden englischen Tankdampfer zum Sinken gebracht worden ist. Hierdurch finden die von vornherein umlaufenden Gerüchte ihre Bestätigung, daß das Boot britischer Hinterlist zum Opfer gefallen ist.

Unter falscher Flagge, scheinbar harmlos, in friedlicher Absicht, als angeblich Neutraler, hat sich ein Handelsdampfer, dessen heimtückische, feindliche Absichten niemand zu erkennen vermochte, dem tapferen Unterseeboot genahet. Konteradmiral Kalau vom Hofe hat also recht behalten, als er hier am 7. April schrieb: „Alle Wahrscheinlichkeit spricht dafür, daß der Verlust von „U 29“ unter Umständen erfolgte, die die Kritik der öffentlichen Meinung der ganzen Welt zu scheuen haben und deren Bekanntwerden das Gegenteil von dem bewirken würde, was man so lebhaft in England wünscht: die Zunahme der neutralen Einfuhr unter neutraler Flagge nach England.“ Sollte, so fragte Kalau vom Hofe, ein englischer Hilfskreuzer etwa unter neutraler Handelsflagge, nachdem er auf Signal von „U 29“ sofort gestoppt und letzteres auf nächste Entfernung hat herankommen lassen, plötzlich mit vorher maskiertem schwerem Geschütz oder mit Bomben heimtückischerweise „U 29“ überfallen haben? Nach den wiederholt erlassenen Instruktionen der englischen Admiralität wäre dieser Fall des Mißbrauchs der neutralen Handelsflagge durchaus denkbar.“

Die neue Mitteilung von maßgebender Stelle über den Untergang von „U 29“ läßt keinen Zweifel darüber, daß England sich eines Bruches des Völkerrechts schuldig gemacht hat. Der englische Dampfer, der die schwedische Flagge führte, hätte in dem Augenblick, als er eine feindliche Handlung gegen „U 29“ einleitete, die schwedische Flagge streichen und seine eigene zeigen müssen. Den Engländern ist die Richtigkeit dieses Grundsatzes internationalen Rechtes seit jener Zeit, in der die Vernichtung des „U 29“ erfolgte, in der zweiten Hälfte des März, auch klarer zum Bewußtsein gekommen, denn in jüngster Zeit sind sie bestrebt, bei allen Mitteilungen über Angriffe auf Unterseeboote oder sonstige deutsche Fahrzeuge das Auswechseln der Flagge vor Beginn der Feindseligkeiten zu registrieren.

Die volle Wiederherstellung Ostpreußens.

Eine Ehrenpflicht des preussischen Staates.

Die verstärkte Budgetkommission des Abgeordnetenhauses beendete gestern die Beratung des Antrages Brütt. Der letzte Gegenstand der Erörterungen war die Lage Ostpreußens. Der Berichterstatter Abg. Freiherr von Zedlitz und Neukirch leitete die Verhandlung mit einer Darstellung dessen ein, was in Ostpreußen seit dem letzten Sessionsabschnitt seitens der Staats- und Provinzialorgane getan ist. Er teilte mit, daß Vorentschädigungen in Höhe von rund 125 Millionen Mark bereits gezahlt sind. Weiter wurde mitgeteilt, daß nach dem vorliegenden Berichte von den etwa 350,000 bis 400,000 ostpreussischen Flüchtlingen in den letzten Monaten die große Mehrzahl wieder in ihre Heimat zurückgekehrt sei, und zwar nicht bloß die Grundbesitzer, sondern auch zahlreiche Arbeiter. Mit der Rückführung der Flüchtlinge sei aber für die Wiederbevölkerung Ostpreußens nicht genug getan. Es müsse ergänzend hinzutreten eine kräftige und planmäßige innere Kolonisation. Der Berichterstatter gelangte zu dem Schluß, daß sowohl die Minister, insbesondere auch der Finanzminister, wie Oberpräsident, Landwirtschaftskammer und Flüchtlingskommissar alles zur Beseitigung der vorhandenen Notstände und Förderung der Provinz getan haben, was in Menschenkräften liege, und dafür die volle Anerkennung des Abgeordnetenhauses verdienen. An die Tätigkeit zur Beseitigung der vorhandenen Notstände müsse sich eine planmäßige Fürsorge für die wirtschaftliche Hebung der Provinz anschließen. Neben der inneren Kolonisation komme vornehmlich die Verbesserung der Verkehrsmittel in Betracht. Wie ein roter Faden ziehe sich durch alle Neuierungen der Provinzialorgane die Klage über die Erschwerung namentlich auch des Verkehrs mit den übrigen Teilen des Staates durch Eisenbahnen, Wasserstraßen, aber auch die Kunststraßen und Bivalnwege seien einer starken Verbesserung im Interesse der wirtschaftlichen Hebung der Provinz dringend bedürftig. Endlich liege die Beschleunigung der von der Provinz geplanten Elektrifizierung des Landes angesichts des Mangels an Arbeitskräften im dringenden Interesse sowohl der Landwirtschaft wie der Gewerbe. Er stelle daher folgenden Antrag:

Das Haus der Abgeordneten wolle beschließen: die königliche Staatsregierung unter voller Anerkennung ihrer Leistungen für den Wiederaufbau von Ostpreußen zu eruchen, auf die weitere wirtschaftliche Hebung der Provinz, insbesondere durch innere Kolonisation, Verbesserung der Verkehrsmittel und Elektrifizierung Bedacht zu nehmen.

Der Minister des Innern stimmte dem Berichterstatter darin zu, daß für den Wiederaufbau Ostpreußens von besonderer Wichtigkeit seien: die Verbesserung der Verkehrsmittel, innere Kolonisation und Elektrifizierung der Provinz. Mit diesen Zielen sei die Staatsregierung einverstanden. Die Arbeit der Vorentschädigungskommission berechtige zu der Hoffnung, daß mit Ende des Krieges die Schäden großen Teiles beseitigt sein würden. Freilich nur die äußeren Schäden, die inneren Schäden würden noch lange fortwirken.

Die Heimkehr der Flüchtlinge

Sei seit Befreiung der Provinz, soweit als irgend möglich vom Staate gefördert worden. Nach der Masurenschlacht seien zunächst in die bis dahin gesperrten Bezirke Gumbinnen und Allenstein die Staats-, Kreis- und Gemeindebeamten zurückberufen worden, sowie die Lehrer. Außerdem wurde die Rückkehr notwendiger Landwirte und Gewerbetreibender zugelassen. Später seien dann der Reihe nach die einzelnen Kreise für die Rückkehr freigegeben worden unter besonderer Rücksichtnahme auf die Frühjahrsbestellung. Ein unmittelbarer Zwang zur Heimkehr sei nicht ausgeübt worden. Mittelbar sei durch Entziehung der Unterstützungen auf die Rückkehr hingewirkt worden, ausgenommen natürlich Fälle, in denen triftige und zwingende Gründe der Heimkehr entgegenstanden. Ein sehr großer Teil der Flüchtlinge, etwa 200,000 sei denn auch zurückgekehrt. Man dürfe hoffen, daß weniaer die Be-

örden als das Heimatgefühl die Ostpreußen in ihre Heimat zurückführen werde. Die Bautätigkeit habe zunächst auf dem Lande eingesetzt, um Wirtschaftsgebäude und Notunterkünfte zu beschaffen. Militärische Rücksichten, Mangel an Material und Arbeitskräften ständen einer großzügigen Aufnahme des Wiederaufbaus noch entgegen, und man müsse sich einstweilen mit den absolut notwendigen Bauten begnügen. Es seien im ganzen etwa 30,000 Gebäude ganz oder zum Teil zerstört, das seien 3 v. H. im ganzen, 10 v. H. in den Grenzkreisen. Bei den Entschädigungen werde man nicht nur den eigentlichen Wert des zerstörten Gebäudes berücksichtigen, sondern die gestiegenen Preise für Material und Löhne, die höheren baupolizeilichen Anforderungen in hygienischer und sozialer Hinsicht. Der Unterschied zwischen dem Neubauwert und dem Zeitwert des Gebäudes werde unter weitestem Entgegenkommen in Form von Darlehen gegeben werden. Bei der Hilfsaktion für die heimgesuchte Provinz komme es in erster Linie darauf an, dem Lande seine Bevölkerung zu erhalten und sie zu mehren. Das müsse der ausschlaggebende Gesichtspunkt bei allen Maßnahmen sein. Der Minister schloß seine Ausführungen mit einem Dank an die großzügige und warmherzige Unterstützung durch die preussische Finanzverwaltung.

Der Finanzminister ergänzte die Ausführungen des Ministers des Innern und des Berichterstatters. Der bisher vom Landtage zur Linderung der Not in Ostpreußen der Regierung gewährte Kredit von 400 Millionen Mark werde nicht ausreichen, um alle

dringenden Ansprüche zu befriedigen, und wenn auch zu erwarten sei, daß das Reich auf Grund eines nach Friedensschluß zu erlassenden Reichsgesetzes für die durch den Krieg verursachten Sachschäden Ersatz leisten werde, so werde doch auch Preußen mit erheblichen Mitteln endgültig eintreten müssen, um das für die Provinz Ostpreußen allerseits erstrebte Ziel zu erreichen.

Der Landwirtschaftsminister berichtete über Schädigung und Wiederaufbau der Pferdezaucht in Ostpreußen. Was die Schäden an den Domänen anlange, so seien in der Provinz Ostpreußen insgesamt 111 Domänen vorhanden. Hiervon seien 81 beschädigt. Der Grad der Beschädigung sei sehr verschieden. Sobald die Verhältnisse es gestattet hätten, habe die Domänenverwaltung die zur Wiederaufnahme des landwirtschaftlichen Betriebes erforderlichen Maßnahmen getroffen. Eine Reihe von Domänen sei aus der Pacht zurückgenommen worden. Diese ständen nunmehr für Zwecke der inneren Kolonisation zur Verfügung. Es seien zurzeit zehn Domänen mit 5132 Hektar. Naturgemäß sei diese Zahl noch keine abschließende. Was den Wiederaufbau der Landwirtschaft angehe, so sei zu hoffen, daß unter tatkräftiger Fürsorge des Oberpräsidenten, der früher selbst Vorsitzender der Landwirtschaftskammer gewesen sei, und des jetzigen Leiters dieser Kammer die der ostpreussischen Landwirtschaft geschlagenen Wunden bald heilen würden.

In der Besprechung wurde allseitig das Entgegenkommen der preussischen Finanzverwaltung anerkannt. Allerdings sei mit den bisherigen Leistungen der Schade nur zum allerkleinsten Teile beseitigt, und es sei Ehrenpflicht, bald und ganz zu helfen, insbesondere auch durch Aufstellung der Domänen und Förderung der inneren Kolonisation. Angeregt wurde eine Reise der verstärkten Budgetkommission nach Ostpreußen zur Besichtigung der angerichteten Zerstörungen. Zu diesem Vorschlage äußerte sich die Regierung zustimmend. Verügt wurde, daß in der Kriegshilfskommission kein Städtebautechniker Sitz und Stimme habe, und daß die Städtische Hochschule in Danzig nicht zur Mitwirkung herangezogen sei. Dies könne nicht gebilligt werden, insbesondere mit Rücksicht darauf, daß beim Wiederaufbau der zerstörten Ortschaften Zweckmäßigkeit mit Schönheit zu vereinigen sei. Angeregt wurde, daß

die volle Hindusparfaltung des Gewissens.

Das gesamte deutsche Handwerk

bei der Wiederherstellung Ostpreußens herangezogen werden soll. Nur dadurch könne eine baldige Wiederherstellung erzielt werden. Die Handwerker sollten durch Kredite unterstützt und für die Befriedigung ihrer Forderungen sollte aus den Unterstützungsummen Sorge getragen werden.

Ein Kommissar des Handelsministers erklärte, daß der Handelsminister den Bestrebungen des Handwerks, am Wiederaufbau Ostpreußens beteiligt zu werden, ein lebhaftes und warmes Interesse entgegenbringe und mit den Beteiligten dauernde Fühlung gewahrt habe. Man teile den Standpunkt, daß in erster Linie das Handwerk in Ostpreußen selbst zu berücksichtigen sei, daß es aber billig sei, darauf die 14 ostdeutschen Kammern, die zuerst mit ihrer Organisation auf dem Plan gewesen seien, zu beteiligen, daß aber auch das Handwerk im übrigen Staate und in ganz Deutschland das Recht habe, nach Maßgabe des Bedürfnisses herangezogen zu werden. Neben den vom Handwerk selbst ausgehenden Bestrebungen habe man auf Anregung des Hanjabundes in Königsberg auf genossenschaftlichem Gebiete zu helfen gesucht durch Errichtung einer Kriegszentrale ostpreussischer Genossenschaften, in der die Genossenschaftsverbände aller Richtungen unter Hintanfegung der bisherigen gegenteiligen Auffassungen sich vereinigt hätten.

In dem Schlussworte sagte der Berichterstatter das Gesamtergebnis der Verhandlung dahin zusammen, daß von allen Seiten, sowohl seitens der Staatsregierung wie seitens aller Mitglieder der Kommission die volle Wiederherstellung Ostpreußens zu seiner alten Blüte als eine Ehrenpflicht des preussischen Staates anerkannt werde, die ohne Rücksicht darauf, was das Reich etwa dem preussischen Staate ersetzen werde, im vollen Umfange auch finanziell erfüllt werden müsse. Er stellte ferner fest, daß die Kommission der fürsorglichen Tätigkeit aller beteiligten Ressortminister, besonders des Finanzministers, wie auch der des Oberpräsidenten, des Landeshauptmanns und des Vorsitzenden der Landwirtschaftskammer die vollste Anerkennung zolle.

Der Antrag des Berichterstatters wurde einstimmig angenommen mit einigen weiteren Wünschen der Kommission. Auch zur Frage der Volksernährung wurden verschiedene Anträge im Interesse möglicher Sicherung ausreichender Vorräte zu angemessenen Preisen angenommen.

Die Interpellation Wermuth zurückgezogen.

Nachdem der Aufsichtsrat der Kriegsgetreidegesellschaft sich für die Fortführung der Gesellschaft in der von der Reichsleitung beabsichtigten Form ausgesprochen hat, wird, wie wir hören, die im Herrenhaus von einer Anzahl von Städtevertretern eingebrachte Interpellation über die Regelung der Brotversorgung im nächsten Erntejahr zurückgezogen werden. — Ueber die hier erwähnte Stellungnahme des Aufsichtsrats der Gesellschaft wird uns wie folgt berichtet:

Da die Absichten der Reichsleitung über die Regelung des Verkehrs mit Brotgetreide und Mehl im nächsten Erntejahr die künftige rechtliche Gestaltung der Kriegsgetreidegesellschaft beeinflussen würden, hat die Reichsleitung Veranlassung genommen, den Aufsichtsrat der Kriegsgetreidegesellschaft über seine Stellungnahme zu befragen. Der Aufsichtsrat hat am gestrigen Tage nach eingehender Prüfung als seine Auffassung teilt, daß die Pläne der Reichsleitung, wenn sie in ihrer nunmehrigen Fassung die Zustimmung des Bundesrats finden, die Fortsetzung der Wirksamkeit der Gesellschaft auf ihrer bewährten Grundlage ermög-

lichen, und hat sich bereit erklärt, der Gesellschaftsversammlung die Annahme der daraus sich ergebenden Satzungsänderungen vorzuschlagen.

Die Verarbeitung von Kartoffeln in den Brennereien.

Antlich wird bekanntgegeben: Der Bundesrat hat auf Grund des § 3 des Gesetzes über die Ermächtigung des Bundesrats zu wirtschaftlichen Maßnahmen usw. vom 4. August 1914 (Reichsgesetzbl. S. 327) folgende Verordnung erlassen: Brennereien jeder Art dürfen bis einschließlich 15. August 1915 Kartoffeln verarbeiten, ohne daß ihnen hieraus für die künftige steuerliche Behandlung ein Nachteil entsteht. Diese

Kartoffelbearbeitung gilt insbesondere für Brennereien, die bisher andere Stoffe verarbeitet haben, nicht als Betriebswechsel im Sinne der Branntweinsteuergesetze. Der in der angegebenen Zeit aus Kartoffeln gewonnene Branntwein ist ohne Einhaltung einer bestimmten Erzeugungsgrenze als innerhalb des Durchschnittsbrandes hergestellt zu behandeln. Der von der einzelnen Brennerei über den ihr auf Grund der Verordnungen vom 15. Oktober 1914 und 4. Februar 1915 (Reichsgesetzbl. für 1914 S. 434, für 1915 S. 57) zugewiesenen Durchschnittsbrand hinaus hergestellte Branntwein ist aber als Ueberbrand anzusehen, wenn zu seiner Erzeugung neben Kartoffeln noch andere Rohstoffe verwendet worden sind.

19./VI. 1915

Versuch eines wirtschaftlichen Boykotts Oesterreichs und Deutschlands seitens des Vierverbandes.

Rom, 18. Juni.

Im Zusammenhange mit einer Befürwortung des allgemeinen wirtschaftlichen Boykotts gegen die Centralmächte, welcher deren Wirtschaftsleben ersticken solle, veröffentlicht die „Idea Nazionale“ folgende Mitteilung: Ein Mitglied der italienischen Botschaft in Paris und ein Delegierter des italienischen Finanzministeriums hatten kürzlich mit zehn politischen und technischen Vertretern Frankreichs, Englands und Russlands, in Paris eine Woche hindurch Konferenzen, um einen vollständig detaillierten Plan des Vierverbandes zum Zwecke der wirtschaftlichen Isolierung Oesterreich-Ungarns und Deutschlands auszuarbeiten. Im Rahmen dieses Planes liegen auch die auf die Einfuhr nach der Schweiz bezüglichen neuen Maßnahmen, welche darauf hinauslaufen, daß die der Schweiz zu liefernden Nahrungsmittel und Rohstoffe sämtlich einem Trust zu überantworten sind, der ihre Verteilung ausschließlich innerhalb der Schweiz besorgt und ihre Wiederausfuhr verhüten soll.

19. IV. 1915

Eine Neutralitätsdebatte in der Schweiz.

(Tel. des 1. 7. Telegraphen-Korrespondenzbureaus.)

Bern, 17. Juni. (Verspätet eingetroffen.)

Bei der Einzelberatung über den Geschäftsbericht des Bundesrates kam es gestern im Nationalrate neuerdings zu einer Neutralitätsdebatte.

Sigg-Genf (Sozialist) führte aus, daß ungeachtet der allseitigen Erklärungen über die Nüchternheit der Schweizer Neutralität für die Schweiz keine dringliche Gefahr mehr bestehe. Darum sollte die Zensur aufgehoben werden, die verfassungswidrig sei.

Bundesrat Hoffmann, der Leiter der politischen Abteilung, antwortete, wenn die Zensur verfassungswidrig wäre, so stünde auch alles außerhalb der Verfassung, was der Bundesrat seit dem 3. August auf Grund der allgemeinen, ihm vom Parlament erteilten Vollmachten geschaffen habe. Die Zensur ist, fuhr der Redner fort, selbstverständlich eine Einschränkung der Pressefreiheit, aber eine Einschränkung, die die Staatsnotwendigkeit verlangt. Ich glaube nicht an einen tiefgehenden Gegensatz zwischen Welsch und Deutsch. Der von Udor gestern aufgestellte Gegensatz in der germanischen und romanischen Auffassung über das Verhältnis zwischen Staat und Bürger, trifft nicht ganz zu. Wir Deutschschweizer stehen nicht auf dem Standpunkt der Allgewalt des Staates, aber eben so wenig ist der vom Doktrinarismus angefränkelte Standpunkt der absoluten Freiheit Wirklichkeit. Die Zensur bekämpft in erster Linie die Sensationspresse. Unwahr ist, daß die Zensur willkürlich und partiell arbeitet. Da wir die Segnungen der Neutralität genießen wollen, müssen wir auch die Pflichten eines neutralen Landes tragen. Und diese Pflichten hat der Staat als Gesamtheit der Bürger zu übernehmen. Wenn wir Schweizer uns allesamt immer an diese Einheit erinnern, dann gibt es niemals einen Graben zwischen Welsch und Deutsch. Gewiß haben wir zwei Köpfe, den feinen romanischen und den dicken deutschen Kopf. Wir wollen beide behalten. Wir haben aber nur ein Herz, das für das gemeinsame Vaterland schlägt. (Lebhafter Beifall.)

Straul-Zürich (freisinnig) vertrat den Standpunkt, daß die Erörterung über die Zeitereignisse jetzt nicht so geführt werden könne wie in gewöhnlichen Zeiten. Ein unvorsichtiges Wort könne den Brand auch für die Schweiz entfesseln.

Sacretan-Lausanne (liberal-konserverativ) wandte sich neuerdings gegen die straffe Handhabung der Zensur. Auffallend sei, daß Bundesrat Hoffmann nur Maßregelungen welscher Blätter anführte, während bekanntlich auch deutsch-schweizerische verwahrt worden seien. Der welsche Freiheitsbegriff sei unvereinbar mit dem deutschschweizerischen Standpunkt, der in der Staatshoheit das letzte Wort der Intelligenz sieht. (Heiterkeit.) Aber auf patriotischem Boden, schloß der Redner, können auch wir keinen Graben zwischen Welsch und Deutsch.

Bossi-Tessin (freisinnig) erklärte, er habe über das Eintreten aller Neutralen für Freiheit und Recht geschrieben, nicht aber für ein bewaffnetes Eingreifen der Schweiz. Der Bundesrat möge die eiserne Faust nach allen Richtungen gleichmäßig gebrauchen.

Buehlmann-Bern (freisinnig) wandte sich gegen den Vorwurf, als ob die Deutschschweizer eine mangelhafte Auffassung von Freiheit und Unabhängigkeit hätten. Ihre Geschichte schütze sie vor diesem Verdacht. Wir ordnen, führte der Redner weiter aus, die Freiheit des einzelnen der Staatsnotwendigkeit deshalb unter, um den Staat um so besser zu schützen. Der Ernst der Lage, in der wir in der Schweiz

leben, wird viel zu wenig erkannt, obwohl sich unsere Lage von Tag zu Tag verdüstert. (Zustimmung.) Darum verstehen wir gewiß Aufreizungen nicht, und wir bedauern es, daß es ein Mitglied des Rates war, das zu einem Eingreifen der Schweiz aufforderte. Wir Deutschschweizer nennen so etwas Hochverrat. Wir alle sollten beherrscht sein von dem einen Gedanken, daß wir in erster Linie Schweizer sind.

Bundespräsident Motta antwortete Bossi, mehrfach von lebhaftem Beifall unterbrochen, in italienischer Sprache: Mißgriffe der Zensur im Tessin sind zuzugeben, allein die von Bossi vertretenen Theorien sind verwerflich; sie widersprechen unserer neutralen Stellung und unserer internationalen Mission. Die „Gazette Ticinese“, das Blatt Bossis, hat mit Recht schon wiederholt Anlaß gegeben, einzuschreiten. Erst gestern hat sie sich gegenüber dem in Lugano sich aufhaltenden deutschen Gesandten beim Vatikan Unfreundlichkeiten erlaubt. Ich bin ein Anhänger der Pressefreiheit, aber es gibt einen Mißbrauch dieser Freiheit, der im gegenwärtigen Augenblick dem Staat gefährlich werden kann. Lassen wir jetzt allen inneren Streit. Unsere Beziehungen zu den Kriegführenden sind ausnahmslos gut, denn alle Staaten haben uns korrekt behandelt. Wir werden das heilige Asylrecht, das die Schweiz den Bürgern aller Staaten von jeher gewährt hat, streng beschützen und werden nicht dulden, daß gegen Angehörige irgend eines Staates das Schweizer Volk aufgehetzt wird. Unsere Ueberlieferung und unsere Aufgabe im Kreise der Völker weisen uns eine streng neutrale Stellung zu. Wir werden alles daransetzen, sie zu bewahren. (Lebhafter, anhaltender Beifall.)

Die Sozialisten Ryser (Basel) und Pflüger (Zürich) polemisierten ebenfalls gegen die Handhabung der Zensur, während Böhler (Bern, freisinnig) sich zu der Auffassung des Bundesrates bekannte.

Wuillemin (linksfreisinnig) aus Genf wendete sich heftig unter wachsender Unruhe des Hauses gegen die innere Neutralitätspolitik des Bundesrates.

Bossi polemisierte unter immer stärker werdender Unruhe und vielfachen Zwischenrufen gegen den Bundespräsidenten Motta, der als erster Tessiner seinen eigenen Kanton anschwärzte.

Bundespräsident Motta rief, daß er nicht gegen seinen Heimatkanton Tessin gesprochen habe, sondern gegen das Neutralitätswidrige Verhalten Bossis, der kein Recht habe, sich mit dem Tessiner Volk zu identifizieren. (Zustimmung.) Unter allgemeiner Unruhe schloß der Präsident Bonjour die Sitzung.

Ein Schweizerischer Einfuhrtruff.

Eine Debatte im Züricher Ständerat.

Zürich, 19. Juni. (Privattelegramm.) Schon seit längerer Zeit besteht in schweizerischen Fabrikantenkreisen das Bestreben, die Zufuhr der notwendigen Rohmaterialien durch die Gründung eines Einfuhrtruffes zu ermöglichen. Die Angelegenheit rief sofort beim Bekanntwerden eine lebhafteste Kontroverse in der Presse hervor, und da bekannt wurde, daß England dahinterstehe, um eine Kontrolle des schweizerischen Außenhandels zu erzielen, erfolgte namentlich seitens der deutschschweizerischen Presse eine lebhafteste Ab-

wechslung. Welche Bedeutung der Angelegenheit hier beigemessen wird, beweist der Umstand, daß Ständerat Winiger, der Führer der katholisch-konservativen Fraktion, im Ständerat eine diesen Gegenstand betreffende Interpellation einreichte, die gestern zur Behandlung kam und die von Angehörigen aller Fraktionen unterzeichnet war. Die Interpellanten verlangen darin Aufschluß über die Absichten des Bundesrates in Hinsicht auf die Organisation der Einfuhr von Lebensmitteln und Rohstoffen im weiteren Verlauf des Krieges. Winiger gab in seiner Begründungsrede zu, daß die Lebensmittelversorgung infolge des Entgegenkommens beider Mächtegruppen heute zu weniger Besorgnis Anlaß gebe als bei Beginn des Krieges. Daneben wies er aber auch die Rohprodukte eine große Rolle, welche erst die industrielle und gewerbliche Arbeit auf vielen Gebieten ermöglichen. Die Schwierigkeit entspringe hier aus dem Wunsche der kriegführenden Staaten, daß keine dieser Waren ins feindliche Ausland gelange. Redner kam sodann auf die Bestrebungen zur Gründung eines Einfuhrtruffes nach holländischem Muster zu sprechen, wobei er namentlich auf die oben erwähnten Widerstände hinwies.

Namens des Bundesrates antwortete der Leiter des Departements des Auswärtigen, Bundesrat Dr. Hoffmann, der die ihm überwiesene Aufgabe als doppelt dankbar bezeichnete. Die bisher erfolgte Kritik des geplanten Einfuhrtruffes erklärte er als voreilig, weil diese Maßnahmen zum Schutze des Landes sich erst im Stadium der Vorberereitung befänden. „Wir müssen“, erklärte Bundesrat Hoffmann, „von der Lage ausgehen, in der sich unser Land wirtschaftlich zurzeit befindet. Sie ist vielerlei, als sie gemeinhin beurteilt wird. Durch die Macht der Verhältnisse hat sich ein breiter Graben aufgetan zwischen dem was von Rechts wegen die Stellung unsres Landes wäre, und dem, wie sich tatsächlich unser wirtschaftliches Leben abspielen muß. Gemäß der Haager Konvention ist ein neutraler Staat nicht gehalten, die für Rechnung des einen oder andern Kriegführenden erfolgende Ausfuhr oder Durchfuhr von Waffen und Munition, überhaupt allem, was für ein Heer oder eine Flotte nützlich sein kann, zu verhindern. Erläßt er aber hierauf bezügliche Verbote oder Beschränkungen, so sind sie von ihm auf alle Kriegführenden gleichmäßig anzuwenden. Den Neutralen ist also der freie Handel sogar mit Kriegsmaterial gewährt, und die einzige Einschränkung, die eingehalten werden muß, ist die der gleichen Behandlung aller Kriegführenden. Eine neutrale Regierung muß es daher ablehnen, lediglich auf die Begehren des einen Kriegführenden gegen den andern Ausfuhrverbote zu erlassen. Solche Ausfuhrverbote werden vielmehr autonom ausschließlich im Interesse des eigenen Staates erlassen, sei es mit Rücksicht auf den Mangel genügender Vorräte für den eigenen Bedarf, sei es zum Zwecke der Beschaffung von Kom-

penisationsartikeln zum Austausch dessen, was er von einem andern Staat nur auf diesem Wege erhält. So ist die Rechtslage. Ganz anders aber sind die tatsächlichen Verhältnisse.“ Bundesrat Hoffmann wies auf die beiderseitig betriebenen ernstlichen Bemühungen der beiden Mächtegruppen hin, den Durchgang von Waren durch neutrales Gebiet in das entgegengesetzte Lager zu versperren, wobei er besonders die eigentümliche geographische Lage der Schweiz schilderte. Andererseits betonte er, daß alle kriegführenden Staaten der Schweiz gegenüber bestrebt seien, ein weitgehendes Entgegenkommen zu zeigen, das aber immer nur im Rahmen des Kriegszweckes als möglich erachtet wird. Alle Staaten haben sich der Schweiz gegenüber ausbedungen, daß die gelieferten Waren nicht in das feindliche Ausland gelangen, womit die für unser wirtschaftliches Leben sich ergebenden Bedingungen nicht nur nicht gehoben, sondern noch verschärft wurden.

Redner fuhr sodann fort: Unser hochentwickeltes industrielles Leben und seine enorme Vielgestaltigkeit haben eine Abhängigkeit von der Weltwirtschaft erzeugt, von der man sich im gegenwärtigen Kriege wohl kaum in vollem Umfange Rechenschaft gegeben hat. Es ist daher völlig ausgeschlossen, daß sich unser Land von der einen oder andern Gruppe der Kriegführenden vollständig abschließe. Es ist also nicht damit getan, daß man die Einfuhren aus oder durch die eine Staatsgruppe an die Bedingung knüpft, daß die eingeführte Ware in keiner Form in die andre Staatsgruppe gelange. Will man unsre Industrie lebensfähig erhalten, so muß sie mit den Erzeugnissen als den eingeführten Rohstoffen und Halbfabrikaten auch ins feindliche Ausland — vom Standpunkt der Kriegführenden aus gesprochen — hinausgelangen können. Dort, wo unter dem Zwang der Verhältnisse die Ausfuhr der Rohstoffe, Halbfabrikate oder Fabrikate eines Landes nur mittels einer Gegenleistung erhältlich sind, muß es uns möglich sein, dasjenige, dessen wir für die Aufrechterhaltung unsres wirtschaftlichen Lebens zwingend bedürfen, auf dem Kompensationswege zu erlangen. Bundesrat Hoffmann erklärte, sodann, daß die gegenwärtige Lage weit davon entfernt sei, schweizerischen Verhältnissen Rechnung zu tragen. Bei dem jetzigen System der Einzelbewilligung für die Aus- und Durchfuhr seien Bedingungen gestellt worden, deren Wortlaut ihn erröten ließ und von denen er annehmen müsse, daß ihre Redaktion von Seiten über-eifriger subalternen Beamten erfolgte, die nicht im Sinne der betreffenden Regierung vorgegangen seien.

Mit Bezug auf die Organisation der Einfuhr der notwendigen Rohstoffe erklärte der Vertreter des Bundesrates, daß dieselbe eine alle Spekulationen einzelner ausschließende Behandlung aller Importeure bringen solle. Sie solle eine zuverlässige, vertrauenswürdige, ausschließlich nationale Kontrolle schaffen und ebenso die freie Verwertung der schweizerischen Produkte bringen, soweit sie nicht den mit dem Kriegszweck zusammenhängenden Interessen der einzelnen kriegführenden Staaten entgegenstehen. Der schweizerischen Industrietätigkeit muß so weit als möglich ihre freie Entwicklungsmöglichkeit erhalten bleiben. Der sogenannte Einfuhrtruff soll keine staatliche Monopolisierung bilden, sondern eine rein private Gesellschaft unter vollständig wahrer der politischen Unabhängigkeit und Neutralität. Syndikatszwang ist keiner beabsichtigt. Aus dem Gesagten

Einfuhrverweigerung Einfuhrsteuer.

erheilt, daß eine solche Importorganisation von uns nur angenommen werden kann, wenn die Zahl derjenigen Rohstoffe und Nahrungsmittel, an deren Ausfuhr und Transit die Auflage absoluter Wiederausfuhrverweigerung geknüpft wird, eine mäßige ist, und wenn einer Reihe wichtiger nationaler Industrien eine freie Ausfuhrmöglichkeit auch dann gewährleistet wird, wenn sie mit den eingeführten Rohstoffen arbeitet, die an sich unter das absolute Ausfuhrverbot fallen, immerhin vorausgesetzt, daß ihre Verwendung zu direkten Kriegszwecken nicht in Frage steht. Wir müssen zum Zwecke des für unser Land eine Lebensbedingung be-

deutenden Austauschverkehrs die erforderlichen Kompensationsmöglichkeiten schaffen, und es muß uns gelingen, uns von jeder ausländischen Bevormundung freizuhalten. Die wirtschaftliche Politik des Bundesrates ist stets eine neutrale gewesen und wird auch in Zukunft eine streng neutrale sein. So kann auch gar keine andere sein, weil wir uns eine von der allgemeinen Politik losgelöste, besondere Bahn wandelnde Wirtschaftspolitik, zumal unter den gegenwärtigen so überaus schwierigen Verhältnissen, gar nicht denken können.

Der Einfuhrzoll muß, um annehmbar zu sein, die Möglichkeit schaffen, diese neutrale Stellung auch fernerhin einzunehmen. Wir sind mit unserm nördlichen Nachbar in der Hinsicht auf die Sicherstellung der loyalen Einhaltung der an die Einfuhr in die Schweiz geknüpften Verpflichtungen zu einer befriedigenden Lösung gelangt. Andererseits haben sich in den letzten Tagen unerwartete Schwierigkeiten bei der Ausgestaltung der Einfuhrorganisation gezeigt. Die abgeänderten Vorschläge der in Betracht fallenden Staatsgruppe haben uns überrascht und enttäuscht. Es handelt sich um Italien und den Dreiverband. Bei den ganz vortrefflichen Beziehungen, die wir mit allen für die Regelung dieser wirtschaftlichen Fragen in Betracht kommenden fremden Staaten unterhalten, dürfen wir wohl erwarten, daß sie der Schweiz alles ersparen werden, was eine übermäßige Beeinträchtigung ihrer freien wirtschaftlichen Tätigkeit oder gar eine unfruchtbare Minderung ihrer wirtschaftlichen Selbständigkeit bedeuten würde. In unserer eigenen Bevölkerung aber hoffen wir auf eine vorurteillose und nüchterne Beurteilung der realen Verhältnisse und auf das Vertrauen, daß unsere Behörde nichts eingehen wird, was mit der Ehre und Unabhängigkeit des Landes sich nicht vereinbaren ließe.

Der Interpellant Ständerat Biniger dankt hierauf für die Ausführungen des Bundesrates, welche den Redner in der Ueberzeugung gestärkt haben, daß von Seiten der Regierung alles getan werde, um die wirtschaftliche Existenz auch in dieser schweren Krisis zu sichern, obwohl die Schwierigkeiten offenbar wohl viel größer sind, als man gemeinhin annimmt.

Lachenal (Genf) stellte den Antrag, eine allgemeine Diskussion über dieses Thema zu halten.

Bundesrat Hoffmann ersuchte davon Abstand zu nehmen, worauf Lachenal temperamentvoll replizierte, daß er dies bedauere. Wenn eine Aussprache unterbleibe, so sei dies eine Art Zensur. Redner wollte sodann die Angelegenheit zu erörtern beginnen, wurde aber vom Präsidenten unterbrochen.

Der Ständerat lehnte hierauf mit 21 gegen die 8 Stimmen der französischen und italienischen Mitglieder der Bundesräte die Debatte ab.

20.7.1915

Die Organisation des Schweizer Einfuhrtrustes.

Bern, 18. Juni.

In der heutigen Sitzung des Ständerates begründete **Whniger** (Luzern, katholisch-konservativ) eine Interpellation, worin der Bundesrat über seine Absichten hinsichtlich der Organisation der Einfuhr von Lebensmitteln und Rohstoffen im weiteren Verlaufe der Kriegszeit um Aufschluß ersucht wird.

Bundesrat **Hoffmann**, der Vorstand des politischen Departements, führte in Beantwortung der Interpellation aus, die wirtschaftliche Lage der Schweiz sei viel ernster, als sie gemeinhin beurteilt werde. Durch die Machtverhältnisse, sagte **Redner**, hat sich ein breiter Graben aufgetan zwischen dem, was von Rechts wegen die Stellung unseres Landes wäre, und dem, wie sich tatsächlich unser wirtschaftliches Leben abspielen muß. Bundesrat **Hoffmann** erörterte die aus der Haager Konvention sich ergebenden Rechte und Pflichten eines neutralen Staates, betonte, daß die tatsächliche Gestaltung der Dinge der Rechtslage nicht entspreche, und fuhr sodann fort:

„Ein neutraler Staat kann den Wirtschaftskampf zwischen den Kriegführenden nicht mitmachen. Er kann weder nach der einen noch nach der anderen Seite Stellung nehmen. Die geographische Lage der Schweiz brachte es aber mit sich, daß sie durch Reperkussion in den Streit mit hineingezogen wird. Allerdings nehmen alle Kriegführenden stets den Standpunkt ein, daß sie der Schweiz weitgehendes Entgegenkommen beweisen werden, ein Entgegenkommen, das aber stets nur im Rahmen des Kriegszweckes für möglich erachtet wird, so daß die Schweiz wirtschaftlich trotzdem in schwere Mitleidenschaft gezogen wird. Es ist völlig ausgeschlossen, daß die Schweiz sich gegen die eine oder die andere Gruppe der Kriegführenden vollständig abschließt. Will die schweizerische Industrie lebensfähig erhalten bleiben, so muß sie mit den Erzeugnissen der eingeführten Rohstoffe und Halbfabrikate auch ins feindliche Ausland (vom Standpunkte der Kriegführenden gesprochen) hinausgelangen können. Es muß der Schweiz möglich bleiben, das, was sie für die Aufrechterhaltung des wirtschaftlichen Lebens zwingend bedarf, auf dem Kompensationswege zu erlangen. Dazu steht uns in erster Linie die Eigenproduktion zur Verfügung. Allein die Kleinheit des Landes und die Abhängigkeit seiner Industrie machen es notwendig, auch mit den eingeführten Waren zu kompensieren.

Redner erörterte in dieser Hinsicht die gegenwärtige Lage der Schweiz, die er als sehr unbefriedigend bezeichnete. Zur Behebung der Uebelstände bleibe nichts übrig, als eine Einfuhrorganisation, einen sogenannten Einfuhrtrust zu schaffen. Dieser Trust soll eine zuverlässig vertrauenswürdige, ausschließlich nationale Kontrolle schaffen und die freie Verwertung der schweizerischen Produkte aus eingeführten Waren ermöglichen, soweit nicht die mit dem Kriegszweck zusammenhängenden Interessen der einzelnen Kriegführenden Staaten entgegenstehen. Er soll der schweizerischen Volkswirtschaft die Möglichkeit geben, das, was zu einer befriedigenden Tätigkeit notwendig ist, auf dem Kompensationswege zu beschaffen und ihr nicht nur die Verfügung über die Inlandsprodukte verschaffen, sondern auch, soweit als möglich, über gewisse importierte Waren einräumen; er soll ferner der Industrie nach Möglichkeit die Benützung des Veredlungsverkehrs sichern.

Bundesrat **Hoffmann** erörterte sodann die Organisation des geplanten Einfuhrtrustes und betonte, daß es sich nicht um die Gründung einer staatlichen Institution handle, vielmehr um eine rein private Gesellschaft, was die völlige politische Unabhängigkeit und Neutralität gewährleisten sollte.

Redner kam sodann auf die Schwierigkeiten zu sprechen, die sich besonders in letzter Zeit der Bildung dieser Organisation entgegenstellen, indem die Vorschläge der in Betracht kommenden Staatengruppe dem Bundesrat überrascht und enttäuscht hätten. Bei den vorhandenen vortrefflichen Beziehungen sei aber wohl zu erwarten, daß sie der Schweiz alles ersparen werden, was eine übermäßige Beeinträchtigung ihrer freien wirtschaftlichen Selbständigkeit zur Folge haben könnte. Sollten die Verhandlungen über die Schaffung eines Einfuhrtrustes wider Erwarten nicht zu einem befriedigenden Resultat gelangen, sollte die sich alsdann ergebende Lage neue wirtschaftliche Schädigungen zeitigen und Opfer verlangen, so ist, fuhr **Redner** fort, der Bundesrat gewiß, daß sie von dem schweizerischen Volke mutig und patriotisch werden getragen werden. Grund zu irgendwelcher Beunruhigung, namentlich bezüglich der Lebensmittelversorgung, sei nicht vorhanden. Die Kriegführenden Staaten haben in dankenswerter Weise für die Schweiz die Möglichkeit geschaffen, die für die Bevölkerung erforderlichen Lebensmittel in einem Umfange einzuführen, der uns nicht nur bis jetzt

ermöglichte, ohne Not zu leben, sondern auch auf lange Zeit hinaus ausreichende Vorräte zu beschaffen und ohne große Sorge in die Zukunft zu blicken. Eine Organisation des Konsums ist bis heute nicht notwendig gewesen und wird auch zurzeit nicht ins Auge gefaßt. Sollte es wünschenswert erscheinen, so wird sich unser Volk auch eine Einschränkung willig gefallen lassen.

Der Interpellant erklärte sich von der Auskunft befriedigt und sprach dem Bundesrat das Vertrauen des Volkes in seine feste und klare Neutralitätspolitik aus.

„Preußischer Militarismus“.

Von Stadtrat Dr. Heinrich Mataja.

Mitglied des Abgeordnetenhanfes.

Eine merkwürdige Fügung hat es gewollt, daß der türkische Ueberfall unseres abtrünnigen Bundesgenossen zusammenfällt mit den kolossalen Erfolgen der verbündeten Heere in Galizien; so daß die Wiedereroberung von Przemyśl gleichsam als die Antwort auf den Treubruch Italiens erschien, die Kraftanstrengung eines Starken, der durch einen unerwarteten Ueberfall nicht eingeschüchtert, sondern aufgestachelt wird. Es ist wirklich und wahrhaftig eine Tatsache, mit der jeder Staatsmann und Politiker wird rechnen müssen, daß die militärische Macht der Verbündeten einer ganzen Welt in Waffen Trost bieten kann. Es ist heute nicht mehr vermessen, es auszusprechen, daß die ungeheure und schmerzenvolle Kraftprobe zu unseren Gunsten ausgefallen ist. Der mit den riesenhaftesten Mitteln unternommene Versuch, uns niederzuwerfen und zu zerbrechen, ist mißlungen.

Dieser ungeheure Erfolg darf aber unsere Aufmerksamkeit von der Tatsache nicht ablenken, daß es soweit gekommen ist, daß eben alle Großmächte sich zu einem Bunde gegen uns zusammengetan haben. Wenn sich seinerzeit gewaltige Koalitionen gegen das Frankreich der Revolution und gegen den großen Napoleon gebildet haben, so erscheint dies auf den ersten Blick erklärlich, da sich jeder bedroht fühlen mußte. Nicht so klar liegt die Sache in diesem Krieg. Praktische und konkrete Ziele können unter der heutigen Verhältnissen kaum zu großen Kriegsbündnissen führen. Neben den nüchternen und kommerziellen Erwägungen der Londoner City, neben mancherlei gefühlsmäßigen und neben kleinlichen und egoistischen Motiven spielt auch bei den Ursachen dieses Krieges die Furcht, die Ueberzeugung des Bedrohtseins durch die Mittelmächte, eine Hauptrolle. Nun wissen wir doch ganz genau, daß Deutschland sowohl wie Oesterreich-Ungarn keinerlei offensive Politik verfolgt haben, noch in Zukunft zu verfolgen gedenken, daß also niemand Anlaß hat, sich von uns bedroht zu fühlen. Es ist also eine der wichtigsten Aufgaben, daß wir in Zukunft in diesem Punkte im Auslande volle Klarheit schaffen.

Das Schlagwort, dem in den feindlichen Ländern Volksstimmungen sowohl, wie führende Männer unterliegen, heißt der „preußische Militarismus“. Das Bild, das sich in den Köpfen malt, ist das einer mechanisch gedrückten, jedem Winkel gehorjamen Horde kräftiger und brutaler Menschen, die nur darauf lauern, sich auf den Befehl ihres von zahlreichen Legenden umwobenen Kriegsherrn, des deutschen Kaisers, auf die anderen Völker zu stürzen. Diese hirnverrückte Idee hat sich derart festgesetzt, daß es schwer sein wird, sie wieder zu beseitigen. Und doch muß dies geschehen, wenn nicht die auf gänzlicher Unkenntnis des deutschen Wesens beruhende unbegründete Furcht immer aufs neue zu Verwicklungen Anlaß geben soll.

Das große Prinzip, von dem der Militarismus nur eine Seite darstellt, ist die ungeheure Kraft der Organisation, die die Preußen in das deutsche Volk hineingetragen haben. Arbeitsteilung und Arbeitsvereinigung sind im Deutschen Reich nicht etwa theoretisch gewürdigte oder oberflächlich erfaßte Begriffe, sie sind diesen Männern in Fleisch und Blut übergegangen. Jeder einzelne hat die feste und sichere Ueberzeugung, daß seine individuelle Tätigkeit ein Stück der Arbeit der Gesamtheit ist; daß ihm durch die Verhältnisse eine bestimmte Aufgabe zuteil wurde, in deren Lösung sein Daseinszweck und Lebenswerk besteht. Diese Lebensauffassung macht den Einzelnen zu einem bewußten und denkenden Mitarbeiter der Gesamtheit. Viel stärker als im Militarismus äußert sich dies bei der Friedensarbeit. In Deutschland gehört es nicht zum guten Ton, sich den Pflichten gegen die Allgemeinheit zu entziehen. Wenn man die Gemeinschaft, der man angehört, um die ihr gebührenden Leistungen betrügt, wenn man sich durch eigensüchtige Beweggründe in der Erfüllung seines Amtes behindern läßt, so gilt dies nicht als pöflich, sondern als unanständig. Selbstverständlich verfolgt auch dort jeder seine eigenen Zwecke und Ziele; aber er verfolgt sie im Rahmen der Gesamtinteressen, und Gewinnsucht, Eitelkeit und Ehrgeiz bilden nicht die ausschließlichen Beweggründe des Handelns. Und so wie bei der Friedensarbeit, versteht der Deutsche auch den Gesamtzweck der organisierten Wehrmacht. Der preußische Drill ist nicht sklavischer Gehorsam, sondern entspringt dem tiefen Verständnis für die Unerläßlichkeit der strengen Disziplin. Die Leute wissen es, daß die größten militärischen Operationen auf Hunderten von Kilometern, von Millionen von Menschen ausgeführt, aus den kleinen und kleinsten Handlungen der Einzelnen zusammengesetzt sind, die wie Zahnräder ineinandergreifen müssen, um systematisch angeordnet, die ungeheueren weltgeschichtlichen Vorgänge der Kriegsschauplätze herzustellen.

So im Frieden und im Kriege für die Organisation gleich verständnisvoll, ist dieses Volk zum Krieg bereit und gerüstet, aber es gibt niemanden, der einen Krieg gewünscht oder herbeigesehnt hätte. Das Gleiche gilt von uns. Auch wir haben gezeigt, daß wir einen Krieg führen können, einen Krieg, wie ihn die Weltgeschichte noch nicht erlebt hat. Auch wir blicken mit Stolz auf die ungeheuren Verdienste, die unsere Armee sich erworben hat, die beispiellose Tapferkeit unserer Soldaten aller Nationen und die militärische Tüchtigkeit der Führer. Undankbar wäre es hier, nicht besonders auf die glänzenden Leistungen der österreichischen Artillerie hinzuweisen, die unter allen Artillerien, die im Felde stehen, den ersten Platz einnimmt. So fest wir entschlossen sind, den uns aufgezwungenen Krieg bis zum Ende durchzufechten, so sehnlich wünschen wir den Frieden. Wer sich durch uns bedroht fühlt, sieht Gespenster. Aber wer uns mit Zwang und Gewalt niederbeugen will, der wird wieder und immer wieder die eiserne Faust der österreichisch-ungarischen Armee zu spüren bekommen.

20.7.1915

Kriegschronik.

13. Juni.

Einnahme von Kuze, nordöstlich Szawle. 3350 Russen gefangen.

Die gewonnenen Stellungen südlich Bolimow behauptet. 1660 Gefangene, 8 Geschütze, 9 Maschinengewehre erbeutet.

Wiedereroberung von Sieniawa. Einnahme von Mlyniska.

Südlich vom Dnjestr Tysmienica, Ilumacz und die Höhen nördlich Dlesza von der Armee Pflanzern genommen.

In Verfolgung der aus der Bukowina vom Pruth vertriebenen Russen Einrücken der Oesterreicher in Bessarabien.

Die Italiener bei Plawa über den Isonzo zurückgeworfen.

Zwei englische Dampfer, vier Fischerfahrzeuge durch U-Boote versenkt. — In weniger als einer Woche 45 Schiffe zerstört.

14. Juni.

Schwere Niederlage der Franzosen zwischen Liévin und Arras.

Südöstlich Straße Marjampol — Rowno Erstürmung der vordersten russischen Linie.

Durchbrechung der russischen Front von Czerniawa und Sieniawa. 16 000 Russen gefangen.

Viersacher Angriff der Russen bei Derzow abgeschlagen. Eroberung von Roguzno. — Russischer Massenangriff bei Zaleszczyki abgeschlagen.

15. Juni.

Zusammenbruch starker französischer Angriffe bei Liévin-Arras.

Karlsruhe durch ein großes Fliegergeschwader mit Bomben beworfen.

Daulsje erstürmt. — Jednorozec und die Czernona Gora genommen.

Die Russen bei Jaworow zurückgeworfen. Mossziska genommen.

Das deutsche Unterseeboot „U 14“ durch bewaffnete Fischereidampfer zum Sinken gebracht.

2 englische Dampfer, 1 Schoner, 2 Fischereidampfer durch U-Boote versenkt.

Rückzug der englischen Truppen in Gefechten östlich Schirati (9. März) und Taweta (29. März).

Bei den griechischen Kammerwahlen unter 316 Abgeordneten 193 Venizelisten und 100 Anhänger der Regierung gewählt.

16. Juni.

Zwei Angriffe von 4 englischen Divisionen nördlich des Kanals von La Bassée gescheitert.

Erfolgreicher Vorstoß auf der Front Lipowo — Kalwarja.

Die Russen auf der Linie vom San nördlich Sieniawa bis zu den Dnjestrümpfen östlich Sambor zurückgeworfen. — Südlich vom Dnjestr Nizniow genommen.

Vom 1. bis 15. Juni in Galizien 108 russische Offiziere, 122 300 Mann gefangen, 53 Geschütze, 187 Maschinengewehre erbeutet.

17. Juni.

Die Engländer nördlich des Kanals von La Bassée in ihre Stellungen zurückgeworfen. Südlich Souchez Kampf um ein 600 Mtr. breites Stück unserer Stellung.

Mißerfolg der französischen Angriffe bei Moulinsous-Touvent.

Zwischen Facht- und Lauch-Tal unsere Stellungen behauptet bis auf einen kleinen Verlust bei Meheral.

Rückzug der Russen auf Tarnograd. — Dahnow, Lubaczow und Niemirow erobert, Zurückdrängung der Russen über die Berejnyca und Erstürmung des Westteils von Grodel.

Angriff deutscher Marineluftschiffe auf die Nordostküste Englands.

Das französische Torpedoboot „331“ von einem englischen Dampfer bei Barsleur überrannt und gesunken.

Der schwedische Dampfer „Verdandi“ durch ein U-Boot versenkt, der Thuledampfer „Thorsten“ von den Deutschen aufgebracht. Ein englischer Dampfer versenkt.

18. Juni.

Die Engländer nördlich des Kanals von La Bassée geschlagen.

Westlich Angres, südlich Souchez, nördlich Ecurie Eindringen der Franzosen in kleine Teile unserer vordersten Stellungen. Nördlich an der Lorettöhöhe Räumung eines unserer Grabenstücke.

Deutsche Flugzeuge über Nancy, Bains-les-Bains und Gérardmer.

Einnahme von Tarnograd, Vordringen gegen den Tanew-Abschnitt. — Die Russen in die Grodel-Stellung und von Litunia gegen Kolodrobj zurückgeworfen, in Bessarabien zurückgeschlagen.

Ein englischer Dampfer, drei Fischdampfer, der norwegische Dampfer „Granit“ von U-Booten versenkt.

19. Juni.

Mißerfolg feindlicher Angriffe am Kanal von La Bassée und nördlich Arras. Wiedereinnahme einiger Grabenstücke an der Lorettöhöhe.

Die Russen auf Zapuscic-Ulanow und über die Tanew-Pauzka-Linie geworfen. Grodel und Rowarno erstürmt. Zwischen den Dnjestrümpfen und dem Strnj weitere Zurückdrängung der Russen nach Norden.

Ein italienischer Panzer von der österreichischen Flotte vernichtet.

21./VI. 1915

Kaiser und Episkopat.

Köln, 21. Juni. Die „Kölnische Volkszeitung“ teilt mit, daß die deutschen Kardinäle v. Bettinger-München und v. Hartmann-Köln an den Kaiser folgende Drahtung gerichtet haben:

Empört über die Verunglimpfungen des deutschen Vaterlandes und seines glorreichen Heeres in dem Buche „Der deutsche Krieg und der Katholizismus“ ist es uns Herzensbedürfnis, Eurer Majestät im Namen des ganzen deutschen Episkopats unsere schmerzliche Entrüstung auszusprechen. Wir werden nicht unterlassen, beim Oberhaupt der Kirche Beschwerde zu führen.

Darauf ist bei dem Kölner Erzbischof folgende Antwort eingelaufen:

„Ich danke Ihnen und Kardinal Bettinger herzlich für den Ausdruck der Entrüstung des deutschen Episkopats angesichts der schmählichen literarischen Verleumdungen des deutschen Volkes und Heeres seitens unserer Feinde. Auch diese Angriffe prallen an dem guten Gewissen und der sittlichen Kraft ab, mit denen das deutsche Volk die gerechte Sache verteidigt, und fallen auf ihre Urheber zurück.“

Wilhelm, I. R.“

21./VI. 1915

Die neue portugiesische Regierung.

Lissabon, 19. Juni.

Die Agence Havas meldet:

Das Ministerium wurde endgültig folgendermaßen gebildet:

Vorsitz, Krieg und Marine: Jose Castro; Inneres: Fernandez Silva; Justiz: Cathano Wenezes; Aeußeres: Augusto Spareas; Finanzen und Kolonien:

Morton Mattos; öffentliche Arbeiten: Manuel Monteiro; öffentlicher Unterricht: Lopez Martino.

Kriegskalender.

9. Juni: Nördlich Kolomea erreichen die siegreich vordringenden Verbündeten die Linie Kulaczkowce—Korszow, gewinnen die Höhen von Othnio, nehmen abends Stanislaw und bringen weiter gegen Galicz vor; 5570 russische Gefangene. Südlich des Njemen treten die Russen nach hartnäckigen Kämpfen bei Dembowa Ruda und Kozliszki den Rückzug auf Kowno an; an der Dubissa werfen die Deutschen durch umfassenden Angriff den russischen Nordflügel. — Der erste größere Angriff der Italiener gegen den Görzer Brückenkopf wird unter schweren Verlusten des Feindes abgeschlagen. Ebenso scheitern feindliche Angriffe bei Gradiska und Monfalcone; die Artilleriekämpfe an der Kärntner und Tiroler Grenze dauern fort. — Von der serbischen Grenze werden vereinzelt Plänkelleien und bedeutungslose Artilleriegefechte gemeldet; bei Korito wird eine montenegrinische Bande in österreichisch-ungarischen Uniformen zersprengt. — Am Ost- und Südostabhänge der Loretohöhe werden feindliche Angriffsversuche vom deutschen Feuer niedergehalten; die Deutschen räumen das Dorf Neuville; südöstlich von Hebuterne fortdauernde Kämpfe. — Deutsche Vergeltungsmaßnahmen für die Mißhandlung deutscher Kriegsgefangener in den französischen Kolonien. — Der amerikanische Staatssekretär Bryan tritt wegen einer Differenz mit Wilson in der „Lusitania“-Affäre zurück.

10. Juni: Die Angriffskolonnen der Armee Pflanzers-Baltin erreichen unter fortdauernden Kämpfen Oberthyn und die Höhen süblich Horobentka; in der Bukowina überschreiten I. u. I. Truppen den Pruth und werfen südwestlich Kozmann starke russische Kräfte zurück; aus der Gegend von Nikolajow—Kohathn vorgehende neue russische Kräfte werden von Teilen der Armee Linsingen abgewehrt; östlich von Stanislaw und bei Galicz wird der Feind verfolgt. Westlich der Dubissa gehen die Deutschen vor aus Nordosten herangebrachten russischen Verstärkungen in die Linie Bethgola—Zoginie zurück. — An der Isonzofront werden neuerliche Uebergangversuche der Italiener bei Plava, Gradiska und Segrado abgewiesen. — Eines unserer Fliegergeschwader belegt das Arsenal und die pyrotechnische Anstalt in Tragujevac mit Bomben. — Unser Unterseeboot „U IV“ versenkt bei San Giovanni di Medua einen von sechs Zerstörern geschützten englischen Kreuzer Typ Liverpool. — Französische Mißerfolge bei Neuville und Le Mesnil. — Türkischer Sieg bei Seddul Bahr; 15.000 Tote und Verwundete der Engländer und Franzosen. — Absendung der amerikanischen „Lusitania“-Note.

Äußerungen des Papstes über den Krieg.

Wien, 22. Juni.

Die „Liberte“ veröffentlicht ein Gespräch mit Papst Benedikt XV., das mancherlei interessante Äußerungen enthält. Der Papst hat bisher in keiner Weise besondere Sympathie für die Zentralmächte geäußert und das Benehmen mancher Priester war so geartet, daß eher eine Unterstützung der Nationalisten daraus entstand. Papst Benedikt XV. führt jedoch in dem Gespräch an, daß alle Behauptungen über die belgischen Greuel seitens der Deutschen durch Gegenbehauptungen beantwortet werden. Der Fall der „Lusitania“ sei tief erschütternd, aber eine Blockade, welche Millionen unschuldiger Geschöpfe zum Hungerleiden verurteilt, scheine auch nicht von menschlichen Gefühlen eingegeben. Der Papst erklärt, der Krieg Italiens gefährde die Interessen des Heiligen Stuhles. Die italienische Regierung gebe zwar Proben guten Willens, aber die Dinge verlaufen doch nicht zur Zufriedenheit. Die Siegel an einem Brief des Patriarchen von Venedig wurden erbrochen. Man hat Garden einberufen, die der Papst zur Gewährleistung seiner Sicherheit braucht. Die Beziehungen des Heiligen Stuhles zu den Zentralmächten sind **praktisch unterdrückt.** Der

Papst sagt: Rom ist ein ewig geschürter Brandherd. Wie wird das Volk eine Niederlage aufnehmen, wie sich betragen, wenn Italien scheidet? Die Zukunft ist dunkel und der Schutz für den Heiligen Stuhl ist gemindert. Schon jetzt zeigt sich in Italien Mißvergnügen über diese Worte und es fehlt auch nicht an Drohungen, durch welche der Papst veranlaßt werden soll, diese Äußerungen zu dementieren. Vielleicht wird jetzt die liberale Partei Italiens die Lehre ziehen, daß der Papst keineswegs einverstanden sei mit der Heße gegen Deutschland und Oesterreich-Ungarn, sondern im Gegenteil mit Besorgnis den kommenden Ereignissen entgegensteht, und die Beeinträchtigung seiner persönlichen Sicherheit und den Bruch des Garantiegesetzes schmerzlich und als eine empfindliche Wunde fühlt.

Paris, 22. Juni.

Die „Liberte“ veröffentlicht eine Unterredung des Papstes mit ihrem Mitarbeiter Latapie. Der Papst erinnerte zunächst an seine verschiedenen Interventionen zugunsten des Friedens und bedauerte, nichts tun zu können, um das Ende des Krieges zu beschleunigen. Er mißbillige jede Ungerechtigkeit, wo immer sie begangen werde, aber es wäre weder angebracht noch nützlich, die Autorität des Papstes in den Streit der Kriegsparteien zu ziehen. Der Papst könne im Vatikan keine ständigen Verhandlungen und Untersuchungen ausführen lassen.

Auf die Frage Latapies, ob es notwendig sei, eine Untersuchung durchzuführen, um zu wissen, ob die Neutralität Belgiens verletzt worden sei, erwiderte der Papst:

„Dies war unter dem Pontifikate Papst Pius X.“

Der Papst fügte hinzu: Die Deutschen und die Oesterreicher bestreiten alle gegen sie erhobenen Anschuldigungen und erheben ihrerseits Anklagen. Der Bischof von Cremona versichert, daß die italienische Armee 18 österreichische Priester als Geiseln mitnahm. Oesterreichische Bischöfe versichern, die russische Armee nahm katholische Priester als Geiseln mit.

Die Deutschen erklären, daß die Bevölkerung Löwens auf ihre Truppen schoß, und erklären auch, daß die Franzosen Beobachtungsposten auf den Türmen der Kathedrale von Reims hatten. Andererseits erklärten Vertreter von sieben Kongregationen Belgiens dem Kardinalstaatssekretär, daß sie in ihrer Kongregation keinen einzigen Fall von Gewalttätigkeit zu verzeichnen hätten.

Der Papst fuhr sodann fort: Wir werden die Bibliothek in Löwen wiederherstellen und zum Wiederaufbau der Kathedrale beitragen. Jeder Schuß auf die Kathedrale von Reims widerhallte in meinem Herzen, aber die Stunde ist noch nicht gekommen, um die Wahrheit aus allen widersprechenden Behauptungen herauszuschälen. Der Vatikan ist kein Gericht, wir fällen keine Urteile. Der Richter ist dort oben!

Latapie sprach sodann von der Verhaftung des Kardinals Mercier und der Torpedierung der „Lusitania“.

Der Papst entgegnete: Bezüglich des Kardinals Mercier werde ich Sie in Erstaunen versetzen. Er war niemals verhaftet und kann ganz nach seinem Belieben in seiner Diözese umhergehen. Ich erhielt vom Generalgouverneur Belgiens, dem Generalobersten v. Bissing, einen Brief, worin er versichert, er werde künftig mit der größten Energie alle Gewaltakte gegen Kirchen und Gottesdiener unterdrücken und verfolgen.

Mit tiefer Bewegung erklärte der Papst: „Ich kenne keine fürchterlichere Tat, als die Versenkung der „Lusitania“. Aber glauben Sie, daß eine Blockade, welche Millionen unschuldiger Geschöpfe zum Hungerleiden verurteilt, etwa von menschlichen Gefühlen eingegeben ist?“

Schließlich fügte der Papst hinzu, er werde nach dem Kriege vielleicht einen Syllabus herausgeben, worin die Doktrinen der Kirche über Kriegsbräuche zusammengefaßt und die Rechte und Pflichten der Kriegsführenden für die Zukunft geregelt würden. Man werde darin zweifellos die Beurteilung aller während des Krieges begangenen Verbrechen finden.

Romano, 22. Juni.

Der von der Pariser „Liberte“ veröffentlichte Bericht über ein Gespräch ihres Redakteurs Latapie mit dem Papste enthält nach den italienischen Wiedergaben auch folgende bemerkenswerte Äußerungen des Papstes:

Italiens Krieg gefährde die Interessen des Heiligen Stuhles und versetze den Papst in eine unsichere Lage. Die italienische Regierung gebe zwar Proben guten Willens und die Beziehungen des Heiligen Stuhles zu ihm seien gebessert, aber die Dinge verlaufen noch nicht zur vollen Zufriedenheit des Papstes. Es ist beispielsweise die Garde, welche zur Gewährleistung der persönlichen Sicherheit des Papstes und der ihn umgebenden kirchlichen und künstlerischen Dienste, nicht unangestastet geblieben. Italien hat 20 Gardisten, mehrere Offiziere, schwer zu ersetzende vatikanische Beamte sowie Nobelgarden zum Heeresdienste einberufen.

Der Papst vermag nicht, mit seinen Getreuen zu verkehren. Die italienische Regierung hatte zwar freien Geheimdienstverkehr für die Vertreter der bei dem Papste beurlaubten Staaten angeboten, aber unter Kontrolle und Verantwortlichkeit des Heiligen Stuhles. Das war zu gefährlich. Dem Papste wären Indiskretionen über Kriegssachen zugeschrieben worden. Der Papst lehnte dies ab. Der Heilige Vater empfing das Versprechen, in Freiheit, ohne Kontrolle der Zensur, zu korrespondieren, doch der Staatssekretär des Papstes hat heute einen Brief vom Patriarchen von Venedig empfangen, dessen **Siegel erbrochen waren. Ebenso hat das vati-**

kanische Buztribunal mehrere Privatbriefe geöffnet empfangen. Die Beziehungen des Papstes mit den mit Italien verfeindeten Völkern sind praktisch unterdrückt. Deren Vertreter haben Italien verlassen müssen. Die Garantien und Mittel Seiner Heiligkeit sind geschwächt. Der Heilige Vater fürchtet bei allem Vertrauen zu der gegenwärtigen italienischen Regierung, den Ungewissheiten des italienischen öffentlichen Lebens ausgesetzt zu sein. Rom ist ein ewig geschürter Brandherd. Wie wird das Volk eine Niederlage aufnehmen, wie sich betragen, wenn Italien scheidet? Alles hat seinen Gegenstand und der Papst fühlt sich heute minder geschützt.

Die Zukunft ist dunkel. Die Stunde zur Beschleunigung des Friedens scheint dem Papste nicht gekommen, aber er erwartet sie feierhaft und wird die erste dargereichte Hand ergreifen. Der Papst darf sich nur zugunsten des Friedens rühren, wenn der Erfolg sicher ist, sonst würde er seine von Gott verliehene moralische Autorität schwächen.

„Corriera della Sera“ wünscht ein energisches Dementi dieser päpstlichen Äußerungen und verlangt Erklärungen entgegengesetzter Natur, da sonst höchst bedauerliche Konsequenzen eintreten könnten.

23./VII. 1915

Kriegskalender.

11. Juni: Truppen der Armee Pflanzer werfen den Feind aus seinen Stellungen nördlich Ottynia, bei Oberthn und Horodenta und drängen gegen das Südufer des Dnjestr heran; östlich Czernowiz wird ein russischer Angriff abgewiesen. — Ein neuerlicher Angriff der Italiener gegen den Görzer Brückenkopf bricht im Feuer dalmatinischer Landwehr zusammen; an der Kärntner Grenze wird ein starker feindlicher Angriff auf den Freikofl abge schlagen; in Tirol scheitert der Vorstoß einer italienischen Brigade an unseren Stellungen bei Peutelestein. — Nordöstlich der Lorettohöhe sowie nördlich und südlich von Neuville scheitern französische Vorstöße; nördlich von Geurie fortdauernder heftiger Nahkampf; am Wege Serre-Mailly ein unbedeutender Fortschritt der Franzosen; nördlich von Le Mesnil bis nördlich von Beausjour-Fme. bricht ein Angriff starker französischer Kräfte unter schwersten Verlusten gänzlich zusammen. — In der Nordadria versenkt ein I. u. I. Tauchboot das italienische Unterseeboot „Medusa“. — Italienische Kriegsschiffe bombardieren den Hafen von San Giovanni di Medua. — Durch ein deutsches U-Boot werden an der englischen Küste zwei englische Torpedoboote vernichtet; die französische Bark „La Liberté“ und die russische Bark „Thomuzina“ durch deutsche U-Boote zerstört. — Der türkische Kreuzer „Midilli“ vernichtet im Schwarzen Meere einen Torpedobootzerstörer.

12. Juni: In Galizien überschreiten die Verbündeten nordöstlich von Horodenta den Dnjestr und nehmen Zaleszczyki ein; die Orte Jezierzany und Niezwiska nördlich Oberthn erstürmt; in der Bukowina geben die Russen ihre letzten Stellungen am Pruth auf; die Armee Linsingen greift den von Norden gegen ihren Flügel vorgehenden Feind an; Zurawno wird zurückerobert und der Feind in die Brückenköpfe bei Mhynisko und Zydaczow zurückgeworfen; feindliche Angriffe bei Halez und auf Stanislaw abgewiesen. An der Dubissa mißlingen feindliche Vorstöße; nördlich Praszynsz sowie an der Rawla halbwegs Wolimow—Sochaczew erfolgreiche deutsche Angriffe. — An der italienischen Front schiebt sich der Feind in einzelnen Grenzräumen allmählich an unsere Stellungen heran; feindliche Angriffe auf die Uebergänge in der Gegend des Monte Paralba werden abgewiesen. — In dem Nahkampf nördlich Geurie werden die Franzosen trotz mehrmaligen Einsetzens frischer Kräfte geworfen; feindliche Angriffe in den Dünen nordöstlich von Neuport und bei Mannelensverre, auf dem Osthange der Lorettohöhe und gegen Souchez werden abge schlagen. — Unruhen in Moskau. — Veröffentlichung des Wortlautes der amerikanischen Note an Deutschland. — Wiederaufnahme des Transitverkehrs durch Rumänien.

13. Juni: In Südostgalizien nehmen die Truppen der Armee Pflanzer Tysmenica, Tlumacz und die Höhen nördlich Olesza; unsere aus der Bukowina über die Reichsgrenze vordringenden Truppen werfen den Feind aus starken Stellungen und besetzen bei dessen Verfolgung mehrere Ortschaften in Bessarabien; in Mittelgalizien wird der Brückenkopf von Sieniawa wieder genommen. In Nordwestrußland wird Kuze bei Szawle von den Deutschen erstürmt. 3350 russische Gefangene. — Bei Plava werden Versuche der Italiener, den Nonzo zu überschreiten, abge schlagen; im Kärntner und Tiroler Grenzgebiete fortgesetzter Geschützkampf. — Bei Neuport, Dignuiden, nördlich Arras und bei Hebuterne Artilleriekämpfe; Luneville wird mit Bomben belegt. — In Albanien besetzen die Serben Tirana.

Anarchie in der Sozialdemokratie

„Es geht um die Einheit und Einigkeit der Partei!“ Mit diesen Worten schließt das sozialdemokratische „Hamburger Echo“ eine Betrachtung über die gegenwärtigen Zustände in der sozialdemokratischen Partei. Sie müssen mit ärger sein, als selbst nach den zahlreichen, sich vielfach überstürzenden Meldungen über tiefgehende Gegensätze unter den Führern der Partei bisher angenommen werden konnte. Hier der Beweis: Mit der Begründung: „In allem gibt es eine Grenze, über die rückwärts und vorwärts nicht ohne Schaden für das Ganze gegangen werden kann; wir glauben, daß diese Grenze jetzt erreicht ist,“ wird dem „Hamburger Echo“ unter der Ueberschrift „Die Grenze“ aus Berlin wörtlich geschrieben:

„Die Opponenten in der Partei gegen deren Stellung zum Kriege haben ihre Machinationen zur Zerstörung der Parteeinheit nun organisiert und suchen Verwirrung und Mißtrauen gegen Parteivorstand, Reichstagsfraktion und Parteiauschuß jetzt nicht mehr wie zuerst einzeln und hier und dort, sondern organisiert und systematisiert zu verbreiten. Es ist eine Art „Wohlfahrts-Ausschuß“ eingesetzt, der als „schwarzes Kabinett“ die offiziellen Beschlüsse zunächst äußerlich mitvertritt, um sie nachher desto heftiger anzugreifen. In allen Vertreterkörperschaften der Partei sitzen seine Vertrauten und benutzen ihre Mitwisserschaft nicht zur Stärkung, sondern zur Zerstörung der Einheit der Organisation. Die Absichten dieser Parteizerstörer kann man unter dem Belagerungszustand nicht mit dem richtigen Namen nennen und nicht aus den richtigen Ursachen erklären, ohne in den Verdacht einer Denunziation zu geraten. Das wissen die Herrschaften und darum treiben sie ihr Handwerk um so ungenierter.“

Dies Treiben tobt sich jetzt nicht mehr allein in den Spalten der „Berliner Tagewacht“ aus, deren Redakteur offen erklärte, mit amerikanischem Geld die Opposition in der deutschen Partei stärken zu wollen, das Treiben begnügt sich nicht mehr mit dunklen Broschüren und Flugblättern, die unwissende und unschuldige gute Menschen mit Polizei und Gericht in Konflikt gebracht haben —, dies alles genügt nicht mehr, um die Partei zu verwirren und ihre Organisation zu untergraben. Jetzt gehen die „Mutigsten“ offener vor: Zirkulare, Broschüren und Aufrufe werden mit Namensunterschrift an die Presse, an die Organisationsleitungen und Fraktionen versandt und finden ihren Weg auch sonst, um ihrem Ziele näherzukommen.

Der neueste dieser namentlichen Angriffe auf die Parteeinheit ist eine Herausforderung, die sogar neben Eduard Bernstein und Karl Rautsky auch der eine Parteivorstehende, Haase, unterzeichnet hat. Im Text, oft wörtlich, stimmt dieses Pronunziament überein mit einem Zirkular, das wenige Tage vorher an die gesamte Partei- und Gewerkschaftspresse sowie an Parteiorganisationen versandt wurde; zugleich liegt eine neue Broschüre von 88 Seiten über den „Klassenkampf gegen den Krieg“ vor, die Briefe, Protokolle und andere Vertraulichkeiten an die Öffentlichkeit zerrt. Alle diese Dinge haben die gleiche Quelle, alle die gleiche Absicht, die Parteigenossen gegen ihre selbstgewählten Vertreter aufzuwühlen und die mit überwältigender Majorität gefassten Beschlüsse der Vertreterkörperschaften als Parteiverrat zu verleumden, um sich selbst als Retter der Partei aufzuspielen. Auch der Inhalt ist immer gleich: Neben eines Herrenhäuslers, mehrerer bürgerlicher Abgeordneter und des bayerischen Königs wie des Reichszanzlers werden als Umschwung der deutschen Regierungspolitik, seifrißiert, vorgeführt, als „Annexionspolitik“ ohne ernste sachliche Kritik gebrandmarkt, um dann mit der Forderung zu schließen, die Politik des 4. August 1914 aufzugeben, weitere Kredite zu verweigern, die nationale Einheit gegen die Feinde Deutschlands zu sprengen.“

Angesichts solcher Zustände kann von einer Parteeinheit kaum noch gesprochen werden. In Württemberg ist schon eine sozialdemokratische Sonderorganisation geschaffen worden. Nach der „Dortmunder Arbeiterzeitung“ besteht eine internationale Organisation, die überall vorbereitende Arbeit trifft, die deutsche sozialdemokratische Partei in die Luft zu sprengen. Kurz: die radikalen Elemente, die seit dem Anfang des Krieges die Haltung der Mehrheit der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion beschden, treiben es zum Bruch in der Partei. „Man macht“ — sagt das „Hamburger Echo“ — „den Weltkrieg zu einer Parteifrage.“

Die gegenwärtigen Zensurverhältnisse erschweren eine offene Auseinandersetzung, so daß eine Lösung der Wirren — sei es durch einen Ausgleich oder einen Bruch — verzögert wird.

Zwist im sozialdemokratischen Partei Vorstand.

Von den Wirren in der Sozialdemokratie ist auch der Parteivorstand nicht unberührt geblieben. Wir haben mehrfach hervorgehoben, daß die Reichstagsabgeordneten Haase und Scheidemann, die beide Vorsitzende der Reichstagsfraktion und Mitglieder des Parteivorstandes sind, über die Bewilligung der Kriegskredite und des Etats verschieden urteilen. Am Sonnabend hat Abg. Haase zusammen mit Eduard Bernstein und Karl Kautsky in der „Leipz. Volksztg.“ mit Namensunterschrift einen Aufruf „Das Gebot der Stunde“ veröffentlicht. Darin wird unter Bezugnahme auf Eroberungsabsichten einflussreicher Kreise das Aufgeben der bisherigen parlamentarischen und außerparlamentarischen Haltung der sozialdemokratischen Partei verlangt. War diese öffentliche Stellungnahme des Vorsitzenden gegen die Mehrheit der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion schon ungewöhnlich, so wirkt das Vorgehen des Abg. Haase erst recht eigenartig angesichts der Erklärung, die heute gegen ihn im „Vorwärts“ veröffentlicht wird:

Der Genosse Haase, der das Amt eines Vorsitzenden der Partei und der Reichstagsfraktion in seiner Person vereinigt, hat in keiner der beiden Körperschaften Anträge auf eine Aktion im Sinne seines Aufrufs gestellt oder irgendeine Mitteilung von der Absicht seines Vorgehens gemacht. Getreu unserer am 4. August abgegebenen Erklärung, daß wir jeden Eroberungskrieg verurteilen, haben wir schon seither jenen Eroberungsäußerungen entgegengewirkt und den Friedensgedanken gefördert. An der prinzipiellen Geneigtheit der beiden Körperschaften, dieses auch fernerhin zu tun — selbstverständlich unter Wahrung der Interessen des eigenen Landes und Volkes als höchsten Gebotes der Stunde! — konnte daher kein Zweifel bestehen. Es lag sonach nicht der mindeste Anlaß zu einem derartigen Pronunziamento vor. Wenn darin von der Einmütigkeit der Partei geredet wird, so sind wir der Ueberzeugung, daß diese durch nichts schwerer gefährdet wird als durch ein solches Vorgehen.

Diese Erklärung ist unterzeichnet: „Die Mitglieder der Vorstände der Partei und der Reichstagsfraktion: Bartels, Braun, David, Rich. Fischer, Gerisch, Molkenbühr, Herm. Müller, Pfannkuch, Scheidemann, Wels.“ Eine Anmerkung lautet: „Die Genossen Ebert und Hoch sind heute (21.) nicht in Berlin anwesend.“

Nicht unterzeichnet ist die vorstehende Erklärung gegen den Abg. Haase von den Mitgliedern des Parteivorstandes: Dikmann (Frankfurt a. M.), Luise Fiech und Wengels. Der erste von diesen drei — Parteisekretär Dikmann — hat ein Flugblatt unterzeichnet, das „Berlin, den 9. Juni 1915“ an den Vorstand der

sozialdemokratischen Partei Deutschlands und an den Vorstand der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion gerichtet ist und dessen Inhalt nach der „Leipz. Volksztg.“ „ein entschiedener und scharf begründeter Appell an die beiden Körperschaften ist, die mit dem 4. August eingeschlagene Politik der Partei zu ändern.“ Nach dem „Vorwärts“ stellt das Flugblatt, das übrigens mit der Angabe ihrer Stellung von neun Redakteuren des „Vorwärts“ und fünf Redakteuren der „Leipz. Volksztg.“ unterzeichnet ist, „unter Hinweis auf die jüngsten politischen Vorgänge ebenfalls ähnliche Forderungen an die Parteinstanzen wie die drei obengenannten Genossen (Haase, Bernstein, Kautsky) in ihrem Aufruf.“ — Das Flugblatt trägt die Unterschrift von 25 Frauen und neben Mehring und Adolf Hoffmann die Unterschriften von 12 Reichstagsabgeordneten: Albrecht, Gentke, Herzfeld, Horn-Dresden, Kunert, Ledebour, Liebnecht, Rehle, Schwarz, Stadthagen, Stolle, Vogtherr.

22./VI. 1915

Die Reichsregierung gegen Preßangriffe.

Die Norddeutsche Allgemeine Zeitung schreibt: In der Deutschen Tageszeitung wird seit einiger Zeit fast täglich eine leidenschaftliche Kampagne geführt, in der mehr oder minder offen in dem Tone der Eingeweihtheit den Lesern die Augen über die angeblichen Gefahren geöffnet werden sollen, die dem deutschen Ansehen im allgemeinen und der energischen Kriegsführung gegen England im besonderen durch eine schlappe Haltung der Regierung in den bekannten Differenzen mit Amerika wegen des U-Bootkrieges drohen sollen. Auf der einen Seite wird der Ansehen erweckt, als ob amtliche Kreise um des lieben Friedens mit Amerika willen daran dächten, die Ueberlegenheit der deutschen Tauchbootwaffe preiszugeben, auf der andern Seite scheut man nicht vor der Torheit der Behauptung zurück, daß die Vermehrung der Zahl unserer Feinde durch die Vereinigten Staaten eine ganz gleichgültige Sache wäre. In der Montagsnummer verteidigt sich die Deutsche Tageszeitung zu kaum mehr verhüllter Verpottung des in den deutschen Notizen an Amerika eingenommenen Rechtsstandpunktes und zu einem persönlichen Angriff auf den leitenden Staatsmann.

Die Männer, die die Verantwortung tragen, Gefahren und Vorteile gegeneinander abzuwägen haben, werden nicht dadurch berührt, wenn ihnen direkt oder in allerlei Umschreibungen Kleinmut, Schlappheit oder Rückenmärkertum vorgeworfen wird. Sie machen vollen Anspruch auf die Gefühle der nationalen Kraft und Würde, die der

Marinemitarbeiter der Deutschen Tageszeitung allein zu vertreten glaubt.

Ein solches Treiben ist lediglich geeignet, der kaiserlichen Regierung die Aufgabe zu erschweren, bei Friedigung des Streitpunktes mit Amerika nicht nur die Kampfkraft unserer Waffen zu erhalten, sondern auch schädigende Rückwirkungen auf die politische Gesamtsituation zu vermeiden. Im Interesse der Landesverteidigung wie der auswärtigen Politik muß erwartet werden, daß diese mit leeren Gerüchten und unpolitischen Gefühlen der Entrüstung arbeitende Propaganda ein Ende nimmt.

* * *

Das Erscheinen der Deutschen Tageszeitung ist vom Oberkommando in den Marken bis auf weiteres verboten worden.

Die albanische Ruß.

Als bald nach dem Anschluß Italiens an den Dreiverband Einzelheiten über den Umfang der von Rom aus gestellten und vom Dreiverbande bewilligten Forderungen bekannt wurden, setzte sich die Beunruhigung der leitenden serbischen Staatsmänner, die sich schon vorher hinter verschlossenen Türen recht lebhaft geäußert hatte, zu lauten Aeußerungen und Protesten um. Der ehemalige Ministerpräsident Zuba Stojanowitsch, der vor der italienischen Kriegserklärung nicht ohne Erfolg in Petersburg auf die Innehaltung der Serbien gemachten Versprechungen bezüglich der adriatischen Küste bestanden hatte, ging schleunigst nach Rom und machte dort kein Hehl aus den Erklärungen, die er Herrn Sfasonow sowie dem Direktor für die Angelegenheiten des nahen Orients im russischen Ministerium des Aeußern, Herrn Gulkewitsch, abgezwungen hatte. In den Mitteln hatte er ja insofern schon damals nicht gerade rosigem Lage der russischen Heere nicht allzu wünschlich zu sein brauchen. Sicherlich hat darunter der Hinweis auf die Möglichkeit einer Verständigung mit Oesterreich-Ungarn keine geringe Rolle gespielt, nachdem dahingehende Gerüchte geschickt von Nisch aus in die Oeffentlichkeit gebracht worden waren. Herr Sfasonow besaß sich denn auch, in Rom seine Ansicht laut werden zu lassen, die Italiener möchten in ihrer Politik nicht von der Achtung des Nationalitätsgrundsatzes abweichen — für einen russischen Außenminister übrigens ein köstlicher Rat —, im besonderen aber auch dahin streben, sich das Vertrauen der Serben zu erringen.

In der Sache versuchte man von Petersburg aus, zunächst Zeit zu gewinnen, und halb trieben denn auch die Bemühungen ganz deutlich einem Provisorium zu: Serbien sollte seine Interessen in Albanien ebenso wahrnehmen dürfen wie Italien bis zur endgültigen Regelung durch die Friedensbestimmungen. In diesem Sinne betätigte sich besonders der neue russische Gesandte in Rom, von Giers, dessen Vorgänger (Strupenski) gerade darüber zu Fall gekommen war, daß er in Rücksicht auf die Serbien gemachten Zugeständnisse gegen die italienischen Forderungen nach Beherrschung der adriatischen Gestade und der dalmatinischen Inseln gewisse Einwendungen erhoben hatte. Herr von Giers kannte solche Bedenken nicht. Er versprach, was verlangt wurde, und kümmerte sich den Teufel darum, ob dabei derselbe Scheit zweimal ausgestellt wurde. In Nisch wies er dahingehenden Befürchtungen gegenüber schelmisch darauf hin, daß ein Vertrag ja zunächst nur ein Vertrag sei, und die praktische Regelung den Friedensverhandlungen vorbehalten bleibe, in Italien appellierte er ziemlich deutlich an die Opportunität, die es vorteilhaft erscheinen lasse, gemeinsamen Freunden gegenüber auch ein gewisses Maß von Großmut zu erweisen.

Man sieht, eine wirkliche Verständigung zwischen Serbien und Italien ist nicht einmal versucht worden, da es sich für den Dreiverband ernsthaft eben weder um serbische noch um italienische Interessen handelte, sondern einzig und allein um die Hilfe dieser beiden Staaten. So ist es denn auch nicht weiter verwunderlich, daß

Serbien überhaupt nicht eingeladen worden ist, an den Verhandlungen zwischen dem Dreiverbande und Italien, die doch seine Interessen recht nahe berühren, teilzunehmen. Man stellte es einfach vor die vollendete Tatsache und gestattete ihm sowohl wie Italien, ohne jede Rücksicht auf die Interessen und Wünsche der albanischen Bevölkerung, den Krieg in ein Land hinein zu tragen, das mit dem Konflikt zwischen den Großmächten nicht das Geringste zu tun hat.

Nun hat sich aber die Lage neuerdings dadurch zugespitzt, daß Serbien sich in aller Form von dem Ausschlußmittel des Provisoriums lossagte, und zwar dadurch, daß an Stelle der Banden, die zunächst die albanische Grenze überschritten hatten, um für Serbien gleichsam inoffiziell zu retten, was zu retten war, reguläre serbische Truppen traten. Diese sind inzwischen bis auf die Hügel vor Durazzo vorgestoßen, und das Kabinett Pasitsch hat gleichzeitig dafür gesorgt, daß die bekannte Lösung seiner auswärtigen Politik, nach der erobertes Gebiet ohne weiteres zum Bestandteil Serbiens wird, nicht in Vergeßheit gerate. Wie ernsthaft damit an den zunächst beteiligten Stellen auch gerechnet wird, geht aus der Geschwindigkeit hervor, mit der sich auch Griechenland und Montenegro ihre albanischen Ansprüche seitdem zu sichern suchen, wodurch natürlich der Bissen für Italien nicht gerade mündgerechter gemacht wird.

Zu den mancherlei Konflikten in dem vom Standpunkte der Einzelinteressen so wider natürlichen Verband unserer Gegner ist also ein neuer getreten, dessen Lösung für die Gestaltung der Dinge im nahen Orient nach dem Kriege von erheblicher Bedeutung sein wird. Nicht als ob anzunehmen wäre, daß Italien und Serbien ihre Streitigkeiten mit Gewaltmitteln zum Austrage bringen werden. Vielmehr ist, solange beide Mächte zum Entente-Komplex gehören, kaum zu bezweifeln, daß sie sich den von diesem ausgehenden Grundfragen fügen und nebeneinander in Albanien festsetzen werden. Das Loch in der Rechnung besteht nur darin, daß es doch nachgerade mehr als fraglich geworden ist, ob bei dem Nisse-Kraden der Friedensverhandlungen die Herren der Entente die süßen Kerne verteilen werden. Es dürfte also sowohl Rom wie Belgrad wenig nützen, daß man mit geschwinden Fingern die harte Schale der albanischen Ruß umkammert. In Belgrad namentlich sollte die Erkenntnis nachgerade zum Durchbruch gekommen sein, daß der Krieg den Serben kaum noch etwas geben kann. Die Agence Havas hat ja allerdings in diesen Tagen der Bedrängnis das Gegenteil versichert und in der von ihr beliebten Weise den Erfolg ihrer Verheißungen bereits vorausgenommen. So kamen die schönen Meldungen zustande, die von einer serbischen Offensive gegen Oesterreich-Ungarn schwadronierten und natürlich auch gleich mit Siegesfanfaren schmetterten. Das war vor

drei Wochen. Die Botschaft haben wir gehört, allein auch in London, Petersburg und Paris dürfte der Glaube nachgerade abhanden gekommen sein. Vielleicht ahnt man doch jetzt, daß es auf die Dauer eben doch nicht angeht, ein Volk zur Außerachtlassung seiner nächstliegenden eigenen Interessen einzufangen. In Belgrad wird man nämlich zu wenig erfreulichen Ergebnissen kommen, wenn man sich ernsthaft die Frage vorlegt, ob der Rat, den Nistic in der letzten Stunde seines Lebens gegeben hat — wonach die Serben immer mit Rußland und immer gegen Oesterreich-Ungarn sein sollten —, wirklich besser war als die Einsicht Vladan Georgewitschs, daß das serbische Volk stets das Kleingeld gewesen sei, mit dem Rußland seine Politik bezahlt habe.

Erklärungen über Erklärungen.

Der Vorsitzende der sozialdemokratischen Partei, Reichstagsabgeordneter Haase, wendet sich heute im „Vorw.“ gegen die Mehrheit des Parteivorstandes mit folgender Erklärung:

Unter der Ueberschrift „Zur Klarstellung“ erlassen die Mitglieder des Vorstandes der Partei und der Reichstagsfraktion eine Erklärung gegen mich, weil ich mich unterfange habe, mit den Genossen Eduard Bernstein und Karl Rautsky in einer Parteizeitung einen Artikel „Das Gebot der Stunde“ zu veröffentlichen. Ein eigenartiges Verfahren und eine in jeder Beziehung neue Erscheinung des Partei-Lebens! Mir wird vorgeworfen, daß ich in keiner der beiden Körperschaften Anträge auf eine Aktion im Sinne meines Aufrufes gestellt oder irgendeine Mitteilung von der Absicht meines Vorgehens gemacht habe. Nun ist allgemein bekannt, daß ich im Sinne jenes Artikels seit Kriegsausbruch unaufhörlich im Vorstande der Partei und der Fraktion tätig gewesen bin. Der erste Vorwurf geht also fehl; und der zweite mutet recht sonderbar an. Er erinnert sehr stark an die Gracchen, die sich über Aufruhr beklagen. Seit Monaten haben einige Mitglieder des Vorstandes, welche jetzt Stellung gegen mich nehmen zu müssen glauben, Artikel und offene Briefe in die Welt gesetzt, ohne dem Vorstand der Partei oder der Fraktion vorher Mitteilung davon zu machen; sie haben sich bemüht, die Partei für gewisse Parolen, so die Parole des Durchhaltens, zu gewinnen, ohne daß der Vorstand vorher davon in Kenntnis gesetzt worden war. Keine öffentliche Zensur ist ihnen deswegen von irgendeinem Vorstandsmitgliede erteilt worden. Danach scheint mehr der Inhalt des Artikels als die Tatsache der Veröffentlichung vor der Mitteilung an den Vorstand für die neue Methode maßgebend zu sein. Die Mitglieder des Partei- und Fraktionsvorstandes, welche bisher schreiben, was sie im Interesse der Partei zu schreiben für nötig oder nützlich hielten, übten damit ihr gutes Recht aus, das ich ihnen nie bestritten habe, wenn ich auch an ihren Ausführungen Kritik übte, soweit ich sie für falsch hielt. Das, was den anderen recht war, muß mir billig sein, und ich lehne es jedenfalls ab, mir das Recht der freien Meinungsäußerung beschränken zu lassen. Die Einmütigkeit der Partei wird durch Entrüstungspolitik nicht gefördert; wohl aber wirkt im Interesse des Zusammenschlusses der Partei, wer Meinungsverschiedenheiten sachlich erörtert, und daß der Artikel: „Das Gebot der Stunde“ streng sachlich gehalten ist, hat mir noch jeder zugegeben, der mit mir darüber gesprochen hat.

Reichstagsabg. Ebert, der neben Haase Vorsitzender der sozialdemokratischen Partei ist, schreibt heute im „Vorw.“:

Der Erklärung der Mitglieder der Vorstände der Partei und der Reichstagsfraktion gegen den von den Genossen Bernstein, Haase und Rautsky in der „Leipziger Volkszeitung“ vom 19. Juni veröffentlichten Aufruf: „Das Gebot der Stunde“ schließe ich mich an.

Der „Vorwärts“ selbst sucht die Bedeutung der gestrigen Erklärung der Mehrheit des Parteivorstandes abzuschwächen, indem er schreibt:

Wir bemerken noch zu der Erklärung der Mitglieder des Partei- und Fraktionsvorstandes, daß es sich um eine Zuschrift einzelner Mitglieder, nicht der Körperschaften als solcher handelt, denen die genannten Mitglieder angehören. Die Parteivorstandsmitglieder Luise Zieg und Wengels haben sich der Erklärung nicht angeschlossen. Vom Genossen Hoch liegt noch keinerlei Erklärung darüber vor.

Die sozialdemokratische Bezirkskommission für das westliche Westfalen, Dortmund-Hörde, Bochum-Gelsenkirchen, Recklinghausen-Borken, Hamm-Soest, Warendorf-Lüdinghausen, Münster-Coesfeld, Mhaus-Tecklenburg, Arnsberg-Olpe-Meschede, hat folgende Erklärung angenommen und veröffentlicht:

Die Bezirkskommission verurteilt ganz entschieden das parteierstörende Treiben der in Deutschland ansässigen

Sintermänner der „Berliner Tagwacht“ und insbesondere den durch die Veröffentlichung von Berichten über interne Verhandlungen aus der Budgetkommission in der „Berliner Tagwacht“ begangenen Vertrauensbruch. Die Bezirkskommission fordert vom Parteausschuß und vom Parteivorstand unverzüglich die Ergreifung der entschiedensten Maßnahmen, um diesen Leuten das Handwerk zu legen. Das erfordert das Ansehen, die Reinheit und die Disziplin der großen deutschen sozialdemokratischen Partei.

Die sozialdemokratische Kreisconferenz des Wahlkreises Teltow-Beeslow-Charlottenburg, der im Reichstag vertreten wird durch den Abg. Zubeil, hat mit großer Mehrheit folgenden Beschluß gefaßt:

„Die Kreisconferenz des Wahlkreises Teltow-Beeslow usw. kann das Verhalten derjenigen Parteimitglieder, die in besonderen Zusammenkünften außerhalb des gegebenen Organisationsrahmens in parteitaktischen und Organisationsfragen auf eigene Faust Aktionen unternehmen, nicht billigen. Diese Zusammenkünfte bergen die Gefahr in sich, die Einheit der Partei zu untergraben. Die Kreisconferenz verurteilt die Benützung des Namens der Arbeiterbildungsschule oder anderer Parteieinrichtungen für Zusammenkünfte, die außerhalb der Organisation veranstaltet werden.“

Die sozialdemokratische „Münchener Post“ wendet sich gegen Haase, Rautsky, Bernstein wie folgt:

Was das Gebaren der Parteigenossen Haase usw. so sehr merkwürdig macht, ist ihr schroffes Verhalten gegen die deutschen Parteigenossen und ihr Uebersehen der dem Vorgehen der deutschen Scharfmacher ähnlichen Haltung maßgebender und führender, sogar in den Regierungen führenden Personen der überwältigenden sozialdemokratischen Mehrheit in den gegnerischen Ländern. Es nützt nichts, hier Kamele schlucken und Mücken sehen zu wollen. Vor allem müssen die früheren Führer der Internationale sich auf sich selbst besinnen. Das andere ist Politik im luftleeren Raum.

24./VII. 1915

Ansprache König Ludwigs anlässlich des Falles von Lemberg.

München, 23. Juni.

Nach der Siegesfeier auf dem Marienplatz wandten sich die Teilnehmer an der Kundgebung zum Wittelsbacher Palais, um dort dem König ihre Huldigung darzubringen. Es waren etwa 10.000 Personen, die sich um das Palais versammelten. Nachdem die „Wacht am Rhein“ und „Deutschland, Deutschland über alles“ verklungen waren, erschien das Königspaar auf dem Balkon des Palais. Hier richtete der König folgende Ansprache an die Menge:

„Ich danke Ihnen, daß Sie hieher gekommen sind, daß Sie sich mit mir freuen über das siegreiche Vordringen unserer und unserer verbündeten Armeen. Wir sind dadurch dem Frieden vielleicht nähergerückt; aber noch lange heißt es Geduld haben und ausharren, bis unsere Feinde in Ost, West und Süd vollständig niedergeworfen sind.

Daß wir heute schon so weit gekommen sind, das verdanken wir in erster Linie unseren tapferen Truppen, die Sieg auf Sieg errungen haben, das verdanken wir aber auch den Zurückgebliebenen, die durch ihren aufopfernden Fleiß die Arbeitskräfte der im Felde Stehenden zu ersetzen wußten, unserer Industrie, unserer Landwirtschaft, die es uns, eingekreist von Feinden, ermöglichen, aus eigener Kraft den Bedürfnissen des Landes und des Heeres gerechtzuwerden und unser Volk zu ernähren, nicht zuletzt unserer arbeitenden Bevölkerung, die, wie wenige anderer Länder, für das Wohl des Ganzen eingestanden ist.

Aber es heißt noch ausharren. Viele von Ihnen haben durch den Verlust lieber Angehöriger schon schwere Opfer bringen müssen; es stehen noch große Opfer bevor. Möge der Gedanke Ihnen zum Troste gereichen, daß Sie gebracht werden in großer Zeit für die große Sache unseres Landes, des Reiches und des ganzen deutschen Volkes. Nochmals danke ich Ihnen. Gott befohlen!“

Die Menge dankte dem König durch brausende, nicht endenwollende Beifallkundgebungen für die innigen Worte und stimmte sodann die Königshymne an. Hierauf formierten sich die Teilnehmer zum Zuge nach der preussischen und österreichisch-ungarischen Gesandtschaft.

Die Fortsetzung des englischen Aus- hungerungskrieges.

Beschränkung der Ausfuhr nach den neutralen Staaten.

London, 23. Juni.

Das Neuter-Bureau meldet:

Das Unterhaus befaßte sich in allen Lesungen mit dem Gesetz, betreffend die Beschränkung der Ausfuhr. Diesem Gesetze soll Ende der Woche eine Kabinettsorder folgen, wodurch die Ausfuhr aller Güter nach den Niederlanden, ausgenommen solche an den Overzeetrust, verboten wird. Dasselbe Gesetz kann auch auf andere neutrale Staaten angewendet werden.

Im Laufe der Debatte sagte der Unterstaatssekretär des Neuzern Robert Cecil, die Regierung wüßte zu verhindern, daß Deutschland Baumwolle erhalte, wolle aber gleichzeitig die gesetzlichen Rechte der Neutralen schützen. Wie die Geschichte der letzten zehn Monate lehre, wäre es wenig klug, wenn England gegenüber den Neutralen nicht fair und gerecht handelte. Die Schwierigkeit der Frage sei, wie die beiden Standpunkte zu kombinieren seien.

Brethman (Unionist) jagte namens des Handelsamtes, daß schon seit längerer Zeit eine teilweise Abmachung mit dem Overzeetrust bestehe, die nach den Berichten der Konsuln befriedigende Ergebnisse hatte. Das vorgeschlagene Gesetz solle dem Durchfuhrhandel nach Deutschland durch Holland, den es zweifellos gäbe, ein Ende machen, wenn es auch nicht möglich sei, einen solchen Handel vollständig zu verhindern. Die Bill sei nicht nur auf Holland anwendbar, sie passe auch für andere neutrale Länder. Die Importeure in diesen Ländern würden vielleicht den Vorteil eines solchen Abkommens einsehen und ähnliche Vorkehrungen wünschen. Die Bill berühre die Frage der Kontenbande nicht. Sie sehe für die Adressaten und Schiffer Strafen bis zu 500 Pfund Sterling oder zwei Jahren Gefängnis

vor. Brethman erklärte weiter, man wolle nicht nur die einzelnen Frachten, sondern auch die Gesamteinfuhr jedes Artikels nach neutralen Ländern im Auge behalten und die Ausfuhr jedes Artikels, von welchem mehr nach einem Lande geht, als es normalerweise braucht, verhindern.

Preussisches Abgeordnetenhaus.

Berlin, 23. Juni. Das Abgeordnetenhaus beschäftigte sich heute mit dem Berichte der Budgetkommission über die von der Regierung erteilten Auskünfte betreffs der wirtschaftlichen Kriegsmassnahmen. Die Anträge der Kommission gipfeln in dem Ersuchen an die Regierung, die Ernährung des Volkes, des Heeres und der Marine im wesentlichen in der Weise zu regeln, daß an Stelle der Kriegsgetreidegesellschaft eine Reichsgetreidestelle geschaffen werde, welcher die Beschaffung, Verwaltung und Ruhbarmachung der Getreidebestände übertragen werde.

Der Referent über die Frage der Volksernährung betonte, man könne der Zukunft mit ruhiger Entschlossenheit entgegensehen.

Der Referent über die Frage der Industrie stellte fest, daß, wenn die heutige Lage aufrechterhalten bleibe, Deutschland durchhalten werde, möge der Krieg noch so lange dauern.

Sodann wurde die Weiterberatung auf morgen vertagt.

Am Schlusse der Sitzung erbat und erhielt der Präsident unter dem allseitigen lebhaften Beifall die Ermächtigung, folgendes Glückwunschtelegramm abzuschicken:

„An den Oberstkommmandierenden der österreichisch-ungarischen Armee!

Eurer kaiserlichen und königlichen Hoheit habe ich die Ehre, im Namen des versammelten preussischen Abgeordnetenhauses die wärmsten und aufrichtigsten Glückwünsche zu der Wiederoberung Lembergs und Befreiung Galiziens von der Fremdherrschaft, dieser schönen Waffentat der Eurer kaiserlichen und königlichen Hoheit unterstehenden Truppen, ehrfurchtsvoll zu übermitteln. Mögen mit Gottes Hilfe unsere verbündeten Truppen in ihrem Siegeslauf bald weitere ebenso glänzende Erfolge beschieden sein.

Der Präsident des preussischen Abgeordnetenhauses
Graf Schwerin-Loewitz.“

Die wirtschaftlichen Kriegsmaßnahmen in Preußen.

Berlin, 24. Juni. Das Abgeordnetenhaus setzte heute die Beratung über die wirtschaftlichen Kriegsmaßnahmen fort.

Der Vizepräsident des Staatsministeriums Delbrück stellte den wirtschaftlichen Erfolg, den Deutschland bisher errungen hat, fest und betonte, daß die Kommissionsverhandlungen das Vertrauen des Parlaments und des Landes, zu dem was geschehen ist und geschehen soll, stärkten und dem großen Ziele dienen, das deutsche Volk zu stählen in dem Willen, auszuharren bis zum letzten, endgültigen Sieg. (Lebhafter Beifall.)

Abg. Wiener (fortschrittlich) betonte, die Entschlossenheit durchzuhalten, komme, was kommen mag.

Abg. Braun (Sozialdemokrat) forderte die Regierung auf, keine Gelegenheit zu verabsäumen, um zu einem baldigen Friedensschluß zu gelangen. Eine Eroberungspolitik würde den unseligen Krieg nur verlängern. Das deutsche Volk wolle keine Eroberungen, es wolle einen Frieden ohne Demütigung und ohne Vergewaltigung.

Der Vizepräsident des Staatsministeriums Delbrück erklärte, die Kriegsoffer können nur erfolgreich gebracht werden, wenn die Erwerbskreise einander unterstützen. Die Regierung erstrebe eine möglichst billige und ausreichende Volksernährung, müsse aber auch trachten, die Landwirtschaft leistungsfähig zu erhalten. Im Kriege könne nur der Gedanke vorherrschen, den Krieg so zu beenden, daß wir nicht nochmals Krieg führen müssen. (Sehr richtig!) Dieses Ziel, das der Reichskanzler und die Regierung sich stecken, müßten auch die Sozialdemokraten verfolgen, wenn sie Verständnis für die wahren Interessen des Vaterlandes hätten. (Anhaltender Beifall bei den Bürgerlichen, Lärm bei den Sozialdemokraten.)

Unter fortgesetzten Zwischenrufen der Sozialdemokraten, die mehrfach zur Ordnung gerufen wurden, gaben die Redner der bürgerlichen Parteien ihrem Bedauern über die von den Sozialdemokraten in die Debatte getragene Disharmonie Ausdruck und sprachen sich für ein Durchhalten aus, bis der Sieg errungen ist, der den dauernden Frieden sichert.

Die Zuversicht des endlichen vollen Sieges.

Am Schlusse der Sitzung führte der Präsident aus, daß die Ereignisse auf dem südlichen Kriegsschauplatz die ruhige Auffassung rechtfertigen, womit die italienische Kriegserklärung aufgenommen wurde. Aber auch sonst haben wir heute weniger als je Anlaß, uns in der gewissen Zuversicht des endlichen vollen Sieges erschüttern zu lassen. Der russische Koloss, diese gewaltigste aller uns entgegengeführten Heeresmassen, welche England — wie immer bei seinen Kriegen — nur glaubte vor den Wagen spannen zu brauchen, um des

Sieges über uns sicher zu sein, kann heute schon wenigstens in der Hauptmacht als nahezu gebrochen betrachtet werden. Die schweren Niederlagen, welche die Russen während der letzten Wochen in Galizien Schlag auf Schlag erlitten und welche soeben zur Wiedereroberung Lembergs geführt haben, werden sehr bald auch die Befreiung ganz Galiziens von der russischen Herrschaft zur Folge haben, worüber wir die berechnigte Siegesfreude unserer treuen Bundesgenossen von ganzem Herzen teilen. Zu irgendeiner kraftvollen Offensive aber wird die russische Armee nach der Ansicht der maßgebendsten militärischen Sachkenner in absehbarer Zeit nicht mehr fähig sein.

An der Westfront scheiterte die dritte gegnerische Offensive an der Granitmauer

unserer braven Truppen, welche nicht eingeraunt werden kann. Den Seekrieg gegen England in der jetzigen Form wollten wir nicht. Nachdem Englands Kriegführung ihn uns aufgezwungen hat, gibt es für uns nur ein unerbittliches „Durch“, bis England seine Kriegführung gegen uns und die uns befreundeten, wirklich neutralen Staaten ändert und auf seine ungerechte Alleinherrschaft auf dem Weltmeere zugunsten der vollen Gleichberechtigung aller sechshundert Völker verzichtet.

Der Präsident schloß: Die Fabrikation des Kriegsmaterials stellt die Ueberlegenheit unserer Industrie über jeden Zweifel, und so dürfen wir an allen Fronten der Entwicklung der Dinge mit voller Zuversicht entgegenzusehen. Was wir in den vergangenen Kriegsmonaten an Beweisen der militärischen, wirtschaftlichen und finanziellen, namentlich an der inneren moralischen Kraft des Volkes erfahren haben, bietet uns eine so starke Bürgschaft für ein siegreiches Durchhalten, daß niemand ein Recht hat, daran zu zweifeln. Gott wird fernerhin unsern Waffen den Sieg, dem Volke Kraft, Ausdauer und unbegrenzte Opferwilligkeit verleihen. (Lebhafter Beifall.)

In das Hoch auf das Vaterland, das Heer und den Obersten Kriegsherrn stimmten die Bürgerlichen begeistert ein.

Sodann wurde die Sitzung geschlossen.

In der folgenden gemeinsamen Sitzung der beiden Häuser des Landtages, in welcher der Präsident des Herrenhauses den Vorsitz führte, verlas der Vizepräsident des Staatsministeriums Delbrück die königliche Botschaft betreffend die Schließung der Session des Landtages, worauf der Präsident die Sitzung mit dem Ruf schloß: Kaiser Wilhelm, unter dessen Leitung unsresiegreichen Heere zum Sieg geschritten sind und mit Gottes Hilfe einen ruhmvollen Frieden erkämpfen werden, lebe hoch! Lebe hoch! Hoch!

Die Anwesenden stimmten begeistert in den dreimaligen Hochruf ein.

Kriegskalender.

14. Juni: Westlich und südöstlich Jaroslau wird die russische Front durchbrochen und der Feind unter den schwersten Verlusten zum Rückzuge gezwungen; auch bei und südöstlich Moscisla tritt der Feind den Rückzug an; bei Derzom werden vier starke russische Angriffe blutigst abgeschlagen; nordwestlich Zurawno bringen die Verbündeten gegen Zhdaczow vor und erobern Boguzno; nördlich Zaleszczyki bricht ein starker russischer

Nachtangriff unter großen Verlusten in unserem Feuer zusammen. Nordwestlich Szawle erstürmen die Deutschen einige feindliche Stellungen; südöstlich der Straße Mariampol—Kowno wird die vorderste russische Linie genommen. — Bei Blava wird ein italienischer Nachtangriff abgewehrt. — Die an der Front zwischen Lievin und Arras heftig angreifenden Franzosen erleiden eine schwere Niederlage; am Nerkanal werden englische Angriffe abgewiesen. — Vizeadmiral Nicol wird zum Chef des französischen Dardanellengeschwaders ernannt. — Kriegstagung des kroatischen Landtages.

Die schwarz-gelbe Fahne in Budapest.

Budapest, 24. Juni. (Meldung des Ungarischen Telegraphen-Korrespondenzbureaus.) Das Palais des Ministerpräsidiums hat ebenso wie alle übrigen Gebäude der Ministerien und staatlichen sowie städtischen Behörden anlässlich der Feier der Rückeroberung der Stadt Lemberg auch die schwarz-gelbe Fahne gehisst.

Kriegsdebatte im preussischen Abgeordnetenhaus.

B. Berlin, 24. Juni. Das Abgeordnetenhaus setzte heute die Beratung über die wirtschaftlichen Kriegsmassnahmen fort.

Der Vizepräsident des Staatsministeriums Delbrück stellte den wirtschaftlichen Erfolg, den Deutschland bisher errungen hat, fest und betonte, daß die Kommissions-Verhandlungen das Vertrauen des Parlaments und des Landes zu dem, was geschehen ist und geschehen soll, stärkten und dem großen Ziele dienten, das deutsche Volk zu stählen in dem Willen, auszuhalten bis zum letzten endgültigen Sieg. (Lebhafter Beifall.)

Abg. Braun (Sozialdemokrat) forderte die Regierung auf, keine Gelegenheit zu verabsäumen, um zu einem baldigen Friedensschluß zu gelangen. Eine Eroberungspolitik würde den unseligen Krieg nur verlängern. Das deutsche Volk wolle keine Eroberungen, es wolle einen Frieden ohne Demütigung und ohne Vergewaltigung.

Der Vizepräsident des Staatsministeriums Delbrück erklärte, im Kriege könne nur der Gedanke vorherrschen, den Krieg so zu beenden, daß wir nicht nochmals Krieg führen müssen. (Sehr richtig!) Dieses Ziel, das der Reichskanzler und die Regierung sich steckten, müßten auch die Sozialdemokraten verfolgen, wenn sie Verständnis für die wahren Interessen des Vaterlandes hätten. (Anhaltender Beifall bei den Bürgerlichen, Lärm bei den Sozialdemokraten.)

Unter fortgesetzten Zwischenrufen der Sozialdemokraten, die mehrfach zur Ordnung gerufen wurden, gaben die Redner der bürgerlichen Parteien ihrem Bedauern über die von den Sozialdemokraten in die Debatte getragene Disharmonie Ausdruck und sprachen sich für ein Durchhalten aus, bis der Sieg errungen ist, der den dauernden Frieden sichert.

Am Schlusse der Sitzung führte der Präsident aus, daß die Ereignisse auf dem südlichen Kriegsschauplatz die ruhige Auffassung rechtfertigen, womit die italienische Kriegserklärung aufgenommen wurde. Aber auch sonst haben wir heute weniger als je Anlaß, uns in der gewissen Zuversicht des endlichen vollen Sieges erschüttern zu lassen. Der russische Koloss, diese gewaltigste aller uns entgegengeführten Heeresmassen, welche England — wie immer bei seinen Kriegen — nur glaubte vor den Wagen spannen zu brauchen, um des Sieges über uns sicher zu sein, kann heute schon, wenigstens in der Hauptmacht, als nahezu gebrochen betrachtet werden. Die schweren Niederlagen, welche die Russen während der letzten Wochen in Galizien Schlag auf Schlag erlitten und welche soeben zur Wiedereroberung Lembergs geführt haben, werden sehr bald auch die Befreiung ganz Galiziens von der russischen Herrschaft zur Folge haben, worüber wir die berechnete Siegesfreude unserer treuen Bundesgenossen von ganzem Herzen teilen. Zu irgend einer kraftvollen Offensive aber wird die russische Armee nach der Ansicht der maßgebendsten militärischen Sachkenner in absehbarer Zeit nicht mehr fähig sein.

An der Westfront scheiterte die dritte gegnerische Offensive an der Granitmauer unserer braven Truppen, welche nicht eingerannt werden kann. Den Seekrieg gegen England in der jetzigen Form wollten wir nicht. Nachdem Englands Kriegführung ihn uns aufgezwungen hat, gibt es für uns nur ein unerbittliches „Durch“, bis England seine Kriegführung gegen uns und die uns befreundeten wirklich neutralen Staaten ändert und auf seine ungerechte Alleinherrschaft auf dem Weltmeere zugunsten der vollen Gleichberechtigung aller seefahrenden Völker verzichtet.

Der Präsident schloß: Die Fabrikation des Kriegsmaterials stellt die Ueberlegenheit unserer Industrie über jeden Zweifel, und so dürfen wir an allen Fronten der Entwicklung der Dinge mit voller Zuversicht entgegensehen. Was wir in den vergangenen Kriegsmonaten an Beweisen der militärischen, wirtschaftlichen und finanziellen, namentlich an der inneren moralischen Kraft des Volkes erfahren haben, bietet uns eine so starke Bürgschaft für ein siegreiches Durchhalten, daß niemand ein Recht hat, daran zu zweifeln. Gott wird fernerhin unseren Waffen den Sieg, dem Volke Kraft, Ausdauer und unbegrenzte Opferwilligkeit verleihen. (Lebhafter Beifall.)

In das Hoch auf das Vaterland, das Heer und den obersten Kriegsherrn stimmten die Bürgerlichen begeistert ein.

Sodann wurde die Sitzung geschlossen.

In der folgenden gemeinsamen Sitzung der beiden Häuser des Landtages, in welcher der Präsident des Herrenhauses den Vorsitz führte, verlas der Vizepräsident des Staatsministeriums, Delbrück, die königliche Botschaft betreffend die Schließung der Session des Landtages, worauf der Präsident die Sitzung mit dem Rufe schloß: Kaiser Wilhelm, unter dessen Leitung unsere siegreichen Heere zum Siege geschritten sind und mit Gottes Hilfe einen ruhmvollen Frieden erkämpfen werden, Lebe hoch! Lebe hoch! Hoch!

Die Anwesenden stimmten begeistert in den dreimaligen Hochruf ein.

Die englische Munitionsvorlage im Unterhause.

Eine Rede Lloyd-Georges.

London, 24. Juni.

Bei der Einbringung des Gesetzentwurfes, betreffend die Vermehrung der Munitionserzeugung, führte Lloyd-George im Unterhause aus:

Der Munitionsmangel infolge des großen Verbrauches in diesem Kriege ist dem Feinde ebenso bekannt wie den Engländern selbst. Die Kriegsdauer, die Verluste an Menschenleben, der schließliche Sieg oder die Niederlage hängen von der Frage ab, ob der Munitionsbedarf genügend gedeckt werden kann. Die Alliierten seien, sowohl in der Anzahl der Mannschaften als auch in der Qualität überlegen, welche der des Feindes nicht allein gleichkomme, sondern sie, wo es darauf ankomme, übertriffe. Die Erzeugung von Geschossen bei den Zentralmächten betrage, soweit seine Informationen gingen, 250.000 Stück täglich. Sein Besuch in Frankreich habe ihn sehr beruhigt bezüglich der Frage, was Frankreich bereits getan habe und noch tun könne. Wenn England in den nächsten Monaten ebenso viel erzeugen könnte wie die französischen Fabriken wahrscheinlich zu versetzen imstande seien, würden die Verbündeten eine bedeutende Überlegenheit in den Geschossen haben. Alle technisch geschulten Kräfte und Chemiker des britischen Reiches müßten mobil gemacht werden. Seit Errichtung des Munitionsministeriums seien bereits große Granatenaufträge vergeben worden. Er erwarte, daß in einer Stadt allein 250.000 Geschosse monatlich hergestellt werden können. Das Land sei in zehn Munitionsgebiete unter sachverständigen Ortsausschüssen eingeteilt worden. Der Staat werde vielleicht die Kontrolle über den Metallmarkt übernehmen, um einer Verschwendung des kostbaren Materials zuvorzukommen.

Lloyd-George legte den Nachdruck darauf, wie wichtig es sei, über geübte Arbeiter zu verfügen. Die Zahl der Maschinengewehre sei in ein paar Wochen zu verdoppeln, was zur Vermeidung von Verlusten und zur Behauptung von Stellungen von höchstem Belange sei.

Lloyd-George führte ferner aus, daß sich die Produktion einiger Fabriken verdoppeln werde, sobald die hemmenden Regeln der Gewerkschaften außer Kraft wären und keine Streiks und Aussperrungen vorkämen. Die Arbeiter der Munitionsindustrie und die Dockarbeiter hätten sich bereit erklärt, alle Differenzen einem Schiedsgericht zu unterbreiten, und die Arbeitgeber erklärten sich bereit, daß der Gewinn der Fabriken, in denen die neuen Bestimmungen gelten, herabgesetzt werden solle. Die Arbeiterarmee sei gebildet und sei überall, wo sie gebraucht werde, bereit, in der Munitionsindustrie zu arbeiten. Weiter seien Maßregeln getroffen worden, um das Zusammenarbeiten zwischen Frankreich und England enger zu gestalten, da es verschiedene Dinge gebe, welche die Länder für einander erzeugen.

Lloyd-George führte sodann aus, Deutschland habe immer Kriegsmaterial aufgestapelt und sei mit jedem Freund geblieben, bis es mit den Vorbereitungen fertig war. Während der Balkankrise habe sich Deutschland so bescheiden und anspruchlos (!) wie möglich gebärdet, hatte für Frankreich ein freundliches Lächeln bereit, behandelt Rußland als Freund und ging mit England Arm in Arm durch die Kanäle von Europa. Wir waren, sagte Lloyd-George, wirklich der Meinung, daß der Zeitabschnitt des Friedens und der Freundschaft angebrochen sei. Im selben Augenblick aber erzeugte und verbergte Deutschland bereits enorme Mengen Kriegsmaterial, um die Nachbarn damit im Schlafe zu überfallen und zu ermorden (!). Wenn eine solche Zerrführung der Völker untereinander Erfolg hat, wird

künftig jede Grundlage für freundschaftliche internationale Beziehungen zusammenstürzen. Es ist für den Weltfrieden nötig, daß dieser Plan mißglückt, und es ist unsere Pflicht, dafür zu sorgen, daß er mißglückt. (Lauter Beifall.)

London, 24. Juni.

Lloyd-George sagte bei der Einbringung der Bill, betreffend die Vermehrung der Munitionserzeugung, noch folgendes:

Die Überlegenheit Deutschlands ist besonders bei dem schweren Geschütz, den Geschossen von hoher Explosivkraft, den Gewehren und vielleicht am meisten bei den Maschinengewehren hervorgetreten. Die Deutschen hatten offenbar den Charakter des Krieges wie keine andere Macht vorausgesehen. Sie vergewaltigten sich, daß er ein großer Schützengrabenkrieg sein würde, und stellten entsprechendes Kriegsmaterial her. Die Schwierigkeit für England war wesentlich die Frage der Maschinerie und die Arbeiterfrage. Die vorhandenen Arsenale waren außer Stande, selbst die alte Armee zu versorgen. Der Minister beklagte es, daß gewisse Firmen mit dem zur Herstellung der Munition notwendigen Material zurückhielten, um höhere Preise zu erzielen. Verschiedene Lieferanten hätten die Lieferungsfristen nicht eingehalten; andernfalls wäre die Lage Englands ziemlich befriedigend. Die Lieferung von Maschinengewehren sei durch Arbeitermangel verzögert worden. Redner erwähnte die die Arbeit beschränkenden Regeln der Gewerkschaften, wobei die ungeschriebenen Regeln die schlimmsten seien, indem die Arbeiter gehindert werden, mit voller Kraft zu arbeiten. Die geschriebenen Regeln der Gewerkschaften, betreffend die Einstellung ungelerner Arbeiter und Frauen, könne man durch Gesetz oder Vereinbarung mit den Gewerkschaften beseitigen, aber um die ungeschriebenen Regeln los zu werden, müsse man an die Ehre der Arbeiter appellieren, was nicht erfolglos sein werde.

Der Minister gab dem Wunsche Ausdruck, daß auch Bergleute, Baumwollarbeiter und andere Arbeiter die obligatorischen Schiedsgerichte annehmen. Aber wenn sie es ablehnen, so halte er es gegenwärtig für unratsam, einen Streit mit ihnen anzufangen, da sie ihren Patriotismus durch zahlreichen Eintritt in die Armee bewiesen hätten. Es werde jetzt der Versuch gemacht, die in die Armee eingetretenen Mechaniker in die Werkstätten zurückzurufen, soweit sie sich noch im Lande befänden. Betreffs des Mangels gelernter Arbeiter unternehmen es die Gewerkschaftsführer mit Hilfe der Regierungsmaschinerie, binnen sieben Tagen eine genügende Zahl Arbeiter anzuwerben. Wenn das gelinge, so bestehe keine Notwendigkeit, von dem Prinzip der Freiwilligkeit abzuweichen. Indessen müßten die freiwillig Angeworbenen sich streng verpflichten, den Arbeitsvertrag einzugehen. Es werde ein Munitionsgericht errichtet werden, um Unpünktlichkeit und Trägheit der Arbeiter zu bestrafen. Die Gewerkschaften hätten als Bedingung ihrer Zustimmung zur Munitionsbill gefordert, daß die Gewinne der Arbeitgeber beschränkt würden. Der Walliser Grubenbesitzer Thomas sei zum Vertreter des Munitionsministeriums für Kanada und die Vereinigten Staaten ernannt worden. Er werde mit Vertretern der kanadischen und amerikanischen Regierung zusammenwirken.

25./11. 1915

Aus der deutschen Schweiz.

von einem Spezial-Berichterstatter.

Kanton Thurgau, im Juni.

„Die Neutralität der Schweiz“ — das war in diesen Tagen das Hauptthema in der Versammlung der schweizerischen Landesväter. Und dieses Thema bewegte auch die Gemüter der Bürgerkreise unseres kleinen Landes auf das lebhafteste. Besonders die Deutschschweizer empfinden die ganze Zensur- und Neutralitätsdebatte im Nationalrat äußerst peinlich, und allgemein hört man hier den Wunsch: Die Erörterung der leidigen Angelegenheit vor der breiten Öffentlichkeit wäre besser unterblieben! Wüßte man doch aus den verschiedensten Vorurtheilen, daß ein Teil der heißblütigen Welschschweizer rücksichtslos seine Sympathien und Antipathien gegenüber den kriegsführenden Staaten zum Ausdruck brachte — unbekümmert um die etwa aus ihrer Handlungsweise entstehenden Folgen. Und als die oberste Landesbehörde — der Bundesrat — die Gefahr erkennend, durch strenge Maßnahmen, scharfe Zensur usw., den heißblütigen Herrschaften etwas die Flügel beschnitt — da gab es natürlich bitterböse Gesichter. Als die Proteste dieser Herren gegen die Maßnahmen der Regierung ohne Erfolg blieben, da griff man zum letzten, äußersten Mittel: in der Bundesversammlung wollte man öffentlich der Landesregierung zeigen, daß „ein großer Teil der Landesväter“ die „freie Meinungsäußerung“ und die „offene Sympathieumgebung“ befürwortete. Aber der Erfolg war — nicht nur in der Bundesversammlung, sondern auch in gesamt-schweizerischen Landestheilen — ein jämmerliches Fiasko der „führenden“ Herren!

Die Krawalle gegen die Deutschen und Deutschschweizerischen Professoren in Freiburg, die Beschimpfungen gegenüber deutschschweizerischen Soldaten in einzelnen welschschweizerischen Orten, von denen früher berichtet werden mußte, gingen nur von Teilen der Bevölkerung aus, die von einer gewissen Presse aufgehetzt waren. Es spielt sich hier fast derselbe Vorgang ab, den man auch in Italien vor der Kriegserklärung an Oesterreich-Ungarn beobachten konnte, nur mit dem Unterschied, daß die italienische Sekspresse unter dem Protektorat der Regierung stand, während in der Welschschweiz die Sekspresse der schweizerischen Regierung das Protektorat aufzuwingen möchte. Das wird aber nie glücken. Bundespräsident Motta — selbst ein Tessiner und genauer Kenner seines Volkes — konnte dem freibaren „Landesvater“ Bossi mit Recht vorhalten, daß er nur seine eigene Meinung vertritt und nicht die des Tessiner Volkes. Und auf

diesen Einwand des Bundespräsidenten mußte der hiesige Herr Bossi still sein.

Und wahrlich: Herr Bossi — Redakteur der tessinischen Gazzetta Ticinese und als solcher strupellos in seinen Ausfällen gegen ihn unsympathische kriegsführende Staaten (Deutschland), strupellos in der Verherrlichung der italienisch-französischen Taten — muß geradezu mit Blindheit geschlagen sein, wenn er die Stimmung in seinem Gesamt Vaterland nicht sieht und dessen freien Willen, die absolute Neutralität der Schweiz aufrechtzuerhalten, nicht bemerkt. Hätte der temperamentvolle Herr nur einmal Gelegenheit gehabt, hier in der deutschen Schweiz in den letzten Tagen die Kritik seiner Handlungsweise und seines Auftretens mitanzuhören — ob er nicht doch etwas nachdenklich und in seiner Hege zurückhaltender geworden wäre? Freilich, wenn er den guten Willen hat, zu sehen, so kann ihm die Stimmung im Gesamt Vaterland nicht entgangen sein; denn die deutschschweizerische Presse hat sich scharf, teilweise sehr scharf gegen Herrn Bossi ausgesprochen. Allerdings wurde in der Bundesversammlung der Tessiner Bossi von dem Genfer Nationalrat W u i l l e m i n eifrig in Schutz genommen — so eifrig, daß sich W u i l l e m i n eine Verwarnung seitens des Präsidenten zuzog. Aber man hört hier in der deutschen Schweiz die Ansicht, daß Bossi und W u i l l e m i n sich wohl arg in den Haaren gelegen hätten, wenn Italien gegen Frankreich gezogen wäre.

Die Deutschschweizer kennen eben ihre Leute. Es heißt auch in der Schweiz: „Viele Köpfe — viele Sinne!“ Leider können die Deutschschweizer im Interesse der Versorgung der Gesamtschweiz mit Lebensmitteln und Nohprodukten nicht so sprechen, wie sie vielleicht gern möchten. Würden sie aber ebenso offen ihre Sympathien bekunden wie die Welschschweizer — welche Aufregung würde es bei diesen abgeben! Die Deutschschweizer aber nehmen alles ruhig hin; voller Ruhe vertreten sie ihren Standpunkt: absolute Neutralität! Und dieser Standpunkt wird auch vom größten Teil der Bevölkerung der südlichen und westlichen Schweiz geteilt; das beweist die freundliche, ja teilweise begeisterte Aufnahme deutschschweizerischer Soldaten im Tessin, in Genf usw. Wo der Gegensatz zwischen Lateinisch und Germanisch feindselig zutage trat, geschah dies immer seitens interessierter, durch die Presse verhetzter „besserer“ Kreise. Konnte es doch sogar kürzlich passieren, daß in Lugano (Tessin) ein Deutschschweizer in seiner Villa von einem Haufen Reichitaliener in wüster Weise belästigt und angepöbel wurde, nur — weil er Zeitungen in deutscher Schrift las! Er fand — als Schweizer! — trotz wiederholter dringender telephonischer Aufforderung bei der Behörde erst Gehör, als die ständalierenden Italiener längst verschwunden waren.

Nationalrat Bossi agitierte in seiner Zeitung für eine Intervention der Schweiz. Selbstverständlich für eine Intervention mit Italien-Frankreich gegen Deutschland-Oesterreich. Von den Deutschschweizern ist sich kein Mensch im unklaren darüber, was eine solche Intervention für die Schweiz zu bedeuten hätte: Die Schweiz würde der Lummelplatz der fremden Heere werden und damit dem Glend, der Vernichtung preisgegeben sein. Sollte die Schweiz in die Lage kommen, sich verteidigen zu müssen, so könnte sie wohl etwa auf 1 Million begeisterter Kämpfer zählen, da in diesem Falle — ähnlich wie jetzt in Tirol — alles, alt und jung, zu den Waffen zur Verteidigung des Vaterlandes greifen würde; und bei der Tüchtigkeit der Armee wäre das Weiterbestehen des Bundes der Eidgenossen wohl nicht in Frage gestellt. Aber bei dem freiwilligen Anschluß der Schweiz an eine der kriegsführenden Mächte würden sofort die Gegensätze zwischen lateinischer und germanischer Rasse aufeinanderprallen, Uneinigkeit, vielleicht sogar innerer Bruch würden eine wirksame Verteidigung gegen äußere Feinde in Frage stellen — die Schweiz würde der Vernichtung entgegengeführt. Dies ist die Ueberzeugung jedes denkenden Schweizere, und darum belegte auch der Nationalrat B ü h l m a n n (Bern) die Aufforderung Bossis zur Intervention der Schweiz mit dem Namen: Hochverrat!

Aus allem geht das eine klar hervor: Die Schweizer sind für die ausländischen „Aspirationen“, die in Italien ausschlaggebend waren und die in Rumänien immer und immer wieder durchzudrücken versucht werden, nicht zu haben! Und solange dies sicher ist, braucht die Schweiz nichts zu fürchten. K. M.

26./IV. 1915

Die Sozialdemokratie am Scheidewege.

Unter diesem Titel, der in der Tat der Situation entspricht, in der sich die innere Entwicklung der deutschen Sozialdemokratie befindet, veröffentlicht der sozialdemokratische Abg. Wilhelm Kolb eine Broschüre (im Verlag von Ged. u. Cie. in Karlsruhe). Wir wollen aus dem Schlußkapitel einiges hier wiedergeben:

In ihrer Praxis war die Sozialdemokratie nie etwas anderes als eine Partei, die durch demokratische und wirtschaftliche Reformen die Sozialisierung der Gesellschaft herbeizuführen suchte. Wenn trotzdem die Politik und Taktik der Sozialdemokratie in den Maschen abstrakter Prinzipien hängen geblieben und ihren eigenen Konsequenzen ausgewichen sind, so hauptsächlich infolge des unheimlich großen Einflusses, den die politisch weltfremden Theoretiker und Literaten in der sozialdemokratischen Partei Deutschlands bisher ausgeübt haben. Die berechtigte Klage, daß die sozialdemokratische Bewegung zwar mächtig in die Breite, nicht aber entfernt entsprechend in die Tiefe gewachsen sei, ist im wesentlichen darauf zurückzuführen, daß die Katastrophentheoretiker und ihr literarisches Gefolge — zumeist wurzellose akademische Existenzen aus Polen, Rußland und Galizien — den lebendigen Geist, der uns aus dem wissenschaftlichen Sozialismus entgegenweht, ertötet und in wesenlose Schemen verwandelt haben, in welche man die Politik der Sozialdemokratie immer wieder hineinzupressen versuchte. Man lese nur die Artikel der „Neuen Zeit“ — der langweiligsten, trockensten und am wenigsten aktuellen politisch-wissenschaftlichen Zeitschrift in Deutschland — um zu begreifen, warum das geistige und politische Leben in der deutschen Sozialdemokratie seit einer beträchtlichen Reihe von Jahren im Zustande der Erstarrung sich befindet.

Die fanatische Opposition, welche die politische Haltung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion gerade bei den Theoretikern und Literaten gefunden hat, beruht nicht auf Zufall. Weber in England noch in Frankreich hat die Haltung der sozialdemokratischen Parlamentsvertretung eine solche Opposition hervorgerufen wie in Deutschland, obwohl die französischen und englischen Sozialisten noch viel weiter gegangen sind wie die deutschen, indem sie in das Ministerium eintraten. Jules Guesde, einer der radikalsten Radikalen in Frankreich, sitzt neben einem Viviani, Millerand und Delcassé im Ministerium, und die ganze französische Sozialdemokratie findet das durchaus in der Ordnung. Es wäre dort auch ganz und gar unmöglich, in der Situation, in welcher sich heute die kriegsführenden Nationen befinden, der parlamentarischen Vertretung der Sozialdemokratie so politische naive Zumutungen zu machen, wie das in Deutschland von der Literatenopposition geschieht. Ueber alle Gründe der politischen Verunstaltung hinwegsehend, verlangt in Deutschland die „marginale“ Opposition nichts mehr und nichts weniger als eine politische Haltung, die geradezu ein Verbrechen an der deutschen Nation und damit auch an der deutschen Arbeiterklasse wäre. Die Seele dieser Opposition bilden jene wurzellos kosmopolitischen Emigranten und Literaten, die in der deutschen Sozialdemokratie sich, dank unserer an Uner schöpfligkeit grenzenden Geduld, einen unverhältnismäßig großen Einfluß verschaffen konnten. Wie wäre es auch sonst möglich gewesen, daß Männer wie Schippel und Calwer, die auf wichtigen politischen Gebieten eine autoritative Stellung einnehmen und welche der Sozialdemokratie und ihrer Politik die besten Dienste leisten könnten, politisch kalt gestellt, daß ein so grundehrlicher Mensch wie Hildebrand aus der sozialdemokratischen Partei ausgeschlossen werden konnte, während Rosa Luxemburg, Radek, Panfocel u. a. ungestört ihre hinverbrannten Theorien kolportieren und das große Wort führten konnten?

Wenn — wie dies in Deutschland geschieht — der sozialdemokratischen Vertretung wegen ihrer nationalen Haltung beim Ausbruch des Krieges der Vorwurf des Verrats an den Prinzipien des Sozialismus von Leuten gemacht wird, denen offenbar jedes nationale Empfinden völlig abgeht — während die französischen Genossen die tollsten chauvinistischen Orgien mitfeiern dürfen, ohne daß ihnen auch nur entfernt ähnliche Vorwürfe gemacht werden — dann muß endlich mit diesen Elementen Fraktur gesprochen werden. Auch die Geduld des sozialdemokratischen deutschen Michels hat ihre Grenzen.

Durch ihr den nationalen Interessen des deutschen Volkes und damit auch der deutschen Arbeiterklasse Rechnung tragende Politik beim Ausbruch des Krieges, hat die sozialdemokratische Reichstagsfraktion für sich und für die Partei eine glänzende Position geschaffen, die für die politische Zukunft des deutschen Volkes von größter Bedeutung sein kann. Infolge der politisch sinnlosen fanatischen Heße gegen diese durch die Verhältnisse bedingte vernünftige Politik ist diese Position der Sozialdemokratie leider schon merklich verschlechtert worden und die Reaktionen aller Schattierungen, die vor Monaten betrübter Felle davonschwimmen sahen, wittern bereits wieder Morgenluft. Wenn die deutsche Sozialdemokratie nicht ihre ganze Kraft zusammenrafft und mit rücksichtsloser Entschiedenheit sich den Weg für die konsequente Fortsetzung ihrer seit 4. August 1914 besetzten Politik frei hält, dann wird das deutsche Volk, vor allem aber die deutsche Arbeiterklasse, abermals um die Hoffnung geprellt, daß endlich auch in Deutschland der politische Frühling seinen Einzug hält.

Es gibt jetzt für die Sozialdemokratie nur noch zwei Möglichkeiten: Entweder ordnet sie ihre Politik den gegebenen Verhältnissen ein, oder sie lehnt das prinzipiell ab. Im ersteren Falle muß ihre Politik konsequent auf den Parlamentarismus, auf die demokratische und sozialistische Reform, im letzteren Falle konsequent auf die antiparlamentarische revolutionäre Massenaktion eingestellt werden. Die bisherige Politik bewegte sich in der Mitte dieser beiden Auffassungen. Daraus entstand der Widerspruch zwischen Theorie und Praxis. Diesen Widerspruch hat die sozialdemokratische Reichstagsfraktion gelöst. Die Frage ist jetzt nur, ob der sozialdemokratische Parteitag diese Lösung akzeptiert. Geschieht dies, dann kann der politische Entwicklungsgang und innere Gesundungsprozeß der Sozialdemokratie in normaler Weise fortschreiten. Gleichzeitig wäre damit aber auch eines der größten Hindernisse für die Neuorientierung der deutschen Politik beseitigt.

Diese Neuorientierung kann nichts anderes bedeuten, als eine grundlegende Verschiebung der politischen Machtverhältnisse von rechts nach links. Voraussetzung dafür ist eine Mehrheit der Linken, die politisch aktionsfähig ist, welche die Regierungen von der bisherigen Mehrheit politisch unabhängig macht.

Die deutsche Arbeiterklasse hat ein Recht darauf, daß ihre politischen, wirtschaftlichen und sozialen Interessen nach dem Kriege die nachdrücklichste Förderung erfahren. Wie anders aber soll dies möglich gemacht werden, als durch eine politisch und parlamentarisch einflußreiche Sozialdemokratie, über deren Wünsche und Forderungen man nicht mehr zur Tagesordnung übergehen kann? Eine auf dem Standpunkt der prinzipiellen Negation stehende Sozialdemokratie wird diesen Einfluß nie gewinnen.

Nichts wäre für die künftige Politik der Sozialdemokratie verhängnisvoller, als der rein formellen Einheit wegen den Konsequenzen der seit 4. August 1914 inaugurierten Politik wieder aus dem Wege zu gehen und einen unhaltbaren Kompromiß zu schließen. Mit den Elementen, welche diese Politik als einen Verrat an den politischen Grundsätzen der Sozialdemokratie bezeichnen, können diejenigen, welche auf dem Boden dieser Politik stehen, nicht mehr zusammenarbeiten. Die Kluft zwischen den sich gegenüberstehenden Auffassungen ist zu groß, als daß sie überbrückt werden könnte. Das innere Problem der Sozialdemokratie muß endlich gelöst werden. Nur unter dieser Voraussetzung ist eine Neuorientierung der deutschen Politik möglich und durchführbar.

Kriegskalender.

15. Juni: Truppen der Armee des Erzherzogs Josef Ferdinand dringen nach Besiznahme von Sieniawa am Ostufer des San in nördlicher und nordöstlicher Richtung vor; die Armee Madensén treibt den Feind beiderseits Krakowiec und gegen Oleszhec vor sich her; anschließend greifen die Truppen des Generals Böhm-Ermolli südöstlich Moscisla an; der rechte Flügel der Armee Linzinger stürmt die Höhen westlich Jesupol; die Truppen des Generals Pflanzner-Balkin halten das eroberte Zaleszczyki gegen alle russischen Angriffe; Teile dieser Armee zwingen in Bessarabien zwischen Dniestr und Pruth den Feind zum Rückzuge gegen Chotin. Auf dem nordwestlichen russischen Kriegsschauplatz deutsche Erfolge bei Lipowo-Kalwarja; Dauge (bei Szawle) gestürmt. — Versuche der Italiener, bei Tolmein und Plava an unsere Stellungen heranzukommen, bleiben ohne Erfolg; an der Kärntner Grenze erstürmt steirischer Landsturm den Kl. Pal östlich des Blödenpasses. — An der Front Liebin-Uras erleiden die Franzosen abermals eine Niederlage; feindliche Flieger belegen Karlsruhe mit Bomben; 19 Personen werden dabei getötet, 14 schwer verletzt. — Das deutsche Tauchboot „U 14“ wird von bewaffneten englischen Fischdampfern zum Sinken gebracht. — Die Sonderbehandlung der deutschen U-Bootmannschaften in England wird aufgehoben.

16. Juni: Die siegreichen verbündeten Truppen verfolgen die Reste der geschlagenen über Cernow, Lubaczow und Jarworow zurückflutenden russischen Korps; südlich der Lemberger Straße stürmt die Arme Böhm-Ermolli die russischen Stellungen und wirft den Feind über Sabowa-Biszunia und Rudki zurück; südlich des Dniestr nehmen Truppen der Armee Pflanzner Ryzniow; vom 1. bis 15. Juni 122.000 russische Gefangene in Galizien. In Nordwestrußland Fortschreiten der deutschen Vorrückung auf der Front Lipowo-Kalwarja. — Italienische Vorstöße an zahlreichen Punkten vom Isonzo bis Tirol werden abgewiesen. — Zwischen der Straße Gstaies-La Bassée bricht ein Angriff von vier englischen Divisionen im deutschen Feuer zusammen; nördlich des Teiches von Bellewaarde kleine Erfolge der Engländer; in den Vogesen scheitert ein französischer Durchbruchversuch. — Die Montenegriner bedrohen Stutari. — Im Ägäischen Meere sinkt ein feindliches Kriegsschiff. — Die Wahlen in Griechenland enden mit einem Siege Venizelos. — Fortdauer der Unruhen in Moskau.

26. / VI. 1915

Konfiskationen in Italien als Rache für Bombardements.

Lugano, 25. Juni.

Eine Verfügung der italienischen Regierung besagt unter Berufung auf die vorausgegangenen Bestimmungen vom 16. und 30. Mai und 17. Juni, betreffend feindliche Handelsschiffe in italienischen Territorialgewässern:

Wenn der Feind durch Bombardement von Häfen, Städten, Dörfern, Wohnungen oder unverteidigten Gebäuden oder durch Zerstörung unbewaffneter Handelsschiffe oder durch sonstige, den allgemein anerkannten Grundsätzen des Kriegesrechtes widersprechende Handlungen Leben und Güter italienischer Bürger oder Untertanen geschädigt hat, können diese von der italienischen Regierung vermöge der Konfiszierung feindlicher Handelsschiffe und der auf ihnen befindlichen feindlichen Waren entschädigt werden.

Das Urteil über die Rechtmäßigkeit besagter Konfiszierungen, die Liquidationen und die Verteilung des Erlöses werden der Prisenkommision übertragen. Ausnahmen werden für Schiffe und Waren festgesetzt, deren Besitzer in Oesterreich-Ungarn gebürtige Italiener sind.

27./VI. 1915

Kriegschronik.

20. Juni.
Beschießung von Münster in den Vogesen durch die Franzosen.
Die Grodel-Stellung genommen. Nach Sieg bei Janow—Magiero die Russen hinter die Straße Zolkiew—Kawa-Ruska geworfen; 9500 Russen gefangen. Rückzug der Russen zwischen Grodel und den Dnjestrümpfen und Räumung des südlichen Dnjestrufers bis zur Strymündung.
21. Juni.
Westlich der Argonnen feindliche Stellungen erstürmt. Westlich Les Esparges 5 feindliche Angriffe abgewiesen. Mehrere geräumt.
Kawa-Ruska erobert. Kampf um Lemberg und Zolkiew. Der Kaiser beim Kampf westlich Lemberg.
Ein englischer Panzerkreuzer beim Firth of Forth von einem deutschen U-Boot torpediert.
22. Juni.
Abweisung feindlicher Angriffe an der Westfront. Die deutschen Stellungen auf das östliche Fochufer östlich Sondernach verlegt.
Flughafen Courcelles mit Bomben belegt.
Lemberg nach hartem Kampf von den österreichisch-ungarischen Truppen erobert.
Eroberung der Höhen westlich Kulikow. Rückzug der Russen westlich von Zolkiew. — Seit 12. Juni 237 russische Offiziere, 58 800 Mann gefangen, 9 Geschütze, 136 Maschinengewehre erbeutet.
Besetzung von Durazzo durch die Serben. Flucht Essad Paschas nach Italien.
Bei Blava andauernde Abweisung der italienischen Angriffe.
Dmaruru von Botha besetzt.
Dewet in Bloemfontein wegen Hochverrats zu sechs Jahren Gefängnis und 40 000 Mark Geldstrafe verurteilt.
23. Juni.
Erstürmung der Höhe 631 bei Bandede Sapt.
Die Szczeref-Stellung zwischen Mitolajew und Lemberg genommen. Linie Lemberg—Zolstance—Turynka erreicht. Zurückweichen der Russen im San-Weichselwinkel und links der oberen Weichsel.
Ein britischer Dampfer mit Weizen versenkt, zwei andere durch Torpedierung beschädigt.
Eine deutsche Fischerflotte durch ein englisches U-Boot überrascht. Drei der Fahrzeuge versenkt.
An der Isonzofront am Grenzraum Flitsch—Malborghet, am Karnischen Kamm und an allen Fronten von Tirol alle Angriffe der Italiener im ersten Kriegsmonat erfolglos.
Bei Seddul Bahr am 21. und 22. Juni ein feindlicher Angriff von den Türken zurückgeschlagen.
Ueberführung deutscher Kriegsgefangener aus Dohomen nach Nordafrika.
24. Juni.
Uebergang der Armee v. Einsingen über den Dnjestr zwischen Halicz und Zurawno. Mitolajew und Zydaczow genommen.
Rückzug der Russen hinter den Sanabschnitt und südlich von Ilza. Besetzung von Ostrowiec und Sandomierz.
Die finnische Schonerbark „Dee“ durch ein U-Boot versenkt.
Die Versenkung eines russischen U-Bootes durch Flugzeughbomben am 22. Mai bestätigt.
Sieben englische Segelfischerboote versenkt. Der norwegische Dampfer „Trauma“ torpediert und in Brand gesteckt.
Räumung des Hinterlandes von Tripolis durch die Italiener.
Der Sultan wegen Leidens an Blasensteinen operiert.
Ernennung des Rates im Staatsdepartement Lamsing zum Nachfolger Bryans.

25. Juni.
Ernennung v. Mackensens zum Generalfeldmarschall. Mißerfolg von Durchbruchversuchen an der ganzen Westfront.
Ein Teil der russischen Linie bei Stegna südöstlich Chorzele besetzt.
Das Waldgebiet von Ilza durchschritten. Zurückweichen der Russen gegen Zawichost, Ozarow und Sienna.
Einnahme von Chodorow. Bei Halicz Teile der Armee v. Einsingen auf das südliche Dnjestrufer zurückgenommen.
Der Admiral der baltischen Flotte und sein Stab am 16. Juni ermordet.
Die Montenegriner vor Skutari.
Kalkfeld (bei Dmaruru) von Botha und Rissignies (Deutsch-Ostafrika) durch Belgier besetzt.
26. Juni.
Nördlich Souchez und halbwegs Souchez—Neuville unsere Gräben von den Franzosen frei.
Bier starke Angriffe der Franzosen westlich von Combres abgeschlagen.
Württemberg erörmen bei Oglenda russische Stellungen.
Fortschritte der Armee v. Einsingen auf dem nördlichen Dnjestrufer.
Die Besetzung von Durazzo durch Serben ausgerufen.

Die Agonie des Dreibundes.

Das letzte Jahrzehnt italienischer Untrene.

Durch die Herausgabe seiner soeben in Buchform erschienenen Sammlung von Aufsätzen über Italiens unzuverlässige Haltung im Dreibunde, die da und dort, zum Teil auch in der „Reichspost“ veröffentlicht worden waren, hat Leopold Freiherr v. Chlumetzky, einer der nicht allzuvielen Publizisten in Oesterreich, die (in Uebereinstimmung mit der christlich gerichteten Presse in Oesterreich) gewagt haben, ihre Zweifel an der Erspriechlichkeit unserer Freundschaft für Italien zu äußern, ein wahrhaft verdienstliches Werk geschaffen. Die große Zahl der Politiker, die nach dem äußeren Firnis zu urteilen pflegen und nicht auf den Kern der Probleme zu dringen vermögen, haben sich auch bei der Beurteilung des Bündniswertes Italiens durch in kunstvoll aufgepußte Phrasen gekleidete Versicherungen der italienischen Diplomatie in Sicherheit lullen und über die Bedeutung der bestehenden unüberbrückbaren Gegensätze leichtfertig hinwegtäuschen lassen. Im Bunde mit der freisinnigen Presse aller Schattierungen haben diese Politiker hochfahrend und in sträflicher Kurzsichtigkeit jeden einer unlauteren und vaterlandsfeindlichen Gesinnung angeklagt, der an die Ehrlichkeit des vom Geiste der Freimaurerei und des tödlichen Hasses gegen Oesterreich vollkommen beherrschten italienischen „Bundesgenossen“ nicht glauben konnte. Es war, gelinde gesagt, ein verhängnisvoller Irrtum, der um so unverzeihlicher ist, als die Haltung Italiens vom Tage des Ausbruchs des europäischen Konfliktes bis zu seiner eigenen Kriegserklärung an Oesterreich seit Jahren mit Sicherheit vorausgesehen werden konnte. Italiens Adriapolitik, das Uebergreifen seines Einflusses auf den Balkan, seine demonstrativ freundschaftliche Gesinnung für Serbien und Montenegro trotz deren antiösterreichischer Truppolitik, der ohne casus belli erfolgte Ueberfall auf die Türkei im tripolitaniischen Abenteuer, wodurch der Dreibund infolge des großen Interesses der Mittelmächte an der militärischen und wirtschaftlichen Schlagfertigkeit des Osmanentums eine schwere Belastungsprobe zu bestehen

hatte, und vornehmlich die in Algieras am Dreibunde begangene Treulosigkeit waren ja der unverkennbare Ausdruck der in ein System gebrachten und gegen Oesterreich gerichteten italienischen Staatspolitik. Heute freilich wissen auch die „Allesbesserwisser“, daß man den offiziellen Beteuerungen Italiens nicht glauben darf und daß der Irredentismus je nach der Lage der Dinge von der Regierung Viktor Emanuels zeitweilig nur zurückgestellt, aber nach Bedarf wieder in den Vordergrund geschoben wurde.

Das im Verlage von F. Deuticke in Wien erschienene Buch Chlumetzky's, das er „ein Tagebuch der Agonie des Dreibundes“ nennt, ist förmlich eine prophetische Vorherhersagung der nun eingetretenen Ereignisse. Wer es aufmerksam liest, kommt zu der unerschütterlichen Ueberzeugung, daß der Krieg Italiens gegen uns bloß das letzte Glied in der Kette seiner seit langem gegen uns geschmiedeten neidischen und feindseligen Ränkepolitik war. Italien hatte zwei Eisen im Feuer; äußerlich verblieb es im Dreibunde, dem Gefühle nach und in Verfolgung ehrgeiziger und egoistischer Ziele war es längst an der Seite des Dreiverbandes.

Am 10. Mai 1906 schrieb Freiherr von Chlumetzky über die Irredenta, die den Konflikt heraufbeschworen hat: „Regierungen kommen und gehen, aber ein wahrhaft herzliches Verhältnis zwischen beiden Staaten darf nicht davon abhängig sein, ob die leitenden Personen in der Consulta mehr oder weniger korrekt und irredentafreundlich sind. In der Frage der Irredenta muß auch die Publizistik Italiens loyal und ehrlich abrufen.“ Am 16. November 1906 heißt es in einem Aufsatz, „daß das Bündnis in Italien nur wie ein notwendiges Uebel empfunden wird und den wahren Empfindungen der Bevölkerung zuwiderläuft“, es besteht daher nur (1. April 1907) eine „ihren Zwecken keinesfalls entsprechende, sondern zur Entfremdung und zur

Kollision führende Allianz“ und es ist fraglos (15. Oktober 1908) „daß die große Mehrheit in Italien sich unbedingt dagegen auflehnen würde, wollte man den italienischen Truppen jemals zumuten, ihren Bündnispflichten Oesterreich-Ungarn gegenüber nachzukommen, denn auch in der Kammermehrheit hält man nur pro forma am Bündnis fest.“ In einer Erwiderung auf einen Artikel des Ministers a. D. Doktor Baccelli schrieb der Autor (18. November 1908): „Die öffentliche Meinung Italiens ist so sehr durch die lockenden Rufe der Irredenta betört und steht in so hohem Maße unter der hypnotischen Wirkung des nationalen Expansionsprogramms, daß selbst ernste konziliante Politiker wie Baccelli die Frage der „geographischen Abrundung“ Italiens auf Kosten Oesterreichs für diskutabel erachteten. In der gesamten öffentlichen Meinung Italiens, auch unter den der Monarchie Wohlgesinnten, faßte die Ueberzeugung festen Fuß, daß die Vereinigung des Trento und der Regione Giulia mit dem Regno unausbleiblich sei und nur der Zeitpunkt, nicht aber die Angliederung selbst in Frage komme.“

Der Wirkung von d'Annunzios Drama „La Nave“, das Italien zum Kampfe für die Alleinherrschaft in der Adria aufruft, hat sich das hierfür wohldisponierte römische Publikum nicht entzogen. Das Argentinia-Theater war die Stätte von Triumphen, wie sie Rom wohl noch selten gesehen hatte. Chlumetzky fragte angesichts der gefährlichen Wirkung dieses Dramas: „Kann nicht eines Tages der offizielle Mechanismus versagen und mit Gewalt gezwungen werden, sich dem Dienste des Volkswillens unterzuordnen?“

Aus der Haltung Italiens während der Annexionskrise wird geschlossen (1. Jänner 1909), „daß wir seitens unseres Bundesgenossen auf das Aergste gefaßt sein müssen“, denn „man rede und schreibe sich dort geradezu in einen Paroxysmus der Gehässigkeit gegen uns hinein.“ Die jetzt so klar erwiesene Künstlichkeit Italiens hebt der Autor am 1. Juni 1909 mit den Worten hervor: „In Italien ist die Zahl jener nicht gering, welche die auswärtige Politik als Handelsobjekt betrachten und sagen, dem Meistbietenden solle das Bündnis zugesprochen werden.“

Aus den Debatten im italienischen Parlamente kann unschwer nachgewiesen werden, daß die Rüstungen unseres Bundesgenossen ausschließlich gegen uns gerichtet waren. Interessant ist die Feststellung: „Man scheint in London sichere Anhaltspunkte dafür zu besitzen, daß im Ernstfalle die italienische Flagge unter keinen Umständen an der Seite der deutschen wehen würde.“ Die „doppelte diplomatische Buchführung“ Italiens kam deutlich bei den Londoner Verhandlungen nach dem Balkankriege zum Ausdruck: „Der dritte im Bunde war überall eher zu finden als an unserer Seite. Um so mehr sprang dies ins Auge, als Deutschlands festeste Bündnistrene zu einem Vergleiche mit Italiens Verhalten geradezu herausforderte. Der Dreibund schien zum Zweibunde zusammengeschnitten.“ In der Tat glaubte sich Italien nur durch äußerliche Bande an Oesterreich gebunden, denn als es die Vorbereitungen zur libyschen Expedition traf, rüstete es auch gegen Oesterreich. Ganz offen wurden in Italien die Verwendungsorten der Luftflotte besprochen, was Chlumetzky den Anlaß gab, am 15. Juli 1911 „von den Verbündeten von heute und wahrscheinlichen Gegnern von morgen“ zu schreiben. Italien war nach der Ueberzeugung des Autors ein Kompagnon, der uns bestene

Im Agonie des Dreibundes

Falls nicht hinterrücks angreift. „In dem Tage aber, an welchem es den Dreibund ohne Schaden verlassen kann, wird es sich in die offengehaltenen Arme der Westmächte werfen, von denen es als nordafrikanische Kolonialmacht jetzt weit abhängiger ist, als ehemals.“ Die Eroberung Libyens war übrigens der Preis für die in Algerien am Dreibunde verübte Treulosigkeit und seither wurde das Verhältnis zwischen Italien und dem Dreiverbände immer herzlicher. Hat doch die „Nordd. Allg. Ztg.“ vor kurzem festgestellt, daß die italienische Diplomatie wiederholt interne Angelegenheiten des Dreibundes der Petersburger Regierung mitgeteilt hatte. Mit Recht forderte daher Ohlmecky angesichts der greifbaren Tatsache, daß Italiens Politik die Geschäfte des Dreiverbandes besorge“, am 1. Oktober 1912: „Oesterreich-Ungarn muß wissen, woran es ist und auf welcher Seite Italien im Kriegsfall zu finden sein wird. Mag sein, daß Italien warten und seine Schaukelpolitik auch weiter verfolgen zu können vermeint; die Monarchie aber kann nicht warten. Wir dürfen uns nicht mit der Versicherung begnügen, daß Italien keinen engeren Anschluß an die Westmächte sucht, eine Politik, die darauf ausginge, im Ernstfalle freie Hand zu behalten. Das Spiel mit dem politischen Verierbild: „Wo ist Italien im Ernstfalle? muß ein Ende finden.“ Uebrigens verweist Ohlmecky in seinem „Tagebuche“ wiederholt darauf, daß die Unverlässlichkeit Italiens unseren Gegnern das Los schlagen erleichtern dürfte.“

Um den Anlaß eines Krieges gegen Oesterreich würde sich Italien, schreibt der Autor, nicht sehr den Kopf zerbrechen, der wäre ja bald gefunden; hatte es doch „kurze Zeit vor dem libyischen Kriege in feierlicher offizieller Weise versichert, daß es für die Türkei die freundschaftlichsten Gefühle hege und daß es den Gedanken an irgend einen Vorstoß in Tripolis absolut von der Hand weise. Wenige Monate später war unter dem Drucke der öffentlichen Meinung diese Erklärung vergessen und Italien hat ohne Grund, ja ohne Anlaß der Türkei den Krieg erklärt.“ „Kann man nach dem Vorgefallenen überhaupt noch glauben, daß Italien für einen Krieg erst skrupelhaft nach einem Anlasse suchen und daß es sich von einem anderen Beweggründe leiten lassen wird, als der Rücksicht auf seine Interessen und dem Bewußtsein der Ueberlegenheit über den Gegner, den es gerade aufs Korn nehmen will?“ Ist das nicht wie eine Vorhersagung des „sacro egoismo“, den Sonnino im Jahre 1914 als den Leitstern der italienischen Politik verkündete? Der „heilige Egoismus“ war die Ursache des perfiden Doppelspiels Italiens. Es hat sich, wie der Autor am 15. April 1912 schrieb, „das Verbleiben im Dreibund recht teuer bezahlen“ lassen und „dabei doch mit den Westmächten ein geheimes Abkommen treffen können, das ihm, freilich um den Preis der Erfüllung seiner Bündnispflicht, seinen Mittelmeerbereich garantiert.“

Innerhalb sehr kurzer Zeit hat Italien eine Weltstellung errungen. Es hat ein afrikanisches Kolonialreich erworben und sich auf dem Balkan eine einflussreiche Stellung gesichert. „Mit Albanien setzte die neue Aktion ein, dort ließ sich der neue expansive politische Gedanke in eine volkstümliche Formel bringen: Die Beherrschung der Adria. So kam Italien von der Etappe der Adriapolitik auf den Weg weit ausgreifender Balkanpolitik. Schritt für Schritt erweiterte sich das Feld: Albanien, Montenegro, Serbien, das sind die Stappen auf dem Marsche, den Italien zurückgelegt hat und der es nach „provisorischer“ Besetzung des Dodekanes dahin führt, daß Oesterreich es um die Balkanposition beneiden kann.“ Von diesen Erfolgen berauscht, glaubte Italien nach Größerem langen zu können. Im Juni 1914 schrieb Ohlmecky, daß viele Italiener davon überzeugt seien, „daß der Tag kommen werde, wo Oesterreich, von allen Seiten von Feinden umstellt, gezwungen sein werde, freiwillig auf seine italienischen Provinzen zu verzichten.“

Die Volksströmungen in Italien wurden leider bei uns viel zu wenig beachtet. Wiederholt begegnen wir in dem Buche dem Gedanken, daß auf Volkswillen und Volksstimmung künftig mehr Gewicht gelegt werden muß, daß die Zusicherungen der „Verantwortlichen“, die schon morgen gestürzt sein können, niemals die Beziehungen von Volk zu Volk ersetzen können. Der Autor sagt im Vorworte: „Wir müssen die Bedeutung der öffentlichen Meinung für die Richtlinien der Politik richtiger erfassen. Wir müssen, wenn einmal der Krieg beendet ist und unsere Armee den Beweis der Lebensfähigkeit Oesterreich-Ungarns erbracht hat, im Auslande um Freundschaften werben, nicht nur der „Verantwortlichen“, sondern auch der breiten Massen. Wie man das macht, haben uns unsere Gegner gezeigt.“ Die Leidensgeschichte des Dreibundes wird verschiedene Parteien und Organe in Dingen der auswärtigen Politik zum Umlernen zwingen.

Kriegskalender.

19. Juni: Mehrere unserer Kreuzer und Torpedoboote beschließen militärische Anlagen an der italienischen Küste von der Grenze bis Tano.

20. Juni: In der Schlacht bei Magierow-Grodek durchbrechen die verbündeten Truppen die russische Schlachtfront und zwingen die Russen zum Rückzug. — An der italienischen Front werden leichte Angriffe bei Plava, Ronchi und Monfalcone abgewiesen.

21. Juni: Die verbündeten Truppen dringen bis vor Jolkiew, bis nahe an Lemberg heran und nehmen Rawaruska. — Bei Potok-Zloty, bei Zaleszczyki und in Bessarabien werden heftige Angriffe der Russen abgeschlagen. — Bei Plava werden zwei italienische Angriffe abgewiesen, und am Arn werden die Italiener aus einer Sattelstellung geworfen. Die Tanks und Gasenanlagen von Monopoli werden von einem unserer Torpedofahrzeuge beschossen. — In den Argonnen unternehmen die Deutschen einen erfolgreichen Vorstoß. — Bei Seddil Wahr erleiden die Engländer und Franzosen in einer 21stündigen Schlacht eine Niederlage.

22. Juni: Die russische Verteidigungsstellung südlich von Lemberg wird westlich von Dornfeld durchbrochen. Die zweite österreichisch-ungarische Armee erobert nachmittags nach hartem Kampf Lemberg. Deutsche Truppen erstürmen die Höhen von Kulikow. — Bei Plava werden italienische Angriffe abgewiesen. Ein italienischer Flieger wirft erfolglos auf Görz Bomben. — In der Champagne schieben die Deutschen ihre Stellungen vor. — Der Papst spricht sich in einem Interview einem französischen Journalisten gegenüber abfällig über die

Anlagen gegen die Zentralmächte aus. — In Oesterreich verfügt die Regierung die Beschlagnahme der gesamten neuen Ernte.

23. Juni: Die russische Stellung zwischen dem Dnjestr bei Mikolajow und Lemberg wird durchbrochen. Im San-Weichsel-Winkel und im Bergland von Kielce beginnen die Russen zu weichen. — Die Deutschen beschließen Dümkirchen mit schwerem Geschütz und erobern in den Bogesen eine wichtige Stellung. — In der ganzen Monarchie finden anlässlich der Befreiung Lembergs große Kundgebungen statt.

24. Juni: Am oberen Dnjestr nehmen die verbündeten Truppen Mikolajow und Zydzaczow und besetzen nördlich der Weichsel Ostrowiec und Sandomierz. — Am Fionzo herrscht heftiger Geschützkampf. Die Italiener greifen erfolglos Gradiska und Monfalcone an. — Ein deutscher Flieger vernichtet in der Ostsee ein russisches Unterseeboot.

25. Juni: Am nördlichen Dnjestr dauern die Kämpfe zwischen Galicz und Zurawno fort. Die Verbündeten besetzen Chodorow. — Die Italiener richten gegen den Brückenkopf von Görz und den Höhenrand des Plateaus von Comen heftiges Artilleriefener. — In Albanien besetzen die Serben Durazzo und die Montenegriner Skutari.

26. Juni: Die Ostgruppe der Armee Pflanzler schlägt zwischen Pruth und Dnjestr den Ansturm überlegener russischer Kräfte ab. — Italienische Angriffe gegen den Brückenkopf von Görz werden abgeschlagen. — Reichskanzler v. Bethmann Hollweg und Staatssekretär v. Jagow statten Baron Burian einen Gegenbesuch in Wien ab.

27. 10. 1915

An den Gestaden der Nordsee.

Reiseeindrücke von Stadtrat Dr. Heinrich Mataja.

Die Nachricht von der Einnahme Lembergs traf in Hamburg um 8 Uhr abends ein, wurde sofort durch Sonderausgaben kundgemacht und erregte beispiellosen Jubel. Sogleich begann die Stadt Flaggen Gala aufzuziehen und der nächste Morgen sah ein ganzes Meer von Fahnen und Wimpeln in der Luft flattern. Hamburg ist eine der vom Krieg am ärgsten betroffenen Städte. Das lebhafteste Summen und Brausen des Hafens ist verstummt, die gewaltigen Lagerhäuser dienen als Stapelplätze der Militärverwaltung und die Nordelbe, sonst von einem rastlosen Gewoge großer und kleiner Dampfer belebt, zeigt nur vereinzelte Schauluppen und Rähne. Ein einziger Dampfer passierte Blankenese, mit Fahrtrichtung Deutsches Reich, also vermutlich nach Lübeck, Rostock oder Stettin. Es ist begreiflich und gerechtfertigt, daß die Erbitterung gegen England in Hamburg ungeheurer ist. Das Gleiche gilt von Bremen.

Ganz ungeheuer ist die Zahl der Truppen, die einem in Deutschland auf Schritt und Tritt begegnen. Es ist geradezu rätselhaft, woher dieses Reich die riesige Menge von Soldaten nimmt. Alle Garnisonen sind hoch überkomplett und die kleinsten Ortschaften stecken voll Militär. Ganz offensichtlich ist trotz der ungeheuren Inanspruchnahme das Reservoir noch lange nicht ausgeschöpft und eine Schätzung der Ziffer, bis zu welcher das Aufgebot des Deutschen Reiches ausgedehnt werden kann, ist geradezu unmöglich. In dem Zeitalter, in dem wir leben, ist, das beweist uns dieser Krieg aufs Neue, Organisation Trumpf. Dies ganz zu erfassen und diese Erkenntnis in Tat umzusetzen, wird die größte Aufgabe Oesterreichs in den kommenden Jahrzehnten sein.

Auf der Fahrt und später im Haag sprach ich viel mit holländischen Persönlichkeiten der verschiedensten Stände, die sämtlich vollständig übereinstimmend urteilen. Vor allem erklärten sie, daß die Bevölkerung keinerlei Neigung weder nach der einen, noch nach der anderen Seite habe und daß es sich für sie nur darum handle, aus den durch den Krieg geschaffenen Verhältnissen so heil wie möglich herauszukommen. Auch in Holland liegen die Dinge so wie anderswo. Die große Handelswelt macht glänzende Geschäfte, setzt vor allem ihre Vorräte zu enormen Preisen ab, die Masse aber leidet unter der Teuerung, die allerdings eine bedeutende ist. In der allerletzten Zeit habe England neuerdings eine lebhaftere Kampagne um die öffentliche Meinung Hollands begonnen; sei es aber schon an und für sich aussichtslos, die Sympathie der Holländer durch Stimmungsmacherei zu gewinnen, so habe die ungeschickte Art, in welcher namentlich der „Telegraaf“ die Sache angepackt habe, eher das Gegenteil des Beab-

sichtigten bewirkt. Große Empörung hat hier der Treubruch Italiens bewirkt, der einstimmig und mit scharfen Ausdrücken verurteilt wird. Die wirklich lächerlichen Versuche englischer Blätter, die russischen Niederlagen in Galizien als klugen, taktischen Zug der russischen Heeresleitung darzustellen, finden in der Bevölkerung sowohl, wie in der Presse abfällige und ironisierende Kritik. Mit großer Aufmerksamkeit wird das Schicksal Belgiens verfolgt, für welches viel Sympathie besteht. Alles in allem spricht man hier sehr deutlich aus, daß man es begreiflich finde, wenn die kriegführenden Staaten versuchen, die Holländer für ihre Interessen zu gewinnen, daß aber Holland sein Verhalten lediglich von seinem eigenen Interesse abhängig zu machen gewillt und entschlossen ist.

Besuch des deutschen Reichskanzlers Herrn v. Bethmann Hollweg und des Staatssekretärs Herrn v. Jagow in Wien.

Wien, 26. Juni.

Der deutsche Reichskanzler Herr v. Bethmann Hollweg und der Staatssekretär für auswärtige Angelegenheiten, Herr v. Jagow, sind in Wien angekommen.

Darüber wird folgendes verlautbart:

„Reichskanzler v. Bethmann Hollweg und Staatssekretär v. Jagow sind, aus dem deutschen Hauptquartier kommend, zum Besuche des Ministers des Neupern Baron Burian hier eingetroffen.

Reichskanzler v. Bethmann Hollweg wurde vom Kaiser in Audienz empfangen.“

Während dieses Krieges haben wiederholte Begegnungen zwischen den Staatsmännern der verbündeten Reiche stattgefunden. Von beiden Seiten wurde großer Wert darauf gelegt, daß das stete politische Einvernehmen durch persönliche Begegnungen unterstützt werde. Vor einiger Zeit hatten beiderseitig die gemeinsamen, die österreichischen und ungarischen Minister eine Zusammenkunft mit den deutschen Staatsmännern, und die jetzige Anwesenheit des Reichskanzlers Herrn v. Bethmann Hollweg und des Staatssekretärs Herrn v. Jagow ist eine Erwidern dieses Besuches.

Die leitenden Staatsmänner der beiden verbündeten Reiche hatten Besprechungen, welche die laufenden politischen Angelegenheiten betrafen.

Herr v. Bethmann Hollweg und Herr v. Jagow sind willkommenen Gäste in Wien, wo in lebhafter Erinnerung ist, mit welcher Entschiedenheit beide Staatsmänner in den großen Krisen, die wir in den letzten Jahren erlebt haben, stets für den Zusammenschluß der österreichisch-ungarischen Monarchie und des Deutschen Reiches eingetreten sind.

Kriegskalender.

17. Juni: Nördlich Sieniawa werden starke russische Kräfte, die bisher noch auf galizischem Boden kämpften, über die Reichsgrenze zurückgeworfen; östlich anschließend erreichen verbündete Truppen Lubaczow, nehmen nach heftigem Kampfe Niemirow und dringen weiter auf Janow vor; Truppen der Armee Böhme-Ermolli werfen den Feind bei Wolczuch über die Bereszyca und erstürmen den Westteil von Grodek; der geschlagenen Feind wird überall scharf verfolgt. — In Tirol werden feindliche Vorstöße gegen das Zillthaler-Joch, im Tosana-Gebiet, bei Tre Sassi, Buchenstein und auf dem Monte Coston zurückgewiesen; im Felsgebiete des Arn Kämpfe der Gebirgstruppen; an der Ssonzo-Front bei Plava neuerliche vergebliche Angriffe der Italiener. — An der Westfront enden erneuerte französisch-englische Durchbruchversuche bei Moulin-sous-Toubent und an der Front Biewin-Arras mit einer Niederlage der Gegner; erfolgreicher Luftschiffangriff auf die Nordostküste Englands. — Das französische Torpedoboot 331 gesunken. — In Ungarn wird die Sperre der diesjährigen Ernte verfügt und die Kriegsgetreidegesellschaft gegründet.

Deutschland und der Friede.

Eine Feststellung gegenüber einer Kundgebung der Sozialdemokraten.

Berlin, 26. Juni.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt in ihrem politischen Tagesbericht:

Der Vorstand der sozialdemokratischen Partei Deutschlands veröffentlicht unter der Ueberschrift „Sozialdemokratie und Frieden“ eine Kundgebung, worin dargelegt wird, wie die deutsche Sozialdemokratie im Kampfe um die nationale Unabhängigkeit und Selbständigkeit Deutschlands ihre Pflicht getan habe und wie ihre friedlichen Bemühungen von den Sozialdemokraten der feindlichen Länder ausgenommen worden sind, und als Tatsache festgestellt wird, daß die große Masse der dem internationalen sozialistischen Bureau angeschlossenen Sozialisten Englands und Frankreichs, ihre Organisationen und Leitungen mit ihren Regierungen den Krieg fortführen wollen bis zur völligen Niederwerfung Deutschlands. Trotz dieser Feststellungen fordert der sozialdemokratische Parteivorstand unter Kennzeichnung seiner eigenen Kriegsziele, gestützt auf die durch die Tapferkeit unserer Volksgenossen geschaffene Kriegslage, die Regierung auf, ihre Bereitwilligkeit kundzutun, in Friedensverhandlungen einzutreten, um dem blutigen Ringen ein Ende zu machen.

Der „Vorwärts“ wurde wegen dieser Kundgebung mit Rücksicht auf die noch für die Erörterung der Kriegsziele bestehenden Zensurvorschriften verboten. Sie ist im hohen Maße zu bedauern, weil dieser Versuch, den Entschlieungen der Regierung vorzugreifen, im Auslande einer wahrscheinlich auch der Mehrheit der deutschen Sozialdemokratie höchst unerwünschten Eindruck machen wird. Nach bewährten Mustern wird das Manifest des allgemeinen Friedenswunsches als Beweis einer in Deutschland tatsächlich nicht bestehenden Kriegsmüdigkeit ausgenützt werden. Das Manifest ist somit geeignet, die Hoffnungen unserer Feinde erneut zu beleben. Sobald der Fortgang der militärischen Ereignisse und die politische Lage die Aussicht bieten, erfolgreich in Friedensermägungen einzutreten, wird die Regierung von selbst das Ihrige tun. Bis dahin aber gibt es für das deutsche Volk nur eine Parole: „Durchhalten!“

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt weiter: Die „Nationalliberale Korrespondenz“ beschäftigt sich mit einem Artikel des sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten Doktor Quarc über die Auseinandersetzungen in der Sozialdemokratie. Dr. Quarc weist in seinem Artikel darauf hin, daß die führenden englischen und französischen Sozialdemokraten sich gegen internationale Annäherungsversuche ablehnend verhalten und schreibt in diesem Zusammenhange: „Wir Deutschen und unsere österreichischen Genossen erklären fortgesetzt, daß wir die erste Fühlung durch Herstellung von Friedensbesprechungen gerne vornehmen wollen. Die deutsche Reichsregierung weiß davon und hat uns nicht die geringsten Schwierigkeiten in den Weg gelegt.“ Die „Nationalliberale Korrespondenz“ meint, daß diese Sätze zwei Auslegungen zulassen. Sie könnten lediglich besagen, daß die Regierung der internationalen politischen Betätigung der Sozialdemokratie, soweit sie sich in gesetzlich zulässigen Grenzen bewegt, und das Staatsinteresse nicht gefährdet, keine Schwierigkeiten in den Weg legt. Dies könnte man vom Standpunkte der staatsbürgerlichen Freiheit verstehen, es könnte aber auch herausgelesen werden, daß die sozialdemokratische internationale Friedenspropaganda von der deutschen Regierung mindestens stillschweigend gebilligt wird und daß man sie von dieser Seite aus sogar als geeignetes Mittel betrachtet, um die erste Grundlage für die Erwägung der Friedensmöglichkeiten zu schaffen. Die „Nationalliberale Korrespondenz“ lehnt diese Lesart mit Recht als unmöglich ab. Wir bestätigen ihr, daß selbstverständlich nur die erstere Auffassung in Frage kommen könne, denn die Regierung hat mit internationaler Friedenspropaganda nichts zu schaffen und dazu weder sozialdemokratische noch andere Unterhändler konzeptioniert.

Wiener Beratungen.

In außergewöhnlicher Form wird das deutsche Volk amtlich mit der Tatsache bekannt gemacht, daß der Reichskanzler von Bethmann Hollweg und der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, Herr von Jagow, zu Besprechungen mit dem österreichisch-ungarischen Minister des Aeußern, Freiherrn v. Burian, in Wien eingetroffen sind. Die Bedeutung dieser Wienfahrt wird noch gehoben durch die Hinzufügung, daß die Leiter der auswärtigen Politik Deutschlands direkt aus dem Großen Hauptquartier des Deutschen Kaisers kommen, und daß der Reichskanzler bereits von Kaiser Franz Josef empfangen wurde. Alle diese Nachrichten wirken zusammen, um erkennen zu lassen, daß es sich um Beratungen der leitenden Staatsmänner der beiden verbündeten Zentralmächte von ganz besonderer Tragweite handelt.

In welcher Richtung sich diese Beratungen bewegen, ist vorläufig in Dunkel gehüllt. Es ist nur möglich, aus einem Ueberblick über die gegenwärtige Gesamtlage Schlüsse zu ziehen.

Diese Lage aber ist für die verbündeten Zentralmächte augenblicklich so günstig wie nie seit Ausbruch des Krieges. Unererschütterlich stehen die deutschen Truppen trotz aller verzweifelten Durchbruchversuche in Frankreich und Belgien. Raslos eilen sie mit den Waffengefährten der Doppelmonarchie in Galizien von Sieg zu Sieg, so daß die völlige Säuberung österreichischen Bodens vom Feinde nur eine Frage kurzer Zeit ist. Hindenburg geht in Kurland planmäßig auf den noch immer unbekanntem Wegen seines strategischen Planes vorwärts. An der italienischen Kampffront steht die Verteidigungslinie unserer Verbündeten fest wie am ersten Tage. An den Dardanellen haben die vereinigten Feinde nicht den geringsten Erfolg zu verzeichnen. So groß ist überall die militärische Ueberlegenheit der deutsch-österreichischen Heere, daß nach menschlichem Ermessen und nach dem übereinstimmenden Urteil aller Sachverständigen — auch der ehrlichen im neutralen und im feindlichen Lager — der Sieg ihnen nicht mehr entrissen werden kann.

Deutlich aber geht dies günstige Urteil vor allem aus der Haltung der Balkanvölker hervor. Seit Wochen ist in Rumänien und Bulgarien und Griechenland ein politischer Stimmungsumschwung bemerkbar geworden, der nicht allein auf das Eingreifen Italiens in den Krieg zurückzuführen ist. Die Interventionslust ist nach der erfolgreichen Offensive der Verbündeten in Galizien dahingeschmolzen, wie Butter an der Sonne. Selbst der allezeit kriegerische Griechenführer Venizelos scheint trotz seines Wahlsieges die Lust an der Rückkehr in das Ministerpalais verloren zu haben. Er bemäntelt seine nur zu begreifliche Zurückhaltung mit der Erklärung,

daß die günstige Gelegenheit zum Eingreifen veräunmt sei. Bulgarien hat in seiner bekannten Antwortnote auf die Bierverbandsangebote seine Immunität gegen alle Verlockungen zum Hilfskrieg gegen die Zentralmächte drastisch zum Ausdruck gebracht, und in Bukarest machen sich die ernstesten politischen Kreise schon heute lustig über die angekündigte neue Note der russischen Regierung mit abermaligen Angeboten einer Bundesgenossenschaft. Nein, auf dem Balkan ist für unsere Feinde vorläufig nichts an Unterstützung herauszuholen!

Unter der niederdrückenden Erkenntnis dieser Tatsache und in Würdigung der militärischen Erfolge Deutschlands und Oesterreich-Ungarns tauchen denn auch in den feindlichen Ländern Stimmungen und Erscheinungen auf, die die mißliche Lage der Bierverbändler deutlich erkennen lassen. In Rußland werden die Minister als Sündenböcke in die Wüste geschickt, die sich am lebhaftesten an der Kriegsbegeisterung beteiligten. Dem Polizeiminister Malakow, der die weitgreifenden inneren Unruhen nicht rechtzeitig zu unterdrücken vermochte, ist der Kriegsminister Suchom-

linow in die Verbannung gefolgt, der der eifrigste Fürsprecher eines vollständigen Vernichtungskampfes gegen das Germanentum war. Der Minister des Aeußern, Sasonow, und selbst der Generalissimus, Großfürst Nikolai, sind nach manchen Anzeichen ihrer Stellungen auch nicht mehr sicher, Entschließungen von weittragender Bedeutung scheinend vorzustehen. Militärische Mißerfolge ungeheuren Umfangs, innere Unruhen, neue Selbstalambitäten wirken zusammen, um ein Bild russischen Mißvergnügens zu zeichnen, das zwar noch nicht mit völligem Zusammenbruch gleichbedeutend ist — dazu schlagen sich die zurückweichenden Truppenmassen des Zaren noch zu tapfer —, das aber den Wunsch nach Frieden sehr verständlich erscheinen lassen würde.

In Frankreich geht es nicht viel besser. Der allgemeine Pessimismus ist trotz aller amtlichen Anstrengungen nicht mehr niederzuhalten. In England können die krampfhaftesten Rekrutierungsmanöver und die umfassendsten Zwangsorganisationen zur Herstellung ausreichender Munition nicht bewirken, daß auch nur der notwendige monatliche Heeresersatz von 100 000 ausgebildeten und bewaffneten Rekruten gestellt wird. In allen drei Reichen muß daher allmählich die verzweifelte Frage immer drohender ihr Haupt erheben: Welchen Zweck eigentlich die weitere Fortsetzung des blutigen Krieges noch haben könne.

Angesichts dieser Gesamtlage beraten in Wien die verantwortlichen Staatsmänner der beiden Kaiserreiche. Wer will annehmen, daß sie nicht über die Kriegsziele

sprächen? Auch für sie war ja die Erörterung der Friedensbedingungen so lange verfrüht, wie alle Kräfte auf Verteidigung und Durchhalten eingestellt werden mußten. Nun aber scheint der Zeitpunkt gekommen zu sein, um sich untereinander über die Bedingungen der Sieger zu verständigen, die den erfolgreichen Krieg beendigen könnten. Von bestimmten Friedensangeboten unserer Feinde, von Separatfrieden mit einer der verbündeten gegnerischen Mächte braucht dabei noch keine Rede zu sein; die überaus günstige Entwicklung unserer Lage allein ist Grund genug zu eingehender mündlicher Beratung. Vor allem könnte schon allein der völlige Umschwung der Verhältnisse auf dem Balkan die leitenden Männer zu politischen Erörterungen von weittragender Zukunftsbedeutung zusammengeführt haben.

Auf jeden Fall werden daher die Wiener Beratungen mit gespannter Aufmerksamkeit aller kriegführenden Völker begleitet werden. Für den Krieg wie für den Frieden: Bereit sein ist alles.

Die Auffassung in Berlin.

v. Berlin, 28. Juni. Der Kreis der in Wien abgehaltenen Besprechungen ist diesmal naturgemäß verhältnismäßig eng gehalten. Sie beziehen sich ausschließlich auf das Verhältnis der beiden Zentralmächte zu den Balkanstaaten und haben dafür die zwischen Deutschland und Oesterreich-Ungarn auf der einen Seite und Rumänien und Bulgarien auf der andern Seite schwebenden Fragen und Verhandlungen einer Erklärung näher zu bringen. Irgend welche weiteren Fragen und Möglichkeiten werden, wie wir gegenüber gewissen geschäftigen Berichtstattern betonen möchten, in Wien nicht zur Verhandlung kommen, da außer der Regelung des Verhältnisses zu den Balkanstaaten politische Probleme irgend welcher Art für die Zentralmächte nicht bestehen.

Frankreich und seine Verbündeten

(Von unserm Korrespondenten)

3 Paris, 21. Juni.

(Verspätet eingetroffen)

Der sozialistische Journalist Gustav Hervé, der sich nicht scheut, auch einmal einen Strauß mit der Zensur auszufechten, wenn er es für nötig hält, ein freies Wort zu reden, weist heute daraufhin, daß die letzte Zeit Frankreich vier große Enttäuschungen gebracht habe: zum ersten den Rückzug der russischen Verbündeten in einem Augenblick, wo ihr Einbruch in die ungarische Kornkammer sicher schien; zum zweiten die Entdeckung, daß England auch jetzt noch an Munitionsmangel leidet; zum dritten die Langsamkeit der Fortschritte der französischen Offensive bei Arras; zum vierten die Entdeckung, daß Deutschland weder Mangel an Nahrungsmitteln noch an Munition leidet.

Auf die beiden letztern Punkte sei heute nicht eingetreten, dagegen verdienen die beiden ersten eine Beleuchtung. Es ist unleugbar, daß die russischen Niederlagen in Galizien beim französischen Publikum einen tiefen Eindruck gemacht haben. Niemand glaubt zwar an eine Zertrümmerung der russischen Armee. Man hält dies für unmöglich und ist jetzt schon auf eine Preisgabe von Lemberg vorbereitet. Aber auch dem einfachen Bürger mußte sich die Erkenntnis eröffnen, daß die Fortschritte der deutsch-österreichischen Armeen in Galizien nicht ohne Eindruck auf die zögernden Neutralen im Balkan bleiben konnten. Und daß man den Beistand dieser Neutralen sehr gut gebrauchen könnte, das sieht das französische Publikum um so besser ein, als es die Hoffnung noch nicht aufgegeben hat, daß der Krieg noch in diesem Jahre beendet werden kann. Die Mißerfolge der Russen zerstören bei vielen Leuten diese Hoffnungen, das ist so ziemlich der einzige Eindruck, den sie in Frankreich machen. Er berührt weniger die Regierenden, als das Volk; dieses aber in seinen weitesten Kreisen. Das ist ohne weiteres begreiflich, wenn man bedenkt, welche fürchterlichen Opfer dieses brave Volk täglich zu bringen hat und ohne Murren bringt.

Das französische Volk weiß, daß es die Hauptlast dieses Krieges trägt, durch den Rußland und vor allem England viel weniger berührt werden. Und hin und wieder hört man Stimmen, die finden, auf Seiten der Verbündeten geschehe nicht alles, was zu einer Beschleunigung des Krieges beitragen könnte. So hat die französische Zensur jetzt Nachrichten über die russisch-rumänischen Verhandlungen durchgelassen, die zeigen, daß es Ende April in der Hand der Russen gelegen hätte, Rumäniens Beistand sofort zu gewinnen. Und der einfache Bürger folgert daraus etwas schnell, daß die Russen da einen riesigen Fehler begangen haben. Damit geschieht den Russen unrecht. Die Geschichte der russisch-rumänischen Unterhandlungen zeigt, daß die Russen schließlich in den meisten Punkten nachgaben, die sie selbst direkt angingen, hingegen Widerstand leisteten, wo die serbischen Interessen berührt wurden. Man ist nun auf dem Punkte angelangt, wo die Russen lediglich noch den Westen des Banats für die Serben fordern, weil sie dieses Gebiet für die Deckung von Belgrad als unumgänglich nötig erklären. Die Rumänen erklären, an ihren früheren Forderungen festhalten zu müssen, hingegen jede annehmbare Lösung wohlwollend prüfen zu wollen. Offiziös wird nun mitgeteilt, daß vor etwa vierzehn Tagen ein ingenüöser Vorschlag betreffend den Besitzstand im Banat nach Bukarest abgegangen sei, hingegen sei eine Antwort noch nicht eingetroffen.

Bei den Russen anerkennt man die riesigen militärischen Anstrengungen auch im französischen Volke sehr wohl an und hat auch Verständnis dafür, daß das industriell schwächere Land mit seinen ausgezeichnet gerüsteten Gegnern Schwierigkeiten hat. Viel weniger begreift man aber, daß die Engländer nach ihrem eigenen Geständnis in zehn Kriegsmonaten noch nicht Zeit gefunden haben, ihr riesiges industrielles Räderwerk auf die längst klar erkannten Erfordernisse dieses Krieges umzuschalten. Die Engländer geben ihre Fehler mit einer Gemütsruhe zu, die nervöse Leute zur Verzweiflung bringen könnte. Der „Temps“ hat erst kürzlich einen halbamtlichen Bericht aus London gebracht, der die Frage, warum die englische Front nur etwa sechzig Kilometer betrage dahin beantwortet, daß die Engländer noch viele Truppen bereit stehen hätten, die indes noch keine Verwendung finden könnten,

weil es ihnen am Material, insbesondere an Munition fehle. Die fortschrittliche Presse Frankreichs hat einen Artikel des Engländers H. C. Wells wiedergegeben, worin die Mängel der englischen Rüstung schonungslos aufgedeckt werden. Wer will es demnach den Franzosen verübeln, wenn sie den Ansicht sind, man könnte weiter sein, wenn die Engländer sich früher und energischer ans Werk gemacht hätten?

Aus dem Vorstehenden darf aber nicht gefolgert werden, daß zwischen den verbündeten Regierungen nicht das vollste Einvernehmen herrsche. Gerade zwischen London und Paris ist das Zusammenarbeiten täglich, und die regierenden Kreise wissen mehr über die Schwierigkeiten, die England zu überwinden hat, als das Volk. Man weiß dort auch besser, wie England alle Verbündeten ohne zu zählen mit seinen reichen Geldmitteln unterstützt. Aus diesen Gründen ist man weit geduldiger als das Volk, das mit großer Sehnsucht auf den Augenblick wartet, wo die englischen Millionenarmeen wirklich auf der Bildfläche erscheinen. Daß dieser Augenblick einmal kommen wird, daran zweifelt auch im Volke niemand. Aber man findet, daß England ordentlich auf sich warten läßt, und daß inzwischen viel französisches Blut fließt, viel unerfessliche Werte verloren gehen, während der englische Reichtum sich intakt halten kann.

Die Wiener Besprechungen.

Berlin, 28. Juni. (Telegr.) Wir können bestätigen, daß es sich bei den Wiener Besprechungen des Reichskanzlers und des Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes mit dem Freiherrn v. Burian nicht um Neuerungen in der auswärtigen Politik der Kaiserreiche gehandelt hat, sondern nur um die Förderung von Besprechungen, die in schwebenden Fragen, besonders auch in den Fragen, die mit der Haltung der Balkanstaaten zusammenhängen, schon seit längerer Zeit im Flusse sind. Es liegt in der Natur der Sache, daß sich ein sofortiges Ergebnis der Wiener Besprechungen nicht mitteilen läßt; weil diese eben nur einen Teil von noch nicht abgeschlossenen diplomatischen Verhandlungen bilden. Die Frage nach der voraussichtlichen Gestaltung der rumänischen und der bulgarischen Politik, die jetzt im Vordergrund des Interesses steht, läßt sich jetzt noch nicht mit aller Bestimmtheit beantworten, man darf indessen, ohne in optimistische Übertreibung zu verfallen, wohl aussprechen, daß die Hoffnungen des Bierbundes auf militärische Unterstützung durch Rumänien und Bulgarien stark zurückgegangen sind.

Die Balkanstaaten.

N Berlin, 28. Juni. (Priv.-Tel., Str. Bln.) Ob und welche Ergebnisse der dreitägige Besuch des Reichskanzlers v. Bethmann Hollweg und des Staatssekretärs v. Jagow in Wien gehabt hat, ist nicht bekannt, und es wäre zwecklos, sich in bestimmten Kombinationen zu ergehen. Man muß sich vorläufig begnügen, zu wissen, daß ein wesentlicher Teil der in Wien gepflogenen Unterhaltungen den Beziehungen zu den Balkanstaaten gegolten hat, die bis jetzt noch in ihrer Neutralität abwarten. Das Wort, das nach Beginn des Krieges und seitdem oft geschrieben worden ist, daß für die Haltung der Neutralen in der Hauptsache die Ergebnisse auf den Schlachtfeldern entscheidend sein werden, das gilt für die Balkanstaaten ganz besonders und gilt heute noch, wie es von Anfang an gegolten hat. Die Ereignisse der letzten Monate und die Fortschritte der verbündeten Armeen im Osten und Südosten lassen ja deutlich genug erkennen, wie die verlockenden Angebote der Tripel-Entente an die einzelnen Balkanstaaten von der Kriegslage beeinflusst worden sind und sich erhöht haben, je bedrängter die Lage Rußlands wurde. Sie lassen andererseits aber auch erkennen, daß die vor schwerer Entscheidung stehenden Balkanstaaten, nicht nur Rumänien allein, so sicher wie möglich gehen möchten, und daß sie in der Tendenz, mit möglichst geringem Risiko den Zeitpunkt für ihre Entscheidung so weit hinaus zu schieben, bis kein Zweifel mehr darüber bestehen kann, wer in dem großen Ringen als Sieger hervorgehen wird. Daß für diese Staaten die Gefahr besteht, schließlich zu spät zu kommen und Dank und Lohn von der einen und von der anderen Seite zu verschmerzen, dürfte ihren Leitern wohl nicht verborgen sein und wird ihnen gewiß im Laufe der sich lang hinziehenden Verhandlungen auch zu Gemüte geführt worden sein. Rußland bietet mit gesteigertem Eifer den Rumänen Landgebiete an, die es nicht besitzt, und darunter solche, auf die es längst schon Serbien begründete Hoffnung gemacht hat. Es wird allmählich schwer, sich in diesem etwas komplizierten Fellschen zurecht zu finden, in welchem auch die Interessen der einzelnen Balkanstaaten gegen einander ausgespielt werden. Im letzten Grunde wird die für den Ausgang des ganzen Krieges sicher nicht unwichtige Entscheidung der einzelnen Balkanstaaten doch immer davon abhängen, wie bald und wie nachdrücklich der Siegeslauf der verbündeten Heere im Südosten gegen Rußland sich vollendet.

Zur Kriegslage

Der Rückzug der Russen. Die Grenze am Dnjestr. Linsingen im Vormarsch. Die Grenze östlich Lemberg. Der Bugabschnitt. Die Kämpfe am Lanew. Der Vormarsch auf die Weichsel. Zwischen Warschau und Schaulen. Die Lage im Westen und im Süden. Lemberg und Wien.

Die Defensivkraft der Russen ist, wie wir noch einmal wiederholen müssen, sehr groß und die Abgabe zahlreicher Gefangener nicht in dem Maße beweiskräftig für die Zersetzung des Heeres, wie dies scheinen könnte. Sie führen auch jetzt ihre Rückzugsgesichte in Galizien und Südpolen mit großer Fähigkeit und haben es immer wieder verstanden, sich einer Umfassung zu entziehen, seit sie sich aus den Karpathen herausgewunden haben. Trotzdem verloren sie sicherlich über eine halbe Million Menschen und stehen nun mit über drei Millionen Gesamtverlust weit über den Verlusten der andern kriegsführenden Mächte.

Am jähesten leisteten sie am Dnjestr Widerstand, wo die Armeen Pflanzler und Linsingen immer wieder in die Defensive gedrängt worden sind. Jetzt endlich scheint es Linsingen gelungen zu sein, den Strom mit versammelten Kräften zu überschreiten, nachdem Halicz gefallen war und der linke Flügel über Chodoretow auf Rohatyn Raum gewonnen hatte. Der Swirzabschnitt ist erreicht, Hrehrow und Bukaczowce genommen, damit die russische Stellung auf 10 km Breite durchbrochen. Diese in westöstlicher Richtung führende Bewegung war die gegebene zur Umfassung des rechten Flügels der russischen Dnjestrarmeen und geht, wie wir vorgehend früher schon festgelegt haben, in der Richtung auf Tarnopol, auf das jetzt der Angriff der Verbündeten zu konvergieren beginnt, doch ist der Vormarsch gerade für die Armee Linsingen mit großen Schwierigkeiten verknüpft, da die zum Dnjestr eilenden ostgalizischen Flüsse sich sämtlich quer vor seine Anmarschstraße legen und mindestens sechs natürliche Verteidigungsabschnitte darstellen, deren Ueberwindung bei Festhalten der Russen Blut und Zeit kosten wird. Bei den großen Raumverhältnissen ist es den Russen möglich, vor der Armee Pflanzler sehr langsam abzubauen, ehe das Vorrücken der Armee Linsingen bedrohlich wird, da ihnen die Möglichkeit vom Dnjestr aus nach Osten aufs Reichsgebiet auszuweichen immer noch offen bleibt. Sie setzen jetzt sogar noch zu wütenden Gegenstößen bei Zaleszyci an, die ihnen aber keine Erfolge mehr bringen können.

Unterdessen vollzieht sich der Rückzug der von Lemberg nach Osten und Nordosten abströmenden russischen Massen unter starkem Nachdrängen des Verfolgers. Die Armee Böhm hat Zadoworze dreißig Kilometer östlich Lemberg an der Linie nach Brody erreicht. Die auf den Höhen östlich der Dawidowka stehenden Nachhuten wurden geschlagen und auch nördlich Zolkiew der Kata- und Swinia-Abschnitt erstritten. Schon zeichnet sich der Bugabschnitt als längst vorausgesehene Aufnahmestellung ab, vor welcher die Armeen Mackensen und Böhm-Ermolli in kürzester Frist stehen werden. Am Bug wird nicht nur eine taktische Entscheidung fallen, sondern auch eine strategische Entschliebung gefaßt werden müssen. Es ist im Wesentlichen die bereits am 27. Juni von uns bezeichnete Linie Kamionka - Busk - Boczow - Tarnopol, um die es sich hier handelt.

Die Armee des Erzherzogs Joseph Ferdinand setzt ihre Bewegung in der Richtung auf den Lanew fort, trifft aber offenbar auf starken Widerstand, denn ihre Fortschritte sind besonders auf dem rechten Flügel sehr langsam. Das hier genannte Cieszanow ist noch galizisch und zehn Kilometer nördlich Lubaczow gelegen. Blazow, das am 27. Juni gestürmt wurde, liegt elf Kilometer nordöstlich Cieszanow, die Russen sind nun weiter nordöstlich über Karol im Abzug über die polnische Grenze.

Auch die Armee Boytsch muß sich den Weg östlich der Lysa Gora Schritt für Schritt erkämpfen; die Russen scheinen hier in der Richtung auf Annapol und Jozesow zurückzugehen, wo jedenfalls Brücken über die Weichsel geschlagen wurden.

Das Vorgebiet von Warschau, also den Bzura-, Sucha- und Rawka-Abschnitt halten sie indes noch unverändert fest, da sie den Druck auf Warschau durch Zurücknahme der Verteidigungsfront nicht verstärken helfen dürfen.

Ob die deutsche Artillerietätigkeit in diesem Abschnitt auf die Vorbereitung frontaler Stürme schließen läßt, wie die Russen andeuten, ist zweifelhaft. Im Raume nördlich der Weichsel wird fortgesetzt um Einzelstellungen am Diczyn und Omulew und die Beherrschung der Zugänge von Rowno gekämpft. Auch der Schlüsselpunkt Schaulen an der Gelenkstelle der Windau- und Dubissafront erlebt immer noch neue Kämpfe.

Auf dem westlichen Kriegsschauplatz ist keine Veränderung erfolgt. Der lebhafteste Luftkrieg hat die Franzosen ein ganzes Geschwader nach Friedrichshafen bestimmter Flugzeuge gekostet, ohne daß ein Erfolg die Opfer gelohnt hätte.

Der italienische Kriegsschauplatz hallt vom Kanonendonner wider, der vielleicht über den Mangel einer durchgreifenden Aktion wegtäuschen soll. Wichtigere als sämtliche Aktionen im Westen und Süden sind die Besprechungen, die jetzt, gestützt auf den Heimfall Lembergs, in Wien stattfinden.

H. St.

Die sozialdemokratische Parteikrise.

„Der springende Punkt in der Parteikrise“ wird von dem sozialdemokratischen „Volksfreund“ in Karlsruhe behandelt. Das führende Organ der badischen Sozialdemokratie sieht in dem Aufruf von Haase, Bernstein und Kautsky einen Versuch, die deutsche Sozialdemokratie von den übrigen Volksgenossen loszureißen und sie der politischen Ohnmacht zu überliefern, damit die alte, bequeme, von jeglicher Verantwortung sich brückende Politik der prinzipiellen Negation wieder aufgenommen werden kann.

Der „Volksfreund“ schreibt: „Man will mit allen Mitteln verhindern, daß die Massen der sozialdemokratischen Wähler zur Erkenntnis des völligen Bankrotts kommen, den die Radderaatsch-Propheten mit ihrer „Wissenschaft“ erlebt haben. . . . Wenn je der Zusammenbruch der kapitalistischen Gesellschaft hätte erfolglos sein müssen, so geht, wo diese Gesellschaft auf die denkbar stärkste Belastungsprobe gestellt wurde. Aber nicht die Spur einer solchen Katastrophe hat sich gezeigt. Wenn es keinen Zusammenbruch gibt, dann hat auch die Politik und Taktik, die auf diese Theorie festgelegt war, denselben Bankrott erlebt wie diese selbst. Dann darf die Politik der Sozialdemokratie künftig nicht mehr in der Hauptsache auf den bloß agitatorischen Erfolg eingestellt werden. Für den „Radikalismus“ ist die Agitation Selbstzweck geworden. Es handelt sich darum, ob die Sozialdemokratie eine politische Partei, die bestimmend auf die wirtschaftlichen, sozialen, politischen und kulturellen Geschicke des deutschen Volkes einwirken kann, oder ob sie eine Sekte politischer Fanatiker sein soll, die jegliche politische Verantwortung prinzipiell von sich weist und die auf den „Tag der sozialen Revolution“ ihre ganzen Hoffnungen setzt.“

Daß Eduard Bernstein, „der seit einem Menschenalter für diesen entscheidenden Schritt in Wort und Schrift Propaganda machte, in der entscheidenden Stunde umkippt und mit seinem alten Widersacher Kautsky an einem Strange zieht“, beweist dem „Volksfreund“ nur, „wohin es führt, wenn man glaubt, die Politik könne am Schreibtisch und in der Studierstube gemacht werden.“

Die Wirkung sozialdemokratischer Friedensangebote.
Der sozialdemokratische „Hannoversche Volkswille“ schreibt:

Es ist unrichtig, daß Deutschland den Frieden bereits haben könnte, wenn es nicht auf Eroberungen abgesehen wäre. Es ist durchaus unrichtig, daß eine sozialdemokratische Forderung nach schleuniger Beendigung des Krieges den Frieden bringen könnte. Im Gegenteil: Auf jededeartige Friedensäußerung hat die deutsche Sozialdemokratie bisher jedesmal von ausländischen Sozialdemokraten, entgegen den Prophezeiungen Kautskys, eine klatschende Ohrfeige erhalten.

Dieses Urteil wird im „Hannoverschen Volkswillen“ zwar nur gefällt über den Aufruf von Haase-Bernstein-Kautsky. Er trifft aber genau ebenso zu auf den am Sonnabend veröffentlichten Friedensaufruf der sozialdemokratischen Parteivorstände.

Geheime Sitzungen

Seit einigen Tagen stehen wir wieder in der Periode geheimnisvoller Ministeritzungen und hochpolitischer Missionen — es bereitet sich irgend etwas vor und die Zeitungen der kriegsführenden Länder sind wieder voll von Vermutungen und Kombinationen aller Art. Bethmann-Hollweg und Jagow sind nach Wien gereist, Salandra hat sich an die Front begeben, um dem Könige von angeblich höchster Wichtigkeit zu unterbreiten. Inzwischen aber haben andere nicht verhandelt, sondern zugegriffen. Die Montenegriner halten heute das Land im Besitz, das ihnen vor zwei Jahren von den Mächten abgenommen wurde. Sie sind allen albanischen Projekten zu Trotz in Skutari eingezogen und haben die Küstenstadt San Giovanni di Medua besetzt. Wie die Serben behaupten zwar auch sie, ihr Vorgehen sei durchaus nicht etwa aggressiv, sie wollten nichts als gewisse strategische Punkte besetzen, um sich gegen albanische Angriffe zu wehren. Tatsächlich steht es natürlich so, daß die Montenegriner den Moment für gekommen halten, das zu nehmen, was man ihnen einst vorenthielt. Sie wollen nicht nur militärisch und vorläufig besetzen, sie wollen annektieren. Das ist ihnen heute sicherlich wichtiger als das in ihrer Note so eifrig betonte Bestreben, Kräfte für den Haupt-Kriegsschauplatz frei zu bekommen.

Die Frage, ob wirklich geheime Verhandlungen mit Oesterreich diesem überraschenden Angriffe vorausgingen, ist immer noch nicht geklärt. In Oesterreich hüllt man sich in tiefes Schweigen, Serbien dementiert offiziell alle Gerüchte von einem bevorstehenden Separatfrieden und wird nicht müde, seine Treue gegenüber dem Dreiverband zu betonen — ob auch gegenüber dem Vierverband? Das ist die schwierigste Frage, die das Eingreifen Italiens aufgeworfen hat.

Auch in Griechenland erwartet man baldige Entscheidungen. Venizelos, der noch beiseite steht, wird von Journalisten aus allen Lagern eifrig befragt. Sie interessieren sich in der Hauptsache darum, ob er in der auswärtigen Politik die gleiche Haltung bewahren werde, wenn er nun wieder das Rudel in die Hand nehme. Venizelos ist klug genug, seine Karten nicht abzudecken. Doch hat er immerhin einem politischen Freunde, dem ehemaligen Abgeordneten von Sparta, Kulumvakis, gegenüber Äußerungen getan, die seine Auffassung erkennen lassen. Ein Sonderberichterstatter des „Berliner Tageblattes“ hat den Spartaner darüber befragt und nach seinen Informationen habe Venizelos sich im wesentlichen wie folgt geäußert:

„Dank der Politik, die die gegenwärtige Regierung befolgt hat, haben wir heute nicht einen Freund mehr auf der Welt. Wir sind isoliert! Dank der Inkonsequenz zwischen seinen Worten und seinen Handlungen hat das Kabinett Gumaris die Mächte der Entente in Unzufriedenheit versetzt. Während sie unter meiner Regierung nachdrücklich und in

ganz offizieller Form erklärt hatten, sie hätten in keiner Weise die Absicht, Griechenland zu Zugeständnissen irgendwelcher Art an Bulgarien zu veranlassen — und das war für uns ein großer Vorteil — versprochen sie heute Bulgarien ihre Vermittlung, damit es Ostmazedonien erhalte. Das bedeutet gewiß nicht, daß diese Mächte Bulgarien Ostmazedonien geben werden, denn es gehört nicht ihnen, sondern uns, aber es bedeutet doch, daß sie sich einem Angriff Bulgariens gegen uns nicht widersetzen werden. Wir müssen uns somit meiner Ansicht nach auf einen Krieg mit Bulgarien gefaßt machen, wir müssen militärisch und finanziell bereit sein, und wir werden für einen Krieg täglich eininhalb Millionen benötigen, während uns die Mächte der Entente ungünstig gesinnt sind. Hätten wir uns nicht isoliert, wäre die Sache anders gekommen.“

„Aus Ihren Worten geht also hervor,“ sagte darauf Kulumvakis, „daß, wenn Sie von neuem die Regierung übernehmen, Sie nicht mehr die gleiche auswärtige Politik befolgen werden, da sich ja die internationale Lage geändert hat.“

„Gewiß hat sich die Lage geändert,“ war die Antwort, „und sogar sehr. Ich habe Ihnen schon gesagt, daß es uns unmöglich gewesen wäre, unsere frühere Politik in Anwendung zu bringen, selbst wenn wir nach 24 Stunden zur Macht wieder zurückgekehrt wären.“

Man mag aus diesen Äußerungen des griechischen Staatsmannes ersehen, wie sehr auf dem Balkan alle Fäden sich verwickeln. Die in den Verhältnissen gelten sicherlich auch all die geheimen Verhandlungen, von denen in der Presse die Rede war. Auch die Besprechungen der deutschen leitenden Männer mit den Wiener Verbündeten bezogen sich sehr wahrscheinlich auf Rumänien und den Balkan, nicht auf

im heutigen Morgenblatt wiedergegebene Meldung der niederländischen Zeitung „Het Volk“ wissen wollte.

Rumänien und die Balkanstaaten werden nun wohl zu einer Entscheidung gedrängt werden. Wie weit diese durch die deutsch-österreichischen Siege in Galizien und durch Italiens Eingreifen in den Krieg beeinflusst wird, wird man bald wissen. Man lacht von beiden Lagern aus sicherlich nicht mit Versprechungen, ist doch die Parteinahme dieser Staaten von nicht zu unterschätzender Wichtigkeit für den Fortgang der kriegerischen Ereignisse.

30./VII. 1915

Die Wiener Verhandlungen

Amsterdam, 29. d. (Havas) Ein Telegramm aus Wien bestätigt, daß v. Bethmann-Hollweg und v. Jagow am Sonntag diese Stadt verlassen haben. Dem Blatt „Het Volk“ zufolge genehmigte man in den Konferenzen von Wien einen Abänderungsplan über die Annektion von Belgien. Dieses soll autonom, aber wirtschaftlich mit Deutschland verbunden sein. Einige Teile Rußlands sollen ebenfalls annectiert werden. Endlich würde man, soviel wie möglich, die territoriale Integrität Frankreichs respektieren.

30.7.1915

Kriegskalender.

18. Juni: Nördlich Sieniawa bringen unsere Truppen auf russisches Gebiet und besetzen Larnograd; die zwischen dem unteren San und der Weichsel stehenden russischen Kräfte weichen; Czje Szanow und die Höhen nordöstlich dieses Ortes von unseren Truppen genommen; im Berglande östlich Riemitrow sowie in der Gegend bei Janow stellen sich starke russische Kräfte zum Kampfe; südlich des oberen Dnjestr muß der Feind weichen; zwischen Dnjestr und Pruth weist die Ostgruppe der Armee Pflanzler acht russische Sturmangriffe ab. — Erneute italienische Angriffe bei Plava sowie im Plödengebiete und auf den Mt. Coston werden abgeschlagen. — Nördlich des Kanals von La Bassée erleiden die Engländer eine Niederlage. An der Lorettöhöhe sowie in den Vogesen westlich Metzeral fortdauernde heftige Kämpfe.

19. Juni: In Galizien wird die Grodekstellung durchbrochen, Grodek und Komarno genommen; an der Nordfront wird das südliche Lanewufer vom Feinde gesäubert, Ulanow nach heftigem Kampfe besetzt; die noch südlich des Dnjestr zwischen den Dnjestrümpfen und dem Struj stehenden Russen werden nach Norden zurückgedrängt. In der Gegend Szawle weisen die Deutschen neuerliche russische Vorstöße ab. Wolkowizna (südwestlich Kalwarja) von den Deutschen erstürmt. — Bei Plava wird ein italienischer Angriffsversuch durch unser Geschützfeuer niedergehalten; im Tiroler Grenzgebiete werden italienische Abteilungen, die gegen die Gebirgsübergänge östlich des Fassatales vorzugehen versuchen, abgewiesen. Oesterreichisch-ungarische Fahrzeuge beschließen erfolgreich die Tank- und Hafenanlagen von Monopoli und die Bahnhöfe von Bari und Brindisi. — Nördlich des La Bassée-Kanals und Arras werden feindliche Teilangriffe blutig abgeschlagen; in der Champagne wird eine angreifende französische Abteilung bezimert; die Franzosen beschließen Münster. — Türkische Fortschritte bei Oltu. — Die englischen Dampfer „Dulcie“ und „Alisia“ von deutschen U-Booten torpediert. — Der deutsche Kaiser beim Besidentorps.

30./IV. 1915

Die „Parteizerrüttung“ in der deutschen Sozialdemokratie.

Eine Erklärung
der Partei- und Fraktions-Vorstände.

Die deutsche Sozialdemokratie macht während des Weltkrieges schwere innere Kämpfe durch. Nachdem sich Mitglieder des Parteivorstandes erst kürzlich sehr energisch gegen die Erklärungen der Genossen Kautsky und Bernstein gewandt haben, ist von verschiedenen Quertreibern ein Flugblatt verbreitet worden, das an Fraktion und Parteivorstand die Forderung erhebt, den Frie-

rieden aufzusagen und auf der ganzen Linie den Klassenkampf nach den Grundsätzen des Parteiprogrammes und der Parteibeschlüsse zu eröffnen, sowie eine eingehende Propaganda für den Frieden ins Werk zu setzen. Dieses Flugblatt ist vom Oberkommando in den Marken beschlagnahmt und seine weitere Herstellung und Verbreitung verboten worden. Inzwischen haben sich aber schon der Vorstand der sozialdemokratischen Partei Deutschlands und der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion in einer Erklärung sehr energisch gegen die in dem Flugblatt aufgestellte Behauptung gewandt, daß die Partei im Kielwasser des imperialistischen Eroberungsprinzips treibe. Die Vorstände weisen darauf hin, daß sie noch heute auf dem Boden der Erklärung der Reichstagsfraktion vom 4. August stehen, in der sie die Verantwortung für die Folgen der imperialistischen Politik, für die Vera der Wettrüstens und für die Verschärfung der Gegensätze unter den Völkern von sich abgewälzt und die Verantwortung dafür den Trägern dieser Politik zugewiesen hätte. Trotzdem den Verfassern des Flugblattes bekannt sei, daß die Partei entschiedener Gegner aller Eroberungspläne sei und keine Politik des „Durchhaltens“ im Sinne „einer hemmungslosen Völkerzerfleischung“ vertreten habe, verbreiteten die Verfasser des Flugblattes diese unwahre Behauptung. In gleicher Weise wehren sich die Vorstände gegen die Behauptung des Flugblattes, daß die Reichstagsfraktion im Mai die „Vollendung des Zusammenbruchs der Politik der Fraktionsmehrheit“ gebracht habe, indem sich der Genosse Ebert aufs neue „zur Willkür gegenüber der Regierung der herrschenden Klassen bekannte“. Es wird mit Recht darauf hingewiesen, daß gerade damals durch den Eintritt Italiens in den Krieg sich die ganze militärische und politische Lage für Deutschland wieder wesentlich verschärft habe. Demgegenüber sei es einfach die Pflicht der Sozialdemokratie gewesen, daß sie entschlossen zu ihrem Volke stand und gemeinsam mit ihm alle Kraft einsetzte, um der neuen Gefahr Herr zu werden. Das sei geschehen im Interesse des Landes und seiner Arbeiterklasse und nicht den herrschenden Klassen zu Liebe, wie jenes Flugblatt behauptet.

Mit ganz besonderem Nachdruck verwahren sich endlich die Vorstände dagegen, daß sie „Sintertreppenpolitik nach dem Muster kapitalistischer Klüngel“ trieben. Die Verbindung mit den Behörden sei im Interesse der Partei und der Arbeiter erfolgt. Wer anderes behauptet, spreche die Unwahrheit. Und wenn höhnisch darauf hingewiesen würde, daß der Genosse Scheidemann in seiner Reichstagsrede eine Milderung der Zensur von einer Fürsprache beim Kaiser erwartet habe, so hänge das damit zusammen, daß von einem kommandierenden General erklärt worden sei, daß nur der Kaiser ihm etwas zu sagen habe. Daher sei es durchaus richtig gewesen, wenn die Zivilbehörden aufgefordert seien, sich an den Kaiser zu wenden, damit die gewünschte Milderung eintrete. Wenn endlich der Parteileitung vorgeworfen werde, daß sie es abgelehnt habe, gegen den im Vergeltungsprinzip liegenden Weilauf der Grausamkeiten zu protestieren, so wäre es im höchstem Maße ungerade gewesen, einseitig der deutschen Kriegführung Vorwürfe zu machen, wenn der englische Seeflord Fisher für den Seekrieg den Grundsatz aufgestellt habe: „Während des Krieges ist Mäßigung Blödsinn.“

Endlich bezeichnen es die Vorstände als eine Irreführung, wenn die Verfasser des Flugblattes behaupten, die von der Sozialdemokratie seit dem 4. August betriebene Politik bedeute das „Kreuz auf dem Grabe des Klassenkampfes“. Nur Böswillige könnten behaupten, daß die Sozialdemokratie den Klassenkampf abgeschworen habe, aber die Vorbedingung für seine erfolgreiche Führung sei die Sicherung der wirtschaftlichen und politischen Unabhängigkeit unseres Landes. Dieser Sicherung zu dienen, sei deshalb Pflicht der deutschen Sozialdemokratie. Auf eine Drohung mit der Parteispaltung laufe es letzten Endes hinaus, wenn die Verfasser des Flugblattes am Schluß erklärten, die Verantwortung für alles, „was sonst komme“, falle den leitenden Instanzen der Partei zu, wenn diese nicht unverzüglich mit der Politik des 4. August brächen. „Jede Drohung, die auf eine Parteispaltung hinziele“, so heißt es wörtlich, „sei ein Verbrechen an der Partei, ein Verbrechen an der gesamten Arbeiterbewegung.“ Wir zweifeln nicht daran, so schließt die Erklärung der Vorstände, daß die Parteigenossen allerorts deshalb die Gefahr erkennen, die in derartigen Treibereien liegt, und daß sie den Organisationschädlingen ein gebieterisches „Bis hierher und nicht weiter“ entgegenrufen werden. Nach dem Abschluß des Krieges werden besonders auch in der inneren Politik so wichtige Aufgaben zu lösen sein, wie das seit der Gründung des Deutschen Reiches noch niemals der Fall war. Wir denken an die Verteilung der Lasten, die dieser Weltkrieg dauernd dem Volke auferlegen wird, an die Schwierigkeiten bei der Fortführung der Sozialpolitik, an die großen wirtschaftlichen Kämpfe, an die Reformen, die es auf dem Gebiete des Verfassungswesens durchzuführen gilt. In der kommenden Zeit wird der deutschen Arbeiterklasse eine starke, einige Sozialdemokratie nötiger sein denn je.“

Das Friedensziel des Zaren.

Die Führer und zahlreiche Mitglieder sämtlicher Dumaparteien sind, seitdem der Verlust Lembergs jede Täuschung über die Kriegslage unmöglich gemacht hat, in Petersburg eingetroffen und zu Sitzungen zusammengetreten, aus denen der Regierung die einmütige Forderung entgegenschallte: Sofortige Einberufung der Duma! Die Regierung hat die Zusammenkünfte im Taurischen Palast verboten; sie wurden in der Wohnung des Dumapräsidenten Rodsjanko fortgesetzt. Dem Sofort der Parteien stellte die Regierung ein Bald gegenüber. Nunmehr meldet die Petersburger Telegraphen-Agentur:

Petersburg, 30. Juni.

Ein Kaiserliches Reskript an den Ministerpräsidenten Goremykin lautet: Aus allen Teilen des Vaterlandes gelangen Stimmen zu mir, welche Zeugnis ablegen für den starken Willen des russischen Volkes, seine Kräfte dem Werke der Heeresausrüstung zu widmen. Ich schöpfe aus dieser nationalen Einmütigkeit die unerschütterliche Sicherheit einer strahlenden Zukunft. Der lange andauernde Krieg verlangt immer neue Kräfteanstrengungen; aber indem wir die wachsenden Schwierigkeiten überwinden und den unvermeidlichen Wechselfällen des Kriegsglücks die Stirn bieten, wollen wir in unseren Herzen den Entschluß befestigen und stählen, den Kampf mit Hilfe Gottes bis zum vollständigen Triumph des russischen Heeres zu führen. Der Feind wird niedergeschlagen werden müssen, sonst ist der Friede unmöglich. Mit festem Vertrauen in die unerschöpflichen Kräfte Rußlands erwarte ich, daß die Regierungs- und öffentlichen Einrichtungen, die Industrie Rußlands und alle treuen Söhne des Vaterlandes ohne Unterschied der Meinung und Klassen solidarisch und einmütig arbeiten werden, um die Bedürfnisse unserer tapferen Armee zu befriedigen. Dieses einzige und nunmehr nationale Problem soll alle Gedanken des einigen, und in seiner Einigkeit unbefiegbaren Rußland auf sich ziehen. Nachdem ich zur Erörterung der Approvisionierungsfragen einen besonderen Ausschuß unter Beteiligung von Mitgliedern der gesetzgebenden Kammern und von Vertretern der Industrie errichtet habe, erkenne ich es als notwendig, demzufolge den Zeitpunkt der Wiedereröffnung der gesetzgebenden Körperschaften zu beschleunigen, um die Stimme der russischen Erde zu hören, und da ich die Wiederaufnahme der Tagungen der Duma und des Reichsrats spätestens für den Monat August beschlossen habe, vertraue ich den Ministerrat damit, die durch die Kriegszeit notwendig gewordenen Gesetze mit mir gemäß meinen Angaben gemäß auszuarbeiten.

Wird die feierliche Versicherung des Zaren, daß der Friede unmöglich ist, wenn Deutschland und Oesterreich-Ungarn nicht niedergeschlagen werden, und seine Zuversicht, daß das über „unvermeidliche Wechselfälle“ hinaus trotz „wachsender Schwierigkeiten“ gelingen werde, Rußlands gesunkenen Mut wieder erheben? Das Reskript gibt das Schlagwort auch für Rußland aus, das jetzt in England und Frankreich die Hoffnung aller ist: Organisation der Heeresrüstung! Aber die letzte Hoffnung großer Industriestaaten, die von ihrer Industrie mit Recht große Leistungen erwarten dürfen, kann im agrarischen Rußland nicht dieselbe Wirkung tun. Und das russische Vertrauen zur Organisationsfähigkeit der Regierung ist sicherlich heute nicht größer, als es sonst war. Das grundsätzliche Zugeständnis, das der Zar angesichts der immer bedrohlicheren Erregung im Lande der öffentlichen Meinung nicht länger vorzuenthalten für ratsam fand, das Zugeständnis der Einberufung der Volksvertretung, wird freilich durch die hinausgezögerte Einberufung bis zum August einigermaßen abgeschwächt.

Englisches Unterhaus.

Unangenehme Anfragen. Die Munitionsbill. Schwere Anklagen gegen die frühere Regierung.

London, 29. Juni.

Der Generalstaatsanwalt sagte auf eine Unterhausanfrage: Die Regierung erwäge ein Einschreiten gegen gewisse Artikel des „Labour Leader“ und gegen den Brief Dr. Conybeares über die Tätigkeit der britischen Warcomitees.

Arthur Markham fragte den Premierminister, ob die „höchste Autorität“, auf Grund deren er in Newcastle erklärte, daß die Engländer und die Alliierten nicht durch Mangel an Munition behindert seien, Ritchener oder ein anderer Beamter des Kriegsministeriums sei.

Premierminister Asquith erwiderte, er könne im öffentlichen Interesse diese Frage nicht beantworten.

Staatssekretär des Innern Sir John Simon wandte sich bei Beantwortung dieser Frage gegen die übertreibenden und heurnruhigenden Zeitungsmeldungen über Luftangriffe.

Arthur Markham fragte, ob das Kriegsministerium weiterhin Rekruten anwerben wolle, die es nicht ausrüsten könne.

Tennant erwiderte, es wäre unzweckmäßig, das System jetzt zu ändern.

Bei der zweiten Lesung der Munitionsbill sagte Mac Meill (Unionist), er zweifle daran, daß die

Bestimmungen der Bill ausreichen, und kritisierte die große Verzögerung einer solchen Gesetzgebung. Lloyd-George habe neulich gesagt, man brauche acht bis neun Monate, um Werke zur Herstellung von Gewehren zu gründen. Er habe ferner mitgeteilt, daß, während die Zentralmächte vermutlich die Grenzen ihrer Produktion erreicht hätten, wir eben erst die Schwelle unserer Möglichkeiten überschritten hätten, und dies nach zehn Kriegsmonaten. Die Munitionsbill sei zugestandenemassen nur ein Experiment. Haben wir Zeit, Experimente zu machen? Redner tritt für den Staatszwang ein.

Houston (Unionist) sagte, General French und die Armee haben seit Monaten dringend mehr Munition gefordert. Lloyd-George scheine allein unter den Ministern den Mut zu haben, der Nation die Wahrheit zu sagen. Der Mangel an Geschützen und Munition sei unerhört schimpflich. Die bisherige geringe Anteilnahme im Lande sei Schuld des Benjors, der die Wahrheit schimpflich verheimlicht. Das Kriegsministerium glaubt wahrscheinlich, fuhr Redner fort, daß wir uns durch den Krieg fortwursteln könnten, wie im Burenkriege. Aber die heutige Lage ist ganz anders. Niemals in der ganzen Geschichte unseres Landes war die Lage so verzweifelt. Die frühere Regierung tat alles, um das Land durch falsche Sicherheit zu chloroformieren. Jetzt haben wir eine Koalition, weil das Kriegsministerium im eigenen Bureautilratismus verstrickt, über der Munitionsfrage zusammenbrach.

Die neue Regierung muß die ganze und volle Wahrheit sagen. Die Lage bedeutet nach elf Kriegsmonaten ein reines Patt. Die Deutschen sehen nicht aus, als wären sie im Osten geschlagen. Wenn es ihnen gelingt, die Russen zurückzutreiben, können sie Truppen an die Westfront senden, auf Calais losgehen, von dort Dover und Folkestone mit schwerem Geschütz beschießen und unter Deckung dieser Beschießung einen Luftangriff oder einen Einfall nach England versuchen. Man spricht vom Schutze durch unsere Flotte, aber Gallipoli lehrt, was die Flotte tun kann, was nicht.

Der Sprecher forderte den Redner auf, zur Munitionsbill zu sprechen.

Houston warnte fortwährend Lloyd-George vor engen Beziehungen des Kriegsministeriums und der Admiralität mit Waffenfirmen. Er kritisierte, daß das Kriegsministerium erst jetzt mit gußeisernen Brisanzgeschossen Versuche anstelle, während die Deutschen schon Millionen davon gebrauchten.

Hobhouse (liberal) sagte, wenn wieder Angriffe auf die letzte Regierung gemacht würden, würde eine sehr offene Aussprache die Folge sein. Er bestritt, daß die Lage verzweifelt sei.

Hodge (Arbeiterpartei) trat für die Bill ein, meinte aber, Einzelheiten müßten verbessert werden. Streiks seien während des Krieges undenkbar. Die Arbeitsfreitigkeiten der letzten Monate seien durch die Steigerung der Lebensmittelpreise entstanden. Die Schwierigkeit liege vielmehr im Mangel an Maschinen für die Herstellung von Munition. Die Arbeiterpartei bekämpfe im Prinzip die Bill nicht.

Staatssekretär des Innern Sir John Simon sagte, die Debatte zeige, daß die dringende Notwendigkeit besonderer Maßregeln zur Herstellung von Munition nicht bestritten werde. Die Bill erstrebe keinen Staatszwang. Die Gewerkschaften würden nach dem Kriege alle früheren Rechte zurückerhalten.

Premierminister Asquith betonte, daß die Bill in dieser Woche erledigt werden müsse.

Snowden (Arbeiterpartei) bestritt, daß Hodge die Ueberzeugung der Gewerkschaften ausgesprochen habe. In der Konferenz der Gewerkschaftsvertreter mit Lloyd-George, in der die Berg- und Textilarbeiter nicht vertreten gewesen seien, habe ein Drittel der Vertreter gegen die Munitionsbill gestimmt. Streiks seien in dieser Zeit undenkbar, aber die Regierung habe die Berechtigung der Bill nicht dargetan. Redner wies nach, daß die Regierung das Arsenal von Woolwich nicht voll ausgenützt habe, und protestierte dagegen, daß der Munitionsminister die Vollmacht erhalte, in den unter die Bill fallenden Anstalten nach Belieben Verordnungen zu erlassen.

O'Grady (Arbeiterpartei) wandte sich gegen Snowden, der zwischen den Arbeitern und ihren erwählten Führern Zwietracht säe.

Präsident des Unterrichtsamtes Henderson gab eine Uebersicht über die Streikbewegung seit Kriegsbeginn und betonte, daß im Prinzip das obligatorische Schiedsgericht von den Vertretern der Gewerkschaften für Maschinen- und Schiffsbau bereits im März angenommen worden sei. Snowdens Stellungnahme sei durch seine Auffassung vom Kriege beeinflusst.

Pringle (liberal) sagte: Die Mißverständnisse über den Ernst und die Dauer des Krieges sind teilweise die Schuld der Presseberichte des Hauptquartiers. Der bekannte Augenzeuge im Hauptquartier berichtete vor einigen Monaten, daß die Deutschen, deren Munitionsvorräte erschöpft seien, Geschosse alten Typs verwendeten. Redner wandte sich gegen die Absicht der Regierung, die Bill durchzupeitschen. Es sei nicht das erstemal, daß Lloyd-George mit einer Bill solche Eile habe. Es sei nicht der Versuch gemacht worden, nachzuweisen, daß die Bill die Erzeugung von Munition vermehren würde. Redner kritisierte scharf die Bill und bekämpfte die unbegrenzte Vollmacht, als eine Diktatur mit ihren sehr schlimmen Folgen. Viele, die geholfen hätten, jene Diktatur zu begründen, hätten jetzt ihr gefallenes Idol angegriffen. Redner wünscht nicht, daß auch Lloyd-George ein gefallenes Idol werde. Redner sprach weiter bis um 10 Uhr 55 Minuten nachts, worauf nach kurzen Bemerkungen von Lloyd-George die Bill in zweiter Lesung angenommen und die Sitzung geschlossen wurde.

Ein Reskript des Zaren.

Petersburg, 30. Juni. Ein kaiserliches Reskript an den Ministerpräsidenten lautet:

„Aus allen Teilen des Vaterlandes gelangen Stimmen zu mir, welche Zeugnis ablegen für den starken Willen des russischen Volkes, seine Kräfte dem Werte der Seeres-ausrüstung zu widmen. Ich schöpfe aus dieser nationalen Einmütigkeit die unerschütterliche Sicherheit einer strahlenden Zukunft.

Der lange andauernde Krieg verlangt immer neue Kraftanstrengungen; aber indem wir die wachsenden Schwierigkeiten überwinden und den unvermeidlichen Wechselfällen des Kriegsglückes die Stirn bieten, wollen wir in unsern Herzen den Entschluß befestigen und stählen, den Kampf mit Gottes Hilfe bis zum vollständigen Triumph des russischen Seeres zu führen.

Der Feind wird niedergeschlagen werden müssen, sonst ist der Friede unmöglich.

Mit festem Vertrauen in die unerschöpflichen Kräfte Rußlands erwarte ich, daß die Regierung und öffentlichen Einrichtungen, die Industrie Rußlands und alle treuen Söhne des Vaterlandes ohne Unterschied der Meinungen und der Klassen solidarisch und einmütig arbeiten werden, um die Bedürfnisse unsrer tapferen Armeen zu befriedigen.

Dieses einzige, nunmehr nationale Problem soll alle Gedanken des einigen und in der Einigkeit unbefiegbaren Rußland auf sich ziehen.

Nachdem ich zur Erörterung der Approbationierungsfragen einen besonderen Ausschuß unter Beteiligung von Mitgliedern der gesetzgebenden Kammern und von Vertretern der Industrie errichtete, erkenne ich es für notwendig, demzufolge den Zeitpunkt der Wiedereröffnung der gesetzgebenden Körperschaften zu beschleunigen, um die Stimme der russischen Erde zu hören.

Und da ich die Wiederaufnahme der Tagungen der Duma und des Reichstages spätestens für August beschloß, vertraue ich den Ministerrat, die durch die Kriegszeit notwendig gewordenen Gesetzentwürfe meinen Angaben gemäß auszuarbeiten.“

1. VII. 1915

Sozialdemokratische Gegensätze.

„Halt — nicht weiter!“ ruft ein sozialdemokratischer Reichstagsabgeordneter im „Volkshfreund“ in Karlsruhe den „Liebknechtianern“ wie deren Gegnern innerhalb der sozialdemokratischen Partei zu. Er schreibt u. a.:

Mit Liebknecht fing es im Dezember vorigen Jahres an. Die Reichstagsfraktion hat dann nach stundenlangen Verhandlungen ihren Beschluß gegen sein parteischädigendes Verfahren gefaßt und ihm ihre Meinung mit jeder wünschenswerten Deutlichkeit gesagt. Dieß doch der Schlusssatz ihrer Resolution erkennen, daß sie die Gemeinschaft mit ihm gelöst haben würde, wenn ihr das Organisationsstatut der Partei eine Handhabe dazu geboten hätte. Sollte sich aber irgendein Mitglied der Fraktion der Ansicht hingeeben haben, dieser Beschluß werde auf diejenigen und diejenigen wirken, auf die er zielte, dann würde dieses in der Zwischenzeit Enttäuschung über Enttäuschung erlebt haben. Denn Leute, wie Liebknecht und sein Anhang sind nicht zu belehren, auch nicht durch die stärksten Beschlüsse im Raum zu halten. . . . Es war jedem Einsichtigen schon seit Monaten klar, daß Liebknecht nicht lange allein stehen werde mit der absurden Ansicht, die überwältigende Mehrheit unserer Abgeordneten hätte das Volk veraten, die Disziplin gebrochen und sich ihres Mandates unwürdig gemacht, nur er habe die Disziplin hochgehalten und die wahren Interessen unseres Volkes gerettet. . . . Zwischen dem Schuft, der für ein paar Judasgroschen die vertrauten Verhandlungen der Fraktion, die Besprechungen unserer Parteivertreter mit den Männern der Regierung an die ehtenwerte „Berliner Tagewacht“ verhölet, und dem Parteivorstehenden Haase, zwischen Westmeyer auf der einen Seite und einem alten Parteiveteranen wie Theodor Schwarz auf der anderen, zwischen dem unermüdbaren Bühler Kühle und dem hoffnungslos verwirrten Eduard Bernstein gibt es sicher sehr große Unterschiede. Aber gefunden haben sie sich doch. Gefunden in dem Kultus des Wortradikalismus, der unentwegten Opposition um der Opposition willen. Der „Geist“ Liebknechts ist in ihnen allen.

Jetzt heißt es, die Partei vor dem politischen Abgrund zu warnen, in den jene Liebknechtianer (denn das sind sie ausnahmslos, da sie Liebknecht überlassen haben, ihre Proklamation zu verfassen), sie führen wollen.

Der Reichstagsabgeordnete im Karlsruher „Volkshfreund“ erwartet, daß die Massen selbst den Liebknechtianern ein „Halt — bis hierher und nicht weiter!“ zurufen:

„Mögen sie (die Liebknechtianer. D. Red.) unseretwegen sich als „Martyrer“ ihrer Gesinnungstüchtigkeit aufspielen. Lieber zehn Duzend „Martyrer“ vom Schläge der Liebknecht, Mehring, Haase, Bernstein und Kautsky, denen das schreckliche Schicksal droht, daß ihnen in ihren Schreibstuben die Tinte eintrocknet, als ein einzig armes Opfer, welches ihr Treiben mit seinem warmen Blute bezahlen muß.“

Eine neue Erklärung des sozialdemokratischen Parteivorstandes. Ein vom Vorstand der sozialdemokratischen Partei Deutschlands und vom Vorstand der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion unterzeichneter Artikel im „Samburger Echo“ wendet sich gegen das bekannte Flugblatt, in dem die Partei aufgefordert wird, den Burgfrieden aufzugeben und in schärfster Form den Kampf gegen die Regierung aufzunehmen. Es sei unmöglich, den ganzen Wust von Entstellungen und Verdrehungen zu entwirren, der über diesem Machwerk einer Gruppe der Parteiopposition angehäuft sei. Die Behauptung, die Partei treibe seit dem 4. August „im Kielwasser der imperialistischen Eroberungspolitik“, stehe mit der Wahrheit im krassesten Widerspruch. Es sei eine Irreführung, wenn das Flugblatt behauptet, die von der Sozialdemokratie seit dem 4. August betriebene Politik bedeute das Kreuz auf dem Grabe des Klassenkampfes. Daß die Klassengegensätze fortbestehen und der Kampf gegen die Klassenherrschaft nach dem Kriege wieder aufleben werde, sei selbstverständlich.

1. VII. 1915

Italienisches Verbot der Veräußerung von österreichischem Vermögen.

WTB Berlin, 1. Juli. (Telegr.) Der Handelsvertragsverein veröffentlicht nachstehende Verordnung der italienischen Regierung vom 24. Juni 1915. Es ist beachtenswert, daß sich diese Bestimmungen ausschließlich gegen österreichische, nicht auch gegen deutsche Vermögensbestände richten.

Art. 1). Die Verkäufe, Abtretungen und irgendwelcher Übergang an Gütern und Immobilienrechten, welche den Angehörigen des österreichisch-ungarischen Kaiserreichs gehören oder Personen, welche dort wohnen, entbehren jeder rechtlichen Wirksamkeit im Königreich Italien und in den italienischen Kolonien, wenn sie in der Zeit vom 24. Mai 1915 an und während des Krieges erfolgten. Ebenso entbehren jeglicher rechtlicher Wirksamkeit alle Abtretungen von Waren oder Forderungen und alle Handelsgeschäfte, welche darauf ausgehen, an Stelle eines Angehörigen des österreichisch-ungarischen Reiches einen Angehörigen einer andern Nation zu setzen.

Art. 2). Während des Krieges kann kein Österreicher und keine österreichisch-ungarische Gesellschaft usw. in Italien rechtliche Schritte, Klagen und dergl. in Zivil- oder Verwaltungssachen einreichen, auch nicht in nichtstrittigen Rechtsachen. Die bereits anhängigen Prozesse usw. können erst nach dem Krieg wieder aufgenommen werden.

Art. 3). Art. 1 und 2 finden keine Anwendung auf die österreichischen Staatsangehörigen italienischer Nationalität, sofern diese zu dem bezüglichen Rechtsgeschäft durch besonderes Dekret des Ministers des Innern ermächtigt sind.

1./VII. 1915

„Unter dem Zwange äußerster Notwendigkeit“.

WTB Rom, 30. Juni. (Telegr.) Die Tribuna veröffentlicht eine von Montenegro an die Mächte gerichtete Note über sein Vorgehen in Skutari. Die Note sagt, Montenegro habe begriffen, daß die österreichischen Treibereien gegen das montenegrinische Gebiet den Zweck gehabt hätten, die Aufmerksamkeit Montenegros von der Hauptfront abzulenken. Montenegro und sein Bundesgenosse Serbien hätten viel unter den Schwierigkeiten gelitten, die ihnen von Albanien geschaffen worden seien. Osterreich-Ungarn habe mit Erfolg durch seine Mittelmänner in Albanien allerlei Bewegungen in Montenegro hervorgerufen. Osterreich-Ungarn habe dies gekonnt, weil Skutari dem montenegrinischen Staat entrissen worden sei, ohne Rücksicht darauf, daß der Besitz dieser Stadt eine Lebensfrage für den Staat gewesen sei. Infolge des von Osterreich-Ungarn ausgeübten Druckes sei die Festlegung der montenegrinisch-albanischen Grenze, wie sie von der Londoner Konferenz durchgeführt worden sei, ungünstig für Montenegro, das gezwungen gewesen sei, einen Teil seiner Truppen an der albanischen Grenze zu behalten. Die Note fährt fort:

Dieser Zustand wurde für uns sehr bedenklich, als die Albanier die am Laufe des Bojanafusses hausen, unsere Transporte verwüsteten und, von Osterreich bewaffnet, in beträchtlicher Zahl einen Einfall in montenegrinisches Gebiet unternahmen. Die königliche Regierung, die fest entschlossen ist, ihre Streitkräfte an der Hauptfront versammelt zu lassen, war, durch diese Verletzung herausgefordert, gezwungen, einige Stellungen zu besetzen, um neue Angriffe gegen die Bevölkerung der Montenegro gehörenden Gebiete zu verhindern. Die albanischen Führer liefern uns Waffen aus, die vom österreichisch-ungarischen Konsul in Skutari an sie verteilt worden sind, und bekunden Gefühle der Ergebenheit gegen die montenegrinischen Behörden. Der Bürgermeister von Skutari erschien in den benachbarten montenegrinischen Stellungen und versicherte den Befehlshaber der freundschaftlichen Gefühle der Bevölkerung Skutaris ohne Unterschied der Religion. Indem wir somit unter dem Zwange äußerster Notwendigkeit gehandelt haben, haben wir die österreichischen Treibereien vollkommen vereitelt. Die montenegrinischen Truppen, die bisher gezwungen waren, die albanische Grenze zu bewachen, sind nun frei geworden, um an der Hauptfront an den Unternehmungen gegen den gemeinsamen Feind Montenegros und seines Bundesgenossen teilzunehmen.

Das Papstinterdikt.**Vollständiges Dementi der Aeußerungen des Papstes.**(Tel. des I. I. Telegraphen-Korrespondenzbureaus.)
Rom, 29. Juni. „Corriere d'Italia“ veröffentlicht ein Interview mit dem Kardinalstaatssekretär Gaspari über die Unter-

redung des Papstes mit Latapie. Gaspari erklärt, Latapie erfand sehr schwerwiegende Behauptungen vollkommen. Latapie zufolge stellte der Papst die Juden Galiziens den österreichischen Priestern in Cremona und den erschossenen belgischen und französischen Priestern gleich und erwähnte sie alle in seiner am 22. Jänner gehaltenen Konfistorialrede. Dies ist eine Absurdität. Der Papst konnte dies nicht sagen. Ueber die Juden Galiziens sprach der Papst niemals, denn er könne weder Rußland lediglich auf Angaben Oesterreich-Ungarns, noch Oesterreich-Ungarn lediglich auf russische Angaben hin verurteilen.

Vor einigen Wochen wurde der Papst benachrichtigt, daß die italienische Armee einige österreichische Priester aus den feindlichen Gebieten als Geiseln mitnahm oder, besser gesagt, als Zivilgefangene abtransportierte. Gleichzeitig erfuhr der Papst mit Vergnügen, daß diese Priester mit großer Schonung behandelt werden und der Bischof von Cremona sich ihrer liebevoll annehme. Wie hätte also der Papst die aus Belgien und Frankreich abgeführten Priester und die Judenfamilien Galiziens sowie die österreichischen Priester in Cremona einander gleichstellen können? Wie hätte er behaupten können, daß er sie alle in einer um mehrere Monate zurückliegenden Rede erwähnt habe?

Weder der Papst noch der Staatssekretär erhielten jemals direkt oder indirekt einen Brief des Gouverneurs von Belgien. Der Brief bestehe nur in der Einbildung Latapies. Auf die Frage bezüglich der Neutralität Belgiens antwortete Papst Benedikt nicht: das war unter dem Pontifikat Pius X. Er (Gaspari) wisse die wahre Antwort, aber seine Aufgabe sei eine Berichtigung der Angaben Latapies, nicht ihre Vervollständigung.

Noch bedenklicher sei, was Latapie über die Beziehungen des Vatikans zum Quirinalsee. Es sei wahr, daß der Vatikan wünsche, daß Italien außerhalb des Konfliktes bleibe auf Grund genügender Konzessionen seitens Oesterreich-Ungarns, welche jeden Reibungsgrund zwischen den beiden Nationen aus der Welt geschafft hätten. Der Papst wünscht dies, weil er die Wiederherstellung des Friedens, aber nicht die Ausbreitung des Krieges wünsche, weil er dem geliebten Italien die Kriegsverluste ersparen wollte und weil ihn die heikle Lage bestürzte, in welche der Vatikan kommen mußte, wenn Italien eingriff.

Der Ausdruck wankelmütig (ab più mobile), welchen der Papst angeblich auf das italienische Volk anwandte, sei eine Erfindung Latapies. Wenn später bekannt werden werde, was der Papst tat, werde das italienische Volk kein Gefühl der Erbitterung, sondern Liebe und Dankbarkeit empfinden.

Seit der Kriegserklärung bewahrte der Vatikan strengste Neutralität. Der Papst vergesse nicht, daß alle, wo immer sie kämpfen, seine Söhne seien. Er sei nicht nur auf das geistige Wohl seiner Kinder bedacht, sondern gestatte auch, daß selbst in Gebäuden des Vatikans kranke und verwundete Soldaten gepflegt werden. Gaspari anerkannte, daß die italienische Regierung guten Willen bewies, mehrere Schwierigkeiten beizulegen, welche der Vatikan in Kriegszeiten angesichts der augenblicklichen Lage unvermeidlich erachtete. So gewährte die italienische Regierung Zensurfreiheit für die Korrespondenz des Heiligen Stuhles. Der Vatikan machte von einigen trotz des Befehles ohne Verschulden der Regierung geöffneten Briefen kein Aufhebens. Über daraus lasse sich nicht schließen, daß die Lage des Vatikans normal sei, daß der Papst sie als endgültig annehmen müsse. Der Vatikan könne aus Achtung vor seiner Neutralität der italienischen Regierung keine Schwierigkeiten bereiten und setze seine Hoffnungen auf Gott in der Erwartung, daß die Lage nicht durch fremde Waffen, wohl aber durch den Triumph der Gerechtigkeit werde geregelt werden, welche er im italienischen Volk gemäß seinen wahren Interessen immer mehr verbreitet sehen möchte.

Der Papst bedauerte den Untergang der „Lusitania“. Deutlicher könne er sich nicht ausdrücken angesichts der Widersprüche

in den Berichten, die er nicht lösen könne. Bezüglich der von Latapie dem Papst zugeschriebenen Frage: „Glauben Sie, daß die Blockade der Centralmächte, welche Millionen unschuldiger Geschöpfe dem Hungertode preisgibt, etwa von menschlichen Gefühlen eingegeben ist?“ sagte Gaspari, daß der Papst, welches auch immer seine Worte gewesen seien, sicherlich die Meinung seines Ausfragers habe kennen lernen, aber nicht sich selber gegen die Blockadeverhängung habe ausdrücken wollen.

Gaspari schloß mit der Erklärung: Latapie gab an keiner Stelle die Gedanken des Papstes genau wieder und entstellte sie hier und da völlig. In seiner kurzen Unterredung mit Latapie sagte er (Gaspari) kein Wort über den Abbruch der diplomatischen Beziehungen mit Frankreich und über die Trennung von Kirche und Staat in Frankreich. Latapie hätte gut getan, sein förmliches Versprechen, nichts ohne vorherige Genehmigung zu veröffentlichen, zu halten. Jedenfalls sei Latapie dank seiner kläglichen Indiskretion der letzte Journalist, welcher vom Papst während des Krieges empfangen worden ist.

Aus der Sozialdemokratie.

Ausländische Antworten an die deutsche Sozialdemokratie. Der Friedensaufruf des Vorstands der deutschen Sozialdemokratie hat im Ausland nicht das erhoffte Echo geweckt. Die sozialdemokratische Chemnitzer „Volksstimme“ schreibt darüber: „Die Anstrengungen Englands beweisen, daß man entschlossen ist, selbst unter extremster Beschränkung der traditionellen englischen Freiheit den Krieg bis aufs Messer fortzusetzen. Aus Frankreich erfahren wir, daß alle Parteien darüber einig sind, den Krieg bis zum Siege fortzusetzen. Die Zurücktreibung der deutschen Heere über die Grenze genügt ihnen keineswegs. Die belgische Regierung, die ja auch zurzeit in Frankreich ihren Sitz hat, hat noch in letzter Zeit Äußerungen getan, wonach eine wesentliche Schwächung Deutschlands durch Landverlust unter allen Umständen herbeigeführt werden müsse. Auch Vandervelde ist entschlossen, sich die Ohren zu verstopfen, um nichts vom Frieden zu hören, solange Belgien nicht geräumt ist. Und aus Frankreich haben wir noch in letzter Zeit aus dem Munde von Sozialisten wiederum vernommen, daß die Zurücknahme Elsaß-Lothringens durch Frankreich keine Annexion wäre. Man hält also auch in Frankreich daran fest, daß der Krieg nicht nur als Verteidigungskrieg weitergeführt werden muß, sondern daß sogar nach dem Zurückwerfen der deutschen Heere über die Grenze, das den Franzosen allerdings etwas schwer werden dürfte, er als Angriffskrieg weiter fortgeführt werden muß; denn ohne Angriffskrieg ist die „Zurücknahme“ Elsaß-Lothringens natürlich nicht zu erreichen. Das ist also die Antwort, die überall, nicht nur aus den offiziellen Kreisen, sondern bis weit hinein auch aus den Reihen der Sozialisten feindlicher Länder auf den Friedensaufruf unseres Parteivorstandes erfolgt. Doch geben wir die Hoffnung noch nicht auf. Zu bestimmt haben uns die Haase, Kautsky und Bernstein den Erfolg von Friedenskundgebungen in Deutschland vorausgesagt, als daß ein Zweifel obwalten könnte, daß nunmehr auch sympathischere Antworten aus den Ländern der Feinde noch kommen werden. Wie die Großmächte singen, so handeln die kleinen feindlichen Mächte. Da die militärische Situation es verhindert, gegen Serbien und Montenegro aggressiv vorzugehen, so schwillt diesen Mächten der Kamm und sie annectieren in dem durch innere Wirren zerrütteten Albanien in ganz gründlicher Weise drauf los, ohne sich im geringsten um das „Selbstbestimmungsrecht der Völker“ zu kümmern.“

„Was kommen muß, das kommt,“ ruft der sozialdemokratische „Volksfreund“ in Karlsruhe aus. Er druckt die neue, von uns bereits erwähnte Erklärung des Parteivorstandes und des Vorstandes der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion „gegen Parteizerrüttung“ ab, die das Verharren der Partei bei der Politik des 4. August, insbesondere auch England gegenüber, klar zum Ausdruck bringt, u. a. auch mit den Worten:

Die Vorbedingung für die erfolgreiche künftige Führung des Klassenkampfes ist die Sicherung der wirtschaftlichen und politischen Unabhängigkeit unseres Landes. Dieser Sicherung zu dienen ist deshalb die Pflicht der deutschen Sozialdemokratie.

Der „Volksfreund“ druckt die Erklärung des Parteivorstandes im Wortlaut ab und bemerkt dazu:

Uns dünkt, es seien nun genug Erklärungen gegen die Parteizerrüttung abgegeben worden. Belehren lassen sich diese Elemente ja doch nicht. Was kommen muß, das kommt.

Der „Vorwärts“, der am 26. Juni wegen Veröffentlichung des Aufrufs des sozialdemokratischen Parteivorstandes „Sozialdemokratie und Frieden“ verboten worden war, ist heute wieder erschienen. Das Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei vertritt in einem Artikel „Zu den Auseinandersetzungen innerhalb der Partei“ offen den Standpunkt der die Mehrheit der Reichstagsfraktion bekämpfenden Minderheit. Besonders verteidigt der „Vorwärts“ den Parteivorsitzenden Haase gegenüber den Vorwürfen, die gegen ihn wegen seines Angriffs gegen die Haltung der Parteileitung erhoben worden sind. Auf dem zusammen mit Bernstein und Kautsky in der „Leipz. Volksztg.“ veröffentlichten Aufruf des Abg. Haase „Das Gebot der Stunde“, der eine Aenderung der Haltung der Reichstagsfraktion forderte, haben Mitglieder der Vorstände der sozialdemokratischen Partei und der Reichstagsfraktion mit dem Hinweis geantwortet, daß Haase, der Vorsitzende der Partei

und der Reichstagsfraktion, „in keiner der beiden Körperschaften Anträge auf eine Aktion im Sinne seines Aufrufs gestellt oder irgend eine Mitteilung von der Absicht seines Vorgehens gemacht“ habe. Die Antwort des „Vorwärts“ hierauf stellt es heute so dar, als ob von Haase verlangt worden wäre, daß er „seine Ansichten nur dort (im Fraktions- und im Parteivorstand) vertreten sollte, und nicht auch sonst überall in der Partei“. Ein solches Verlangen — sagt der „Vorwärts“ — „entspricht nicht den Grundsätzen der Demokratie, sondern etwa den Fundamentalgedanken des preussischen Dreiklassenwahlrechts, das die Rechte der Staatsbürger peinlichst nach Urwahlbezirken abmisst“. Mit dem Geiste des Sozialismus nicht nur, sondern auch mit dem jeder wirklichen Demokratie verträglich, nimmermehr der bürokratische Anspruch, daß nur die Instanzen die geistige Richtung einer Partei und ihre Taktik zu bestimmen hätten“. — Ueber eine derartige Verteidigung gegenüber gar nicht erhobenen Vorwürfen dürfte selbst der Abg. Haase kaum erfreut sein.

2./III. 1915

Erzherzog Friedrich an das preußische Abgeordnetenhaus.

B. Berlin, 1. Juli. Auf das Glückwunschtelegramm des Abgeordnetenhauses ging dem Präsidenten folgendes Antworttelegramm des Armeecombandanten Feldmarschalls Erzherzog Friedrich zu:

„Für die mir anlässlich der Wiedereroberung von Lemberg durch die mir unterstehenden heldenhaften Truppen im Namen der versammelten preußischen Abgeordneten gütigst übermittelten herzlichen Glückwünsche, bitte ich meinen wärmsten Dank entgegenzunehmen und verdolmetschen zu wollen. Ich hege die feste Zuversicht, daß unsere treu verbündeten Armeen dem Vaterlande den ehrenvollen und segensreichen Frieden erkämpfen werden.“

Feldmarschall Erzherzog Friedrich.“

Bekämpfung der Mißhandlungen deutscher Kriegs- und Zivilgefangener in Feindesland.

Unter diesem Titel unterbreitet der bekannte Kriminalpolitiker Professor Dr. Andreas Thomjen in Münster i. W. in der Deutschen Richterzeitung (Hannover, Selwing) den Mitgliedern des Deutschen Richterbundes einen Bekämpfungsplan, an dessen Prüfung und Vervollkommnung nicht nur der deutsche Richterstand, sondern gleicherweise jeder Deutsche überhaupt ein lebhaftes Interesse hat. Der Plan besteht in einer Verbreiterung der Kriegsschadensentschädigung über ein neues Gebiet für den Fall, daß wir siegen, und wäre durch eine neutrale Macht den feindlichen Regierungen offiziell mitzuteilen, sowie auch sonst nach Möglichkeit öffentlich bekannt zu machen.

Entwurf.

Die Kaiserliche Regierung erklärt hiermit zum Schutze ihrer in feindlicher Gewalt befindlichen Untertanen, daß sie gewillt ist, bei Friedensschluß nach Kräften auf folgender Bedingung zu bestehen.

Abgesehen von einer allgemeinen Kriegsschadensentschädigung werden folgende Entschädigungen für Verluste von Menschenleben und für Freiheitsberaubungen gefordert.

§ 1. 4000 Mark für jede Kriegsperson, 2000 Mark für jede Zivilperson, welche in Gefangenschaft vermißt wird oder, einerlei aus welcher Todesursache, selbst durch Hinrichtung, gestorben ist.

Die Summen 4000 Mark für jede Kriegs-, 2000 Mark für jede Zivilperson, sowie manche noch später folgenden Zahlen, sind Phantasiezahlen und wären daher höheren Ortes nachzuprüfen. Jedoch erteilt die Klugheit sowohl wie Dankbarkeit, daß das Vaterland für den Schutz seiner Verteidiger eine höhere Summe aussetzt als für den Schutz anderer Landeskinde. — Einen unfererzeit zu führenden Beweis, daß die Verstorbenen gerade infolge der schlechten Behandlung gestorben seien, kann man natürlich nicht verlangen. Der Feind muß wissen, daß er für jeden Verstorbenen bezahlen und daher jede Todesursache möglichst beseitigen muß. — Hinrichtung ist einbegriffen: Zeitungen und Briefe bringen nicht selten die leider glaubwürdigen Nachrichten (aktenmäßige Feststellungen dürfen wir natürlich nicht erwarten), daß Gefangene aus Not, Verzweiflung oder Empörung über Mißhandlungen sich zur Wehr setzen und dann erschossen werden. Die Feinde können mit dem Erschießen bis zum Ende des Krieges warten. — Die Tatsache, daß der Feind auf diese Weise auch für einige, aber zweifellos sehr wenige, Personen wird bezahlen müssen, deren Tod nicht durch den Krieg verursacht ist, darf nicht ins Gewicht fallen gegenüber dem Schutze, welchen die Bestimmung Tausenden von Deutschen verspricht.

§ 2. 4000 Mark für jede in deutsche Gewalt zurückgelieferte Kriegsperson, 2000 Mark für jede aus der Gefangenschaft entlassene Zivilperson, welche innerhalb der nächsten zwei Monate nach ihrer Rücklieferung bzw. Freilassung verstorben sein wird, einerlei aus welcher Todesursache.

Die Bestimmung soll, da wir ja leider auf alle möglichen Schlechtigkeiten gefaßt sein müssen, dem vorbeugen, daß die Gefangenen kurz vor ihrer Freilassung noch einmal recht schlecht behandelt werden.

§ 3. 4000 Mark für jede nicht gefangen gehaltene Kriegsperson, 2000 Mark für jede nicht gefangen gehaltene, bei Kriegsausbruch in Feindesland befindlich gewesene Zivilperson, welche zwei Monate nach Friedensschluß vermißt wird.

§ 4. 4000 Mark für jede Kriegsperson, welche vom . . . (Datum der Erklärung der Kaiserl. Regierung) . . . ab gefallen, verstümmelt oder schwer verwundet ist.

Die Feinde könnten, um nicht die Gefahr der Zahlungen zu laufen, nunmehr alles töten, was ihnen in die Hände fällt, und die Gestöteten als „gefallen“ buchen (so daß sie weder „Gefangene“ noch „Vermiße“ seien). § 4 beugt dem vor. — Ebenso könnten sie bei bestimmten Gefechtslagen (z. B. wenn sie nach einem erfolgreichen Angriff plötzlich zurückgehen müssen) die eben gemachten Gefangenen und die Wehrlosen noch schnell verstümmeln oder schwer verwunden. Auch hiermit erreichen sie nach § 4 ihren Zweck nicht mehr (Methode der „Zwecklosmachung des Verbrechens“, vgl. Thomjen, „Kriminalpolitische Bekämpfungsmethoden“ S. 127—140). — Der Einwand, daß nach § 4 der Feind sozusagen bestraft werde für jeden Gegner, den er in offenem, ehrlichem Kampfe verwunde oder töte, ist nicht stichhaltig. Es handelt sich hier nicht um eine Strafe, sondern um eine Kriegsschadensentschädigung. Und zwar um eine solche, gegen welche sich nicht das geringste sagen läßt. Denn wenn das Vaterland eine Entschädigung für vergossenes Pferdeblut und für den Verlust von Pferden (unter dem Gesichtspunkt des Materialschadens) fordert, so kann es oder vielmehr muß es auch eine solche für vergossenes Menschenblut und den Verlust von Menschen verlangen, zumal wenn es dadurch gleichzeitig das Leben derjenigen schützt, durch die es verteidigt wird.

§ 5. 2000 Mark für jede nicht gefangen gehaltene Zivilperson, welche nach Kriegsausbruch in Feindesland durch Gewalt umgekommen ist oder nach 2 Monate nach Friedensschluß an den Folgen einer solchen Gewalt sterben wird.

§ 6. 2000 Mark für jedes noch nicht 2 (5?) Jahre alte, nicht in Gefangenschaft gehaltene Kind, welches während der Gefangenschaft der Mutter oder 2 Monate später gestorben ist, einerlei aus welcher Todesursache.

Um die Gefahr der Zahlungen zu verringern, könnte man, besonders in den Konzentrationslagern, den Müttern die Kinder wegnehmen, oder in Zukunft die Mütter allein verhaften, und dadurch viele Kinder in Lebensgefahr bringen. Nach § 6 wird dieser Zweck nicht mehr erreicht. Aus Sparsamkeitsrücksichten wird man vielmehr umgekehrt einem etwaigen Wunsch der Mutter bereitwilligst nachkommen, denn diese wird selbst am besten beurteilen können, ob sich ihr Kind sicherer bei ihr in der Gefangenschaft oder etwa bei Verwandten oder Freunden befindet.

§ 7. 20 M. täglich für jede in den Konzentrationslagern oder anderwo rechtswidrig der Freiheit beraubte Zivilperson, sowie für jedes in § 6 genannte Kind während der Gefangenschaft der Mutter.

§ 8. Taucht späterhin eine vermiste oder totgeglaubte Person, für welche die Entschädigung schon gezahlt ist, wieder auf, so wird die Hälfte der letzteren sofort, die zweite Hälfte dann zurückerstattet, wenn die Person innerhalb der nächsten 2 Monate nach ihrem Wiedererscheinen nicht gestorben ist, einerlei welches die Todesursache war. Die Rückerstattung hat mit Fälligkeit umgehend und unbedingt zu erfolgen, selbst wenn die betreffende Person Schadenersatz oder sonstige Ansprüche geltend machen sollte.

Der Zweck ist weniger der, eine unter irriger Voraussetzung erhaltene Summe zurückzahlen, als Schützung derjenigen Gefangenen, welche in verkehrsarmen Gegenden Rußlands oder Afrikas untergebracht und dort vergessen sind, oder welchen die Flucht gelang, und die dann dort umherirren, sowie anderer Nachzügler. Wenn alles erledigt ist, fällt ein solcher leichter der Mut oder der Nachlässigkeit der Feinde zum Opfer als wenn diese wissen, daß für ihn die gezahlte Summe zurückerstattet wird. — Der zweite Satz ist nötig, weil sonst die Feinde glauben, das Geld würde unter irgendeinem Vorwande doch nicht zurückgezahlt werden.

Gesamtbegründung.

So lange die Feinde noch glauben, daß sie siegen werden und uns die Friedensbedingungen diktieren können, werden sie sich um die obige vorausberühmte Friedensbedingung nicht viel kümmern. Das wird aber anders, wenn sie anfangen, an ihrem Siege zu zweifeln, und vollends, wenn sie bezweifeln.

Ob dann bei Kenntnis unserer Paragrafen z. B. die Franzosen auch wohl noch unsere 15 000 gefangenen Soldaten an der West-Sahara zusammenpacken und bei 50 bis 60 Grad Hitze ohne Tropenhelm schwer arbeiten lassen? Wenn infolge dieser Behandlung z. B. 10 000 Mann sterben würden, so hätte Frankreich sich damit eine neue Schuld von 40 000 000 Mark aufgebürdet und zwar ganzlich und nun! Vor 100 Jahren, beim Rückzuge Napoleons, sollen die Kosaken noch verhältnismäßig milde gewesen sein, jedoch ihre Gefangenen vielfach den russischen Bauern überlassen und diese sie zu Hunderten zu Tode gemartert haben. So lange die heutige russische Regierung noch das Heft in der Hand behält, ist derartiges wohl kaum zu befürchten, wie aber wenn Revolution ausbricht oder der Rückzug der Russen in zucht- und disziplinlose Plünderung ausartet? (Für beides sind schon Anzeichen vorhanden.) Dann könnten sich die Greuel, diesmal aber an Tausenden, statt wie damals an Hunderten wiederholen. Zweifellos würden hier unsere Bestimmungen ebenfalls in gutem Sinne wirken. Sowohl die russische Militär- wie auch die Zivilbevölkerung würde so leicht keinen deutschen Soldaten mehr töten, von dem sie weiß, daß ihre Regierung (sei's die jetzige, sei's eine in oder gleich nach der Revolution sich bildende neue) 4000 Mark für seinen Tod bezahlen muß, denn dann hat sie es nicht nur mit der deutschen, sondern auch mit ihrer eigenen Regierung zu tun. Und letztere wird ebenfalls ihr möglichstes tun, um die Gefangenen zu schützen, wird womöglich Preise für das Auffinden und unverfälschte Abliefern von Geflohenen oder Vermissten aussetzen usw.

Von dem kleinen Burenvolke sollen in den afrikanischen Konzentrationslagern 26 370 Frauen und Kinder umgekommen sein. Bei dem großen deutschen Volke müssen wir auf ein Vielfaches gefaßt sein. Hier wird eine Bestimmung wie die vorgeschlagene in dreifacher Richtung gutes wirken: es werden viele aus den Konzentrationslagern entlassen, weniger neue aufgenommen und drittens die vorhandenen besser behandelt werden, vor allem in gesundheitlicher Beziehung. Denn die Unterlassung könnte doch der betreffen-

¹ Nach einer Havas-Meldung hat Deutschland an Spanien 182 000 Mark für fünf in Lüttich geötete Spanier gezahlt. Das würden 36 400 Mark für die Person sein!

² Und gerade in dieser Zeit sind obnmächtige Wutausbrüche der breiten Volksmassen gegen unsere unschuldigen Kriegs- und Zivilgefangenen in Feindesland zu befürchten.

den Regierung teuer zu stehen kommen (z. B. für jene Buren-Frauen und Kinder hätte die englische Regierung 52 740 000 Mark zahlen müssen und außerdem noch 527 400 Mark für jeden Tag, den die Verstorbenen in den Lagern zugebracht haben!) Ähnliche Wirkungen werden sich bezüglich der nicht in den Konzentrationslagern untergebrachten Gefangenen bemerkbar machen, z. B. bezüglich der aus Togo und Kamerun verschleppten Zivilpersonen, welche in Dahomeh im Fieberklima und unter Aufsicht von Negern arbeiten müssen.

Schließlich sind auch die günstigen seelischen Wirkungen, welche unsere Bestimmungen bei den Gefangenen auslösen werden, nicht zu unterschätzen. Jedoch will ich hierauf nicht weiter eingehen.

Manchem der Leser wird, seinem deutschen Charakter gemäß, der Gedanke sich aufdrängen, daß wir der Gerechtigkeit wegen für eben in unserer Lageren Gestorbenen ebenfalls 4000 Mark zahlen müßten usw. Diese Forderung, wenn sie sich auch vielleicht nutatis mutandis ausführen ließe, ist vollständig unberechtigt. Es handelt sich um einen Teil der Kriegsschadensentschädigung und bei Berechnung einer solchen fällt es doch weder uns noch sonst einem Volke an, die Schäden, die der Feind erlitten hat, abzurechnen!

Zweifellos wird an dem obigen Entwurf noch manches auszu-eheben und zu verbessern sein, trotzdem veröffentliche ich ihn schon jetzt, und zwar aus folgendem Grunde. Die Zeit, in welche wir den angeben, die Hauptwirksamkeit der Bestimmungen fallen wird, ann in einigen Monaten, aber auch schon in einigen Wochen eintreten. Ich möchte daher allen, welche Anteil an der Sache nehmen, möglichst bald Gelegenheit geben zur Mitarbeit und werde für jeden Verbesserungsvorschlag dankbar sein.

**Die Operation an dem Sultan.
Glückwunsch des Kaisers.**

Konstantinopel, 1. Juli.

Kaiser Franz Josef hat den Sultan zur
erfolgreich überstandenen Operation und zum günstigen
Verlauf der Erkrankung beglückwünscht.

Rückkehr unseres Generalkonsuls in Skutari.

Der Leiter des österreichischen Konsulats

in Skutari, Herr Halle, der sich nach der Besetzung von Skutari durch die Montenegriner zum Verlassen der Stadt gezwungen sah, ist heute mit dem Amtspersonal über Cetinje in Teodo eingetroffen, von wo er sich nach Wien begibt.

Der Sultan.

Glückwunsch des Kaisers Franz Joseph.

K. Konstantinopel, 1. Juli. Se. Majestät der Kaiser und König Franz Joseph hat den Sultan zur erfolgreich überstandenen Operation und zum günstigen Verlauf der Erkrankung beglückwünscht.

Kriegskalender.

20. Juni: Südlich der Pilica nehmen Truppen des Generalobersten v. Bohrsch mehrere feindliche Stellungen; in Galizien werden die Russen hinter die Straße Zolkiew—Kawaraska geworfen; bei Zaleszczyki und im bessarabischen Grenzgebiete werden heftige russische Angriffe unter schwersten Verlusten des Feindes zurückgeschlagen. Nordwestlich Szawle und östlich der oberen Dubissa mislingen stärkere russische Angriffe. — Nordwestlich des Arn werden die Italiener aus einer Sattelstellung geworfen; im Płódengebiete erfolglose italienische Angriffe. — Am Westrande der Argonnen erstürmen die Deutschen in zwei Kilometer Frontbreite mehrere hintereinander liegende französische Verteidigungslinien; auf den Maashöhen brechen fünf starke feindliche Angriffe westlich Les Eparges zusammen; westlich Coiffons sowie nördlich Souchez erfolglose feindliche Angriffe. — Bei Seddis-Bahr scheitert ein feindlicher Angriff auf den linken türkischen Flügel. — Westlich von Firth of Forth torpedierte ein deutsches U-Boot einen englischen Panzer der Minotaurklasse.

21. Juni: Die verbündeten Truppen bringen in der Verfolgung des Feindes bis vor Zolkiew, bis nahe an Lemberg und südlich der Stadt bis an den Szczerzobach vor; Kawa Ruska in unserem Besitze; bei Polokploth, bei Zaleszczyki und in Bessarabien wehrt die Armee Pflanzler neuerliche heftige Angriffe der Russen ab. In Nordwestrußland stellenweise erfolglose russische Teilangriffe. — Bei Plava werden wieder zwei italienische Angriffe abgeschlagen. — Nordwestlich Dirmuiden scheitern feindliche Angriffe; am Labyrinth südlich Neuville wird ein französischer Angriff abgeschlagen; in den Vogesen räumen die Deutschen planmäßig den Ort Meheral; Fliegerbomben auf den französischen Flughafen Courcelles.

22. Juni: Die russische Verteidigungsstellung südlich von Lemberg wird westlich von Dornfeld durchbrochen; die zweite österreichisch-ungarische Armee erobert nachmittags nach hartem Kampfe Lemberg; in der Verfolgung des Feindes erreichen die siegreichen Truppen die Linie Zoltance—Turnta; im San—Weichsel-Winkel und im Berglande von Kielce weicht der Feind zurück; Erzherzog Friedrich zum preussischen Feldmarschall ernannt. — Bei Plava werden wieder einige italienische Angriffe abgewiesen; ein italienischer Flieger wirft auf Görz erfolglos Bomben ab. — Nördlich Arras heftigster Geschützkampf. Die Festung Düntirchen sowie feindliche Truppenansammlungen bei den Ortschaften Berguns, Hondschoote und Journes sowie Cassel von den Deutschen unter Feuer genommen; erfolgloser Fliegerangriff auf Brügge und Ostende. — In Südoafrika besetzt General Botha Omaruru. — Die Türken nehmen in der Richtung Olty nach erbittertem Kampfe den Karadagh; bei Ari Burnu wird ein feindliches Torpedoboot angeschossen. — Französische Blätter veröffentlichen ein Interview eines französischen Journalisten mit dem Papste, in dem Anklagen gegen die Centralmächte abfällig beurteilt werden. — In Oesterreich verfügt die Regierung die Beschlagnahme der neuen Ernte.

23. Juni: Die russische Stellung zwischen dem Dnjestr bei Mikolajow und Lemberg wird durchbrochen; nördlich Lemberg geht der Feind weiter zurück. — An der Isonzofront, am besetzten Grenzraume Fünfsch-Malborghet am karnischen Kamm und an allen Fronten von Tirol brechen Versuche der Italiener, weiter vorzudringen, unter schweren Verlusten zusammen. — Bei Givenchy und bei Neuville werden feindliche Angriffe durch deutsches Geschützfeuer niedergehalten; südlich von Souchez machen die Deutschen im Grabenkampf Fortschritte; auf den Maashöhen setzen die Franzosen ihre erfolglosen Durchbruchversuche fort; in den Vogesen erstürmen die Deutschen die Höhe 131 bei Van de Capt. — Ein deutsches Flugzeug vernichtet in der Ostsee ein russisches Unterseeboot vom „Akula“-Typ. — In ganz Oesterreich-Ungarn und Deutschland finden anlässlich der Befreiung Lembergs große Kundgebungen statt.

24. Juni: Westlich und nordöstlich von Lemberg Kämpfe mit starken russischen Nachhuten; am oberen Dnjestr nehmen die verbündeten Truppen Mikolajow und Zhdaczow; zwischen Weichsel und San setzt der Feind den Rückzug fort; nördlich der Weichsel werden starke russische Nachhuten über die Kamienna zurückgeworfen; Ostrowice und Sandomierz von unseren Truppen besetzt; die Armee Linsingen steht auf dem Nordufer des Dnjestr zwischen Galicz und Zuraowo im heftigen Kampfe mit dem verstärkten Gegner. — An der Kärntner Grenze wird beim Al. Pal ein starker italienischer Angriff abgewiesen; am Isonzo heftiger Geschützkampf; die Italiener greifen bei Grabista und Monsalcone erfolglos an. — Am Osthange der Lorettöhöhe werden die Franzosen aus einem von ihnen vor einigen Tagen gewonnenen Graben geworfen; die Labyrinth-Stellung südlich von Neuville wird gegen starke feindliche Angriffe in zähem Nahkampf gehalten; bei neuerlichen erbitterten Zusammenstößen auf den Maashöhen behalten die Deutschen die Oberhand. — Der Zar reist zum Feldheere ab. — Präsident Wilson ernennt den Rat des Staatsdepartements Lansing endgiltig zum Nachfolger Bryan.

25. Juni: Am nördlichen Dnjestrufer dauern die Kämpfe zwischen Galicz und Zuraowo fort; nordwestlich von Galicz werden Teile der Armee Linsingen bei Martinow vor überlegenen feindlichen Gegenangriffen auf das Südufer des Dnjestr zurückgenommen; Chodorow genommen; in Polen verfolgen die verbündeten Truppen die gegen Zawichost, Ozarow und Sienna zurückgehenden russischen Kräfte. — Im Küstenlande werden östlich Ronchi zwei italienische Angriffe abgewiesen; gegen den Brückenkopf von Görz und den Höhenrand des Plateaus von Comen heftiges Geschützfeuer der Italiener. — Am Westrande der Argonnen bricht der Angriff eines französischen Bataillons gegen die neuen vorgehobenen deutschen Stellungen unter schweren Verlusten zusammen; auf den Maashöhen scheitern französische Angriffe westlich der Tranchee vollkommen; östlich der Tranchee ein Verbindungsgraben zurückeroberet. — In Albanien besetzen die Serben Durazzo und die Montenegriner Stutari. — Große Unruhen und Plünderungen in Moskau.

Die Korrespondenz des Vatikans in Oesterreich.

Die italienische Gesandtschaft im Haag stellt in einer von ihr veröffentlichten Note die Behauptung auf, daß die österreichische Postverwaltung die Uebernahme von Sendungen vatikanischer Behörden verweigere, und knüpft hieran Konklusionen, durch welche dargetan werden soll, daß Italien sich einer besonderen Rücksichtnahme auf den Heiligen Stuhl befleißige.

Dem gegenüber sei festgestellt, daß seitens der österreichischen Postverwaltung die Korrespondenz des Vatikans in keiner Weise behindert wird. Die Beförderung dieser Korrespondenzen wickelt sich gegenwärtig in vollkommen glatter Weise ab. Wenn zu Beginn des italienischen Krieges Verzögerungen eintraten, so lagen ihnen technische Schwierigkeiten allgemeiner Art zugrunde, welche seither ebenso beseitigt wurden, als durch kategorische Weisungen der Oberbehörden etwaigen mißverständlichen Maßnahmen untergeordneter Organe vorgebeugt worden ist.

Die Neutralität der Schweiz.

B. Bern, 2. Juli. Der Schweizerische Bundesrat genehmigte eine Verordnung betreffend die strafrechtliche Verfolgung von Beschimpfungen fremder Völker, Staatsoberhäupter oder Regierungen. Danach wird, wer öffentlich in Wort oder Schrift, in Bild oder Darstellung ein fremdes Volk, dessen Staatsoberhaupt oder dessen Regierung in der öffentlichen Meinung herabgewürdigt oder dem Haß oder der Mißachtung preisgibt, sowie wer eine nicht öffentliche Äußerung dieses Inhaltes in beleidigender Absicht öffentlich macht, mit Gefängnis bis zu sechs Monaten oder einer Geldbuße bis zu 5000 Frank bestraft. Beide Strafen können verbunden werden. Ferner wer **D r u c k s a c h e n**, **B i l d e r** oder andere Darstellungen, die solche Beschimpfungen gegenüber einem fremden Volke, dessen Staatsoberhaupt oder dessen Regierung enthalten, ausstellt, in Verkehr bringt oder feilhält, wird mit Gefängnis bis zu drei Monaten oder einer Geldbuße bis 1000 Frank bestraft, wobei auch hier beide Strafen verbunden werden können. Die Strafverfolgung, die nach dem geltenden Recht nur auf Antrag des Beleidigten stattfinden konnte, kann nunmehr auf Grund eines jeweiligen Beschlusses des Bundesrates auch dann eingeleitet werden, wenn der Beleidigte keinen Antrag gestellt hat. Die Aburteilung erfolgt durch das Bundesstrafgericht. Der Bundesrat ist befugt, **D r u c k s a c h e n**, **B i l d e r** oder andere Darstellungen beschimpfender Art und die zur Herstellung speziell bestimmten Werkzeuge einzuziehen zu lassen, auch dann, wenn die Strafverfolgung nicht eintritt. Die Verordnung tritt am 15. Juli in Kraft.

Die Gegensätze in der deutschen Sozialdemokratie.

N. Berlin, 3. Juli. Im „Vorwärts“ wendet sich der Vorstand der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion unter der Ueberschrift: „Gegen die Parteizerrüttung“ gegen die in einem Flugblatt enthaltene Aufforderung, wonach die Partei die von ihr seit Beginn des Krieges eingenommene Haltung von Grund aus ändern, den Burgfrieden aufgeben und in schärfster Form den Kampf gegen die Regierung aufnehmen solle.

Am Schlusse der Vorstandsstunde heißt es: Nach Abschluß des Krieges werden besonders auch in der inneren Politik so wichtige Aufgaben zu lösen sein, wie dies seit Gründung des Deutschen Reiches noch niemals der Fall war. Wir denken an die Verteilung der Lasten, die dieser Weltkrieg dauernd dem Volke auferlegen wird, an die Schwierigkeiten bei der Fortführung der Sozialpolitik und an die großen wirtschaftlichen Kämpfe. In der kommenden Zeit wird daher der deutschen Arbeiterklasse eine starke und einge Sozialdemokratie nötiger sein denn je.

Übersicht der Presse.

Eine recht scharfe Kritik an den sozialdemokratischen Friedensfanatikern übt in der Frankfurter Volksstimme der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Dr. Quard. Er schreibt:

„Wie kann ich von meiner Heimat, gegen die sich ringsum im Auslande drohende Hände erheben, verlangen, sie solle die Bedrohung abwehren mit Friedensvorschlägen? Mir erscheint das nicht bloß gänzlich wirkungslos und deshalb überflüssig, weil man wirkungslose Demonstrationen möglichst vermeiden, sondern auch unklug und verhängnisvoll. Deshalb bleibe ich dabei, die Aufforderung zu Friedensvorschlägen, einseitig an die deutsche Adresse gerichtet, nicht gelten lassen und mitmachen zu können. Wir deutschen Sozialisten haben keine andere Möglichkeit, als durch unsere Holländer und Schweizer Freunde den französischen und englischen Genossen sagen zu lassen: „sobald ihr eure Schuldigkeit für den Frieden tut, tun wir sie auch, wir wollen sogar vorangehen, wenn wir wissen, daß ihr mit tut. Solange das aber nicht geschieht, muten wir unserer Heimat nichts Anmögliches und Unpraktisches zu. Solange helfen wir Deutschland, daß es sich feste seiner Haut wehrt, bis die Friedenssehnsucht drüben ernsthaft erwacht. Dann ist es Zeit, sich für den Frieden einzusetzen.“

Nicht minder entschieden ruft ein ungenannter sozialdemokratischer Abgeordneter im Karlsruher Volksfreund den wieder lebendig werdenden „Anentwegten“ der Partei ein „Halt — nicht weiter“ zu. Er schreibt gegen die „Liebknechtianer“:

Mit Liebknecht fing es im Dezember vorigen Jahres an. Die Reichstagsfraktion hat dann nach stundenlangen Verhandlungen ihren Beschluß gegen sein parteischädigendes Verfahren gefaßt und ihm ihre Meinung mit jeder wünschenswerten Deutlichkeit gesagt. Ließ doch der Schlußsatz ihrer Resolution erkennen, daß sie die Gemeinschaft mit ihm gelöst haben würde, wenn ihr das Organisationsstatut der Partei eine Handhabe dazu geboten hätte. Sollte sich aber irgendein Mitglied der Fraktion der Ansicht hingegeben haben, dieser Beschluß werde auf diejenigen und diejenigen wirken, auf die er zielte, dann würde dieses in der Zwischenzeit Enttäuschung über Enttäuschung erlebt haben. Denn Leute wie Liebknecht und sein Anhang sind nicht zu belehren, auch nicht durch die stärksten Beschlüsse im Saum zu halten... Es war jedem Einsichtigen schon seit Monaten klar, daß Liebknecht nicht lange allein stehen werde mit der absurden Ansicht, die überwältigende Mehrheit unserer Abgeordneten hätte das Volk verraten, die Disziplin gebrochen und sich ihres Mandats unwürdig gemacht, nur er habe die Disziplin hochgehalten und die wahren Interessen unseres Volkes gerettet... Zwischen dem Schuft, der für ein paar Judasgroschen die vertrauten Verhandlungen der Fraktion, die Besprechungen unserer Parteivertreter mit den Männern der Regierung an die ehrenwerte Werner Tagwacht verhöferte, und dem Parteivorstehenden Gaase, zwischen Westmeber auf der einen Seite und einem alten Parteiveteranen wie Theodor Schwarz auf der anderen, zwischen dem unermüdbaren Bühler Rühle und dem hoffnungslos verwirrten Eduard Bernheim gibt es sicher sehr grobe Unterschiede. Aber gefunden haben

sie sich doch. Gefunden in dem Kultus des Wortabfalsismus, der unentwegten Opposition um der Opposition willen. Der „Geist“ Liebknechts ist in ihnen allen. Jetzt heißt es die Partei vor dem politischen Abgrund zu warnen, in den jene Liebknechtianer (denn das sind sie ausnahmslos, da sie Liebknecht überlassen haben, ihre Proklamation zu verfassen) sie führen wollen.“

Der Reichstagsabgeordnete, der der Verfasser dieses Artikels ist, erwartet, daß die Massen selbst den Liebknechtianern ein „Halt — bis hierher und nicht weiter!“ zurufen:

„Mögen die Liebknechtianer unsererwegen sich als „Märtyrer“ ihrer Gesinnungsstüchtigkeit aufspielen. Lieber zeh'n Duzend „Märtyrer“ vom Schlage der Liebknecht, Mehring, Gaase, Bernstein und Kautsky, denen das schreckliche Schicksal droht, daß ihnen in ihren Schreibstuben die Tinte eintrocknet, als ein einzig armes Opfer, welches ihr Treiben mit seinem warmen Blute bezahlen muß.“

In der Badischen Landeszeitung wird an die Eugen Diedrichsche Erklärung, bei der vielerwähnten Spittelerfeier sei die deutsche Gesandtschaft in Zürich vertreten gewesen, folgende Bemerkung gehängt:

„Der Fall Spitteler hat seinerzeit nicht nur in ganz Deutschland, das der Schweizer Dichter in seinem bekannten Vortrag so schwer kränkte, das peinlichste Aufsehen hervorgerufen, er hat auch in der Schweiz die Gemüter stark erregt. Man muß also als selbstverständlich annehmen, daß dem deutschen Generalkonsul in Zürich der Vortrag Spittelers und die Folgen, die er hatte, aufs genaueste bekannt waren. Er hat sich vielleicht sogar dienstlich mit der Angelegenheit in der einen oder anderen Art befassen müssen. Daß er trotz alledem der Geburtstagsfeier dieses Mannes mit der deutschfeindlichen Gesinnung dem Festakt wie dem Festmahl, beiwohnte, erscheint uns gänzlich unbegreiflich. Der deutsche Generalkonsul hätte schon mit Rücksicht auf die Stimmung, die in Deutschland Spitteler gegenüber herrscht, der Feier fernbleiben müssen; er mag sich selbst zu dem Fall stellen, wie er will. In weiten Kreisen des deutschen Volkes wird man von diesem Schritt eines amtlichen Vertreters seiner Regierung mit peinlichem Befremden Kenntnis nehmen.“

Reichstagsabg. Heinrich Schulz über das Umlernen.

Der sozialdemokratische Schriftsteller Heinrich Schulz, der den Wahlkreis Erfurt-Heiligenstadt im Reichstag vertritt, legt in der „Schwäbischen Tagwacht“ in einem Artikel „Theorie und Erfahrung“ dar, inwiefern der Krieg zum Umlernen und zum Umlernen zwingt, wobei er im Voraus sagt, daß die Notwendigkeit des Umlernens und Umlernens beileibe nicht ein leichtfertiges Verzicht auf bisherige Grundanschauungen bedeute. Aber unter Berufung auf die Tatsache, „daß wir in der Menschenkenntnis, in der Völkerpsychologie, in der Beurteilung der Triebkräfte menschlichen Handelns erst in den bescheidensten Anfängen stehen“, schreibt er:

Gerade wir Sozialdemokraten sollten aus dem Gange der Dinge im Juli und August vorigen Jahres und aus dem weiteren Verlaufe des Krieges die Schlussfolgerung ziehen, daß man die Psychologie der Massen mit unseren bisherigen schwachen Hilfsmitteln weder völlig und richtig erkennen, noch entscheidend beeinflussen kann. Solche Selbsterkenntnis ist unendlich viel mehr wert als aufgeregte und leidenschaftliche Anklagen über die Untüchtigkeit der Führer oder der Massen.

Abg. Schulz hebt hervor, daß, als der Weltkrieg plötzlich von einem Tag zum andern in ungeheurer Ausdehnung und grauenvollster Wirklichkeit vor uns stand, fast alles sich anders entwickelte als vorauszusehen und vorausgesetzt worden war:

Nur mit Rächeln kann man jetzt, im zehnten Monat des Krieges, die Bebel'sche Voraussage über den wirtschaftlichen Zusammenbruch der Kriegführenden Länder, besonders Deutschlands, nachlesen. Die innere Politik ging andere Wege, als man angenommen hatte. Die Kriegführung selber bot den Fachleuten die überraschendsten Probleme, die oft auf die überraschendste Weise gelöst wurden. Die Internationale der sozialdemokratischen Parteien, die bis an die Schwelle des Krieges eine unlösliche Einheit schien, barst in ihrer bisherigen Form tragend auseinander. Die Menschen selber offenbarten Kräfte und Stimmungen, die man bei ihnen — je nachdem — nicht mehr oder noch nicht erwartet hatte. Wer angesichts dieser unerhörten, von niemand vorausgesehenen, geradezu revolutionären Entwicklung der Dinge behaupten will, er brauche dabei nichts hinzuzulernen, er habe nicht nötig, seine bisherigen Anschauungen in vielen Punkten gründlich zu prüfen und neu zu ordnen, der ist entweder ein hartnäckiger Tatsachenleugner oder sein Inneres ist von einer solchen undifferenzierten Einfachheit, daß auch die ärgsten Erschütterungen der Kultur menschheit daran nichts zu verändern und zu verschieben vermöchten.

Aus diesen Erwägungen heraus rät Abg. Schulz den Parteigenossen, die überlegen erklären: „Umlernen? Pah! Haben wir nicht nötig! Wir haben alles vorher gewußt, uns hat der Krieg nichts neues gebracht. Umzulernen brauchen nur die Schwachen und die Armen an Grundsatz und Geist“, „gelassen sich selbst und ihren eingestroteten Prinzipien zu überlassen.“

*

„Sozialdemokratie und Frieden.“ Auf den Friedensaufruf des Vorstandes der deutschen Sozialdemokratie vom 28. Juni gibt der französische Sozialist Gustave Hervé eine ganz andere Antwort, als in dem Aufruf erwartet war, der mit der Aufforderung an die Sozialdemokraten in den mit uns Kriegführenden Staaten schloß, im Sinne des Friedens auf ihre Regierungen einzuwirken. Hervé schreibt in der „Guerre Sociale“ vom 28. Juni:

Endlich erwacht das Gewissen im Busen der deutschen Sozialdemokratie. Zuerst war es nur ein Mann, dem noch das Gewissen schlug, Karl Liebknecht, jetzt sind es schon mehrere... Aber unsere armen Ex-Genossen nötigen uns ein Rächeln ab, wenn sie ihrer Regierung sagen, daß sie keine Anexion wollen: arme Unglückliche! Sie haben einfach noch nicht begriffen, was auf dem Spiel steht. Denn die Frage ist nicht, ob Deutschland Belgien annektieren wird, vielmehr werden die Verbündeten, wenn sie erst die Mobilmachung und Organisation aller ihrer Kräfte vollendet haben, die Deutschen aus Belgien,

Frankreich und Polen herauswerfen — und viel. Die Frage, der die deutschen Sozialdemokraten daher ins Gesicht sehen müssen, ist mithin eine ganz andere, nämlich die, ob Deutschland alle nicht rein deutschen Gebiete, Nord- und Schleswig, Polen und das französische Elsass, Lothringen behalten kann. Wenn sie das erst und das Recht der unterdrückten Nationalitäten begriffen haben, dann sind wir von der Verständigung nicht mehr so weit entfernt. Noch ist die Sozialdemokratie nicht so weit, aber sie wird nach der ersten großen Niederlage der deutschen Armee dahin gelangen; denn „sie ist bereits auf dem Wege nach Damaskus“.

„Diese Wirkung in die Ferne“ beweist klar, daß der Friedensaufruf in der Tat nicht die Friedensbestrebungen gefördert hat.

* **Patriotismus und Geschäft.** Zu unserer Meldung über die Geschäfte, die der Verleger der „New-Yorker Staatszeitung“ mit dem Dreiverband macht, wird uns aus New-York vom 22. Mai noch geschrieben: Wie verstand er doch, so wacker auf die abgrundtiefe Gemeinheit derjenigen Amerikaner zu schelten, die keinen Anstand nehmen, des schönen Mammons halber Kriegsmaterial, das gegen Deutschland und Oesterreich-Ungarn verwendet wird, nach Europa zu liefern! Wie herrlich stand ihm doch die deutsch-nationale Entrüstung, dem Verleger der „New-Yorker Staatszeitung“ Herman Ridder, der, obwohl selbst nicht Deutscher, das Teutonentum in Urpacht genommen und dadurch seinem Blatt, das an gefährlichen AufLAGenschwund litt, seit Beginn des europäischen Krieges wieder auf die Beine geholfen hat! Und nun ist in aller Oeffentlichkeit festgestellt, was man sich schon seit Wochen in vertrautem Kreise erzählte. Ja, Herman Ridder hat es selbst zugeben müssen: Die International Typesetting Machine Co. (Sehmaschinenfabrik), deren Gründer, Direktor und Hauptaktionär Herman Ridder ist, deren Geschäftsbetrieb noch besonders von seinen Söhnen Viktor Ridder und Josef Ridder überwacht wird, erzeugt Werkzeuge und Maschinen für die Fabrikation von Waffen und Munition. Ihre Abnehmer sind Firmen, die bedeutende Aufträge von den Heeresverwaltungen Englands, Frankreichs und Rußlands erhielten. Unter den Abnehmern der Ridder'schen International Typesetting Machine Co. befinden sich die Remington Arms Co., die Handfeuerwaffen und Munition fabriziert und riesige Aufträge von den beiden kriegführenden europäischen Westmächten übernommen hat; die Geschützgießerei von Pierce, Taft and Co. zu Woonsocket (Rhode Island) und die kanadische Rose Hills Arms Co., deren Spezialität die Fabrikation von Granaten und Schrapnells ist. Außerdem baut die International Typesetting Machine Co. Gleitflugmaschinen, die ihr von der an Großbritannien und Frankreich liefernden Curtiss Aeroplane Co. in Auftrag gegeben wurden. Nun bestreitet G. Orpen, Superintendent der International Typesetting Machine Co., daß die Firma Kriegsmaterial für die Alliierten fabriziert! Aber sie liefert Maschinen, die zur Herstellung von Munition und Waffen notwendig sind, die von den Heeren Großbritanniens, Frankreichs und Rußlands verwendet werden. Allzu streng darf man mit der Ridder'schen „Sehmaschinenfabrik“ allerdings nicht ins Gericht gehen. Wer vergessende Nachsicht gegen andere übt, darf auch Milde für sich beanspruchen. Erst vor wenigen Wochen, als sich deutsche Agitatoren über den Deutschen Charles S. Schwab entrüsteten, dessen Bethlehem Steel Co. die hauptsächlichste Kanonenslieferantin Englands, Frankreichs und Rußlands ist, brachte Hermann Ridders „New-Yorker Staatszeitung“ einen mehrspaltigen Artikel, in dem Charles S. Schwab als guter deutscher Mann gepriesen wurde. Ridder ist nicht der einzige „echte deutsche Mann“, dem die Feststellungen der letzten Zeit nicht gerade angenehm sind. Einer der „patriotischsten“ Deutschen im mittleren Westen ist der General Otto G. Falk in Milwaukee, der in seiner Eigenschaft als Präsident der Mits-Chalmers Co. auf dem Umweg über des „deutschen“ Mannes Schwab — als solchen preist ihn die „New-Yorker Staatszeitung“ — Bethlehem Steel Co. für England Granaten und Schrapnells fabriziert. Ridder, Schwab und Falk sind drei typische, sogenannte „hervorragende Deutschamerikaner“ und, wenn man sie hört, gute Patrioten.

Die Machtforderung der Duma.

Eigener Drahtbericht.

* Petersburg (indirekt), 2. Juli.

Goremykins Rücktritt steht unmittelbar bevor. Er hat sofort nach dem Kronrat im Hauptquartier den Zaren um seine Entlassung gebeten; daß sie erteilt und verlautbart wird, ist eine Frage der nächsten Zeit. Allem Anschein nach dürfte Kriwošchin Ministerpräsident werden, während Sjarin zum Kultusminister ernannt werden dürfte. In Kürze erfolgt wahrscheinlich auch die Erhebung des Justizministers Šišeglowitow und des neuen Handelsministers Fürsten Šachowizoi, der den Erwartungen nicht entsprochen hat. Dieser Massensturz beweist, daß die zwar noch nicht einberufene, aber tatsächlich bereits in Vorbereitung tagende Duma immer mehr die eigentliche Regierung an sich reißt, denn sie hatte den Rücktritt Goremykins, Šišeglowitows und des Kultusministers Šjabler als erste Vorbedingung aufgestellt, wenn Rußland nicht der völligen Revolutionierung entgegenzukehren solle.

Nunmehr geht die Duma noch einen Schritt weiter. Der Seniorenkongress hat fast einstimmig beschlossen, sofort nach Zusammentritt der Duma einen Antrag betreffs Schaffung eines Landesverteidigungskomitees einzubringen, das die ständige oberste Instanz für Landesverteidigung sein soll, der sämtliche Zentralbehörden unterstellt wären. Das Komitee soll aus den sechs Ministern, einem Vertreter des Generalissimus und je neun Abgeordneten der Duma und des Reichsrates bestehen. Da die Beschlüsse dieses Komitees mit einfacher Mehrheit gefaßt werden sollen, würde die Tatsache, daß sieben höchste Reichsbeamte im Komitee achtzehn Parlamentariern gegenüberstehen sollen, die völlige Entwindung der Regierungsgewalt aus den Händen der Krone und der offiziellen Regierung bedeuten. Daß das Komitee nicht etwa nur eine beratende Instanz sein soll, erhellt aus § 5 des vom Seniorenkongress der Duma gebilligten Entwurfs, wonach das Komitee das Recht haben soll, nicht nur durch seinen Vertreter direkten Vortrag beim Zaren zu halten, sondern auch zu seinen Sitzungen beliebige Personen heranzuziehen und einzelne Mitglieder oder sonstige bevollmächtigte Persönlichkeiten behufs Revision zum Hauptquartier, zu den einzelnen Stäben oder nach den innerrussischen Militärbezirken zu entsenden. Ausdrücklich ist zu betonen, daß die Einbringung dieses Gesetzentwurfs von Führern ausnahmslos aller Parteien von der äußersten Rechten bis zu den Sozialisten beschlossen worden ist, so daß der Krone nichts anderes übrig bleiben wird, als den Entwurf zum Gesetz zu erheben.

Von einer Persönlichkeit, die soeben aus dem Hauptquartier des Generalissimus zurückgekehrt ist, wird der folgende bezeichnende Vorgang berichtet: Der bekannte Oktobristenführer Gutšow, von dessen Eintritt in das Ministerkomitee übrigens ebenfalls gesprochen wird und der gegenwärtig im Hauptquartier weilt, hatte dem Generalissimus in großen Zügen von dem geplanten Landesverteidigungskomitee erzählt, worauf Großfürst Nikolaus wörtlich ausrief: „Eine Revolution dünkt Euch also ungenügend, Ihr wollt gleich eine Republik schaffen!“ Der Kadettenführer Miljukow wurde dieser Tage von einer hohen Persönlichkeit gefragt: Wie und wenn die Krone diesen, so zweifellos depossidierenden Gesetzentwurf ablehnt? Worauf Miljukow antwortete: Dann werden wir ihn eben ohne die Krone durchzuführen! Diese Gefahr besteht übrigens nicht. Denn im jüngsten Kronrat wurde von dem geplanten Gesetz dem Zaren Mitteilung gemacht, und vertrauenerweckende Personen behaupten, daß der in die Enge getriebene Zar schließlich eingewilligt hat, dem Gesetzentwurf nicht entgegenzutreten. Ungewiß ist noch immer, wie sich der Generalissimus ihm gegenüber verhalten wird. Sein Generalstabschef Januškewitsch und der neue Kriegsminister Poliwano w sollen mit

dem geplanten Beschneidung ihrer Rechte einverstanden sein. Alles in allem, in Rußland beginnt nunmehr auch die Revolution von oben.

Die untadelige Schweizer Neutralität.

Drahtbericht.

Bern, 2. Juli.

Der Schweizerische Bundesrat genehmigte heute die Verordnung betreffend die strafrechtliche Verfolgung wegen Beschimpfungen fremder Völker, Staatsoberhäupter oder Regierungen. Danach wird, wer öffentlich in Wort oder Schrift, in Bild oder Darstellung, ein fremdes Volk, dessen Staatsoberhaupt oder dessen Regierung in der öffentlichen Meinung herabwürdigt, oder dem Haß und der Mißachtung preisgibt, sowie, wer eine nicht öffentliche Äußerung dieses Inhalts in beleidigender Absicht öffentlich macht, mit Gefängnis bis zu 6 Monaten oder mit Geldbuße bis zu 5000 Franken bestraft. Beide Strafen können verbunden werden. Ferner: Wer Drucksachen, Bilder oder andere Darstellungen, die solche Beschimpfungen gegenüber einem fremden Volke, dessen Staatsoberhaupt oder dessen Regierung enthalten, ausstellt, in Verkehr bringt oder feilhält, wird mit Gefängnis bis zu 3 Monaten oder mit Geldbuße bis zu 1000 Fr. bestraft, wobei auch hier beide Strafen verbunden werden können. Die Strafverfolgung, die nach geltendem Recht nur auf Antrag des Beleidigten stattfinden konnte, kann nunmehr auf Grund des jeweiligen Beschlusses des Bundesrates auch dann stattfinden, wenn der Beleidigte keinen Antrag gestellt hat. Die Beurteilung erfolgt durch das Bundesstrafgericht. Der Bundesrat ist befugt, Drucksachen, Bilder oder andere Darstellungen beschimpfender Art und die zur Herstellung speziell bestimmten Werkzeuge einzuziehen zu lassen, auch dann, wenn eine Strafverfolgung nicht eintritt. Die Verordnung tritt am 15. Juli in Kraft.

Kriegs-Chronik der Woche.

24. Juni: Französische Mißerfolge an den Maashöhen.
Kopaczynka am Ormulew genommen.
Die Armee Linsingen überschreitet den Dnjestr.
Rückzug der Russen im San-Weichsel-Winkel.
Schluß der preussischen Landtagsession.
Vernichtung eines russischen Unterseeboots durch einen deutschen
Flieger.
Ostromiec und Sandomir von den Oesterreichern besetzt.
Italienische Angriffe bei Monfalcone und Gradisca abgewiesen.
25. Juni: Die Montenegriner in Stutari.
Deutsche Erfolge in den Argonnen.
Kopaczynka wieder geräumt.
Deutsche Fortschritte bei Chorzele.
Vorstoß der Armee Boyrsch südlich Iza.
Rückzug der Armee Linsingen bei Martinow.
Chodorow von den Oesterreichern genommen.
26. Juni: Erfolgreiche französische Angriffe an der Lorettohöhe.
Französische Niederlage an den Maashöhen.
Russische Angriffe am Murawka-Bach (nördlich Praszynsk) ab-
geschlagen.
Fortschreitender Angriff Linsingens am Dnjestr.
Russische Angriffe am Pruth gescheitert.
Italienische Angriffe bei Görz abgewiesen.
Revolutionäre Kundgebungen in Sewastopol.
27. Juni: Ein italienisches Torpedoboot versenkt.
Reichskanzler von Bethmann Hollweg und Staatssekretär Jagow
in Wien.
Deutscher Erfolg bei Les Eparges.
Die Dobrea-Stellung nordöstlich Lemberg gestürmt.
Russische Stellungen nordöstlich Rawa Ruzka genommen.
28. Juni: Schwere Verluste der Franzosen an den Maashöhen.
Niederlage der Russen bei Praszynsk.
Uebergang der Armee Linsingen über den Dnjestr. Rückzug der
Russen zur Gnila-Lipa.
Vorstoß der Verbündeten zur Buglinie.
Halicz genommen.
Plazow von der Armee des Erzherzogs Josef Ferdinand erobert.
29. Juni: Rücktritt des russischen Kriegsministers Suchomlinow.
Schwere Verluste der Franzosen bei Les Eparges und Lunéville.
Die Russen von Linsingen über die Gnila-Lipa geworfen.
Rückzug der Russen bei Kamionka, Bursztyn genommen.
Niederlage der Russen bei Tomaszow.
30. Juni: Neuer türkischer Sieg bei Ari Burnu.
Die Verbündeten besetzen Belz, Komarow und Jamocz.
Die Tanew-Niederung von den Oesterreichern besetzt. Zawichost
genommen.
Erfolgreiche italienische Angriffe bei Plava, Sals und Monfalcone.
Luftbombardement der Werft von Belgrad.
1. Juli: Junibeute der Armee Hindenburg 25 695 Gefangene.
Russische Stellungen an der Gnila Lipa gestürmt.
Vorbringen der Armee Mackensen zwischen Weichsel und Bug.
Junibeute der Heere in Galizien 194 000 Gefangene.
Jamocz von den Oesterreichern besetzt.
Italienischer Angriff bei Doberdo abgeschlagen.
Deutscher Kreuzer-Vorstoß gegen Windau.

Dom östlichen Schauplatz.**Eine deutsche Städteordnung in Russisch-Polen.**

Posen, 30. Juni. Eine vom Generalfeldmarschall v. Hindenburg als Oberbefehlshaber Ost mit Wirkung vom 1. Juli erlassene Städteordnung für die von Deutschland verwalteten Gebietsteile Russisch-Polens bestimmt u. a. folgendes:

Der Bürgermeister wird von dem Chef der Zivilverwaltung für Russisch-Polen ernannt, der zuvor die Zustimmung des Oberbefehlshabers der IX. Armee einzuholen hat. Den zweiten Bürgermeister bestellen die Aufsichtsbehörden. Die Stadtverordnetenversammlung besteht aus 24, in Städten über 200 000 Einwohnern aus 36 Mitgliedern. Die Geschäftssprache für die Gemeindeverwaltung ist Deutsch und Polnisch; die näheren Bestimmungen über den Gebrauch beider Sprachen werden durch Geschäftsordnungen geregelt. Der Verkehr mit den deutschen Behörden ist in deutscher Sprache zu führen. Alle Bekanntmachungen, Urkunden usw. haben Deutsch und Polnisch zu lauten. Vom Chef der Zivilverwaltung wird bestimmt, in welchen Städten die gesamte Polizei oder einzelne Zweige der Polizei durch staatliche Organe auszuüben sind. In denjenigen Städten, in denen keine Polizeipräsidien errichtet sind, wird die Staatsaufsicht durch Kreischefs ausgeübt. Für unbegründete Weigerung der Annahme der Wahl zum Stadtverwaltungsmitglied, ferner für aktiven oder passiven Widerstand gegen die neue Verwaltung, sowie für aufreizende Agitation wird, sofern nicht nach Kriegsrecht oder nach den Bestimmungen des russischen Strafgesetzbuches eine härtere Strafe verwirkt ist, Geldstrafe bis zu 100 000. M oder Gefängnis bis zu 6 Monaten angedroht. Außerdem kann die Verbringung in ein Zivilgefängnis angeordnet werden.

Im übrigen lehnt sich die Städteordnung für Polen an die Städteordnung für die östlichen preussischen Provinzen an. Ihr unterliegen, vorbehaltlich weiterer Ausdehnung, bis jetzt die Städte Lodz, Lschestochau, Sosnowice, Bendzin, Kalisch, Wloclawel, Pabianice, Wielun, Sieradz, Zdunsta-Wola, Kutno, Lenczyca, Dzorkow, Zgierg, Gostynin, Niezawa, Kolo, Konin, Stupca, Turel, Zawiercia. — Eine Verordnung des Oberbefehlshabers Ost bestimmt, daß die Zivilverwaltung für Russisch-Polen den Namen Kaiserlich Deutsche Zivilverwaltung für Polen links der Weichsel erhält.

Der Krieg über See.

Der Kampf um unsere Schutzgebiete.

Seit das deutsche Reichskolonialamt Ende Mai seine vierte Mitteilung veröffentlichte, hat sich, abgesehen von Deutsch-Südwestafrika, die Lage in unsern drei großen afrikanischen Kolonien nicht wesentlich verändert. Am erfreulichsten lauten andauernd die Nachrichten aus Deutsch-Ostafrika, an dessen Nordgrenze östlich des Kilimandscharo und östlich des Viktoriasees sich die Engländer von Britisch-Ostafrika, an dessen Westgrenze beim Riwu-See sich die Kongostaat-Belgier und an dessen Südgrenze beim Njassa-See sich die Engländer des Njassa-Protektorats größerer oder kleinerer deutscher Angriffe zu erwehren haben. Diese Leistung der deutschen Verteidiger verdient um so größere Anerkennung, da es den Engländern bei der verhältnismäßigen Nähe Indiens nicht schwer fallen könnte, über Sansibar größere Truppenmassen nach Deutsch-Ostafrika zu werfen. Haben sie durch die schmachliche Niederlage in der Schlacht von Tanga den Mut zu einer Wiederholung des Versuchs verloren, oder sind vielleicht die Verhältnisse des ehemals ägyptischen Sudans mit im Spiele, aus dem vor Monaten allerlei für England nicht recht erfreuliche Kunde zu uns kam, seitdem aber wegen der drakonisch gehandhabten englischen Nachrichtensperre gar keine mehr? Bei aller Anerkennung der Tapferkeit und Unternehmungslust unserer Ostafrikaner ist es nicht ausgeschlossen, daß ihnen auch der ausgesprochen mohammedanische Charakter der umgebenden Länder helfend zugute kommt.

Auch Kamerun hat die in dem Bericht unseres Reichskolonialamtes ausgesprochene Hoffnung nicht enttäuscht, daß das Schutzgebiet sich trotz der erdrückenden Übermacht der Angreifer fernerhin zu halten imstande sein werde. Zwar ist das 50km östlich der Grenze von Britisch-Nigerien, am großen Benue-Strom gelegene Barua, der Sitz eines Lamido oder Unterhüptlings des ehemaligen Reiches Adamaua, nach sechsmonatiger Verteidigung am 11. Juni einer englisch-französischen Streitmacht (schon Anfang Januar beanden sich sieben Kompagnien und zwei Schwadronen farbiger Truppen vor den deutschen Stellungen) in die Hände gefallen. Auch scheinen die Franzosen, deren Rückzug der Bericht des Reichskolonialamtes meldete, neuerdings wieder vom Sanga-Strom her, also aus den seinerzeit von Frankreich an Deutschland abgetretenen Gebieten Neukameruns, in der Richtung auf Lomia vorgehen zu wollen. Weit wichtiger aber als dieser etwaige Angriff von Osten, also aus dem Innern her, ist die Tatsache, daß das von der Meeresküste her, längs der Nordbahn und der Mittellandbahn angelegte Vorgehen der Engländer und Franzosen wegen heftigen und meist siegreichen Widerstandes der Deutschen zum Stillstand gekommen ist. Noch ist, abgesehen von einigen Küstenplätzen, der ganz überwiegende Teil von Alt-Kamerun in unserm Besitz. Auch lassen die andauernden Klagen der Engländer über Unbilden des Klimas und Schwierigkeiten des Geländes darauf schließen, daß man sich die Sache zu Anfang leichter vorgestellt hat.

In Deutsch-Südwestafrika hat der Buren-Renegat Botha, nachdem ihm am 12. Mai die Besetzung Windhuks geglückt war, vier Wochen lang gar nichts von sich hören lassen. Bloß von den Schwierigkeiten des Nachschubes war einmal in englischen Zeitungen die Rede. Am 21. Juni wollen nun die Unionstruppen an der von Swatopmund nach Grootfontein führenden Eisenbahn den Ort Omaruru besetzt haben. Da die Engländer bloß insofern einen Erfolg hatten, als es ihnen gelang, den südlichsten Teil unseres Schutzgebietes zu besetzen, da sie aber noch keinen einzigen irgendwie nennenswerten Sieg davongetragen haben, da vielmehr unsere Schutztruppe höchst erfolgreich kämpfte, und deren Hauptmacht vollkommen unverfehrt ist, so haben wir die entscheidenden Schläge, bei denen schmachvollerweise auch Buren an der Seite der Engländer kämpfen werden, erst zu erwarten. Zu erwarten haben wir sie, was nicht übersehen werden darf, in jenen nördlichen Teilen unseres Schutzgebietes, die schon dem Tropengürtel angehören, und in denen sich die südafrikanischen Unionstruppen nicht so zu Hause fühlen dürften, wie in der Nachbarschaft der Kapkolonie.



Die Verluste der feindlichen Handelsmarine an der englischen Küste in der Zeit vom 18. Februar bis 18. Mai 1915.

Nr.	Name	Tonnen-gehalt	Nation	Tag	Nr.	Name	Tonnen-gehalt	Nation	Tag	Nr.	Name	Tonnen-gehalt	Nation	Tag
1	Dinorah	4208	franz.	18. 2.	43	Gloxinia	145	engl.	1. 4.	85	St. Georg	220	engl.	2. 5.
2	Cambank	3112	engl.	20. 2.	44	Reffie	100	engl.	1. 4.	86	St. Louis	211	engl.	2. 5.
3	Dalben	1076	engl.	23. 2.	45	Rodwood	1143	engl.	2. 4.	87	Emblem	157	engl.	2. 5.
4	Downshire	365	engl.	20. 2.	46	South Point	3837	engl.	2. 4.	88	Volante	150	engl.	3. 5.
5	Western Coast	487	engl.	24. 2.	47	Boquerette	400	franz.	2. 4.	89	Hero	173	engl.	3. 5.
6	Dexford	1208	engl.	24. 2.	48	Divine	634	engl.	4. 4.	90	Northward Ho	180	engl.	3. 5.
7	Harpalion	5887	engl.	24. 2.	49	Hermes	1019	russ.	4. 4.	91	Dector	179	engl.	3. 5.
8	Rio Pazana	4015	engl.	24. 2.	50	City of Bremen	772	engl.	4. 4.	92	Progreß	273	engl.	3. 5.
9	Brantome Chine	2028	engl.	24. 2.	51	Northlands	2776	engl.	5. 4.	93	Coquet	176	engl.	3. 5.
10	Bengrove	3840	engl.	7. 3.	52	Acantha	171	engl.	5. 4.	94	Hobwhite	180	engl.	3. 5.
11	Prinzeß Victoria	1108	engl.	9. 3.	53	Varina	154	engl.	7. 4.	95	Scottish Queen	125	engl.	3. 5.
12	Langstan	3738	engl.	9. 3.	54	Chateaubriand	2247	franz.	8. 4.	96	Hugbly	205	engl.	4. 5.
13	Bladwood	1230	engl.	9. 3.	55	General de Sontis	2190	engl.	9. 4.	97	Hybridge	164	engl.	4. 5.
14	Oris Rex	208	franz.	9. 3.	56	Elmina	4792	engl.	9. 4.	98	Sceptre	166	engl.	5. 5.
15	Auguste Confeil	2952	engl.	11. 3.	57	Harpalyce	5940	engl.	10. 4.	99	Stratton	983	engl.	5. 5.
16	Rlorazan	4600	engl.	11. 3.	58	The President	647	engl.	10. 4.	100	Winterne	3018	engl.	5. 5.
17	Ademwen	3798	engl.	11. 3.	59	Frederic Franck	973	franz.	11. 4.	101	Carl of Ratham	132	engl.	5. 5.
18	Deadlands	2988	engl.	12. 3.	60	Bansfarer	9599	engl.	12. 4.	102	Candidate	5858	engl.	6. 5.
19	Andalusian	2349	engl.	12. 3.	61	Barmigan	780	engl.	14. 4.	103	Centurion	5945	engl.	6. 5.
20	Indian City	4645	engl.	12. 3.	62	Rapid	170	engl.	14. 4.	104	Turo	898	engl.	6. 5.
21	Baridale	3839	engl.	13. 3.	63	Nejo	160	engl.	14. 4.	105	Merry Jollington	147	engl.	6. 5.
22	Invergyle	1794	engl.	13. 3.	64	Rio	117	engl.	14. 4.	106	Don	168	engl.	6. 5.
23	Atlanta	519	engl.	14. 3.	65	Mercia	175	engl.	14. 4.	107	Justiana	31550	engl.	7. 5.
24	Yingal	1567	engl.	15. 3.	66	Ferret	157	engl.	14. 4.	108	Benington	131	engl.	7. 5.
25	Durham Castle	8228	engl.	15. 3.	67	Stirling	165	engl.	14. 4.	109	Queen Wilhelmina	3590	engl.	8. 5.
26	Keewarden	990	engl.	16. 3.	68	Horatio	174	engl.	14. 4.	110	Hellenic	180	engl.	8. 5.
27	Edenford	4286	engl.	16. 3.	69	Argentina	177	engl.	14. 4.	111	Drumcege	4082	engl.	18. 5.
28	Glenartney	5201	engl.	17. 3.	70	Vanilla	158	engl.	18. 4.					
29	Blunauy Abbey	1166	engl.	17. 3.	71	Envon	156	engl.	21. 4.					
30	Blue Jacket	3515	engl.	18. 3.	72	St. Lawrence	196	engl.	22. 4.					
31	Bedwing	2002	engl.	19. 3.	73	Recofo	176	engl.	26. 4.					
32	Cairntorr	3588	engl.	21. 3.	74	Alldale	129	engl.	28. 4.					
33	Concord	2861	engl.	21. 3.	75	Mobife	1915	engl.	28. 4.					
34	Delmira	3459	engl.	24. 3.	76	Cherbury	3220	engl.	29. 4.					
35	Palaba	4806	engl.	27. 3.	77	Edale	3110	engl.	1. 5.					
36	Agulla	2114	engl.	27. 3.	78	Suorono	3102	russ.	1. 5.					
37	Wodges	1295	engl.	28. 3.	79	Europe	4769	franz.	2. 5.					
38	Alaminian	3500	engl.	30. 3.	80	Fulgent	2008	engl.	2. 5.					
39	Crown of Castile	4505	engl.	30. 3.	81	Sunton	165	engl.	2. 5.					
40	Emma	1617	franz.	31. 3.	82	Crutier	155	engl.	2. 5.					
41	Seven Seas	682	engl.	31. 3.	83	Marabon	148	engl.	2. 5.					
42	Jason	176	engl.	1. 4.	84	Mercury	222	engl.	2. 5.					

Diese stättliche Liste umfasst also 111 Nummern, in der überwiegenden Mehrheit natürlich englische Schiffe (102), neben sieben französischen und zwei russischen; die neutralen sind in der Aufstellung nicht mit berücksichtigt. Damit haben wir den Verbündeten einen Gesamtverlust von 222,789 Tonnen zugefügt, an dem 55 Schiffe unter 1000, 48 von 1000 bis 5000, sieben von 5000 bis 10,000 und eins („Lusitania“) von mehr als 10,000 Tonnen beteiligt sind.

Deutsche Vergeltung für französische Grausamkeiten.

Wieder einmal sieht die deutsche Heeresleitung sich genötigt, gegenüber der französischen Republik zu dem Mittel der Vergeltung zu greifen, nachdem alle Bemühungen, sie von schänden Vergewaltigungen deutscher Kriegs- und Zivilgefangenen abzubringen, vergeblich geblieben sind. Amtlich wird uns darüber folgendes mitgeteilt:

Schon im November v. J. hat die deutsche Regierung die Forderung gestellt, daß die deutschen Kriegs- und Zivilgefangenen aus Afrika an klimatisch einwandfreie Orte geschickt werden sollten. Diese Forderung ist durch die amerikanische und auch durch die spanische Botschaft verschiedentlich wiederholt worden.

Die französische Regierung hat es für nötig gefunden, darauf nur zu antworten, daß die Deutschen in Dahomey an gesunden Orten lebten — was nicht zutrifft — und daß nur diejenigen nach Frankreich zu senden wären, deren Gesundheit einen längeren Aufenthalt in Afrika nicht gestattete.

Frankreich hat also diese Forderung nicht erfüllt.

Zurzeit befinden sich annähernd 400 deutsche Kriegs- und Zivilgefangene in Dahomey, teils aus Kamerun, teils aus Togo, und mehrere Tausende von Kriegs- und Zivilgefangenen in Marokko und Tunis und den anderen französischen Besitzungen.

Uebereinstimmende sichere Nachrichten besagen, daß unsere Deutschen dort, an den verschiedensten Plätzen verteilt, und besonders in Dahomey, geradezu schmachvoll behandelt werden. Zum größten Teil müssen sie in glühender Sonnenhitze schwere körperliche Arbeiten verrichten (Wegearbeiten, Stein klopfen usw.).

In Dahomey ist ihre Bekleidung völlig unzureichend. Sie dürfen nichts aus Kamerun oder Togo mitnehmen; in den leichtesten Sachen wurden sie im Herbst 1914 nach Dahomey gebracht. „Abgerissen“, mit leichten Kopfbedeckungen, verrichten sie ihre Arbeit.

Sie wurden fast nie in Europäerwohnungen gebracht, sondern leben in selbsterbauten Lehm- oder Stroh hütten, ohne Moskitoneze, auf Strohmatten, ja auf dem nackten Fußboden. Zum Teil zimmerten sie sich ihre Betten selbst. Sie müssen selbst kochen, eine Bedienung wird ihnen zum Teil verweigert. Die Bewachung geschieht in entwürdigender Weise durch Schwarze, die den Weißen ihre Macht zeigen. Die französische Zeitschrift *Minoir* hatte sogar die Stirn, dies in einem Bilde zu bringen, das von einem höhnischen Kommentar begleitet war.

Es fehlt an den nötigen Medikamenten, wie Chinin usw., und an ärztlicher Hilfe. Ein französischer Arzt sagte: „Die Männer sollen leiden.“

Das Klima in Dahomey ist eines der mörderischsten der ganzen Westküste Afrikas; nicht nur deutsche sondern auch französische Fachleute haben sich in diesem Sinne geäußert. Gelbes Fieber, Schwarzwasserfieber, Malaria sind an der Tagesordnung. Man kann sich nur mit Hilfe von Moskitonezen gegen die Insekten schützen. Wenn es auch Orte geben mag, die für den Europäer einigermaßen bewohnbar sind, so ist das Klima im allgemeinen eines der ungesündesten.

Nicht besser ergeht es unseren Kriegsgefangenen in Nordafrika. Mit dem fortschreitenden Sommer erhöhen sich dort die Tagestemperaturen auf 50 und 60 Grad Celsius. Ohne Tropenhelme müssen unsere braven Soldaten in dieser Gluthitze schwerste Arbeiten verrichten. Das einzige, was die französische Regierung bis jetzt zugestanden hat, ist eine Verlängerung der Mittagspause von 11—3 Uhr. Nach übereinstimmenden Urteilen von Fachmännern ist es für Europäer und noch dazu solche, die des Klimas ungewöhnt sind, ohne Gesundheitschädigung unmöglich, diese Arbeiten auszuführen.

Noch schlimmer erscheint es, daß die Franzosen auch Vermundete und Kranke nach Afrika gebracht haben und ohne Erbarmen zur Arbeit zwingen.

Die Ernährung ist auch hier durchaus unzureichend. Die Paete aus der Heimat kommen in den meisten Fällen beraubt oder gar nicht an; auch die Geldsendungen gehen sehr unregelmäßig ein. Die Strafen sind außerordentlich grausam, eine Tatsache, die aus der Fremdenlegion schon längst bekannt ist. Vielfach haben Kriegsgefangene aus Verzweiflung über ihre Lage den Lockungen zum Eintritt in die Fremdenlegion nachgegeben, wo sie es natürlich auch nicht besser haben.

Aus einer großen Anzahl von Briefen hört man übereinstimmend die erschütternden Klagen über die Leiden unserer gefangenen Krieger in Afrika heraus. Hierbei ist zu bedenken, daß alle Postfächer der Prüfung durch die Zensur unterliegen und die

Leute nicht das schreiben können, was sie wollen. Aber durch die eidlischen Aussagen zurückgekehrter Frauen und Missionare und in durchgeschmuggelten Nachrichten zeigt sich stets dasselbe traurige Bild.

Unsere Heeresverwaltung hat sich gezwungen gesehen, da alle Verhandlungen erfolglos blieben, nunmehr zu Taten, d. h. zu energischen Gegenmaßnahmen, zu schreiten. Das mörderische Klima von Dahomey steht uns nicht zur Verfügung, auch auf dem Wege der Erniedrigung der weißen Rasse durch die Aussicht von Schwarzen vermag Deutschland dem Kulturstaat Frankreich nicht zu folgen.

Aber man wird Kriegsgefangene Franzosen in ungefähre gleicher Anzahl wie unsere Kriegs- und Zivilgefangenen in Afrika, aus den schönsten Gefangenenlagern, wo sie alle Annehmlichkeiten und alle Fürsorge seitens der Lagerkommandanturen genießen, zu Arbeiten in die Moor kulturen überführen. Die Auswahl der Gefangenen wird ohne jede Rücksicht auf soziale Stellung und Beruf geschehen, genau so, wie es Frankreich mit unseren Kriegsgefangenen in Afrika macht.

Wir wollen dadurch erreichen, was der Appell an die Menschlichkeit Frankreichs und langmütigste Verhandlungen bisher nicht erreicht haben.

Wir wissen aus zahlreichen Zuschriften aus unserem Leserkreise, daß die hier gegebene Schilderung der Leiden deutscher Gefangenen in Afrika in jedem Punkte den Tatsachen entspricht. Der Ruf nach Vergeltung war schon lange erhoben worden, die deutsche Gewissenhaftigkeit aber verlangte, daß erst der Versuch gemacht würde, im Wege der Verständigung oder der Einwirkung dritter Stellen die französische Regierung zur Umkehr zu bewegen. Darüber ist zwar kostbare Zeit verlorengegangen und wir stehen bereits mitten im Hochsommer, der gewiß die unsäglichen Leiden unserer gefangenen Brüder noch gesteigert hat. Aber nun ist auch

die Zeit zum Handeln gekommen.

und es versteht sich von selbst, daß unsere Heeresverwaltung, nachdem ihre Geduld erschöpft und der Appell an die Menschlichkeit bei den Franzosen fruchtlos geblieben ist, die hier angekündigten Maßnahmen mit der gleichen Rücksichtslosigkeit durchführen wird, die von Frankreich unseren Landsleuten gegenüber betätigt wird. Wir werden die nach den Debländereien bestimmten Gefangenen zwar nicht unter die Aufsicht von Schwarzen stellen, obwohl es uns an diesem Menschenmaterial auch nicht fehlt, weil wir die Würde der weißen Rasse nicht preisgeben wollen. Aber von den Annehmlichkeiten des Gefangenenlagers in Ohrdruf z. B., wo den Inhaftierten Bequemlichkeiten eingeräumt, Spiele, Aufführungen usw. gestattet sind, wird auf den Arbeitsstellen der zu kultivierenden Moore allerdings keine Rede sein, auch kühle Baracken werden die Herren Franzosen dort vergebens suchen, sondern mit Zelten vorlieb nehmen und im übrigen von früh bis spät fleißig arbeiten müssen, wie es von unseren Brüdern in Afrika auch verlangt wird. Wir sind überzeugt, daß sie dann immer noch über ihre veränderte Lage kaum zu klagen haben werden. Sollten sie aber ihr neues Los doch als eine Verschlechterung empfinden, so brauchen sie ihre Beschwerden nur durch Vermittlung des spanischen Botschafters an ihre Regierung nach Paris gelangen zu lassen. Vielleicht daß diese dann den Sinn für Menschlichkeit wiederfindet, von dem in ihren wortreichen Kundgebungen so viel die Rede ist, ohne daß er sich leider in ihren Handlungen, soweit Deutschland in Frage kommt, entbeden läßt. Auch die englische Regierung mußte ja erst im Wege der Vergeltung dazu gezwungen werden, von gewissen Behandlungsmethoden gegenüber unseren gefangenen U-Bootoffizieren und -mannschaften Abstand zu nehmen. Jedenfalls weiß das deutsche Volk seiner Heeresleitung Dank dafür, daß sie alles tut, was zu einer Erleichterung des Schicksals unserer in Afrika schmachtenden Landsleute führen kann. Den Erfolg müssen wir abwarten.

Auszüge aus Berichten und Briefen über die Lage der Gefangenen in Dahomey und Nordafrika, die uns vorliegen, geben erschütternde Einzelheiten aus diesen Leidensschicksalen. Wir fügen nur Briefstellen eines Missionars an, der sehr geschickt den Zustand in Dahomey durch Anziehen der Bibel zu schildern weiß, indem er sich auf die Plagelieder Jeremia bezieht und die Ziffer des Kapitels und die Verse anführt, die lauten: „Unser Wasser müssen wir um Geld trinken, unser Holz muß man bezahlt bringen lassen. Man treibt uns über Hals und wenn wir schon müde sind, läßt man uns doch keine Ruhe.“

„Knechte herrschen über uns, und ist niemand, der uns von ihrer Hand errettet.“

... „Und er begehrte seinen Bauch zu füllen von den Treibern, die die Säue aßen, und niemand gab sie ihm.“

11./V. 1915.

Die Zuversicht / Von Houston Stewart Chamberlain.

(Schluß.)

Hier nun finden wir die felsenfeste Zuversicht; wir fühlen, wir wissen, daß Gott mit den Deutschen ist — und das will mehr besagen als eine Welt in Waffen. Diese Zuversicht ist darum so unerschütterlich, weil zu aller Inbrunst und magischen Gewalt des Glaubens noch die Ueberzeugungskraft und Ruhe einer — wenn ich mich so ausdrücken darf — wissenschaftlichen Evidenz hinzukommt. Wie man Gott und Natur unterscheidet, so kann man in unserer Zuversicht auf den Sieg der deutschen Sache ein göttliches und ein naturnotwendiges Element unterscheiden: ein jedes steht für sich da und doch sind sie beide Erscheinungen der gleichen in Gefühl und Vernunft wurzelnden Ueberzeugung. Das Gottvertrauen fand in der oben angeführten Briefstelle ergreifenden Ausdruck; doch betrachte man die Stelle näher und die Natur kommt auch zu ihrem Rechte: denn außerordentlich müssen die Naturanlagen eines Volkes sein, welches innerhalb weniger Geschlechter Luther und Bismarck, Friedrich und Wilhelm, Goethe und Schiller, Bach und Wagner, Scharrhorst und Moltke hervorbringt — der anderen alle zu geschweigen. In diesem Kriege treten nun gerade diese allgemeinen Naturanlagen des ganzen Volkes — also die zugehenden Kräfte — stark hervor; keine Einzelgestalten überragen leitend das Ganze, darum erblicken wir dieses um so deutlicher. Weder ein Bismarck, noch ein Moltke, noch ein Roon weist unter uns; ein einziger wahrhaft genialer Strategie von weltgeschichtlicher Bedeutung hat sich offenbart, doch unter einschränkenden Bedingungen; denn vor dem Kriege lag er auf einem toten Gleise vergessen, so daß sein Genie keine Früchte trug, und auch jetzt nimmt er nur fragmentarisch am Werke teil; einzelne vielversprechende Beanlagungen blühten außerdem hier und dort auf, verschwanden aber, überschattet. So tritt denn die sonst im Kriege entscheidende Gestalt des großen Schlachtenlenkers zurück, und das beispiellos Großartige bilden jetzt die Leistungen — nicht einzelner, sondern der vielen, d. h. des namenlosen Ganzen: die bis in die letzte Einzelheit durchdachte Organisation, das Beharrungsvermögen in den veränderten Lebensbedingungen des Schützengrabens, die alles je Erlebte weit übertreffenden Marschleistungen, die gleichmäßig tadellose Dienstverrichtung vieler Millionen Menschen.... Abgesehen von dem Kampfwert dieser Truppen, zeugt ihre gewaltige Friedensarbeit hinter allen Fronten von einer geistigen Durchbildung und lebensvollen Gliederung, wie sie die Welt niemals gesehen hat, und dies wiederum beweist einen durchschnittlichen Grad von Bildung auf allen Stufen — geistiger Entwickeltheit und sittlicher Zuverlässigkeit —, dem kein Volk der Erde auch nur entfernt Ähnliches an die Seite stellen kann. So angenehm der Besitz großer Feldherren ist und wäre, diese Offenbarung der in sich selbst gefestigten Heereskraft bildet eine unvergleichliche Grundlage der Zuversicht; ein Moltke und ein Hindenburg kann der Feindesflugel erstlegen, und alles gerät ins Wanken, die deutsche Armee — das wissen wir jetzt — wird niemals wanken. Durch die Erfindungskraft einzelner und durch die wortlose Hingabe von Tausenden edelstgesinnter Männer ist nach und nach ein Gebilde erzeugt worden, zu dem man nur in Ehrfurcht hinausblicken kann. Da lernt man nachfühlen, was Goethe unter „Ernst“ und „Liebe“ verstanden wissen wollte! Und übrigens: Deutschland besitzt doch die genialen Männer; würde die Not groß, man brauchte sie bloß zu rufen; Hindenburgs Errettung von Preußen hat's uns wieder gezeigt. — Ein gleiches, oder wenigstens sehr Ähnliches gibt aber von dem Verhalten und den Leistungen des ganzen im Zivilleben verbliebenen deutschen Volkes: es hat eine Disziplin, eine Intelligenz, eine Tatkraft, eine Anpassungsfähigkeit, eine Aufopferungsfreudigkeit an den Tag gelegt, die große Hoffnungen für die Zukunft wecken und die trostlosen parlamentarischen Zustände der letzten Jahre fast vergessen lassen. Schopenhauers Definition ist zwischenhand geworden; mag auch der einzelne Deutsche oft schwerfällig sich geben, die Gesamtheit hat schon eine hohe Stufe von zweckmäßigem Ineinanderwirken und infolgedessen von Leistungsfähigkeit erreicht; sie eifert schon ihrem Heere nach. Dies ist der Weg, auf dem Deutschland weiter wandeln muß, auch in Friedenszeiten, in immer vollkommenerer Organisation: der einzelne innerlich frei, äußerlich genau angegliedert; die Gesamtheit erlöst aus den tausend Hemmungen

vorjüdischer demokratischer Erbwangvorstellungen zu bewußt planvollem, wissenschaftlich sicherem Aufbau der aus der Gegenwart zu gestaltenden Zukunft. Tut das Deutschland, dann wird es alle Hindernisse überwinden und — der Welt zum Heil — die vorherrschende Weltmacht werden, das heißt: es wird seine gottgegebene Bestimmung erfüllen. Und empfinden wir es auch hart, in einem so kritischen Augenblick wie dem gegenwärtigen, auch hier keinen großen Lenker zu besitzen, und an Stelle des ungeflüchten und rücksichtslosen germanischen Mannes, den wir alle ersehnen, nur tadellose pflichttreue Beamte und ebenso tadellose, in allen Gesellschaftskünsten bewanderte Diplomaten, so schöpfen wir doch Trost aus dem Einblick, der uns dadurch auch hier in die unbewußt gewachsene, machtvolle Festigkeit und Entschlossenheit des „anonymen Ganzen“ geboten wird. Früher, wo der große Kanzler die unentrinnbaren Kriege so genau vorausahnd und ihnen mit ewig bewundernswertem Scharfsinn die denkbar günstigsten Umstände politisch schuf, da blieb dem Gesamtkörper der Nation die Anhäufung von Prüfungen erspart, an denen es sich jetzt bewährt und stärkt: auch hier also lehten Endes berechnete Zuversicht. — Zu dieser gewaltigen Volkskraft möchte ich auch die Persönlichkeit des Kaisers rechnen. Besieht er vielleicht nicht die wunderbare Gabe seines Großvaters für die Beurteilung von Persönlichkeiten, so besieht er in einem merkwürdigen Grade die Gabe, dem dunklen, halbgebildeten Willen der gährenden, zeugenden Schichten des Volkes Gestalt und damit Leben zu geben; daher das Zündende seines Wortes und Beispiels. Wo stünde heute Deutschland ohne des Kaisers Wert — die deutsche Marine? Und griff es nicht von Anfang an der lebendige Teil des Volkes auf? Und diese Regung hat er verstanden, nach und nach zum Allgemeinwillen des ganzen Volkes zu entwickeln — denn nicht bloß wußte er besser als alle Reichstage, was nützt, er wußte, wofür die Allgemeinheit zu gewinnen sein würde. Hier irrt sein Urteil nicht. Auch wo das edle Feuer seines Temperaments ihn über die Grenzen diplomatischer Vorsicht hinwegriß, immer verließ er damit dem Drängen von Millionen Stimme. Der hartnäckige Widerstand, den der Kaiser bei manchem seiner Pläne — so z. B. in bezug auf die Schule — erfahren mußte, ging nie vom eigentlichen Volke aus, immer vom geachteten Beamtentum; das Volk jubelte, die Geheimräte wollten nicht mittun. Und wer weiß, wie oft das Geschehen sein mag, und vielleicht noch geschieht? Das ist Staatsgeheimnis. Jedenfalls begrüßt es unsere Zuversicht mit Freuden, wenn zu einer Zeit der Umwälzung und der Neugeburt wie der jetzigen der Monarch sich nicht in der traditionellen Rolle des Hemmschuhs gefällt, sondern vielmehr den kühnsten Vortrab anführt.

Ein Lehtes sei noch genannt — falls die Zensur es erlaubt; für mich bildet es die Quelle der reinsten, hellsten, höchsten Zuversicht: Deutschland kämpft fürs Christentum!

Deutsche Katholiken und deutsche Protestanten haben sich wiedergefunden, gemeinsam kämpfen und sterben sie, gemeinsam wohnen sie religiösen Andachten bei, gemeinsam singen sie: „Ein feste Burg ist unser Gott!“ Diese Kraft wird sich als unüberwindlich erweisen: die Sache des Christentums ist an die deutschen Fahnen geheftet. Wer den Osten von Europa kennt, weiß, auf welcher Stufe primitivster Superstitutionen die orientalische Kirche zurückgeblieben ist; man mag ihr, wie jeder Gemeinschaft, die den Namen des Heilands heilig hält, Achtung zollen, doch besieht sie nicht die allergeringste Werbe- oder Widerstandskraft. Frankreich wird seit dem Jahre 1870 in unmittelbar gegenchristlichem Sinne regiert; schon seit Jahren ist nie mehr ein Christ zum Ministeramt zugelassen worden — ich rede nicht von Rasse, ich rede von Glauben und Besinnung; die Ausrottung alles Christlichen bildet den einzigen gemeinsamen Punkt der sich sonst bekämpfenden Parteien. England ist seit den Stuarts das Vaterland der religiösen Heuchelei. „Es gibt in Europa Mächte, die von der Frömmigkeit viel Wesens machen, und, indem sie Unrecht wie Wasser trinken, sich in der Rechtgläubigkeit für Auserwählte gehalten wissen wollen“; ob Kant bei diesen Worten die anglikanische Kirche vor Augen hatte, erinnere ich mich nicht, jedenfalls passen sie wie angehoffen. Wer sich weiter belehren will, schlage nach bei

Byron, Goethe, Schopenhauer, Carlyle. Diese Kirche — von Anfang an ein rein politisch-soziales Gebilde — zusammengestellt aus verstecktem Katholizismus und unaufrichtigem Protestantismus — änderte stets wie ein Chamäleon mit jeder wechselnden Regierung die Farbe; und so erlebten wirs auch jetzt, wo die Kirche so viel zur Klärung und Hebung hätte beitragen können, daß anglikanische Bischöfe von der Kanzel herab über des Deutschen Kaisers Majestät in einer Weise zu sprechen sich erdreisteten, daß einem über diese „Nachfolger der Apostel“ — denn so nennen sie sich — die Schamröte ins Gesicht steigen muß. Und dann nehme man die Monatschrift der „Evangelischen Missionen“ zur Hand oder eine entsprechende katholische und sehe, in welcher Weise die Engländer die deutschen protestantischen und katholischen Missionen in Afrika behandelt haben: alles plündernd, zerstörend, die entsetzliche Arbeit vieler Jahre gänzlich vernichtend, die Männer und die Frauen den Schwarzen zu jeder Gewalttat preisgebend, sie wie Vieh empferchend und zu sicherem Tode an die ungesundesten Orte der Tropen entsendend! Den gleichen Kräften gegenüber haben sich die Japaner durchaus anständig benommen und sie, wie es sich gehört, einfach in ihrem jegensreichen Wirkungskreise, mit nur einigen Einschränkungen, weiter walten lassen. Auch einzelne Regier und Regierinnen zeigten Mitleid mit den armen Unschuldigen und kamen ihnen mit Brot, Wasser, Pflege zu Hilfe; kein englischer Beamter tat dergleichen. Das sind doch keine Christen! Die Regierungen, welche wilde Sepoys und Gurthas, Senegalneger, Wästenaraber gegen die zivilisierteste und humanste Armee der ganzen Weltgeschichte losläßt, Bauhausschlitzer, Berstümmler, Augenausstecher, haben jedes Anrecht verwirkt, für christliche Regierungen zu gelten. Demgegenüber erlebten wir im deutschen Heere ein Wiederauflammen des christlichen Bewußtseins, das große Hoffnungen weckt. Denn zu seiner besonderen Aufgabe, zu seiner „Bestimmung“ kann Deutschland unmöglich die überschwengliche Kraft gewinnen, wenn es sich nicht — und sei es auch in verschiedenen Abstufungen und Gleichnissen — zu Jesus Christus bekennt. Aus dem Unglauben, sagt Goethe — dem keiner in dieser Beziehung Beschränktheit oder Eifer vorwerfen wird —, entstehen „schwache, kleingesinnte, zurückschreitende, auf sich selbst beschränkte Menschen“; solche Menschen sind der Bestimmung Deutschlands nicht gewachsen. Ein anderes Wort desselben hohen Denkers lautet: „Die Menschen sind nur so lange produktiv, als sie noch religiös sind“; um im Laufe einiger Jahrhunderte eine neue, bessere Weltverfassung zustande zu bringen, wird Deutschland andauernd „produktiv“ sein und bleiben müssen; die Ära des unaufhaltbaren Schaffens bricht erst an. Es mag manchem wunderbar vorkommen, vielleicht ihn stutzig machen, daß ich hier Religion und Politik so unmittelbar aneinander gliedere; Religion bildet aber überall das innerste Rad; wer auf die höchste Religion verzichtet, verzichtet auf die höchste Kraft. Selbst Diderot, der Ungläubige, mußte als Philosoph und Menschenbeobachter bekennen: „Die christliche Religion ist allen Religionen der Welt überlegen“; und Luther spricht: „Ein Christe ist ja ein seliger Mensch und ein gewaltiger Herr“. Ohne eine große Besinnung kann ein großes Werk nicht vollbracht werden; diese Größe ist nicht Natur, sie ist Uebernatur, Gott schenkt sie durch Christus. Die deutschen Helden in den Schützengräben, hinter den Kanonen, auf den eisigen Nachtmärschen, den Winden in schwachen Luftschiffen trohend, in des Meeres schwarzen Tiefen dem Tode entgegenfahrend — sie alle haben's erfahren; jetzt muß die Erschütterung sich weiterpflanzen und die ganze Nation aufrütteln und aufrichten. Denn hieß es in jener angeführten Briefstelle: „Wir waren daran, unserem altbewährten Wesen untreu zu werden“, so gilt das nirgends mehr als von unserm Christentum. Ein ganzes Heer von Antichristen war im Anzug; uns tat dringend Not die Mahnung des Böttlichen: „Wenn das innere Licht in dir zur Finsternis wird, wie groß wird dann die Finsternis sein!“

Der Sieg des Lichtes über die Finsternis drinnen in der Seele des deutschen Volkes bildet den kräftigsten Stamm meiner aus hundert Wurzeln gespeisten Zuversicht.

Bayreuth, 25. Mai 1915.

12. Juni 1915

die unmittebarsten Notizen

Nr. 296 Abend-Ausgabe

Berlin.

Sonntag, 12. Juni 1915

Vossische

Begründet



1704.

Zeitung

Königlich privilegierte Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen.

Im Verlage von Ullstein & Co. Verantwortl. für die Redaktion (mit Ausnahme des Handelsteils): H. Bachmann in Berlin.

Hauptgeschäftsstelle: Berlin SW., Kochstraße 22/24.

Telephon-Zentrale Ullstein & Co. Moritzplatz 11 800, 11 801, 11 802, 11 803 bis 11 849. Zentrum 8689 u. 8690.

Impfe vor Warschau.

Albaner gegen die Serben ist nicht zu erwarten. Dazu sind die Albaner, denen man früher mit Unrecht große militärische Fähigkeiten zugeschrieben hat, bei weitem zu schwach. Der Sinn dieses Einmarsches der Serben kann nur der sein, daß sie nach den Niederlagen der Russen jede Hoffnung auf Gebietsgewinn an anderen Stellen aufgegeben haben und sich in Albanien für ihre Opfer schadlos halten oder sich dort wenigstens ein Faustpfand für spätere Zeit verschaffen wollen.

Beschießung der dalmatinischen Bahn.

Eigener Drahtbericht.

Wien, 11. Juni.

Die „Bosnische Post“ in Serajewo meldet: Am Sonntag morgen erschienen um 4 Uhr früh 15 Einheiten der italienischen Flotte vor Ragusa Vecchia und beschossen die Eisenbahnstrecke Uskoplje-Zelenika, die vor Ragusa eine große Schleife bildet. Ein Zug, der gerade talabwärts fuhr, als sich die Flotte der Küste näherte, wurde beschossen. Er erreichte aber unverfehrt den Bahnhof, wo er in Deckung das Ende der Beschießung abwartete. Die Italiener verschossen 100 Granaten, konnten aber nur an einigen Stellen geringfügige Schäden an der Bahnstrecke erzielen. Der Gesamtschaden beträgt höchstens 200 Kronen. Nach 30 Minuten stellten sie das Feuer ein, dampften gegen Ragusa und beschossen dort den Leuchtturm. Am 9. Uhr vormittags war die Bahnstrecke bei Ragusa Vecchia wieder hergestellt.

Ragusa Vecchia, etwa eine Stunde südöstlich an der Meeresbucht von Ragusa gelegen, ist eine unbedeutende Ortschaft, deren Bewohner im siebenten Jahrhundert, vor den einbrechenden Awaren flüchtend, die Ortschaft der Stadt Ragusa, dieser vielbewunderten Perle Dalmatiens, wurden. Die Eisenbahnstation Uskoplje liegt 16 Kilometer von dem Ragusaner Hafenplatz Gravosa entfernt. Dort schließt

Die amerikanische Note.

Der Wortlaut der amerikanischen Note, der nunmehr vorliegt, fügt dem heute im Morgenblatt mitgeteilten Gedankengang kaum noch eine neue Schattierung hinzu. Wilsons Note schafft keine neue Situation zwischen Deutschland und Amerika, aber ihr ehrlicher, wohlabgewogener Ton wird dazu beitragen, die gegebene Situation zu klären. Ueber den Endzweck den Präsident Wilson verfolgt — daß das Leben friedlicher Neutraler außer Gefahr bleiben soll — gibt es und kann es keine Meinungsverschiedenheit geben. Was wir zu diesem Zweck tun können und was Amerika dazu tun muß; darüber sind zwischen uns und Amerika Verhandlungen nötig, die mit Objektivität, mit allem Bemühen, den beiderseitigen Standpunkten gerecht zu werden, und in freundschaftlicher Gesinnung geführt werden müssen, um ihr Ziel zu erreichen. Man kann der amerikanischen Note die Anerkennung zollen, daß sie Verhandlungen in solchem Geist vorbereitet. Die Note lautet in Uebersetzung wie folgt:

Der Wortlaut der Note.

Die gestern von dem hiesigen Botschafter der Vereinigten Staaten von Amerika im Auswärtigen Amt überreichte Mitteilung vom 10. d. M. lautet in Uebersetzung:

Euerer Exzellenz Ersuchen entsprechend, habe ich nicht verfehlt, meiner Regierung unmittelbar nach Empfang Ihre in Beantwortung meiner Note vom 15. Mai an mich gerichtete Note vom 28. Mai zu übermitteln; desgleichen Ihre ergänzende Note vom 1. Juni, die die Schlusfolgerungen darlegt, zu denen die Kaiserlich Deutsche Regierung bisher in der Frage des Angriffs gegen die amerikanischen Dampfer „Cushing“ und „Cullight“ gelangt ist. Ich bin jetzt von meiner Regierung beauftragt worden, als Erwiderung Nachstehendes mitzuteilen:

Die Regierung der Ver. Staaten vermerkt mit Befriedigung, daß die Kaiserlich Deutsche Regierung bei Erörterung der Fälle „Cushing“ und „Cullight“ den Grundsatz voll anerkennt, wonach alle Teile der offenen See für neutrale Schiffe frei sind, und daß die Kaiserlich Deutsche Regierung aufrichtig gewillt ist, ihre Verbindlichkeit anzuerkennen und auszuführen, wenn die Tatsache eines Angriffs auf neutrale Schiffe, die sich keiner feindlichen Handlung schuldig gemacht haben, durch deutsche Flieger oder Kriegsschiffe genügend nachgewiesen ist; die Regierung der Ver. Staaten wird der Ksl. Deutschen Regierung, ihrem Ersuchen entsprechend, seinerzeit das vollständige Material über den Angriff auf den Dampfer „Cushing“ unterbreiten.

Was die Versenkung des Dampfers „Falaba“ betrifft, durch die ein amerikanischer Bürger sein Leben verloren hat, so ist die Regierung der Ver. Staaten erstaunt, von der Ksl. Deutschen Regierung die Auffassung vertreten zu sehen, daß das Bestreben eines Handelschiffes, sich der Kaperung zu entziehen und Hilfe herbeizurufen, etwas an der Verpflichtung des die Kaperung anstrebenden Offiziers in bezug auf die Sicherheit des Lebens der an Bord befindlichen Passagiere ändern soll, auch wenn das Schiff im Augenblick der Torpedierung seinen Fluchtversuch bereits aufgegeben hatte. Dies sind keine neuen Umstände. Staatsmänner und Kenner des internationalen Rechts hatten sie während der ganzen Entwicklung des Seekriegsrechts vor Augen, und die Regierung der Vereinigten Staaten ist nicht der Ansicht, daß diese Umstände jemals so aufgefaßt worden seien, als könnten sie etwas an den Grundsätzen der Menschlichkeit ändern, auf denen die amerikanische Regierung von je bestanden hat. Lediglich tatsächlicher gewaltsamer Widerstand oder fortgesetztes Bestreben eines Handelschiffes, zu entfliehen, nachdem der Befehl zum Anhalten zwecks Durchsuchung ergangen ist, hat nach der bisherigen Anschauung das Leben der Passagiere und Mannschaft verwirkt. Die Regierung der Ver. Staaten nimmt jedoch nicht an, daß die Ksl. Deutsche Regierung sich in diesem Falle ihrer Verpflichtung entziehen will, sondern nur die Umstände darzulegen wünscht, die den Kommandanten des Unterseeboots veranlassen, sich bei seinem Vorgehen ein so eiliges Verfahren zu erlauben.

Der Fall „Lusitania“.

Euerer Exzellenz Note weist bei der Erörterung der Verluste von amerikanischen Menschenleben anlässlich der Versenkung des Dampfers „Lusitania“ mit ziemlicher Ausführlichkeit auf gewisse Nachrichten hin, die der Kaiserlich Deutschen Regierung hinsichtlich des Charakters und der Ausrüstung dieses

13./VI. 1915

Bryans Geiz und Ehrgeiz

Sonntag, 13. Juni 1915

Zeitung

1704

und gelehrten Sachen.

Berlin monatlich 2 M. 70 Pf. bei täglich zweimaliger freier Zustellung.
M. 50 Pf. oder vierteljährlich 7 M. 50 Pf. ausschließlich Bestellgebühr —
Für die Morgenausgabe 50 Pf., für die Abendausgabe 70 Pf., für
(Stellengesuche 40 Pf.). — Anzeigenannahme: Kochstraße 22/24,
allen Ullstein-Filialen. Telephon Zentrale Ullstein u. Co.
BOL. 11802, 11803, 11804, 11805 bis 11849. Amt Zentrum 8689 u. 8690.

4. Verantwortlich für die Redaktion (mit Ausnahme des Handelsteils)
H. Bachmann in Berlin.

Wleszcyki erobert.

Bryans Geiz und Ehrgeiz.

Der Verfasser dieses Artikels, ein Deutsch-Amerikaner und vorzüglicher Kenner der Politik der Union, analysiert die Beweggründe des Aufsehens erregenden Rücktritts W. J. Bryans aus dem Charakter des bisherigen Staatssekretärs heraus. Bemerkenswert ist es, daß der Verfasser schon am 20. Februar d. J. in einem in der „Vossischen Zeitung“ unter dem Titel „Bryans sinkender Stern“ erschienenen Aufsatz erklärt hat, daß Bryan nur auf eine passende Gelegenheit warte, um dem Präsidenten Wilson die Freundschaft zu kündigen.

Im amerikanischen Blätterwalde rauscht es gewaltig. Der Rücktritt des Staatssekretärs William Jennings Bryan segt wie ein Sturmwind über das Land. Der Handschlag des früheren Freiliber- und jegigen Temperenz-Apostels ist eine Absage an Woodrow Wilson und der erste Schuß des nächstjährigen Wahlfeldzuges um die Präsidentschaft. Das bringt denen, die mit den politischen Verhältnissen der Vereinigten Staaten einigermaßen vertraut sind, keine Ueberraschung.

Nun der Text des Aufrufs Bryans (siehe 2. Seite) bekannt ist, läßt sich erkennen, daß die „Lusitania“-Angelegenheit und der mit diesem Ereignis zusammenhängende Austausch von diplomatischen Notizen kaum der wahre und einzige Grund ist, warum Herr Bryan gerade in dieser kritischen Zeit das Heft aus der Hand legte. Der abgegangene Staatssekretär ist kein Tor. Er kennt besser als jeder andere Politiker die Schwingungen der politischen Seele des amerikanischen Volkes. Und er hat schon seit längerer Zeit die Schrift an der Wand gelesen. Er kann sich aber nicht damit begnügen, bloß abzudanken und zum alten Eisen geworfen zu werden. In dieser Beziehung hat er vor seinem politischen Antipoden Theodore Roosevelt nichts voraus, und er gibt ihm auch nichts nach. Es liegt in dem Charakter der beiden Männer, stets die Aufmerksamkeit der Nation auf sich zu ziehen, damit sie ja nicht in Vergessenheit geraten.

Eine Wiederwahl des jegigen oder überhaupt eines demokratischen Präsidenten ist vollständig ausgeschlossen. Eine Niederlage Wilsons bei der nächsten Wahl würde Herrn Bryan für alle späteren Zeiten unmöglich machen. Er ist schlau genug, dies schon längst eingesehen zu haben. Sein Verzicht aus freien Stücken war und ist der einzige Ausweg, sich vor einer persönlichen Niederlage zu sichern, und die einzige Möglichkeit, in der Politik des Landes mitbestimmenden Einfluß zu behalten. Den Freund kann er doch nicht mehr retten, und das „sauve qui peut“ war stets einer seiner Grundsätze.

Wenn er sich in seinem Aufruf schon wieder auf seinem Lieblingspferde tummelt und dieses Lieblingssthema in „Eine Botschaft von Bethlehem“ umgibt, so wiederholt er nur, was ihm die diplomatische Welt anlässlich des vergangenen Weihnachtsfestes so sehr zum Vorwurf gemacht hat: er begeht eine neue Taktlosigkeit.

Es haben schon zu anderen Zeiten amerikanische Staatssekretäre ihre Entlassung gegeben, aber noch keiner war so taktlos, durch einen Aufruf an das Volk dem amtierenden Präsidenten Schwierigkeiten zu machen. Als Weihnachtsgabe verehrte Bryan den diplomatischen Vertretern in Washington je ein Büchlein seines eigenen Geistes. Mit Ausnahme der Vertreter von Deutschland, Oesterreich-Ungarn und — Belgien bekamen die Herren ein hübsch eingebundenes Büchlein mit dem schönen Titel: „Eine Botschaft von Bethlehem.“ Das Titelblatt ist mit der Abbildung einer Pflugschar verziert, und darunter steht das bekannte Wort Jesajas von dem Umschmieden der Schwertklingen in Pflugscharen. In dieser Schrift legt Bryan seine überschwenglichen Friedensansichten und seine Auffassung von der unheilvollen Bedeutung des Krieges dar, ebenso die Verdienste, die er, Bryan, oder die gegenwärtige Regierung sich durch Schiedsgerichtsverträge und durch die gegen — Mexiko besorgte Politik um die Menschheit im allgemeinen und die Sache des Friedens im besonderen erworben hat. Da Deutschland, Oesterreich-Ungarn und Belgien die ihnen von der amerikanischen Regierung vorgeschlagenen Schiedsgerichtsverträge nicht genehmigt hatten, so mußten sich die Vertreter dieser Mächte mit dem Abdruck einer Rede begnügen, die Herr Bryan im Jahre 1905 in der Universität von Nebraska über das schier unerschöpfliche Thema „Der Mensch“ gehalten hat. Mit

14. 11. 1918

Die große Preßverschöpfung.

Die Mobilmachung der Presse in England, Frankreich, Rußland und Amerika durch Lord Northcliffe.

Wer die englischen Preßäußerungen während des Krieges genauer verfolgt hat, entsinnt sich wohl noch des vernichtend scharfen „Offenen Briefes“, den Anfang Januar dieses Jahres die liberalen „Daily News“ veröffentlichten, um mit der gewissenlosen Heß- und Wühlarbeit der „Times“ und „Daily Mail“ abzurechnen. In diesem Brief wurde die Laufbahn des Lord Northcliffe dargestellt als ein gewissenloses Jagen nach äußerem Erfolg. Es wurde ihm nachgewiesen, daß er stets das Kriegsgeschrei, — nacheinander gegen die Buren, gegen Frankreich, gegen Rußland und gegen Deutschland ausgestoßen habe, einzig und allein zu dem Zweck, Reklame zu machen und Zeitungen zu verkaufen. Dieses moralische Todesurteil aus dem Munde eines Engländers gipfelte in den Sätzen:

„Das Vaterland schiert Sie nicht und Sie haben mit allen Parteien kokettiert. Ja, sogar Ihre Neigungen reißten Sie ebenso ohne jeden Grund aus Ihrem Herzen wie Ihren Haß. Als Sie dem Deutschen Kaiser mit kriechender Bewunderung umgaben, als Sie ihn „unseren Freund in der Not“ nannten und für ein Bündnis mit Deutschland eintraten, da geschah das nur, um Ihre Predigt zum Krieg gegen Frankreich wirksamer zu machen. Mit einem Wort: Sie waren durch zwanzig Jahre der journalistische Brandstifter in England, stets bereit, die Welt in Flammen zu setzen, um daraus ein Zeitungsplakat zu machen.“

Für deutsche Leser sei nur die Erinnerung daran aufgeführt, daß dieser demnächst fünfzigjährige englische Zeitungsbehrer der Sohn eines irländischen Advokaten ist, der bis zum Jahre 1904 ein schlicht bürgerlicher Herr Harmsworth war, während er sich seit seiner Bekleidung mit der Baronetwürde also nennt: Northcliffe, Baron of Isle of Thanet, Sir Alfred Charles William Harmsworth. Entsprechend seinen Titeln ist auch sein Millionenvermögen angewachsen . . .

Es wird nun gewiß stets als dankenswerter Beitrag zur Zeitgeschichte empfunden werden, wenn von zuverlässiger Seite neues Tatsachenmaterial herangeschafft wird, um jenen Teil der Vorgeschichte des Weltkrieges aufzuhellen, der sich nicht in den Kabinetten der Diplomaten, sondern in den Schreibtuben der großen Zeitungen abgespielt hat. In dieser Hinsicht scheint uns ein von Dr. S. M. Melamed in der New Yorker Wochenschrift „The International“ veröffentlichter Aufsatz von besonderer Bedeutung zu sein. Die Schriftleitung bemerkt über die Persönlichkeit des Verfassers, daß er fünf Jahre lang in London journalistisch tätig gewesen sei und die geistigen Laboratorien aufs genaueste kennengelernt habe, in denen das Zeitungsgift gegen Deutschland gebraut wurde. Seine Ausführungen bedürften lediglich nach der Seite eine Ergänzung, daß die von London aus nach Paris und Petersburg versandten Lügenzeugnisse auch nach New York ihren Weg gefunden und von der dort durch Lord Northcliffe beeinflussten Presse sich über das ganze Gebiet der Vereinigten Staaten ausgebreitet hätten.

Was Dr. Melamed über den systematischen deutschfeindlichen Federkrieg des Lord Northcliffe zu erzählen weiß, sei hier mit einigen durch den Raum gebotenen Kürzungen wiedergegeben.

In Londoner Zeitungstreifen läuft gegenwärtig der Anspruch des Lord Northcliffe um: „Ich beabsichtige in England zu erreichen, was Hearst in den Vereinigten Staaten erreicht hat.“ Wer mit den Verhältnissen im heutigen England vertraut ist, konnte seit geraumer Zeit bemerken, daß Lord Northcliffe am Werk war, systematisch und unablässig die öffentliche Meinung gegen Deutsch-

land zu beeinflussen und ihr den Rücken zu steifen, außerdem besteht kein Zweifel darüber, daß Lord Northcliffe, um einen russischen Pressefeldzug gegen Deutschland zu entfesseln, Beziehungen mit der russischen Presse angeknüpft hat, um auch von jener Seite auf den Krieg hinzutreiben . . .

Es gab eine Zeit, in der Lord Northcliffe noch nicht ein ausgesprochener Feind Deutschlands war, wenn er auch niemals zu dessen Freunden gerechnet werden durfte. Vor etwa acht Jahren kam er nach Berlin, um die ersten Schritte zu tun zur Herstellung einer Berliner Ausgabe der Londoner „Daily Mail“, deren Mitinhaber er bekanntlich ist. Man weiß, daß die „Daily Mail“ eine Ausgabe in Paris, und eine andere in Nizza besitzt, deren Zweck nicht politischer, sondern zunächst kommerzieller Art ist. Aus der Pariser „Daily Mail“ wird die „Harmsworthpresse“ gespeist, deren geistiges Haupt sie ist. Warum sollte Berlin nicht ebenso der „Harmsworthpresse“ nutzbar gemacht werden? Es leben doch immer 50 000 bis 60 000 Engländer und Amerikaner in Deutschland, die in ständiger Weise eine Tageszeitung in englischer Sprache zu halten, die sich ihren Interessen widmete. Lord Northcliffe rechnete darauf, bei den Berliner Zeitungen und der deutschen Regierung willkommen zu sein. Aber da er sich gerade in jener Zeit nicht einer besonderen Wertschätzung erfreute, und da die Pariser „Daily Mail“ ausgesprochen deutschfeindlich geleitet war, so hatte Berlin keine Veranlassung, den Plan des Lord Northcliffe mit irgend welchem Enthusiasmus zu begrüßen. Der Eigentümer der „Daily Mail“ und der „Times“ schüttelte den Staub Berlins von seinen Schuhen mit einer ausgesprochenen Empfindung des Grolls gegen Deutschland, seine Regierung und seine Presse. Der Plan, eine Berliner „Daily Mail“ zu begründen, war ins Wasser gefallen.

Bald darauf kam Lord Northcliffe nach St. Petersburg und knüpfte Beziehungen an mit dem schon ziemlich bejahrten Besitzer der „Nowoje Wremja“, Suworin. Wie mir ein früherer Privatsekretär von Lord Northcliffe mitteilte, hatte die erste Zusammenkunft zwischen Suworin und Lord Northcliffe die Folge, daß der Petersburger Vertreter der „Times“, der im Jahre 1904 durch Pleschwe ausgewiesen worden war, zurückkehren durfte; ferner wurde zwischen dem russischen und englischen Zeitungsbesitzer ein Abkommen getroffen, welches die beiden Blätter zu einer übereinstimmenden Haltung angeht, angesichts einer Reihe internationaler Fragen und zu einer gegenseitigen Zusammenarbeit verpflichtete. Seit dieser Zeit ist die „Times“ in der Tat ein Echo der „Nowoje Wremja“ in allen russischen Angelegenheiten, und die „Nowoje Wremja“ hat durchaus die Ansichten der „Times“ übernommen.

Nur einmal entstand eine ernsthafte Meinungsverschiedenheit zwischen den beiden Blättern, und die wurde durch den Beilispiz hervorgehoben. Die „Times“ konnte selbstverständlich die Politik der „Nowoje Wremja“ in diesem Fall nicht zu den ihrigen machen, und sogar ehe das Urteil gesprochen war, erfolgte seitens des englischen Blattes ein scharfer Angriff gegen die russische Regierung und ihre blutdürstige Politik. Die „Nowoje Wremja“ betrachtete dies als eine Herausforderung, und die Folge war, daß Suworins Organ sich gezwungen sah, der Haltung seines Verbündeten entgegenzutreten. Aber immerhin, es war dies nur ein Zwischenfall, — in allen anderen wichtigen Fragen arbeiteten die beiden Vertreter Hand in Hand. Lord Northcliffe führte den Vertreter der „Nowoje Wremja“ in die englischen aristokratischen Kreise ein, und einige Jahre hindurch war der Salon dieses Londoner Vertreters der Treffpunkt der Politiker, Diplomaten, der russischen Tänzerinnen usw., und nebenbei die Brutstätte aller deutschfeindlichen Machenschaften. Eine ähnliche Rolle spielte der Petersburger Vertreter der „Times“ in der russischen Hauptstadt.

Seitdem die „Times“ durch ein Sonderlabel mit dem Pariser „Matin“ verbunden sind und alle Auslandsnachrichten der „Times“ den Weg über den „Matin“ nehmen, steht die Tatsache fest, daß diese deutschfeindliche Preßverschöpfung, welche Lord Northcliffe nicht ohne Wissen von Sir Edward Grey einfüdeln konnte, auf Frankreich ausgedehnt wurde. Von allen großen Pariser Blättern unterhält einzig der „Matin“ einen Stab von fünf Mitarbeitern in London, die in engster Berührung stehen mit dem Herausgeber der „Times“.

Auf diese Weise wurde London dank der Bemühungen des Lord Northcliffe, das Hauptquartier des Pressefeldzuges gegen Deutschland. Aber er verstand es auch noch, andere Persönlichkeiten sich dienstbar zu machen. London war eine Zeitlang der Aufenthaltsort einer russischen Dame mit etwas un-

klarer Vergangenheit, Frau Nowikoff. Sie hatte einen Salon, der in gleicher Weise englische Lords wie auch russische Tägerinnen zu seinen Besuchern zählte. Einige Jahre hindurch spielte dieser Gast aus Rußland die Rolle eines journalistischen Gesandten in London.

Nun ist Rußland ein seltsames Land, und beim besten Willen konnten die „Times“ nicht immer Nachrichten unterdrücken, die ein ungünstiges Licht auf die russischen Zustände warfen. Auf Grund eines Abkommens zwischen Lord Northcliffe und Frau Nowikoff wurde diese „great russian lady“, wie sie in der „Times“ genannt wurde, verpflichtet, einen Brief an die „Times“ zu schreiben, wenn immer in Rußland etwas vorgekommen war, was einen unvorteilhaften Eindruck machen konnte. In dieser Zuschrift mußte alles, was da ruckbar wurde, in einer Form dargestellt werden, die geeignet war, die harte Wahrheit etwas zu mildern.

Vor nunmehr fünf Jahren war eine Gruppe von Journalisten unter der Führung von Lord Northcliffe und Suworin in Petersburg tätig. Dieser Gruppe gehörten an die Vertreter der „Morning Post“, des „Graphic“, der „Daily Mail“ und des „Daily Telegraph“. Liberale Zeitungen wie die „Daily News“, „Daily Chronicle“, „Westminster Gazette“ und „Manchester Guardian“ verpflichteten russische, in London wohnhafte Journalisten, ihnen Schilderungen russischer Zustände zu liefern. Unter ihnen Swow, den Schwiegersohn des alten Anarchisten Krapotkin, und seine Tochter Sacha Krapotkin. Zahlreiche russisch-polnische Verbannete waren in der englischen Presse in russischem Interesse tätig, vorwiegend in der Annahme, daß eine engere Verbindung zwischen England und Rußland die Sache des Fortschritts in ihrer Heimat in Fluß bringen werde. Wenn sie auch die russische Regierung selten verteidigten, so trugen sie doch lebhaft zur russischen Propaganda bei und wiederholten die alte Behauptung, daß Deutschland darauf ausgehe, Rußland ökonomisch zu erdroffeln. Seite an Seite mit einer Anzahl junger Franzosen verbreiteten sie die Ansicht, daß Deutschland allein verantwortlich sei für die Zustände in Rußland. Das Ergebnis dieses weitverbreiteten Pressefeldzuges war die Vertiefung des Deutschlandshasses in England.

Andererseits bestrebte sich die mächtige Harmsworth-Presse Paris zum Umschlagplatz zu machen für alle europäischen Nachrichten. Tatsächlich wird die englische Presse von Paris aus bezüglich aller Ereignisse auf dem Festlande unterrichtet. Die Berliner Vertreter der englischen Zeitungen, im besonderen der „Times“ und der „Daily Mail“, beschränkten ihre Tätigkeit hauptsächlich auf Artikel, in denen Deutschland schlechtgemacht wurde. Jahrelang hat die „Times“ nicht einen einzigen Beitrag aus Berlin veröffentlicht, der sich etwa mit der deutschen kulturellen Entwicklung beschäftigt hätte. Aber jeder Mißgriff eines deutschen Unterbeamten, jede geringfügige Übertretung eines deutschen Offiziers, jeder Irrtum eines deutschen Staatsmannes wurde in langen Ausführungen ausgebauscht. Der Inselengländer wurde dahin gebracht, in Deutschland die Heimat der Reaktion und eines verderbten Bürokratismus zu erblicken, während andererseits die russischen Zustände beschönigt und selbst die größten Skandale in der russischen Gesellschaft oder in der Verwaltung als unbedeutende Zwischenfälle hingestellt wurden.

Nach dem Tod Suworins schloß ein Vertreter von Lord Northcliffe ein neues Abkommen zwischen der Harmsworth- und der Suworin-Presse. Der Vertreter des englischen Zeitungskönigs kam nach London zurück mit einem beträchtlichen Besitzanteil an der „Nowoje Wremja“. Seitdem ist Lord Northcliffe unbestritten der Diktator für die politische Richtung der „Nowoje Wremja“.

Nach wichtiger ist der in Paris eingerichtete Zeitungsdienst. Obwohl Berlin als Sammel- und Durchgangspunkt für das Nachrichtenwesen sich seiner Lage nach besser eignet als Paris, ist letzteres neuerdings künstlich dazu gemacht worden. Die englischen Zeitungseute in Berlin und Wien erhielten Anweisung, ihre Nachrichten nach London über Paris anstatt über Brüssel zu schicken. Dort fand die wünschenswerte Durchsiebung und Zurechtstufung statt, so daß London alle europäischen Ereignisse nur in der Pariser Beleuchtung kennen lernt und umgekehrt erhält die Pariser Presse ihre Kommentare zu den Vorgängen in Berlin und Wien aus London geliefert.

Jeder Vertreter des „Neuerischen Büros“ hatte von England aus seine Anweisung, alle Nachrichten in einer bestimmten Weise zu färben, und mehrere ältere Journalisten, denen die Berufsehre höher galt als diese Vorschrift, wurden entlassen. Da die großen

17. 7. 1915

Das italienische Grünbuch gegen Salandra?

Zeitung

en-Ausgabe

Geschäftsstunden Redaktion von 9 Uhr vormittags bis 9 Uhr abends, Anzeigenteil und Expedition 8-12 Uhr vorm. und 3-7 Uhr nachm., Druckerei 8-1 Uhr und 3-6 1/2 Uhr.

Bezugspreis in Köln 7 A. in Deutschland 8 A. vierteljährlich, Anzeigen 50 A die Zeile oder deren Raum, Reklamen 2.50 A. Für die Aufnahme von Anzeigen an bestimmten vorgeschriebenen Tagen oder für bestimmt bezeichneten Ausgaben wird keine Verantwortlichkeit übernommen. Haupt-Expedition: Breits Straße 64. - Postcheck-Konto 256.

Haupt-Agenturen: Kreis J.P. Houben, Lennep Ad. Mann, Mainz Mainz Verlagsanstalt, Mannheim D. Frenz, Mülheim (Rh.) H. Kleiser, Mülheim (Ruhr) H. Baedekers, Buchh. M. Gladbach B. Schellmann, Neuß H. Garenfeld, Neuwied W. Bierbrauer, Remscheid C. A. Kochenrath, Rheydt O. Berger, Ruhrort Andreae & Co. Saarbrücken 3 C. Schäler, Sulzbachstr. 15 Siegburg W. Brinck, Markt 16 Solingen Ed. Elven, Wiesbaden H. Gieß. - Sonst. Vertret. in Deutschland: in allen größ. Städten: Haasenstein & Vogler, Rud. Mosse, Daube & Co. G. m. b. H., Invalidendank, Breme Herm. Wälder, Wilh. Schellen.

n. — Die Urkunden des Verrats.

der Armee Madensen hat die Front nach Osten und ist in die Gegend westlich von Jaworow gelangt, wo er Berührung mit den Truppen des Generals v. Boehm-Ermolli hat, die an der Bahn und Straße Przemysl-Lemberg die Stadt Sadowa-Wisznia und südöstlich davon Rudnik erstürmt haben. Und die Verfolgung geht weiter. Am Dniestr zwischen den großen, den Fluß begleitenden Sümpfen und Zurawno sind sehr starke russische Kräfte aufgetreten, die imstande waren, eine schwache Abteilung verbündeter Truppen, die den Fluß überschritten hatte, wieder über ihn zurückzudrängen. Seitdem wird im Vorfeld der russischen Brückenköpfe gekämpft, die Gesamtlage ist durch diesen örtlichen Teilerfolg nicht geändert; vor allem rückt der linke Flügel der Armee des Generals v. Pflanzer-Baltin siegreich vor. In dem halben Monat Juni sind in Galizien wieder ungeheure Mengen von Gefangenen, Geschützen und Maschinengewehren in unsere Hände gefallen. Die verbündeten Armeen haben alle ihren rechtlichen Anteil an diesem Gewinn wie an den Siegen, durch die er gemacht wurde. Rechnet man nur mit 40 000 blätigen Verlusten, so haben die Russen seit dem 1. Mai, ohne die Zahlen für die Operationen nördlich der obern Weichsel, rund 580 000 Mann eingebüßt.

Das italienische Grünbuch gegen Salandra.

Wir versprachen nach Salandras Rede in Nr. 561 der Kölnischen Zeitung eine gründliche Prüfung der uns damals noch nicht vollständig im italienischen Wortlaut vorliegenden Aktenstücke des Kabinetts Salandra-Sonnino über die Vorgeschichte seiner Kriegserklärung an Österreich-Ungarn. Das Ergebnis dieser Prüfung legen wir hier in möglichster Kürze vor. Wir können ihm nur die obige Überschrift geben, denn der am 2. Juni vom italienischen Ministerpräsidenten unternommene Versuch, sich und seine Mitarbeiter gegen die von Wien und Berlin ergangene Anklage des Verrats und Treubruchs zu verteidigen, wird durch den Inhalt des am 20. Mai dem italienischen Parlament vorgelegten Grünbuchs selbst zunichte gemacht. Das von Herrn Sonnino zusammengestellte Grünbuch schlägt die italienische Regierung mit ihren eigenen Waffen.

Tun wir zunächst die Behauptung Salandras ab, daß die italienische Politik durch den Personenwechsel in der Consulta keine Veränderung erfahren habe. Salandra beruft sich auf die Erklärungen, die er selber und der Marchese Di San Giuliano schon am 25. Juli dem deutschen Botschafter v. Flotow gegeben hätten. Die von ihm angeführten Worte berühren aber nur den casus foederis und die Kriegshilfe und gipfeln in der Erklärung, daß Italien gemäß dem Verteidigungscharakter des Dreibunds nicht zur Hilfe verpflichtet sei, wenn Österreich durch sein Vorgehen gegen Serbien in einen Krieg mit Rußland verwickelt werde. Weiter führt er auszüglich an, was Italien am 27. und 28. Juli den beiden verbündeten Regierungen erklärt habe, nämlich daß der „Dreibund unwiderruflich zerrissen würde,“ wenn Italien nicht angemessene Entschädigungen im österreichischen Grenzgebiet erhielte. Damit ist nur bewiesen, daß der damalige Minister des Auswärtigen erstens die Neutralität Italiens in dem bevorstehenden Kriege bewahren und zweitens von Österreich zum Ausgleich seines möglichen Machtzuwachses am Balkan Gebietsabtretungen in den unerlösten Provinzen italienischer Zunge verlangen wollte. Aber mit diesen dürftigen Ausführungen beweist Salandra nicht, daß schon der Marchese Di San Giuliano dieselben weitgehenden Ansprüche an das verbündete Österreich zu stellen gewonnen war wie sein Nachfolger Sonnino, und noch weniger, daß er gleich diesem bereit war, sich mit den Feinden des Dreibunds zu verbinden und dem verbündeten Österreich in den Rücken zu fallen. Überdies wissen wir aus der österreichischen Veröffentlichung, daß noch am 2. August der Marchese von dem k. und k. Botschafter v. Merez in Rom eine Beruhigung über die Auslegung des Artikels VII erbat, um durch Italiens diplomatische Haltung „die militärische Tätigkeit unserer Verbündeten unterstützen zu können,“ und daß er beifügte, Italien hoffe, „daß sich auch ohne Teilnahme am Krieg die Gelegenheit ergeben wird, um unsern Verbündeten den Beweis unserer aufrichtig freundschaftlichen Gefühle zu bieten.“ Das lautet gewiß nicht feindselig gegen den verbündeten Nachbarstaat. Wenn aber urkundliche Zeugnisse für eine andere Politik San Giulianos vorhanden wären, so könnten oder mußten sie in dem Grünbuch abgedruckt werden. Dieses enthält dagegen nicht eine Zeile aus der

Amtszeit San Giulianos und betrachtet die ganzen vier ersten Kriegsmonate als nicht vorhanden; seine Urkunden beginnen erst mit dem 9. Dezember, nachdem Sonnino schon einen Monat lang auf der Consulta saß. Warum? Das bleibt immer noch ein dunkler Punkt.

Erst nachdem der Krieg schon vier Monatslang gedauert und österreichische Truppen an verschiedenen Stellen Serbiens gekämpft hatten, ertünert sich — dem Grünbuch zufolge — der Minister des Auswärtigen Sonnino, daß der Dreibundsvertrag einen Artikel VII enthält, auf Grund dessen Italien von Österreich Entschädigungen fordern kann, wenn letzteres Gebiete am Balkan besetzt. Dieser Artikel VII, auf den sich Italien von da an immer beruft und den es anders auslegt wie das Wiener Kabinett, wird im italienischen Grünbuch seinem Wortlaut nach nicht mitgeteilt. Wir entnehmen ihm dem österreichisch-ungarischen Weißbuch; er lautet:

„Österreich-Ungarn und Italien, die nur die möglichste Aufrechterhaltung des territorialen Statusquo im Orient im Auge haben, verpflichten sich, ihren Einfluß geltend zu machen, damit jede territoriale Veränderung, die der einen oder der andern der den gegenwärtigen Vertrag unterzeichnenden Mächte nachteilig wäre, hintangehalten werde. Sie werden einander zu diesem Behufe alle Aufschlüsse geben, die geeignet sind, sie gegenseitig über ihre eigenen Absichten sowie über die anderer Mächte aufzuklären. Sollte jedoch der Fall eintreten, daß im Laufe der Ereignisse die Aufrechterhaltung des Statusquo im Gebiete des Balkans oder der ottomanischen Küsten und Inseln im Adriatischen oder Ägäischen Meere unmöglich würde und daß, entweder infolge des Vorgehens eines dritten Mächte oder sonstwie, Österreich-Ungarn oder Italien genötigt wären, den Statusquo durch eine zeitweilige oder dauernde Besetzung ihrerseits zu verändern, so würde diese Besetzung nur stattfinden nach einer vorangegangenen Übereinkunft zwischen den beiden Mächten, welche auf dem Prinzip einer gegenseitigen Kompensation für alle territorialen oder anderweitigen Vorteile, die eine jede von ihnen über den gegenwärtigen Statusquo hinaus erlangen würde, zu beruhen und die Interessen und berechtigten Ansprüche der beiden Teile zu befriedigen hätte.“

Weder diesen Artikel VII noch den Artikel IV des Dreibundsvertrags teilt die italienische Regierung ihrem Volk mit, obgleich sie seit August 1914 durch die Tagespresse wiederholt aufgefordert worden war, zur öffentlichen Rechtfertigung ihrer Neutralität den Wortlaut des Vertrags bekanntzugeben, und obgleich sie sonst weitgehende Rücksicht auf die öffentliche Meinung nimmt, wie wir noch öfter sehen werden. Warum das Ministerium Salandra, selbst im Grünbuch, den Artikel IV weder abgedruckt noch auch nur erwähnt hat, erhebt ohne weiteres aus seinem Inhalt; er lautet:

„Falls eine Großmacht, die den gegenwärtigen Vertrag nicht unterzeichnet hat, die staatliche Sicherheit eines der hohen Vertragschließenden bedrohen würde, und der Bedrohte dadurch gezwungen wäre, ihr den Krieg zu erklären, so verpflichten sich die beiden andern, ihrem Verbündeten gegenüber eine wohlwollende Neutralität zu beobachten. Ein jeder behält sich in diesem Falle vor, an dem Krieg teilzunehmen, wenn er es für angezeigt erachtet, um mit seinem Verbündeten eine gemeinsame Sache zu machen.“

Diesen Artikel des Vertrags sah die italienische Regierung als nicht mehr vorhanden an, während sie sich zugleich immer wieder auf den Artikel VII berief, um von dem schwerbedrängten Verbündeten Entschädigungen zu erpressen, noch bevor dieser aus dem Kriege irgendeinen Machtzuwachs erlangt hatte. Dieses italienische Anspruchs wurde zunächst in allgemeiner Form von Sonnino vorgebracht, nachdem die Österreicher am 3. Dezember Belgrad besetzt hatten, aber auch nach der am 15. erfolgten Räumung wurde er mit steigendem Nachdruck aufrechterhalten.

In seinem Schreiben an den italienischen Botschafter in Wien vom 9. Dezember 1914 sagt Herr Sonnino: „Das gegenwärtige militärische Vordringen Österreich-Ungarns in Serbien kann nicht umhin, den Gegenstand einer Prüfung von Seiten der italienischen und österreichisch-ungarischen Regierung zu bilden auf Grund des im Artikel VII des Dreibundsvertrags enthaltenen Festsetzungen.“ Begründet wurde dieses Verlangen auch durch den Hinweis auf die „Beunruhigung im Parlament und in der öffentlichen Meinung Italiens, die deutlich die Richtung der nationalen Bestrebungen kundgeben.“ An demselben Tage bekannte Sonnino in einem andern Aktenstück, daß auch eine Strömung zugunsten der Neutralität bestehe, mit dem Bemerkens jedoch, daß damit kein Verzicht auf jene nationalen Bestrebungen und auf die italienischen Interessen im Adriatischen Meer und am Balkan geschehe. Dagegen hat die Regierung Augen und Ohren vollständig und absichtlich verschlossen gegen den Teil der öffentlichen Meinung, der die nationalen Bestrebungen, d. h. die Einverleibung italienischer Stammesgenossen, auf Kosten der Dreiverbandsmächte Frankreich und England (Savoyen, Nizza, Korsika, Tunis, Malta) befürwortete, und hörte nur das durch französische Geld genährte

Nach Souchez? Jenem Dorf unterhalb der Loretto-Höhe, in dem Paffattel zwischen dieser und den Vimy-Höhen? Einem der am heißesten umkämpften Punkte des großen Ringens auf der Linie Arras-Bille? Wir waren aufs freudigste überrascht. Doch der Hauptmann fährt fort: „Ich kann es natürlich nur versuchen, meine Herren, versprechen kann ich es nicht. Wir können erst weiter vorn sehen, wie die Dinge stehen. Im allgemeinen geht es, nachts und in den frühen Morgenstunden dorthin zu kommen. Ich selbst und Leutnant v. D., der uns noch begleiten wird, machen es im Auftrag des Kommandos alle paar Tage. Wissen kann man es aber nie, und ich muß die Herren bitten, mir zu vertrauen, wenn ich sehe, daß es nicht angeht.“ — Das verstand sich natürlich von selbst. Inzwischen kündete der Schein einer kleinen Taschenlampe auch das Nahen unseres zweiten Begleiters an. Gegen 2 Uhr nahmen wir alle in unserm Auto Platz, und weiter ging die nächtliche Fahrt. „Eine Weile können wir noch mit Licht fahren; später müssen wir es abblenden.“

Es wurde nun immer deutlicher, daß, je weiter wir kamen, doch ein sehr reges Leben auf der Landstraße und in den Ortspfaffen sich entwickelte, die wir passierten. Ein leises, spukhaftes Nacht-

20. Juni 1915

Der Dreibundsvertrag

100ter Jahrgang.

Sonntag, 20. Juni 1915.

Der Dreibundsvertrag

Wochenblatt.

(Neue Frankfurter Zeitung.)

Verlag von Carl Siegel.

Für Auswärts: Amt Fernzimmer 40, 41, 42, 43.

Preis der Anzeigen

Colonelzelle 30 S. Abendbl. 75 S.
Reklamen 42 S. Abendbl. 42 S.
Familienanzeigen 41 S. Platz- u.
Daten-Vorschriften ohne Verbind-
lichkeit. — Anzeigen nehmen an:
Unsere Expeditionen in Frankfurt
a. M.: Gr. Eschenheimerstr. 33/37,
Malaz: Schillorpl. 3, Berlin: Mauer-
str. 16/18, Dresden-A: Waisen-
hausstr. 25, München: Perersstr. 5,
Offenbach: Biebererstr. 34, Stutt-
gart: Poststraße 7, Zürich: Nord-
straße 62. Uns. übrig: Agentur
u. d. Annonc.-Exped. Ferner in
New York: 20 Broad Street.
Verlag u. Druck der Frankfurter
Societäts-Druckerei
Gesellschaft m. beschr. Haftung.

Genommen!

Kraft findet, ist eine Sorge, die wohl jedem am Herzen liegt, dem eine freierliche Ausgestaltung Europas wünschbar scheint, die aber nicht einen Augenblick Deutschlands militärische und politische Entschlüsse beeinflussen darf. Deutschland braucht nicht wie die Entente um die Hilfe neuer Verbündeter zu betteln, es braucht ebensowenig auf Dinge zu spekulieren, deren Gestaltung nicht von unserem Willen abhängt. Zu einem Frieden mit Rußland werden wir auf jeden Fall nur dann kommen, wenn sowohl die Kreise, die jetzt die zarische Herrschaft führen als jene, die einen Aufbruch anzuzetteln im Begriffe scheinen, einsehen müssen, daß Deutschlands unerschütterliche Macht sich je dem Anspruch auf Weltherrschaft entgegensetzt.

Die Schlacht um Lemberg.

(Privattelegramm der „Frankfurter Zeitung“.)

L. v. B. Wien, 19. Juni. (Str. Frkt.) Die dritte Schlacht um Lemberg hat begonnen und nimmt für uns einen günstigen Verlauf. Die Entfernung von Grodel bis Lemberg beträgt 20 Kilometer, ebenso weit ist es von Janow dahin. Fliegermeldungen besagen, daß westlich von Lemberg eine sehr starke gegen Westen besetzte Front läuft. Demnach und nach Aussage russischer Gefangener, die behaupten, von einem Befehl des Großfürsten Nikolaj Kenntnis zu haben, der angeordnet haben soll: „Lemberg muß gehalten werden, koste es auch Millionen von Menschenleben“, dürften wir auf äußerst erbitterte Kämpfe gefaßt sein. Nun ist Grodel ganz in unserem Besitz, und Komarno auch bereits gesichert. Komarno liegt an der Wereszjka 18 Kilometer südlich von Grodel. Das Festhalten der Wereszjka ohne katastrophale Folgen bei einem eventuellen Vorstoß von unserer Seite in die linke Flanke der Russen ist kaum mehr möglich. Haben wir Janow mit der ihm vorliegenden mehr als 10 Kilometer breiten Waldzone erreicht, so sind die an der Wereszjka liegenden Stellungen von Norden her bereits umgangen. Die verbündeten Truppen erkämpften in ihrem heftigen Ansturm gegen die an und nördlich der Wereszjka besetzten zusammenhängenden russischen Verteidigungsstellungen eine Position nach der anderen.

Im Norden ist der Raum südlich des Lanew vollständig vom Feinde gesäubert. Ulanow an der Mündung des Lanew in den San wurde nach erbitterten Kämpfen genommen.

Südlich des oberen Dnjestr schreiten die Angriffe der verbündeten Truppen erfolgreich fort.

Hefige Vorstöße der Russen gegen die Ostgruppe der Armee Pflanzers-Baltin wurden neuerdings unter schwersten Verlusten für den Gegner siegreich abgewiesen.

Der italienische Kriegsschauplatz.

An der Kärntnergrenze wie auch an der Tsongofront fanden nur stellenweise Geschüßkämpfe und einzelne Plänkelleien statt. Die großen Verluste, welche die Italiener hier bei ihren erfolglosen Vorstößen gegen unsere starken Stellungen erlitten, haben bei ihnen das Bedürfnis nach Ruhe hervorgerufen. Auch scheinen sie neue Nachschübe abzuwarten. Gegen die Gebirgsanhänge des Fassatales versuchten die Italiener in mehreren Abteilungen vergeblich vorzugehen, wurden aber überall energisch abgewiesen. Im Osten des Trentino hat der Feind seine erfolglosen Angriffe auf die Hochebene von Folgaria gänzlich eingestellt. Die Bevölkerung der wenigen von den Italienern besetzten Grenzgebiete und besetzten Ortschaften wird durch Aushebung von Geiseln und Gewaltmaßregeln in der brutalsten Weise mißhandelt.

Der Dreibundsvertrag.

Von Professor Dr. jur. Hermann Rehm (Straßburg).

Nun ist der Schleier von diesem unsere Kontinentalpolitik durch mehr als drei Jahrzehnte bestimmenden Vertrage weggezogen und siehe da: in nicht unwesentlichen Dingen lautet er anders, als die Öffentlichkeit und auch die mit dieser Fragen sich berufsmäßig Beschäftigenden geglaubt haben.

Er ist anders zunächst in der Form. Bislang herrschte die Meinung, das Abkommen bestehe nicht aus einer Urkunde, sondern aus einem Vertragssystem, aus drei selbständigen und inhaltlich verschiedenen Abkommen. Das eine verbinde Deutschland und Oesterreich-Ungarn und verpflichte — wenn wir der Vereinfachung halber nur von den deutschen Verpflichtungen reden — das Reich zu voller Kriegshilfe gegen die Nachbarmonarchie, einmal, wenn diese von Rußland allein angegriffen wird, und zweitens, falls eine andere Macht Oesterreich-Ungarn angreift, hier aber erst von dem Augenblicke an, wo Rußland diese andere Macht unterstützt; solange dies nicht der Fall ist, hat Deutschland nur wohlwollende Neutralität zu beobachten. Als zweiter Vertrag war dann einer zwischen Deutschland und Italien gedacht; er verpflichtete, indem wir lediglich von den Vertragspflichten Italiens sprechen, diesen Staat zum vollen Kriegsbündnis, wenn Deutschland und Oesterreich-Ungarn oder auch nur Deutschland allein von Rußland und Frankreich zusammen herausgefordert werden. Als dritte Vereinbarung wurde eine zwischen der Donaumonarchie und dem transalpinischen Königreich angesehen; ihr zufolge sprach Italien von wohlwollender Neutralität bei einem Angriffe von Rußland auf die Donaugroßmacht.

Diese Meinung vom Vorhandensein eines Systems von Verträgen war durch die Tatsache entstanden, daß der Bündnisvertrag, der im Wortlaute kund gemacht wurde, nur ein Vertrag zwischen Deutschland und Oesterreich-Ungarn war. Er wurde unter dem 3. Februar 1888 gleichzeitig in Berlin, Wien und Pest durch die Presse veröffentlicht und dabei als am 7. Oktober 1879 geschlossen bezeichnet. Bekannt war, daß das Bundesverhältnis sich bereits vorher auf Italien erstreckt hatte. Deshalb, schloß man, muß dies durch besondere Abmachungen geschehen sein und aus den Mitteilungen der italienischen Staatsmänner vor ihrer Volksvertretung war zu folgern, daß die Verpflichtungen Italiens gegenüber Oesterreich-Ungarn anders lauten, weniger weit als gegenüber dem Deutschen Reiche gehen. Dies stimmte überein mit der Tatsache, daß zwischen dem Donau-Kaiserreiche und dem italienischen Staatswesen die Interessen-Übereinstimmung schwächer war als zwischen den beiden Zentralmächten, ja im Gegenteil, der starke Interessengegensatz zwischen ihnen in dem Umstande offenkundig zu Tage trat, daß, während die Grenzen zwischen Deutschland und Oesterreich-Ungarn unbefestigt sind, Italien und der Kaiserstaat ihre vorhandenen Grenzbesetzungen nicht nur gegenseitig erhielten, sondern von Jahr zu Jahr verstärkten. Um so überraschender wirkte, jetzt zu hören, daß die drei Mächte durch ein und denselben Vertrag, also durch das gleiche Maß von Rechten und Pflichten verbunden waren, und der Name Dreibund nicht nur politisch, wie man meinte, sondern auch juristisch zuträfe. Der Dreibund war eine vertragliche Einheit.

Vom Standpunkte der Interessenverschiedenheit aus gesehen lag näher, daß das Dreibündnis juristisch aus zwei Zweibünden und einem Neutralitätsvertrag zwischen Italien und der Doppelmonarchie bestand. Und wir dürfen annehmen, daß dies die Rechtslage eine Zeitlang auch in der Tat war. Erstens würde sonst das am 3. Februar 1888 veröffentlichte Abkommen zur Zeit dieser seiner Bekanntgabe nicht mehr der geltende Text gewesen sein. Und dann wissen wir, daß es eines längeren Zeitraumes von vier bis fünf Jahren bedurfte, bis der Anschluß des überalpinischen Königreiches an die Zentralstaaten feste und feierliche Formen empfing. Sonst wäre nicht denkbar gewesen, daß das Geburtsjahr und der Geburtsort des Dreibundes in der Publizistik nie feststand. Bald wurde dafür das Jahr 1882 (20. Februar oder 20. Mai), bald das Jahr 1883 angegeben. Noch in jüngster Zeit trat dieser Unterschied zutage. Fürst

Zur Haltung Rumäniens

Abendblatt

66. Jahrgang

Expedition: Gfingergasse 1

626 Telefon 626

Inserate: Saassenstein & Vogler

Postkonto III/277

aten des Postvereins: halbjährlich Fr. 24.50, vierteljährlich Fr. 12.25, Streifenband-Zusendung. Man abonniert direkt bei der Expedition nach Postanweisung. — Inserationspreis für die Schweiz 25 Cts. die Zeile; für das Ausland 30 Cts. Preis des Heftes Fr. 1 die Petitzelle. — ein und deren Filialen im In- und Auslande

Zur Haltung Rumäniens

(Von unserem Spezialkorrespondenten)

I.

Bukarest, Ende Juni.

Vor Monatsfrist, zur Zeit der Kriegserklärung Italiens an Oesterreich-Ungarn, galt das Eingreifen Rumäniens in den Kampf an Seite der Entente innerhalb wie außerhalb des Landes als nahe bevorstehend. Die Stimmung in der rumänischen Presse und in weiten Kreisen der Bevölkerung war den Russen außerordentlich freundlich, und es wäre gewagt gewesen, an einem öffentlichen Ort etwas Ungünstiges über Russland verlauten zu lassen. Neben der unstreitig vorhandenen Sympathie für das durch die gleiche Religion mit den Rumänen verbundene Volk der Russen dürfte auch ein mit etwas Besorgnis vermischter Respekt vor dem großen Nachbarn mitgesprochen haben, dem die wichtigen Häfen Galatz an der Donau und Constantza am Schwarzen Meer exponierte und sehr empfindliche Angriffspunkte darbieten. Für den Respekt spricht auch der Umstand, daß, seit dem Fall von Przemyśl und im Einklang mit dem Vorrücken der verblindeten Truppen in Galizien, die Stimmung im Lande sich allmählich von den Russen etwas abwandte, ohne sich immerhin den Zentralmächten zuzuwenden. Daß die Bereitwilligkeit, in den Krieg zu ziehen, auch zur Zeit der russischen Erfolge in Galizien nicht besonders groß gewesen sein wird, geht daraus hervor, daß zugleich mit dem Stimmungsumschwung eine stichtliche Beruhigung der Bevölkerung und besonders der Handelskreise eingetreten ist.

Obwohl heute ein baldiges Eingreifen Rumäniens in den Krieg hier im Lande kaum noch angenommen wird, ist die Beruhigung doch weit davon entfernt, eine vollkommene zu sein. Das Land wird unausgesetzt in Spannung gehalten, weil der ~~liberale Ministerpräsident~~ J. C. Bratianu sich über die Ziele und Absichten der Regierung in undurchdringliches Schweigen hüllt. Dadurch wird allen nur denkbaren Vermutungen die Tür geöffnet, daraus erklären sich die widersprechenden Nachrichten, die die ausländische Presse über die vermutliche Haltung Rumäniens verbreitet, sowie die widersprechende Haltung der rumänischen Presse selbst, aus der sich alles Mögliche herauslesen läßt.

Das Einzige, was man im Grunde über die gegenwärtige oder zukünftige Haltung Rumäniens im europäischen Konflikt weiß, ist also, daß man gar nichts weiß. Sie ruht in den Händen von ganz wenigen Männern, und wahrscheinlich weiß außer dem König und dem Ministerpräsidenten höchstens noch Rumäniens bedeutendster Staatsmann, der deutschfreundliche B. Carp, wo die Sache hinaus will. Doch bringen in dieses Dunkel manche Beobachtungen ein Licht, das wenigstens eine Strecke des Weges aufzuhellen vermag, den das Land bisher gegangen ist, und den es weiter gehen wird.

Daß Rumänien sich nicht an Italien gebunden und zum Losschlagen gleichzeitig mit ihm vertragsmäßig verpflichtet hatte, dürfte gegenwärtig feststehen. In Rumänien betrachtet man die Verbreitung der Angaben über eine Verständigung zwischen beiden Ländern als ein politisches Manöver Italiens, das diesem erlaubt, einen stärkern Druck bei seinen Unterhandlungen auszuüben. Seit der Kriegserklärung Italiens hat sich das Verhältnis zwischen diesem Lande und Rumänien in bezeichnender Weise abgeklärt. Häßen wie drüben ist man mit der Haltung des andern Teils nicht zufrieden. Rumänien beansprucht als sein Recht, eine seinen eigenen Interessen dienende Politik zu treiben, ohne sich in ausgesprochener Weise der einen oder der andern Kämpfergruppe anzuschließen.

Die Stellung, die Rumänien zwischen den Parteien des großen Kampfes, mit jeder von ihnen durch wirtschaftliche Beziehungen eng verknüpft, einnimmt (wobei die Beziehungen zu den Zentralmächten jedoch weit überwiegen), macht seine Lage gegenwärtig zu einer schwierigen. Dem schweizerischen Beobachter sind die Schwierigkeiten allerdings nicht ohne weiteres einleuchtend. Das Land ist nicht bedrängt, im Gegenteil umworben, und Europa wird, wie auch der Krieg ausfällt, um keinen einzigen Quadratmeter Boden größer, Rumänien muß aber mit anderm Maßstab gemessen werden. Die Verhältnisse sind dort noch nicht durchaus konsolidiert, und man ist genötigt, die als Er-

ne
u-
n-
n-
cht
or-
in
sal
ind
or-
ng-
ut-
den
Bl-
on
n-
i-
n-
is
ig
n
de
is
re
rt
e-
g
n
ie
rt
is
e
if
e
n
z
t.
i
n
e
it
is
n,
sh
it
n
r
n
g
n
t
n
t.

Rumänien und der Krieg

100. Jahrgang.

Mittwoch, 23. Juni 1915.

Frankfurter Zeitung

Handelsblatt.

Leopold Sonnemann.

(Neue Frankfurter Zeitung.)

Für Auswärts: Amt Fürzimmern 40, 41, 42, 43.

Preis der Anzeigen:

Colonelzelle 50 J. Abendbl. 75 J.
Reklamen 42 - Abendbl. 42.50.
Familienanzeigen 41. - Platz- u.
Daten-Vorschriften ohne Verbind-
lichkeit. - Anzeigen nehmen an:
Unsere Expeditionen in Frankfurt
a. M.: Gr. Eschenheimerstr. 33/37.
Münch.: Schillerpl. 3. Berlin: Mau-
erstraße 16/18. Dresden: Waisen-
hausstr. 25. München: Parnassstr. 6.
Odenbach: Bieberstr. 34. Stutt-
gart: Poststraße 7. Zürich: Nord-
straße 62. Uns. übrige Agentur
u. d. Annonc.-Exped. Ferner in
New York: 20 Broad Street.
Verlag u. Druck der Frankfurter
Gesellschaft m. beschr. Haftung.

Schritt um Lemberg.

Die Kriegslage in Galizien.

Die Bedeutung von Rawaruska.
Die russische Zivilverwaltung verläßt
Galizien.

L. v. B. Wien, 22. Juni. (Priv.-Tel., Str. Frlst.) Durch die Eroberung von Rawaruska ist nicht nur ein wichtiger Eisenbahnknoten wieder in unserer Hand — nach vier Richtungen strahlenden Bahnen von hier aus —, sondern auch der gegen alle Vorstöße von Norden sichernde Rataabschnitt, ein Bergland mit Erhebungen von 300 bis 400 Meter Höhe. Es ist dies ein mächtiger Keil, der sich jetzt zwischen die in zwei Teile gespaltene russische Armee hineinschiebt. Durch das siegreiche Vordringen in der Richtung von Zolkiew wird dieser Keil immer größer und breiter. Nun sind auch schon Vorstellungen des Feindes westlich und nordwestlich Lemberg von den verbündeten Truppen genommen. Immer enger wird der Halbkreis, um die feindlichen Stellungen auf jenen Räumen, eine Folge der konzentrischen Angriffe unserer Armeen.

Nun ist auch die schon früher von Lemberg nach Brody verlegte russische Zivilverwaltung am 19. Juni um etwa 100 Kilometer nach Nordosten, nämlich nach dem Orte Ostrog (in Rußland) zurückbefördert worden, ein deutliches Zeichen dafür, daß man in Rußland mit dem Falle von Lemberg rechnet. Die noch fortbauenden Kämpfe um die Hauptstadt Galiziens gehen auch ihrem baldigen Ende entgegen.

Befürchtungen um Warschau.

Wien, 22. Juni. (Priv.-Tel., Str. Frlst.) Die Korrespondenz „Rundschau“ meldet aus Kopenhagen: Russische Militärkreise weisen darauf hin, daß möglicherweise Warschau schon in nächster Zeit neuerdings in den Mittelpunkt erster militärischer Operationen rücken werde. In Petersburger Berichten wird betont, daß die Zuteilung der Operationen an der Bzura neuerdings Warschau in das Bereich der nächsten Kriegsereignisse ziehe. Militärische Kreise messen diesmal dem Unternehmen gegen Warschau eine ernste Bedeutung bei und verhehlen ihre Besorgnisse nicht. Der Generalgouverneur hat eine Reihe außerordentlicher Vorkehrungen verfügt, und insbesondere scharfe Maßnahmen gegen Spione und Luftschiffe angeordnet. Sämtliche bedenklichen Elemente werden schleunigst aus der Stadt entfernt und es heißt, daß dies nur geschehe, um dadurch in verschleierter Weise eine Evaluierung der Warschauer Zivilbevölkerung überhaupt vorzubereiten. Alle 18- bis 40-jährigen Untertanen der mit Rußland Krieg führenden Staaten, die bisher in Warschau und andern Städten Russisch-Polens verbleiben durften, sind zur Deportation bestimmt worden. Da alle Deutschen und Türken Russisch-Polen schon lange vorher verlassen mußten, bezieht sich die neue Verordnung auf Personen slawischer Abkunft. Ihre Zahl beläuft sich auf 5000. Die Geschäfte der Verschickten werden geschlossen bleiben. Die Verschickung soll binnen drei Wochen durchgeführt werden. Ausnahmen sind nur für Personen zulässig, die in Rußland geboren sind oder in ihrem Aufenthaltsorte Verwandte russischer Staatsangehörigkeit haben. Die zu verbannenden Personen sind insofern begünstigt, als sie das Gouvernement wählen können, wohin sie verschickt werden. Doch soll sich das Gouvernement nicht in Gebieten befinden, über die der Kriegszustand verhängt wurde.

Dernburg in Kirkwall.

Bergen, 22. Juni. (Priv.-Tel., Str. Frlst.) „Bergensfjord“ mit Dernburg an Bord ist nach Kirkwall eingebracht worden. (Eine amtliche Bestätigung dieser Meldung liegt noch nicht vor. D. Red.)

Rumänien und der Krieg.

Politische Eindrücke eines Spezialkorrespondenten.

in Bukarest, Mitte Juni.

Als im vergangenen Februar ein Vertreter der „Frankfurter Zeitung“ auf einer politischen Balkanreise Bukarest besuchte, erfuhr er hier von einem Vorgang, der außerordentlich bedeutungsvoll für die weitere Haltung der neutralen Regierungen zu sein schien. Italien hatte durch seinen Bukarester Gesandten erklären lassen, daß es zunächst neutral bleiben, jedenfalls aber seine weitere Haltung in keiner Weise mit der Rumänien zusammenketten wolle. Weder sollte sich Rumänien mit Rücksicht auf Italien in seinen nationalen Entschlüssen beeinflussen lassen, noch gedulde Italien seine Politik irgendwie nach rumänischen Gesichtspunkten einzurichten. Unter den rumänischen Freunden der Entente rief diese Erklärung eine arge Bestürzung hervor; denn ihre Politik war es gerade gewesen, mit Italien eine Verständigung über ein gemeinsames Eintreten in den Krieg zu suchen, und nun war aus Rom selbst der Wasserstrahl gekommen! Heute, wo der Uebergang Italiens zur Entente Tatsache geworden ist, mag sich die italienische Presse jenes Vorganges erinnern, wenn sie nicht zur Besinnung zu gelangen vermag vor Staunen darüber, daß sich die rumänische Regierung die damalige Methode des Herrn Salandra so trefflich zu eigen gemacht hat.

Es war klar, daß die Kriegserklärung Italiens den rumänischen Agenten Rußlands neuen Mut und neue Hoffnung geben würde, und tatsächlich war die russophile Bukarester Presse in dieser Zeit voll von tönenden Worten, daß nun auch für Rumänien die große Stunde geschlagen habe. Für die Bevölkerung der Zentralmächte mußte es demgegenüber von Interesse sein zu erfahren, inwieweit der Kriegslärm diese Presse in der Stimmung des Landes und der Politik der Regierung Widerhall findet; wenn man zu diesem Zweck hier an Ort und Stelle Erkundigungen einzog, so konnte man bald die sehr charakteristische Beobachtung machen, daß die russische Niederlage in Galizien, vor allem die Wiedereroberung Przemyßls, die Rumänen bei weitem stärker beeindruckt hat, als die Kriegserklärung Italiens.

So sympathisch es nämlich einem großen Teile der Bevölkerung, namentlich Bukarests, wäre, unter dem Schutz der Entente einen militärischen Spaziergang nach Ungarn zu unternehmen: in einen langen und schweren Krieg mit allen seinen Opfern und Gefahren möchte man sich nicht begeben. Einer siegreichen russischen Armee hätte man gern Beistand geleistet; man hätte bereitwillig die Zahl der Feinde Zentral-europas um einen vermehrt, in dem angenehmen Gefühl, das sich in dem deutschen Sprichwort ausdrückt: Viele Hunde sind des Hasen Tod. In dem Augenblick aber, wo das russische Heer einer irreparablen Demoralisation zu verfallen scheint, erfährt die Stimmung für ein Zusammengehen mit ihm eine beträchtliche Abkühlung, und es erhalten da die Gegenströmungen wieder mehr Bedeutung, die vor allem aus wirtschaftlichen Interessen hervorgehen: man will seinen Geschäften nachgehen, die glänzende Ausfuhrkonjunktur, der der Finanzminister Costinescu bereits allzusehr Mißbrauch getan hat, endlich einmal ausnützen; man will die alten Getreidevorräte verkaufen, bevor sie verderben, und will vor allem die neue Ernte sicher unter Dach und Fach bringen.

Für die allernächste Zeit scheint unter diesen Umständen die Möglichkeit eines Eintretens Rumänien in den Krieg der Entente keine praktische Bedeutung zu haben. Auf einen auch nur etwas längeren Zeitraum läßt sich allerdings nichts voraussagen; die Stimmung der lungenträftigsten politischen Führer ist zu gehässig und die Lallz der Regierung zu vieldeutig, als daß man auf die Fortdauer der momentanen Abneigung gegen phantastische Abenteuer bauen könnte.

Seit zehn Monaten bewegt sich die rumänische Politik auf dem Drahtseil einer Neutralität, die fortgesetzt den heftigsten Erschütterungen ausgesetzt war und sich in den gewagtesten Experimenten gefaßt. Man weiß, daß zwischen Rumänien und den Zentralmächten ein Bündnisvertrag besteht, der nach

und blühte auf Deutschland als auf den vorbildlichen Militärstaat!

Herr Gosse ist da sehr im Irrtum. Will man in Schweden den Krieg so will man ihn nicht um des Krieges willen.

Keinen Funken antineutraler Vorurteile, der noch, bei den militärischen und aristokratischen Kreisen, unter der Äsche glömm, zu einem großen Feuer zu entfachen. Nach seinem Vorfällen hätte also Deutschland nicht wie jedes andere

Zur Haltung Rumäniens

(Von unserem Spezialkorrespondenten)

II.

hbn. Bukarest, Ende Juni.

Die Russenfreunde, welche das bewaffnete Einschreiten Rumäniens für die Sache der Entente fordern, stützen sich auf folgende Argumente: Oesterreich-Ungarn wird als ein Land bezeichnet, dessen Zerfall nur noch eine Frage verhältnismäßig kurzer Zeit ist. Rußland dagegen gilt als das Land der Zukunft, das Land unererschöpflicher Kraft, unbegrenzter politischer und wirtschaftlicher Möglichkeiten. Seine militärische Niederlage gegen die deutsche Kriegsmacht war vorauszu sehen, kann aber die Entwicklung des russischen Reiches nicht aufhalten, umsoweniger, als es den Zentralmächten ganz unmöglich sein wird, die Früchte ihrer Siege zu pflücken. Daran hindert sie neben der unermesslichen Ausdehnung Rußlands die Niederlage Deutschlands im Westen infolge des französischen Sieges an der Marne. Diese Niederlage und der sich fortschreitend vollziehende Rückzug der deutschen Heeresmacht im Westen gelten hier als Tatsache.

Politisch hat Rumänien von Rußland nicht das Geringste zu befürchten. Rußlands Streben geht nach Oeffnung der Dardanellen. Irgend welches Interesse an der Unterwerfung von Rumänien hat es nicht. Oesterreich-Ungarn dagegen (der zerfallende Staat!) strebt an das Ägäische Meer, und dieser Weg führt über Rumänien und die übrigen Balkanstaaten, die sich der österreichisch-ungarischen Annektionsgelüste zu verschreiben haben. Hat doch Oesterreich den Krieg einzig zum Zwecke der Eroberung Serbiens begonnen.

Auch die politischen Aspirationen Rumäniens lassen sich durch Anschluß an Rußland und nur auf diese Weise verwirklichen. Bringt es den Russen militärische Hilfe, so ist ihm die Erlangung Transylvaniens gesichert; mit einem beträchtlichen Teile Beharabiens würde außerdem Rußland Rumäniens Hilfe lohnen, wodurch Rumänien zu beiden erstrebten Gebieten käme.

Diese Auffassung oder Darstellung hat, wenn man von der widersprechenden Beurteilung der Donaumonarchie absteht, manches Bestechende an sich. Sie ist auch nicht einzig auf russischen klingenden Einfluß zurückzuführen, sondern wird von vielen unbestechlichen rumänischen Patrioten vertreten. Reiche Nahrung findet sie in dem traditionellen Haß, den die Rumänen gegen die Ungarn als Herren ihrer Brüder jenseits der Berge hegen und in der Erinnerung an die, allerdings schlecht belohnte, Wajfenbrüderschaft mit den Russen im Kriege gegen die Türken 1877/78. Dazu kommt die Hinneigung zur französischen Kultur, die der rumänischen Oberschicht von jeher eigen war, wenn sie auch auf einer nicht mehr als oberflächlichen Kenntnis derselben beruht, und in neuerer Zeit die hohe Meinung von dem moralischen und finanziellen Einfluß Englands, dem eine beherrschende Macht zugesprochen wird.

Was Rumänien bisher daran gehindert hat, in den Krieg einzutreten, ist zunächst eine militärische Erwägung. Man hat mit Schrecken wahrgenommen, welche ungeheuren Mengen an Munition der gegenwärtige Krieg erfordert. Die vorhandene Munition reicht nach der Aussage der kompetenten Persönlichkeiten nur für einen Zeitraum von drei, höchstens vier Monaten aus. Was dann, wenn der Krieg länger dauert? Dann ist das Schicksal Rumäniens, das keine eigenen Munitionsfabriken besitzt und von den Westmächten nur unter den größten Schwierigkeiten, wenn überhaupt, Lieferungen zu erwarten hätte, besiegelt. Das Schicksal Rußlands, dessen Munitionsmangel von russischer Seite zwar bestritten wird, aber doch mehr als eine deutsche Erfindung sein dürfte, hat auch in dieser Beziehung abkühlend gewirkt. So hat manches dazu beigetragen, daß das Offizierkorps sich heute mehr und im Sinne größerer Anerkennung mit der deutschen Kriegführung zu beschäftigen beginnt.

In politischer Hinsicht stehen dem Anschluß an Rußland andere Hindernisse im Wege. Mit der Einverleibung Transylvaniens würde die Nationalitätenfrage für Rumänien ein ganz anderes Gesicht annehmen. Die befreiten Brüder „von drüben“, denen übrigens an der Befreiung nicht im gleichen Maße gelegen ist, stehen im Durchschnitt kulturell und wirtschaftlich höher, als die rumänische Bevölkerung. Bei ihrer Zahl von drei bis vier Millionen ist die

Möglichkeit vorhanden, daß sie einmal ein politisches Übergewicht erlangen, das den Alt-Rumänen nicht im geringsten passen würde. Es dürfte vermutlich noch verstärkt werden durch die in den betreffenden Gegenden wohnenden zahlreichen Magyaren und Deutschen (Siebenbürger Sachsen), die das Land als Neubürger erhalten würde und die mit ihrer noch höher stehenden Kultur den Rumänen ebenfalls ein unbequemes Element werden könnten. Für die Wichtigkeit des Nationalitätenprinzips, die ja für die Schweiz ohnehin nicht bewiesen zu werden braucht, bietet sich hier geradezu ein Schulbeispiel.

Ein Haupthindernis aber bildet der tatsächlich bestehende Bündnisvertrag Rumäniens mit den Zentralmächten. Dieser Vertrag bindet Rumänien fest. Und da in ihm der berühmte Artikel 7 des Dreibundvertrages fehlt, so ist das Hintertürchen nicht vorhanden, durch welches Italien den Weg hinüber ins Lager der Feinde seiner alten Bundesgenossen nahm. Bündnisse stehen heute nicht mehr hoch im Kurse. Aber es ist begreiflich, daß ein Land wie Rumänien die Verletzung eines Bündnisses scheut, nicht aus reinen moralischen Erwägungen, sondern weil es weniger als ein großer Staat, wie Italien es ist, wagen darf, seine spätere Bündnisfähigkeit aufs Spiel zu setzen. Die Nachrichten, daß Rumänien vor dem Abschluß einer Verständigung mit der Entente stehe oder daß es sich dort schon zu weit eingelassen habe, um noch den Weg zurück zu finden, sind aus diesem Grunde mit der größten Vorsicht aufzunehmen und übrigens auch nie von offizieller rumänischer Seite verbreitet worden.

Dieses Bündnis eröffnet außer den zwei Wegen, die Rumänien offen zu stehen scheinen, dem aktiven Eingreifen an russischer Seite und dem Verharren in der Neutralität, noch einen dritten, nämlich den offenen Anschluß an die Zentralmächte und ihre Heere. Bis vor kurzem galt diese Möglichkeit als vollkommen ausgeschlossen. Ihre Erwähnung hätte einen Sturm der Entrüstung hervorgerufen. Auch heute ist ihre Wahrscheinlichkeit sehr gering, doch ist sie unstrittig bereits Gegenstand von Erörterungen in manchen Kreisen.

Für den Schweizer Standpunkt ist dieses Spielen mit dem Krieg ebenso wenig verständlich, wie die Auffassung der Neutralität, die auf der einen Seite zahlreiche Transporte von Kriegsmaterial über rumänisches Gebiet nicht verhindert, auf der andern Seite an Erschwerungen gegenüber den Zentralmächten das Menschenmögliche geleistet hat. Man muß eben mit dem hiesigen Maßstab rechnen.

Daß Rumänien in nächster Zeit in den Krieg eingreife, ist als Summe der gemachten Beobachtungen und Äußerungen rumänischer Persönlichkeiten nicht anzunehmen, obwohl das Land in Tat und Wahrheit als mobilisiert zu gelten hat. Symptomatisch ist, daß den Eisenbahnbeamten kürzlich ihr Sommerurlaub in gleicher Weise wie in normalen Jahren zugestelt wurde. Auch das Einbringen der Ernte wird man bei der Wichtigkeit von Getreide und Mais für das hiesige Wirtschaftsleben kaum durch einen vorzeitigen Kriegsbeginn gefährden wollen. Nach der Ernte aber ist ein Krieg dem Lande noch weniger erwünscht, weil er den Verkauf der Ernte in Frage stellt. Und das berührt den empfindlichen Punkt der zahlreichen Großgrundbesitzer und Großpächter, die in der rumänischen Politik das Heft in Händen haben.

„Sozialdemokratie und Frieden“.

N. Berlin, 26. Juni. (Priv.-Tel. Str. Wn.) Im „Vorwärts“ veröffentlicht heute der Vorstand der sozialdemokratischen Partei Deutschlands eine Kundgebung unter dem Titel „Sozialdemokratie und Frieden“. Es wird in dieser Kundgebung zunächst wieder einmal festgestellt, daß die Sozialdemokratie unablässig für eine Verständigung der Völker zu gemeinsamer Kulturarbeit im Dienste der Menschheit gewirkt habe und auch noch, als sich im vorigen Jahre die drohenden Kriegswolken zusammenballten, habe die deutsche Sozialdemokratie bis zur letzten Stunde ihre ganze Kraft für die Erhaltung des Friedens eingesetzt. Aber da die Sozialdemokratie in allen Ländern noch nicht stark genug gewesen sei, sei die Kriegsfackel hell aufgedeckt. Dann heißt es weiter: „Als dann die Kosaken des Zaren plündernd und brennend die Landesgrenze überschritten, da löste die Sozialdemokratie das Wort ein, das die besten ihrer Führer dem deutschen Volke gegeben: Sie stellte sich in die Dienste des Vaterlandes und bewilligte die Mittel zu seiner Verteidigung. Das Schicksal Ostpreußens zeigt, was Deutschland drohte, wenn das deutsche Volk nicht einmütig zusammengestanden hätte, um den russischen Eroberungszug aufzuhalten. Der todesmutigen Tapferkeit unserer Truppen, die in aufopfernder Hingabe die furchtbaren Strapazen eines Winterfeldzuges im Osten überwand, ist es nach monatelangen opferreichen Kämpfen gelungen, Ostpreußen von dieser Geißel zu befreien.“

„Aber nicht nur im Kampfe um die nationale Unabhängigkeit und Selbstständigkeit Deutschlands habe die Sozialdemokratie ihre Pflicht getan, sondern sie habe auch im Innern des Landes für die Interessen der Arbeiterschaft gewirkt und sie sei auch wiederholt für die Herbeiführung eines baldigen Friedens eingetreten. Es wird erinnert daran, daß bei der Bewilligung der ersten Kriegskredite am 4. August 1914 die sozialdemokratische Reichstagsfraktion durch den Abg. Haase folgende Erklärung abgegeben ließ: „Wir fordern, daß dem Kriege, sobald das Ziel der Sicherung erreicht ist, und die Gegner zum Frieden geneigt sind, ein Ende gemacht wird durch einen Frieden, der die Freundschaft mit den Nachbarn ermöglicht.“ Ähnliche Erklärungen wurden später noch wiederholt im Reichstage abgegeben, zuletzt am 29. Mai von dem Abg. Ebert, nach dem Eingreifen Italiens in den Weltkrieg.

Der Parteivorstand hat in der Weihnachtsnummer des „Labour Leader“ eine Kundgebung erlassen, in der es hieß: „Unsere warmste Sympathie ist in dieser schicksalsschweren Zeit bei allen Bestrebungen, die auf eine rasche Beendigung dieses männermordenden Völkerringens gerichtet sind.“ Dann wird weiter erinnert an die Beschlüsse, die am 12. und 13. April von den Vertretern der Sozialdemokratie Deutschlands, Österreichs und Ungarns in Wien gefaßt wurden, in denen ebenfalls die Friedenssehnsucht zum Ausdruck kam. Es wird ferner gesagt, daß der Parteivorstand keine Schwierigkeiten und Widerstände, keine Verdächtigungen scheuend, mit sehr großer Ausdauer bestrebt gewesen sei, die durch den Kriegsausbruch so jäh unterbrochenen internationalen Verbindungen wieder anzuknüpfen, um mit den Bruderparteien aller Länder darüber zu verhandeln, wie gemeinsam für die Herbeiführung des Friedens gewirkt werden könne. Als das Exekutivkomitee der Internationale mit der Anregung hervortrat, im Haag mit den sozialdemokratischen Parteien der kriegführenden Länder einzeln über die Möglichkeit einer gleichzeitigen Friedenskundgebung zu verhandeln, stimmte der Vorstand der deutschen Sozialdemokratie dem unter der Voraussetzung zu, daß auch die französische Parteileitung einverstanden sei. Im Haag, wohin die Mitglieder des deutschen Parteivorstandes im März gefahren waren, erfuhren sie aber, daß wohl die Engländer, nicht aber die Franzosen zu solchen Verhandlungen bereit seien. Die deutschen Sozialisten haben den Mitgliedern des Exekutivkomitees ihre Bereitschaft zum Ausdruck gebracht, alle Maßnahmen zur Förderung des Friedensgedankens zu unterstützen, die von den sozialistischen Parteien der kriegführenden Länder ergriffen würden. Dann heißt es weiter in der Kundgebung:

„Mit schmerzlichem Bedauern muß demgegenüber konstatiert werden, daß bisher alle Versuche internationaler Verständigung gescheitert sind, vornehmlich an dem Verhalten der sozialistischen Partei Frankreichs, die an ihrer mit dem Zar verbündeten Regierung durch mehrere hervorragende Mitglieder beteiligt ist. Sie billigt rückhaltlos deren Politik, die darauf gerichtet ist, den Krieg bis zur Niederlage Deutschlands, „bis zur Vernichtung des deutschen Militarismus“, fortzuführen und hat sich gegen eine Zusammenkunft des internationalen sozialistischen Büros ausgesprochen. Nach der Kundgebung unserer Reichstagsfraktion für den Frieden im Dezember 1914 machte der französische Ministerpräsident am 22. Dezember in der Deputiertenkammer folgende Ausführungen: „In der jetzigen Stunde ist nur eine Politik möglich, Kampf ohne Gnade bis zur endgültigen, durch einen völlig siegreichen Frieden gesicherten Befreiung Europas.“ Wegen dieser unverhüllte Proklamation des Kampfes bis zum Weißbluten hatten weder die sozialistischen Minister noch auch die sozialistische Kammerfraktion noch endlich auch der sozialdemokratische Parteivorstand auch nur ein Wort des Widerspruches zu erheben! Und der Vertreter der belgischen Genossen, der Vorsitzende des internationalen sozialistischen Büros, Genosse Vandervelde, der in die Regierung seines Landes eingetreten war, hat am 18. April 1915 in einem Vortrage in Paris ausgeführt: „Ich komme heute, um über den Krieg und für den Krieg zu sprechen. ... Als internationaler und sozialistischer Friedensfreund bin ich für den Krieg bis ans Ende. ... Ich fühle Born gegen jene, unserer Volksgenossen, die möchten,

daß man Frieden schließt. Ach nein! Dem Verbrechen muß die Sühne folgen!“ Gern stellen wir fest, daß es sowohl in England wie in Frankreich sozialistische Gruppen gibt, die ebenso wie die deutsche sozialdemokratische Gesamtpartei und ihre Zeitung für den Friedensgedanken wirken. Das kann uns aber nicht über die betrübende Tatsache hinwegtäuschen, daß die große Masse der dem internationalen Sozialistenbüro angeschlossenen Sozialisten Englands und Frankreichs, ihre Organisationen und Zeitungen, mit ihren Regierungen den Krieg fortführen wollen bis zur völligen Niederwerfung Deutschlands.

Unverantwortliche Irreführung der Genossen ist es, wenn in anonymen Flugblättern und Pamphleten die internationale Lage und Vorgänge in der Partei in entstellter oder in völlig wahrheitswidriger Weise dargestellt werden und der Vorwurf erhoben wird, die Parteileitung tue nicht genug, um den Friedenswillen der Arbeiterklasse zur Geltung zu bringen. Wer es mit der besonders in dieser ersten Zeit und auch nach dem Kriege so bitter nötigen Einheit und Geschlossenheit der deutschen Arbeiterbewegung ernst meint, muß sich mit Einschleichenheit gegen dieses parteigefährdende Treiben wenden. Die Reichstagsfraktion und der Parteivorstand der deutschen Sozialdemokratie haben stets einmütig die Eroberungs- und Annexionspolitik bekämpft. Wir erheben erneut den schärfsten Protest gegen alle Bestrebungen und Kundgebungen zu Gunsten der Annexion fremder Landesteile und der Vergewaltigung anderer Völker, wie sie insbesondere durch die Forderung großer wirtschaftlicher Verbände und die Reden führender bürgerlicher Politiker der Öffentlichkeit bekannt wurden. Schon die Selbstenbarung solcher Bestrebungen schieben den vom ganzen Volke heiß ersehnten Frieden immer weiter hinaus. Das Volk will keine Annexionen, das Volk will den Frieden!

Soll der täglich neue Opfer fordernde Krieg nicht ins Endlose sich hinziehen, bis zur völligen Erschöpfung aller Völker dauern, so muß eine der beteiligten Mächte die Hand zum Frieden bieten. Deutschland, das von einer großen Uebermacht angegriffen, sich aller seiner Feinde bisher siegreich erwehrt, den Aushungerungsplan zu Schanden gemacht und bewiesen hat, daß es unbesiegbar ist, sollte den ersten Schritt zur Herbeiführung des Friedens tun. Im Namen der Menschlichkeit und der Kultur, gestützt auf die durch die Tapferkeit unserer Volksgenossen in Waffen geschaffenen günstigen Kriegeslage fordern wir die deutsche Regierung auf, ihre Bereitwilligkeit kund zu tun, in Friedensverhandlungen einzutreten, um dem blutigen Ringen ein Ende zu machen. Wir erwarten von unseren Parteigenossen in den anderen kriegführenden Ländern, daß sie im gleichen Sinne auf ihre Regierungen einwirken.

Aus den Bemerkungen des „Vorwärts“ zu diesem Aufruf ersieht man, daß die sozialdemokratische Parteileitung ihn sieben Wochen lang im Schrank hat liegen lassen, offenbar weil sie glaubte, daß die Veröffentlichung der Sache Deutschlands gegenüber seinen Feinden nachteilig sein werde. Vor allem war es das Eingreifen Italiens, das ihr einen solchen Aufruf als unziemlich und unzeitgemäß erscheinen ließ. Die Siege der verbündeten Zentralmächte in Galizien aber haben den Parteivorstand bewogen, sich an die Öffentlichkeit zu wenden. Wenn in diesem Aufruf weiter nichts enthalten wäre, als eine Rechtfertigung des Verhaltens der deutschen Sozialdemokratie, so brauchte man dazu nichts zu bemerken. Denn was zur Begründung des Standpunktes der Partei und ihrer Leitung gesagt wird, ist zum größten Teil aus Erklärungen und Reden in Parlamenten und aus Artikeln in Zeitungen bekannt. Daß dabei die sozialdemokratische Partei in den Vordergrund gestellt wird, steht zwar in einem gewissen Mißverhältnis zu den Weltereignissen, mag sich aber aus den bekannten Angriffen einer sozialdemokratischen Minderheit gegen die Politik der Mehrheit erklären. Was jedoch bedenklich erscheinen muß und nicht ohne Widerspruch hingenommen werden darf, das ist die Forderung, „Deutschland, das von einer großen Uebermacht angefallen, sich aller seiner Feinde bisher siegreich erwehrt hat und den Aushungerungsplan zu Schanden gemacht hat, sollte den ersten Schritt zum Frieden tun im Namen der Menschlichkeit und der Kultur.“ Der Satz wirkt in dieser Stilisierung fast wie Ironie.

Man sollte meinen, es sei doch auch in der sozialdemokratischen Parteileitung bekannt, daß ein „von einer großen Uebermacht Angefallener“ nur dann den ersten Schritt zum Frieden tut, wenn er damit andeuten will, daß er überwunden ist und um Frieden bittet. Ganz sicher werden wenigstens seine Feinde, wenn er nach dem Ratsschlage dieses Aufrufes verfährt, es so auslegen und sie werden dementsprechend die Bedingungen des Friedens stellen. Es könnte für Deutschland nichts Gefährlicheres und nichts geben, als dem durch die deutschen Siege hervorgebrachten Stande der Dinge weniger entspreche, als die Befolgung des sozialdemokratischen Rates. Es ist unbegreiflich, daß man in der Leitung der sozialdemokratischen Partei, die doch sicherlich in der Absicht vorgeht, dem Vaterlande keinen Schaden zuzufügen, nicht erkannt hat, was man mit einer solchen Kundgebung anrichtet. Die deutsche Regierung hat bereits verschiedentlich zu erkennen gegeben, daß es nicht an ihr ist, den Weg zum Frieden zuerst zu beschreiten. Sie wird sich, davon sind wir überzeugt, auch durch diese Kundgebung nicht zu einer anderen Haltung bestimmen lassen. Aber schon die Tatsache der Veröffentlichung ist sehr zu bedauern und zu beurteilen; denn sie wird im feindlichen Auslande begierig als ein Zeichen dafür aufgegriffen werden, daß die anfängliche Geschlossenheit des deutschen Volkes nicht mehr vorhanden sei und daß ein Teil des Volkes den Frieden nicht erwarten könne. Die Folge wird sein, daß unsere Feinde meinen werden, wenn sie jetzt noch eine Zeitlang recht fest auftreten, werde es ihnen doch noch gelingen, Deutschland niederzuwerfen, was ja, wie der Aufruf feststellt, auch

die Sozialdemokraten der feindlichen Länder wollen. Wenn es also etwas gibt, was diesen Krieg über seine natürlichen Bedingungen hinaus verlängern kann, dann sind es solche unzeitgemäßen und geradezu gefährlichen Rufe nach dem Frieden.

Es gibt in Deutschland niemanden, der den Krieg um des Krieges willen wünscht. Daß das deutsche Volk, und ganz gewiß nicht bloß die Sozialdemokratie, den Frieden will, das ist eine Tatsache, die aller Welt, soweit sie guten Willens ist, bekannt sein muß. Jedermann würdigt die Schwere der Opfer an kostbarem Leben und Gut, die wir jeden Tag des Krieges bringen. Es braucht auch nicht bewiesen zu werden, daß ein nahe Friede unendlich wertvoller ist als ein in weite Ferne gerückter. Aber die Voraussetzung bei alledem ist doch, daß Deutschland keinen Frieden schließen kann, der auch nur den Schein erweckt, als habe der Ueberfall seiner Feinde noch Erfolg gehabt. Deutschlands Kriegsziel ist ganz allgemein, die Einkreisungs- und Vergewaltigungspolitik seiner Feinde für jetzt und später zunichte zu machen. Wo ist der Beweis, daß dieses Ziel erreicht sei? Die abschauliche Hezrede des englischen Munitionministers Lloyd George gegen Deutschland beweist, daß man an den verantwortlichen Stellen der Hauptmacht der Entente mit ungeschwächtem Haß Deutschland verleumdet und darauf ausgeht, es niederzuwerfen. Es ist nicht an uns, die Hand zum Frieden zu bieten, den wir nicht gebrochen haben. Wir würden uns damit höchstens der Gefahr aussetzen, für unsere wie Schwäche aussehende Gutherzigkeit eine hochmütige Ablehnung zu erfahren. Der Rat des sozialdemokratischen Parteivorstandes ist schlecht, und es gehört ein großes Maß politischer Sorglosigkeit dazu, auf Grund von grundsätzlichen Erwägungen damit vor die europäische Öffentlichkeit zu treten, in der wir, wie der Aufruf selbst feststellt, einer Welt von Feinden gegenüberstehen.

27. VI. 1915

Serbien gegen Italien.

Sonntag, 27. Juni 1915.

ung

ter Zeitung.)

ummer 40, 41, 42, 43.

Preis der Anzeigen:

Colonelzeile 50 g. Abendbl. 75 g.
 Reklamen #2. - Abendbl. #2.50.
 Familienanzeigen #1. - Platz-
 Daten-Vorschriften ohne Verbind-
 lichkeit. - Anzeigen nehmen an:
 Unsere Expeditionen in Frankfurt
 a. M.: Gr. Eschenheimerstr. 33/37,
 Mainz: Schillerpl. 3. Berlin: Mauer-
 straße 16/18. Dresden-A: Waisen-
 hausstr. 25. München: Perusastr. 5.
 Offenbach: Biebererstr. 34. Stutt-
 gart: Poststraße 7. Zürich: Nord-
 straße 62. Una übrig. Agentur
 u. d. Annonc.-Exped. Ferner in
 New York: 20 Broad Street.

Verlag u. Druck der Frankfurter
 Societäts-Druckerei
 Gesellschaft m. beschr. Haftung.

schen.

Serbien gegen Italien. *)

M S Sofia, Ende Mai.

Trotz aller Bemühungen der Presse und der Diplomatie der Tripel-Entente, den Konflikt, der zwischen serbischen und italienischen Bestrebungen in der Adria besteht, wenigstens für die Dauer des Krieges zu vertuschen, ist er schon anfangs Mai, als die Nachricht vom vollendeten Uebereinkommen zwischen Italien und der Tripel-Entente bekannt wurde, hervorgetreten und hat sich nicht nur der serbischen Presse und der Öffentlichkeit, sondern auch der serbischen Regierungs- und Militärkreise bemächtigt. Die Serben waren besonders getroffen durch die Nachricht, daß die Tripel-Entente den Italienern nebst Triest und Pola auch die ganze Ostküste Istriens, Fiume und einen Teil Dalmatiens „zusichert“, wenn auch diese Gebiete, ausgenommen eine kleine Oase in Fiume, ausschließlich von Serbo-Kroaten bewohnt sind. Die Erbitterung der serbischen Öffentlichkeit war umso größer, als das Uebereinkommen mit Italien ohne Zustimmung, ja sogar ohne Wissen der serbischen Regierung zustande kam. Die Tripel-Entente hat, um sich durch die Intervention Italiens wenigstens für den Augenblick die eigene mißliche militärische Lage zu verbessern, alle italienischen Forderungen angenommen, ohne irgendwelche Rücksichten auf ihren serbischen Schützling zu nehmen, welcher somit nach ordentlicher Ausnützung vollkommen im Stiche gelassen wurde. Das jetzige serbische Koalitions-Kabinet, welches zur Regierung kam mit dem Programm der Befreiung und Vereinigung der Serben, Kroaten und Slowenen, ist dadurch in eine unhaltbare Lage gekommen. Die jung-radikalen Kabinettsmitglieder Dawidowitsch und Draschkowitsch, die in enger Verbindung mit serbo-kroatischen irredentistischen Kreisen stehen, haben ihren Austritt aus dem Kabinet angekündigt, worauf am 6. Mai der Präsident des Ministeriums Paschitsch die Demission der ganzen Regierung überreichte. Dies geschah gerade in der Zeit, als sich der alte und der neue russische Botschafter in Rom, die Herren Krupensky und von Giers, auf der Durchreise in Nisch befanden. Zwischen Kronprinz Alexander und Paschitsch, sowie zwischen diesen beiden und dem russischen Gesandten in Nisch, Prinzen Trubezkoi und dem Botschafter von Giers fanden lange und häufige Konferenzen statt, die zum Resultat hatten, daß der Kronprinz die Demission des Kabinetts Paschitsch ablehnte, in welchem auch die beiden jungradikalen Minister verblieben.

Die serbischen Zeitungen berichten nicht, was den Kronprinzen Alexander veranlaßte, die Demission des Kabinetts Paschitsch abzulehnen, und welche Gründe die jungradikalen Minister im Kabinet zurückhielten. Sie berichten nur nach angeblichen Informationen aus diplomatischen Kreisen, daß die Verständigung zwischen Italien und der Triple-Entente nicht endgültig sei und daß sonach die Grenzen an der Adria noch nicht feststehen. Von der serbischen Regierung selbst kam am 10. Mai den Zeitungen folgendes charakteristische Dementi zu: „Alle Nachrichten und Behauptungen über eine angebliche erfolgte Verständigung zwischen Serbien und Italien über Dalmatien sind vollkommen unbegründet, ebenso kam der serbischen Regierung über wie immer geartete Uebereinstimmung in dieser Sache zwischen der Triple-Entente und Italien keine Nachricht zu.“ Sonach hat es den Anschein, daß die serbische Regierung einen Vertrag zwischen der Triple-Entente und Italien für nicht existierend und demnach für sich als unverbindlich betrachtet. Die serbisch-italienische Frage in der Adria bleibt sonach offen und kann sich zu jeder Zeit zuspitzen. Schon ein Versuch Italiens, Truppen an der dalmatinischen Küste zu landen und sonach einen Teil Dal-

*) Dieses Stimmungsbild aus Serbien, das uns von einem Kenner der slawischen Strömung zugeht, ist durch die Ereignisse dieses Monats beglaubigt, da serbische Truppen bereits Hand auf einen Teil Albaniens gelegt haben, um den italienischen Ansprüchen entgegenzutreten. Italien und die Entente bemühen sich zwar, diesen heißen Punkt des neuen Verbundes nicht zu berühren, aber die Bescheidenheit, mit der die italienische Kriegsführung in der Adria auftritt, verriät die vorhandenen politischen und militärischen Schwierigkeiten. (D. Red.)

Moratorium des Christentums?

Von

Immanuel Hehn,

Pfarrer an der Kaiser-Wilhelm-Gedächtniskirche, Mitglied des Reichstags.

Die „Christliche Welt“ veröffentlicht eine Zuschrift „aus der Front“, die sich in ernster Weise über die religiösen Empfindungen der in der vordersten Feuer- und Gefahrzonen stehenden Kämpfer bzw. über die Pflichten der Kirche gegen diese ausspricht. Anknüpfend an die Forderung D. Lahnens: daß der Glaube, wie er im Anfang des 2. Artikels sich ausspricht, das immerdar Bleibende im Strom der Vergänglichkeit sein müsse, scheut sich der Verfasser der Zuschrift nicht zu bekennen: „Wenn uns Männern der vordersten Linie in dieser Form die Herrlichkeit des Lebens und Leidens unsers Herrn zugemutet wird, so können wir nur sagen, daß wir als unwert der Gemeinde solcher Christen nicht mehr angehören. Feinsinnige Prediger im Felde haben dies auch verstanden und wundern sich nicht, wenn ~~er~~ ihnen sagt: mit meinem blutbesleckten Herzen kann ich nicht zum Abendmahl gehen. Wundern sich auch nicht, wenn am Sterbebett eines jungen lebensfrohen Offiziers das Wort von Jesus versagt. . . Viele aber wissen gar nicht, daß dieses heiligste Menschenbild, das die Welt gesehen, in die Sozial- und Brutal-Verhältnisse u n s e r e s Lebens überhaupt nicht paßt.“ Denn, so führt die Zuschrift weiter aus: „Für uns lautet die Devise: jetzt hat der Teufel das Wort! . . . Da vorn im Schützengraben sind Menschen, die haben das Radikal-Böse, das Abgrund-Schlechte erlebt, das hat sie eingeschlossen in ein einziges entsetzliches Tun und Leiden des schlechthin Sündigen.“ Mit tiefem Grauen gedenkt der Mann der Stunden, in denen jede Regung der Religion, der Ergebung, geschweige des Gebets aufgehört, in denen seine einzige seelische Reaktion auf die beständige Todesgefahr, die ihn und seine Kampfgenossen mit Eisen umhagelte, höhnisches Lachen war, der Ekel an der Menschheit, die Verachtung für dies ganz viehische Tun und Leiden, für dies pflichtmäßig das Böse Tunmüssen. Und also schließt der Gemartete seine Gedanken: der Kirche, die den Männern im Schützengraben die Bergpredigt zugemutet, antworten diese: es gibt ein Moratorium des Christentums, und wir nehmen es für uns in Anspruch und verlangen von der Kirche, daß sie es uns gewährt, bis — wir helmkehren und unsere Sehnsucht nach Entsühnung und Herzensreinheit nach dem Kriege zu Jesus zurücktragen.

Wer kann anders als mit tiefer Erschütterung die Qual dieser Gedanken nachempfinden? Ja, ich meine: ein gut Stück Wegs gehen wir alle mit dem Gefolterten zusammen. Die tiefsten, befreiendsten Gedanken Jesu sind die von dem Vatergott, der auch die Verbrecher an sein Herz nimmt, und von dem Samariterdienst der Liebe, den die Menschen einander tun sollen. Wie stimmt dazu dies fürchterliche Ringen, in dem die Menschen mit wutverzerrten Gesichtern aufeinander losgehen, in dem sie Mann gegen Mann, Messer gegen Messer sich gegenseitig niederzuschlagen suchen, indem sie alle Mittel der fortgeschrittenen Wissenschaft und Technik auf die entsetzlichste Vollendung der Mordinstrumente, der ersticken- den Gase verwenden? Und wenn wir an die Ströme von Blut und Tränen denken, durch die die Menschheit in diesen Kriegsmonaten hat hindurchwaten müssen und immer noch hindurchwaten muß, dann drängt sich einem unwillkürlich heute der Ruf auf die Lippen: Wehe, dreimal Wehe dem, der dafür die Verantwortung trägt! und morgen die Bitte, mit der einst Paul Gerhardt in dem Elend des Dreißigjährigen Krieges an die Tore der Himmelsburg klopfte: Schließ zu die Jammerpforten und laß an allen Orten, wo Krieg und Blutvergießen, die Friedensströme fließen! Immer wieder sollen auch deutsche Männer und Jünglinge dessen eingedenk bleiben, daß sie sich durch den berechtigten Zorn über die Schandtaten, die vertierte Russen an wehrlosen deutschen Frauen, Kindern, Greisen verübt haben, nicht auf den Standpunkt gleichen Verbrechenheitums herunterzerren lassen dürfen.

1. VIII. 1915

Bulgarien im Frieden

nach 1 Mark
; bei täglicher
russchen Schu-
rt 35 Pfennig.
ts 10 Pfennig.

Anzeigen nehmen die Geschäftsstelle und sämtl. Vermittler entgegen.
Grundpreis der 6 gespalt. Kleinzeile oder deren Raum im Morgen-
blatt 60 Pfennig (Stellengesuche 30 Pfg.) die Zeile, im Abendblatt
75 Pfennig die Zeile. Reklamen: Die 3 gespaltene Zeile 2,50 M.,
Verlag der Täglichen Rundschau G. m. b. H. in Berlin SW. 63.

35. Jahrgang

er am Ionzo. — Neue Versenkungen.

Bulgarien am Scheideweg.

I.

Die leitenden Köpfe des Bierverbandes, schwer enttäuscht durch die Niederlage im Osten und die andauernde absolute Erfolglosigkeit Italiens, suchen neue Bundesgenossen zu gewinnen und bemühen sich, nachdem ihre Hoffnungen auf Rumänien sich nicht erfüllt haben, in heißem Eifer um Bulgarien. Deshalb verlohnt es sich für uns, einen Blick auf die Möglichkeiten zu werfen, die die politische Minierarbeit unserer Gegner in Bulgarien haben kann.

Bekanntlich bewahrten Krone und Regierung Bulgariens von Anfang des Krieges an eine streng neutrale Haltung, die den Zentralmächten gegenüber sogar gelegentlich eine wohlwollende Schattierung aufzuweisen hatte. Im Volke aber gingen zwei Strömungen nebeneinander her, eine germanophile, wie man es dort nennt, und eine russophile. Die germanophile, also den Zentralmächten freundlich gesinnte Richtung, hatte ihre Hauptstütze in den Vertretern der akademischen Berufe, die ihre Ausbildung ganz oder vorwiegend in Deutschland, Oesterreich oder der deutschen Schweiz erfahren haben. Von allen im Ausland ausgebildeten Akademikern dürfte es, zahlenmäßig ausgedrückt, etwa 60 v. H. sein, ihre Zahl ist in den letzten Jahren in raschem Ansteigen gewesen und würde vielleicht heute schon an 80 v. H. betragen, wenn nicht die aus anderen Gründen erforderlich gewesene Kontingentierung der an deutschen Hochschulen studierenden Ausländer auch zu Unrecht auf die Bulgaren erstreckt worden wäre. Ja die deutsche Wissenschaft und Kulturorganisation hat sogar, wie ich aus eigenem Einblick weiß, den Triumph erlebt, daß Söhne aus hervorragenden russophilgesinnten Familien sich eigenmächtig statt nach Paris, Grenoble oder Genf nach Berlin, München oder Leipzig begaben und von da als begeisterte Freunde deutschen Wesens zurückgekehrt sind.

Die russophile Strömung, geführt von früheren Ministern, wie Geschoff, Daness, Malinoff, verteilt sich gleichmäßig auf verschiedene Volksschichten und hat nicht zuletzt ihre entscheidende Stütze in der orthodoxen Geistlichkeit, deren enge Fühlung mit Rußland ja schon aus religionsgeschichtlichen Gründen nur allzu verständlich ist.

Vergleicht man aber die russophilen Stimmungsaussäuerungen, welche sich in den ersten Kriegsmonaten in Bulgarien offenbarten, mit denen Rumäniens, so zeigt sich uns ein tiefgreifender Unterschied. Nirgends in Bulgarien haben sich deutschfeindliche Volksausläufe und Straßenerzesse ereignet, nirgends sah man, wie in Bukarest allerorten, beschimpfende Abbildungen, nirgends Manifeste voll roher Verdächtigungen der „Hunnen“.

Als im Herbst 1914 sich deutsche Zivilisten, welche nach Konstantinopel zu gehen beabsichtigten, in Trupps von 20 bis 30 Mann durch die Straßen bulgarischer Städte bewegten und das Volk sie als Deutsche erkannte, gab ihnen oft eine dichte Menge das Geleit und forderte immer wieder das deutsche Lied: „Es braust ein Ruf“, und man sang mit. Auf einer Umsteigestation brachte man ihnen Erfrischungen und die bulgarischen Bauern verlangten das neue Lied zu hören: „...in der Heimat, da gibt's ein Wiedersehen!“

Nicht ganz den gleichen Eindruck bekam, wer etwa die bulgarische Presse zu überblicken in der Lage war. Dort in der russophilen Presse konnte man wirklich Ausbrüche fanatischer Deutschen- und Oesterreicherhasses beobachten. Wer die Zeitungsmache der europäischen Nationen kannte, brauchte jedoch nur die Aufmachung dieser Zeitungen sich anzusehen, um auf den ersten Blick zu erkennen, daß sie der äußeren Form nach Paris entstammte, untermischt freilich mit kräftigen moskowitzischen und englischen Zutaten.

Die Führung hatte die etwa seit 15 Jahren bestehende „Balkanski Tribuna“, die mit etwa 9—10 000 Lesern zugleich die zweitverbreitetste Zeitung Sofias sein dürfte. Ihre wutschnaubenden Leitartikel wurden ihr oft direkt aus der russischen Gesandtschaft zugesandt, und man mußte oft russische Orthographieschnitzer in letzter Minute vom Korrektor entfernen lassen, damit die Sache nicht gar zu ruchbar

Die Politik Rumäniens.

Bukarest, 24. Juni.

Der Umschwung der Meinungen in den maßgebenden Kreisen Rumäniens schreitet langsam vorwärts und gewinnt allmählich mehr Boden, trotz des Herzenswunsches aller Rumänen, mit den Ungarn anzubinden. Dem tief eingewurzelten Hass gegen die Magyaren stehen hemmend hauptsächlich zwei Umstände gegenüber; die Furcht vor einer Zunahme des russischen Einflusses am Balkan und der hieraus resultierenden Gefahr für den rumänischen Staat einerseits, und andererseits die Tatsache, daß hinter Ungarn schützend die deutschen Truppen stehen. Die Kämpfe in Galizien hatten daher für Rumänien ein ganz besonderes Interesse, und ihre verschiedenen Phasen wurden mit großer Aufmerksamkeit verfolgt. Nachdem es den Russen in den ersten Monaten des Jahres gelungen war, in Westgalizien vorzudringen und in zähen Kämpfen immer größere Vorteile in den Karpathen zu erringen, schien für Rumänien der günstige Augenblick für den Einmarsch in Siebenbürgen gekommen zu sein, und nur die Ungewißheit über die endgültige Haltung Italiens und Bulgariens verhinderte damals wohl das Eintreten Rumäniens in den Krieg. Als später Italien die Maske fallen ließ, war die russische Front schon ins Wanken geraten, und die Klugheit gebot dem Ministerpräsidenten, eine Politik des Zwartens auch weiter beizubehalten. Hierbei konnte er sich besonders auf die Ansicht des rumänischen Generalstabs stützen, von dem man sagt, daß er von dem endlichen Siege Deutschlands überzeugt sei, und außerdem dürften für den Ministerpräsidenten als Kriegsminister auch noch andere Gründe, so z. B. die außerordentlich schwer zu lösende Frage des Munitionsersatzes ins Gewicht fallen. Kurz nach der Niederlage der Russen am Dunaies fehlten die Anstrengungen der in Rumänien akkreditierten Ententevertreter, das Land in den Krieg an ihrer Seite zu locken, wieder mit Macht ein, unterstützt durch die zur Verfügung stehende Presse und insbesondere durch die Propaganda der mannigfachen patriotischen Ligen, die seit Kriegsausbruch hierzu gegründet oder aufgefrischt worden waren. Der Erfolg war gering. Es gelang zwar, die diplomatischen Verhandlungen zwischen Bukarest und Petersburg wieder in Gang zu bringen, die auch zur Zeit noch fortbauern, aber von rumänischer Seite augenscheinlich nicht beieilt werden. Auch die beabsichtigte Ausspeicherung der öffentlichen Meinung mißlang, weil die richtige Auffassung der Lage inzwischen doch in weiten Kreisen durchgedrungen ist, und außerdem die Regierung jetzt alle öffentlichen Kundgebungen zu unterdrücken entschlossen scheint. Die bis zur Ermüdung wiederholten patriotischen Phrasen ziehen nicht mehr.

Die Sonderinteressen der hauptsächlichsten Gelehrten und Kriegsschreiber wurden längst erkannt und weiltäufig erörtert. Ihre Agitation hat eine Gegenströmung verursacht, die sich zunächst gegen das Hineinzerren Rumäniens in den Weltkrieg richtete. Die Handwerkervereinigungen, die Sozialisten und andere volkstümliche Kreise, haben sich zu Gruppen zusammengeschlossen, die in einer Reihe öffentlicher Versammlungen für die Neutralitätspolitik der Regierung eingetreten sind. Die Stimmung in diesen Volksversammlungen war zwar durchaus russenfeindlich, aber trotzdem bisher noch nicht direkt für den Krieg gegen Rußland. Das Volk im allgemeinen möchte überhaupt keinen Krieg. Auch unter den Intellektuellen ist zweifellos die große Majorität neutral gesinnt, und der Rest, abgesehen von den bekannten russophilen Kriegshekern, möchte auch abwarten, bis kein Zweifel mehr darüber herrscht, welche Partei die Siegespalme erringen wird. Dieser Partei möchten sie sich im letzten Moment anschließen, um mit möglichst geringen eigenen Opfern, möglichst große Vorteile für Rumänien zu erringen. Rumänien ist zu klein, um Abenteuer zu riskieren, ist ihre Devise.

Gewiß gibt es unter den Intellektuellen Rumäniens auch Persönlichkeiten, die für eine großzügige und weniger selbstsüchtige Politik Rumäniens eintreten, sie ge-

Bulgarien am Scheideweg.

Ilge der Verbündeten an der Weichsel.

Oesterreichisch-ungarischer Schlachtbericht.

Wien, 2. Juli. Amtlich wird verlautbart:

Russischer Kriegsschauplatz.

In mehrtägigen erbitterten Kämpfen haben die verbündeten Truppen der Armee Linsingen die Russen aus der sehr starken Gnila-Lipa-Stellung abwärts Ficlejow geworfen. Der Feind, der in östlicher Richtung zurückgeht und auf der ganzen Front der Armee verfolgt wird, erlitt abermals schwere Verluste. 7765 Mann wurden in diesen Kämpfen gefangen, 18 Maschinengewehre erbeutet. Nördlich anschließend dauern die Kämpfe noch an.

Am Dnjepr hat sich nichts Wesentliches ereignet.

In Russisch-Polen kämpfen die verbündeten Truppen zwischen Weichsel und Bug mit starken russischen Kräften am Por-Bach und an der Byznica. Unsere Armeen greifen überall an.

Westlich der Weichsel griffen unsere Truppen die feindlichen Stellungen bei Tarcow an. Um 5 Uhr nachmittags wurde ein Stützpunkt nördlich des Ortes erstürmt. In den Abendstunden arbeitete sich die dortige Angriffsfront bis auf Sturmdistanz heran und brach nachts in die russische Stellung ein. Der Feind ging fluchtartig zurück. In der Verfolgung wurde Jozesow an der Weichsel genommen. Auch aus den Stellungen südöstlich Sienna wurden die Russen zurückgeworfen, 700 Mann hierbei gefangen.

Italienischer Kriegsschauplatz.

Gestern wiederholte sich der italienische Angriff auf das Plateau Daberdo. Nach mehrstündiger Vorbereitung durch schwere Geschützfeuer setzten nachmittags und abends mehrere Infanterievorstöße zwischen Sdrauffina und Vermigliano ein, alle wurden wieder unter großen Verlusten des Feindes abgeschlagen.

Vorhergegangene schwächere Angriffe auf einen Teil des Görzer Brückenkopfes und im Kern-Gebiete waren gleichfalls zurückgewiesen. Unsere braven Truppen behaupten nach wie vor die bewährten ursprünglichen Stellungen.

Die Geschützkämpfe dauern an allen Fronten fort.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes v. Hoefler, Feldmarschalleutnant.

gehandelt. Sollten tatsächlich amerikanische Bürger ums Leben gekommen sein, so trifft die Schuld hieran allein den englischen Kapitän und die englische Regierung, die ein derartiges, dem Völkerrecht widersprechendes Verhalten nicht nur gutheißt, sondern die Befragungen solcher Schiffe obendrein noch belohnt, wie der Fall „Laertes“ gezeigt hat.

Vorerst keine Änderung im U-Bootkrieg.

Berlin, 2. Juli. Nach Meldungen aus Kopenhagen behaupten alle letzten Drahtungen aus London über den Unterseebootkrieg, dieser habe seinen Charakter gänzlich geändert. Die deutschen U-Boote tauchten jetzt stets zum Anhalten der Schiffe auf und versenkten sie erst nach gründlicher Untersuchung.

Wie wir an zuständiger Stelle hören, ist diese Nachricht unzutreffend. Sie bedeutet nichts weiter als einen recht durchsichtigen Versuch, die allmählich recht gedrückt gewordene Stimmung des englischen Publikums zu heben und dadurch seine Neigung zur Zeichnung der neuen Kriegsanleihe zu fördern.

Vom Verschwörerprozeß in Sofia.

Der Ofen-Bester „Az Est“ meldet aus Sofia: Im Attentatsprozeß kam es zu einem aufsehenerregenden Geständnis. Die Verhafteten erklärten, sie hätten sich mit der serbischen „Narodna Obrana“ vereinigt zu dem Zweck, den König von Bulgarien zu ermorden. Der Hauptbeschuldigte Anastasow erklärte, er sei unschuldig. Alles habe Kanov organisiert. Dieser sagte seinerseits aus: Die Leiter der ganzen Verschwörung waren vornehme Politiker, die auch den Hofmarschall, General Savov, und die Minister Genadiem und Kirsew töten wollten. Anastasow war Mitglied des mazedonischen Revolutionsausschusses. Er hatte seinerzeit den Anschlag gegen Hilmi Pascha vor dem Balkankriege organisiert.

Ferner meldet uns unser Sonderberichterstatter in Wien folgendes:

Wien, 2. Juli. Der Angeklagte Antow erklärte, Anastasow habe ihn nach Serbien schicken wollen, um bei der „Narodna Obrana“ aus den Händen des Majors Lantovic 50 000 Fr. zu übernehmen. Das Geld war für den Anschlag gegen König Ferdinand bestimmt. Antow ist jedoch der Aufforderung nicht nachgekommen. Im Verlaufe des Verhörs gestand Anastasow, daß er Mitglied des mazedonischen revolutionären Ausschusses gewesen sei. Wegen des Anschlages auf Hilmi Pascha sei er vom Kestüber Gerichtshof zu 101 Jahren Kerker verurteilt worden, was nach türkischen Gesetzen die Todesstrafe bedeute.

Bulgarien am Scheideweg.

II.

Nirgends spielen die unwägbareren Dinge eine größere Rolle als in der Politik und im Völkerverleben. Materiell gleichwertige Dinge werden durch das Hinzufommen von Unponderabilien ganz und gar im Wert verschoben. So steht es auch im vorliegenden Fall mit der grundsätzlichen Entscheidung, ob Bulgarien Thrazien oder Mazedonien bekommen soll. Scheinbar ist es ziemlich gleichgültig, ob der Landzuwachs sich mehr nach Osten oder Südwesten erstreckt, wenn immer es nur eine entsprechende Vergrößerung bedeutet. Dieser kalten, realpolitischen Erwägung aber steht die Auffassung des gesamten bulgarischen Volkes vom König bis herunter zum letzten hinterwäldlichen Rhodopebauern geschlossen und geeint ablehnend gegenüber. Für sie ist Mazedonien nicht eine beliebige Provinz, die man hinwegnehmen oder hinzufügen kann, ganz wie es am grünen Tisch beliebt. Für sie ist Mazedonien das bulgarische „Herzland“, das Kernland, wie wir es auszudrücken pflegen. Wegen Mazedonien zog Bulgarien in den blutigen Türkenkrieg, die Befreiung der bulgarischen Brüder war das Lösungswort. Und als es noch einmal auszog, um das Errungene vor den gierigen Händen ungetreuer Verbündeten sicherzustellen, war Mazedonien das Streitziel.

Als es dann vom großen Rußland schmählich getäuscht und im Stich gelassen, umringt von vier Feinden, von denen einer noch ungeschwächt durch vorangegangene Kämpfe einriff, da stand, da mußte es, ermattet, nach dem Wort seines Königs seine Fahnen für bessere Zeiten zusammenrollen und mit verbissenem Ingrimm dem Bukarester Frieden zustimmen, der ihm eben das Ideal seines Befreiungskampfes zum größten Teil wieder raubte, um es den Serben und Griechen zuzusprechen und noch dazu das beste bulgarische Getreideland, die Dobrußtscha, samt der ältesten bulgarischen Bischofsstadt Silistria an Rumänien hingab.

Diese in Bukarest nur vollstreckte, in Petersburg aber ausgeheckte Tat hat Rußland auf immer das Vertrauen Bulgariens geraubt. Wenn darauf die Rede kam, pflagten die Rußophilen verlegen zu schweigen!

Alle Welt weiß heute, wie die „serbischen Brüder“ mit dem unglücklichen bulgarischen Bevölkerungselement Mazedoniens, das über eine Million Seelen ausmacht, umge-